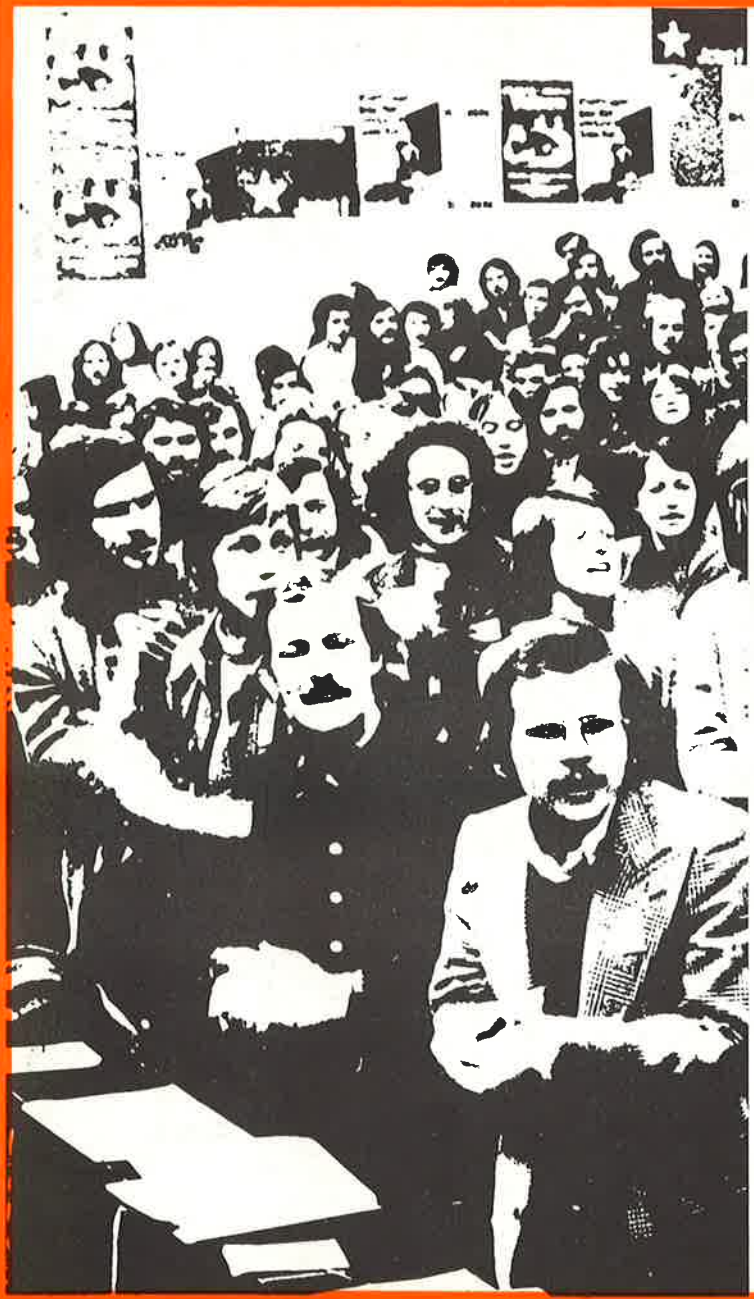
FACIT 34

MSB SPARTAKUS
Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

10. Jahrgang
Preis 2,50 DM



Studenten-bewegung im Klassenkampf

- Konferenz des MSB Spartakus
- Demokratische Ausbildungsziele
- Studenten in der Weimarer Republik
- Intelligenz in der Sowjetunion
- Zur Politik des „SLH"
- Westeuropäische Integration und Arbeiterbewegung
- Arbeiterklasse und wissenschaftliche Weltanschauung

FACIT 34 Mai 1974

Inhalt:

Editorial 1

Steffen Lehndorff
Studentenbewegung im Klassenkampf 6

Prof. Karl-Heinz Schöneburg:
Arbeiterklasse und wissenschaftliche Weltanschauung 47

Jan Priewe:
Den Kampf um demokratische Ausbildungsziele als politischen Kampf führen! 52

Dietrich Busch:
Westeuropäische Integration und Arbeiterbewegung 63

Michael Bödecker:
Revolutionäre Studentenbewegung in der Weimarer Republik 77

Stepan Mokschin:
Die Intelligenz in der sowjetischen Gesellschaft 92

Facit-Forum:
Brücher/Ludwig/Zimmermann:
Zur Auseinandersetzung mit der Politik des „sozialliberalen Hochschulverbandes" 104

Diskussion 121

Unsere Autoren 124

Impressum

erscheint in der Weltkreis-Verlags-GmbH., 46 Dortmund

Herausgeber: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58 a

Herausgeberkreis: Klaus Görke, Karlheinz Heinemann, Steffen Lehndorff, Gunther Riechey, Hartmut Schulze, Christoph Strawe verantw. Redakteur: Karlheinz Heinemann

Redaktionsbeirat: Jürgen Büscher, Dr. J. H. v. Heiseler, Rainer Krings, Andreae Leisewitz, Werner Loch, Michael Maercks, Gunnar Matthiessen, Klaus Naumann, Christiane Reymann

Gestaltung: Jürgen Meyer

Redaktionsadresse: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58 a

Der Preis des Einzelheftes beträgt 2,50 DM, der des Doppelheftes 5,– DM. Im Abonnement beträgt der Preis nur 2,– DM, bzw. 4,– DM. Ein Jahresabonnement (5 Hefte) beträgt 10,– DM + Porto (bei Vorauszahlung nach Erhalt des ersten Heftes). Bei Gruppenabnahmen ab 10 Expl. gilt ebenfalls der ermäßigte Abonnementspreis.

Bestellungen und Anzeigen an:

Weltkreis-Verlag
46 Dortmund, Brüderweg 16,
Tel. (02 31) 57 20 10.
Postscheck-Kto.: Weltkreis-Verlags-GmbH, Dortmund, PSchA Frankfurt: 20 3290/600

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Druck: Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH, Neuss

Editorial

Dieses Facit-Heft ist ein Ergebnis der Konferenz des MSB Spartakus „Studentenbewegung im Klassenkampf".
An dieser Konferenz am 23./24. Februar in Frankfurt/M., im Anschluß an den dritten Bundeskongreß, nahmen etwa 800 Studenten, größtenteils Spartakisten und Gäste aus dem In- und Ausland teil. Das Referat des Vorsitzenden des MSB Spartakus, Steffen Lehndorff, ist in den wichtigsten Auszügen in diesem Heft abgedruckt.
An der Diskussion beteiligten sich neben Spartakisten viele Gäste. Ihre Beiträge – die Vermittlung von Erfahrungen aus anderen Ländern, die Formulierung von Ansprüchen an die Studentenbewegung und die marxistische Studentenorganisation in der BRD, und auch Beiträge zu den konkreten Problemen und Aufgaben, vor denen die Studentenbewegung heute steht, wie etwa der von Prof. Wolfgang Abendroth auf dem Abschlußplenum – bereicherten die Diskussion und gaben wichtige Impulse.
Die Konferenz fand in einer Situation statt, da der Druck der Herrschenden auf die Hochschulen und die Studenten zunimmt. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts soll Mitbestimmung in der Hochschule ebenso wie im Betrieb infrage gestellt werden. Die Inflation bedroht die Lebenshaltung der großen Mehrheit der Bevölkerung, Arbeiter und Studenten gleichermaßen. In der Verschärfung des sozialen und politischen Drucks auf alle Klassen und Schichten des Volkes zeigt sich, daß der Widerspruch zur Monopolherrschaft die gegenwärtige politische Entwicklung bestimmt. Das ist auch der Grund dafür, daß die Entwicklung in den Hochschulen sich immer mehr der für die gesamte Gesellschaft charakteristischen auch in einzelnen Zügen, in der aktuellen politischen Entwicklung, angleicht. Daraus ergibt sich auch die Möglichkeit und Notwendigkeit, immer mehr Studenten in die sozialen und politischen Bewegungen einzubeziehen. Die breiten Massenbewegungen des letzten Semesters, wie vor allem der BAFöG-Sternmarsch, bestätigten nicht nur die Politik der Marxisten auf der Grundlage der Analyse der Entwicklungstendenzen des Imperialismus – sie zeigen zugleich die sozialen und politischen Umstrukturierungen an, die sich in den letzten Jahren in der gesamten Studentenbewegung vollzogen haben.
Die Studenten spüren die Auswirkungen des staatsmonopolistischen Systems unmittelbar. So nimmt mit der Notwendigkeit, für seine sozialen und politischen Lebensbedürfnisse, für eine demokratische und umfassende Ausbildung einzutreten auch die Möglichkeit zu, die Masse der Studenten in Aktionen für demokratische Tagesforderungen einzubeziehen. Die Konferenz und der 3. Bundeskongreß haben sich mit der Entwicklung von demokratischen Tagesforderungen beschäftigt, die zu einer noch breiteren Mobilisierung führen und dem Kampf der Studenten Richtung und Ziel geben.
Diese neuen Herausforderungen zu beantworten ist eine Aufgabe, vor der die Studentenbewegung steht, zu deren Lösung diese Konferenz auffordern und beitragen sollte.
„Wer sich zur Geschichte seiner Bewegung verhält wie einer, der sich an nichts erinnert, der kann kein klassenbewußter Arbeiter sein." (Lenin, Werke, Bd. 20,

S. 278) Nicht umsonst spekuliert der Imperialismus mit der Vergeßlichkeit der Menschen gegenüber der Geschichte, versucht er, die Geschichtslosigkeit zum Prinzip zu erheben, während wir alles daransetzen müssen, diese Geschichtslosigkeit in der Studentenbewegung zu überwinden, dort die Erfahrungen zu vermitteln, die die Studenten, die Marxisten gesammelt haben. Nur so brauchen wir in der Entwicklung unserer Strategie nicht immer wieder vom Punkt Null anzufangen. Hier war die Konferenz ein erster und sehr wichtiger Beitrag. Wir konnten auf dieser Konferenz eine klarere Einschätzung der großen Bedeutung der Studentenbewegung im Klassenkampf in unserem Land vornehmen: Sie besteht vor allem darin, daß sie praktisch zur Entfaltung des antimonopolistischen Kampfes beigetragen hat und eine Reihe von Studenten auch praktisch für die Arbeiterklasse Partei ergriffen hat. Die Aufarbeitung dieser Erfahrungen ermöglicht es uns auch, präzisere Vorstellungen über den Beitrag der Intelligenz im Klassenkampf zu erarbeiten. Unser Aufsatz von Michael Boedecker beweist, daß auch die Aufarbeitung und Auswertung der Kampferfahrungen der revolutionären Bewegung der Weimarer Republik für uns wichtige Aufschlüsse erbringt. Wenn auch die soziale Lage der Studenten, die politische Situation sich inzwischen in vielen Zügen verändert hat, so zeigt sich doch nicht nur in unserer Strategie, sondern auch in vielen taktischen Fragen, daß der MSB Spartakus sich als der legitime Erbe der Revolutionäre jener Zeit begreifen kann.

Die demokratischen Ausbildungsziele, unsere demokratischen Alternativen im Studentenaktionsprogramm sind ja nicht am grünen Tisch entstanden, sie sind vielmehr das Ergebnis vieler praktischer Erfahrungen, die wir in den Massenkämpfen gesammelt und verallgemeinert haben. Diese Konferenz hat gezeigt, daß man nur durch Kontemplation, Reflexion, theoretische Selbstbespiegelung und Selbstverständnis-Diskussionen über vermeintlich oder vorhandene unüberbrückbare Gegensätze zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse keinen theoretischen Beitrag zur praktischen Bestimmung der Rolle der Studentenbewegung im Klassenkampf leisten kann.

Jan Priewe entwickelt in seinem Artikel einige Grundsätze zur Arbeit mit den demokratischen Ausbildungszielen, die wir aus unseren politischen Kampfaufgaben ableiten können.

Nicht zufällig hatte sich der Marxistische Studentenbund Spartakus mit dieser Konferenz die Aufgabe gestellt, zur systematischen Aufarbeitung der Studentenbewegung beizutragen. Die Entstehung und Entwicklung des MSB Spartakus ist unmittelbar mit der Klärung ideologischer Grundfragen verbunden, mit der Klärung des Verhältnisses zur revolutionären Arbeiterbewegung, zur internationalen antiimperialistischen Bewegung. Die enge Verbindung mit der revolutionären Arbeiterbewegung, die Entwicklung unserer Politik auf der Grundlage des Marxismus geben uns das Rüstzeug, um unsere Aufgaben im Klassenkampf zu erkennen, unserer Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse gerecht zu werden. Als revolutionäre Studentenorganisation fragt der MSB Spartakus stets, wie es auf dieser Konferenz getan wurde, nach dem Entwicklungsstand der Arbeiterklasse, der Arbeiterbewegung insgesamt und leitet daraus seine Aufgaben im Bündnis ab. Wir müssen den Studenten erklären, warum das Bündnis mit der Arbeiterbewegung das Bündnis mit dem fortgeschrittensten Teil, mit der Zukunft der Bewe-

gung, der kommunistischen Partei, einschließt. Welche Aufgaben stehen heute vor den Gewerkschaften und was sind die Anknüpfungspunkte für die Entwicklung von Bündnisbeziehungen mit ihnen? Was ist der Inhalt gewerkschaftlich orientierten Kampfes der Studenten? Wie verhält er sich zur historischen Perspektive des Kampfes um den Sozialismus? Diese Fragen wurden auf der Konferenz diskutiert. Nur im Hinblick auf die Arbeiterklasse lassen sich die Aufgaben der Studenten als Bündnispartner im antimonopolistischen Kampf um die gleichen sozialen und politischen Interessen, bei der Ausübung ihres späteren Berufs, schließlich bei der Bestimmung der Möglichkeiten marxistischer Intellektueller, marxistischer Studenten zur Entwicklung der Theorie der Arbeiterbewegung beizutragen bestimmen.

Dies kann jedoch nicht losgelöst von der Organisation der Arbeiterbewegung und ihren politischen Aufgaben geschehen. Den grundlegenden Zusammenhang von Arbeiterklasse und wissenschaftlicher Weltanschauung, des wissenschaftlichen und weltanschaulichen Charakters des Marxismus – eine Frage, die für viele Intellektuelle problematisch ist – entwickelt Prof. Schöneburg in seinem Artikel, den er für uns geschrieben hat.

Es sind zunächst die elementaren antimonopolistischen Interessen der Studenten, ihr Interesse, sich gegen die Verschärfung der materiellen Misere an den Hochschulen und die Verschlechterung ihres Lebensstandards zu wehren, ihr gegen die Einschränkung ihrer Dispositionsbefugnisse später im Beruf, beispielsweise als Lehrer oder auch als Wissenschaftler, gerichtetes Interesse an Mitbestimmung, ihr Interesse daran, in Frieden zu arbeiten und zur Entwicklung der materiellen Entfaltungsbedingungen der Menschen beizutragen, an denen sich das Bündnis von Arbeiterklasse und Studenten entwickelt. Doch das Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz hat noch eine spezifische Seite: Die Arbeiterklasse will darauf Einfluß nehmen, mit welchen Inhalten und Methoden die Intellektuellen in der Bevölkerung arbeiten. Bei der zunehmenden Bedeutung von Wissenschaft und Technik können Intellektuelle einen Beitrag zur Verbesserung der Lebens-, Arbeits-, aber auch der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse leisten. Über ihren Einsatz im Erziehungssystem, in den Massenmedien haben sie spezifische Möglichkeiten, für die Interessen der Arbeiterklasse tätig zu werden. Angesichts der hohen Bedeutung der Hochschulen für den ideologischen Herrschaftsapparat können die Studenten auch zur Entfaltung des ideologischen Klassenkampfes beitragen. Auch dazu erbrachte die Konferenz zahlreiche Beispiele.

Die Beteiligung der ausländischen Gäste konnte die Diskussion um wertvolle Erfahrungen bereichern, etwa über den Kampf der französischen Studenten, bei denen die Bedingungen für das Bündnis mit der Arbeiterbewegung durch die Existenz des gemeinsamen Programms der Volkseinheit schon weiter entwickelt sind. Es zeigt sich, daß die Veränderung der internationalen politischen Landschaft sich auf die Kampfbedingungen in den imperialistischen Ländern selbst auswirkt. Der Imperialismus versucht, diesen für ihn ungünstigen Veränderungen auf ideologischem Gebiet durch eine Verschärfung des Antikommunismus zu begegnen. Nicht nur in der Ideologie, sondern auch in der keineswegs verminderten Hochrüstung, in dem Versuch, in Westeuropa imperialistische Zweckbündnisse zu schließen, die auf Kosten der Lage der arbeitenden Menschen und auf Kosten der

Entspannung in Europa gehen, zeigt sich der unverändert aggressive, reaktionäre Charakter des Imperialismus. Dies herauszuarbeiten ist eine ebenso wichtige Schlußfolgerung aus den Diskussionen, wie die Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit der antiimperialistischen, demokratischen Studentenorganisationen zu fördern. Zur Strategie der Marxisten gegenüber der westeuropäischen Allianz nimmt der Artikel von Dietrich Busch Stellung, der die Ergebnisse der Brüsseler Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien kapitalistischer Länder aufarbeitet.

Eine Kernfrage für die weitere Entwicklung der demokratischen Studentenbewegung ist es, ob es ihr gelingt, den Versuch rechter Gruppen und Ideologen zurückzuweisen, durch Antikommunismus die Studentenbewegung zu spalten und ihr die antimonopolistische Stoßrichtung zu nehmen. Nur in dem Maße, wie es gelingt, den Einfluß der Marxisten zu vergrößern, können auch durch demokratische Tagesforderungen, durch das Aufweisen von Weg und Ziel, von Erfolgsmöglichkeiten mehr Studenten in den erfolgreichen demokratischen Kampf einbezogen werden. Die Herausarbeitung der Rolle der marxistischen Organisation ist daher eine zentrale Aufgabe beim Zurückdrängen des Antikommunismus. Genauso wichtig ist es, die verschiedenen reaktionären oder aber rechts- und linksopportunistischen Diffamierungen des Sozialismus zurückzuweisen. Auch die Konferenz erbrachte wichtige Beiträge für die ideologische Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus und verallgemeinernde Erfahrungsberichte, wo dies im Lehrbetrieb gelungen ist.

Der Artikel von Stephan Mokschin, den wir in dieses Heft aufgenommen haben, ist insofern beispielhaft dafür, wie wir die Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus führen, als hier deutlich wird: Nicht wir sind es, die ein System zu verteidigen haben, sondern wir können durch die Gegenüberstellung der historischen Realität in den sozialistischen Ländern den Antikommunismus als Verschleierung der Unfreiheit im Kapitalismus entlarven. Implizit gibt der Artikel Antwort auf viele Fragen, die gerade vom Standpunkt der Intellektuellen gestellt werden.

Eine wichtige Lehre der Konferenz war es auch, daß innerhalb des Spartakus, innerhalb der gesamten Studentenbewegung, intensiv die Diskussion um strategische Grundfragen geführt werden muß. So ist es möglich, rechtzeitig ideologische und politische Probleme zu erkennen und sich, auch in der streitbaren Diskussion, um ihre Lösung zu bemühen. Im MSB Spartakus verwirklichen wir die Einheit von demokratischer Diskussion und einheitlichem, geschlossenem Handeln, dies haben Konferenz und Kongreß bewiesen.

Die Hefte von facit sind ein wichtiges und wirksames Mittel, um diese Diskussion anzuregen und zu führen. Um dieser Aufgabe noch besser gerecht zu werden, eröffnen wir in diesem Heft die Rubrik „facit-Forum", in der wir redaktionell unbearbeitet Beiträge veröffentlichen und zur Diskussion stellen, die zu wichtigen Fragen der ideologischen Auseinandersetzung und unserer politischen Praxis Stellung nehmen. In den unter dieser Rubrik veröffentlichten Artikeln werden keine fertigen Lösungen angeboten, sondern Meinungen und Probleme zur Diskussion gestellt. Hier veröffentlichen wir diesmal einen Beitrag, der sich mit der Ideologie und Praxis des „Sozialliberalen Hochschulverbandes" (SLH) auseinandersetzt. Wir meinen, daß in diesem Artikel wichtige Anregungen dafür enthalten sind, wie wir uns überzeugend mit den Argumenten rechter Gruppen auseinandersetzen

können. Diskussionswürdig erscheint uns die Herangehensweise der Bochumer Genossen an die Politik gegenüber den SLH-Gruppen. Dazu erwarten wir Stellungnahmen unserer Leser und Genossen.

Hinweis

Für die weitere Verbesserung der Qualität nicht nur des facit, sondern vor allem des ideologischen Kampfes der Studentenbewegung insgesamt, aber auch zur Verbesserung ihres Beitrages zur ideologischen Arbeit der Arbeiterbewegung ist es notwendig, ein größeres Potential qualifizierter und interessierter Genossen zu erfassen. Deswegen fordern wir unsere Leser nochmals dazu auf, uns ihre Mitarbeit anzubieten, Artikelvorschläge zu machen, Rezensionswünsche an uns heranzutragen.
Durch die richtige Auswahl von Arbeitsgebieten und Themen, durch die Vermittlung von Zusammenarbeit, kann es noch besser gelingen, die Arbeit der Genossen für das Studium auch für die Entwicklung von Theorie und Politik der Arbeiterbewegung nutzbar zu machen. Wir fordern deshalb alle Genossen, die sich mit Problemen beschäftigen, die für die Entwicklung der marxistischen Theorie auf allen Gebieten relevant sind, sich an uns oder das Institut für Marxistische Studien und Forschungen, 6 Frankfurt/Main, Liebigstraße 6, zu wenden. Das IMSF bemüht sich, marxistische wissenschaftliche Arbeiten, die in der BRD erstellt werden, zu sammeln. Wir fordern Euch auf, durch Zusendung von Examensarbeiten etc. diese Arbeit des Instituts zu unterstützen.

Ab 20. Mai bei allen Spartakisten erhältlich:

rote blätter 18

Diese Ausgabe bringt u. a.:

- **Befreites Afrika — Große Bildreportage von Harald Stappmanns aus Guinea Bissau**
- **RCDS-Report — Fakten und Hintergründe über eine rechtsradikale Studentenorganisation**
- **Freiheit und Unfreiheit im Sozialismus**
- **Letzte Ferientips für den Sommer**
- **Sozialistischer Realismus — Stählernes Korsett oder schöpferische Methode?**

Gegen Voreinsendung von 1,— DM und 0,70 DM Porto sind rote blätter auch erhältlich beim Bundesvorstand des MSB Spartakus, 53 Bonn, Postfach.

Steffen Lehndorff

Studentenbewegung im Klassenkampf

Referat auf der Konferenz des MSB Spartakus

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,
vor 5 Jahren bildeten sich die ersten marxistischen Studentengruppen unter dem Namen Spartakus. Seit 3 Jahren besteht unser Verband. In diesen Jahren konnten wir Erfolge verzeichnen, wir sammelten zahlreiche fruchtbare Erfahrungen. Wir haben in vielen Bewegungen mitgekämpft, in einer Front mit der Arbeiterklasse, mit der Deutschen Kommunistischen Partei, mit der Arbeiterjugend, mit Gewerkschaftern und vielen fortschrittlichen Kräften in der Bundesrepublik. Unser Verband hat sich als fester Bestandteil eingereiht in die weltweite Bewegung gegen den Imperialismus. Wir haben gekämpft für den Sieg des tapferen vietnamesischen Volkes gegen den Imperialismus und die Ausbeutung und die Aggression und den Faschismus in allen Teilen der Welt, in Chile, in Spanien, in Portugal, in Griechenland. Wir sind für den Frieden im Nahen Osten und die Rechte des palästinensischen Volkes eingetreten. Wir kämpften für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, für die Anerkennung der DDR und die Einberufung der Europäischen Sicherheitskonferenz. Wir nahmen teil an großen internationalen Manifestationen, an den X. Weltjugendfestspielen in Berlin, die eindrucksvoll die Geschlossenheit der antiimperialistischen Jugend bekundeten. Aktiv beteiligten wir uns am Widerstand gegen die Berufsverbote und gegen die antidemokratischen Hochschulgesetze. Wir konzentrierten die ganze Kraft unseres Verbandes auf die Vorbereitung und Durchführung der BAFöG-Demonstration in Bonn. Unermüdlich treten wir für die Stärkung des vds ein, mobilisieren wir zusammen mit anderen ihn tragenden Kräften die Studentenbewegung gegen das Hochschulrahmengesetz.

Vielen von uns, insbesondere jüngeren Genossen, die erst vor kurzer Zeit in den Spartakus eingetreten sind, mag dies selbstverständlich erscheinen. Aber ist es selbstverständlich? Keineswegs, wie der Blick in die Geschichte und Entwicklung in der Studentenbewegung zeigt. In ihr hat es viele fortschrittliche Etappen gegeben. Die Geschichte des kapitalistischen Deutschlands kennt einige Beispiele. So spielte die Studentenschaft in der Revolution von 1848 eine Bedeutsame Rolle als aktive Vermittlerin zwischen dem fortgeschrittensten Teil der bürgerlichen Revolutionäre und der Arbeiterschaft. Auch 1919 bekannten sich viele Studenten zu den revolutionären Zielen der deutschen Arbeiterbewegung. Aber von diesen wenigen Ausnahmen abgesehen, stand eine Studentenbewegung niemals dauerhaft, fest und konsequent auf seiten des Kampfes für den geschichtlichen Fortschritt.

Oft stand die Studentenschaft auf den Positionen der herrschenden Bourgeoisie. Sie waren offen für reaktionäre Ideologien. So gelang es dem Nationalsozialismus schon früh, innerhalb der Universitäten Einbrüche zu erzielen. Die konsequent demokratische und sozialistische Studentenbewegung ist eine geschichtlich neue

Erscheinung, die sich erst in den letzten Jahren in vielen imperialistischen Ländern herausgebildet hat.
1969 tagten in Moskau die Kommunistischen und Arbeiterparteien. Um diese Zeit boten die Studentenbewegungen in den kapitalistischen Ländern ein chaotisches Bild, voll wirrer Theorien, eines blindwütigen Aktionismus, einer Zersplitterung und Selbstzerfleischung, einer totalen Perspektivlosigkeit. Die kommunistischen Parteien aber arbeiteten die objektiven Gesetzmäßigkeiten heraus, die auch der Studentenbewegung zugrunde lagen; denn sie entwickelt sich nicht jenseits, sondern im Rahmen der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des internationalen Klassenkampfes, in ihr spiegelt sich die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus und die tiefe Krise des Imperialismus wider. Im Hauptdokument der internationalen Beratung wird festgestellt: „Breite Studentenmassen treten nicht nur gegen die Mängel des zurückgebliebenen Bildungswesens und für das Recht auf, sich zu organisieren und effektiv an der Leitung der Bildungszentren teilzunehmen, sondern auch gegen die Politik der herrschenden Klassen."
Während die Studenten selbst, auch die fortschrittlichsten, marxistischen unter ihnen, noch wenig Abstand besaßen, um die objektiven Entwicklungstendenzen der Studentenbewegung richtig einzuschätzen, zeigten die Arbeiterparteien in Moskau deren antiimperialistischen Grundcharakter auf, aber zugleich auch die Grenzen, die ihr gezogen waren. Leonid Breshnew stellte damals in seinem Referat fest: „In den Aktionen der Jugendlichen macht sich allerdings noch häufig ein Mangel an politischen Erfahrungen und an Verbindungen mit der Vorhut des revolutionären Kampfes geltend. Deshalb sind ihre Aktionen nicht selten spontan und nehmen politisch unreife Formen an. Das aber versuchen extremistische, im Grunde genommen kommunistenfeindliche Elemente, zuweilen aber auch direkte Agenten des Imperialismus auszunutzen." Wie konnte die Studentenbewegung ihre Fehler überwinden und sich zu einer konsequent demokratischen, sozialistischen Studentenbewegung weiterentwickeln? „Nur die enge Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung und ihrer kommunistischen Vorhut kann der Jugend eine wahrhaft revolutionäre Perspektive eröffnen", heißt es im Hauptdokument von 1969. Aber der traditionelle Antikommunismus verhinderte, daß die antiautoritäre Studentenbewegung diese Frage beantworten konnte. Es waren nur wenige, eine Minderheit, die aus den Anfängen der antiimperialistischen Studentenbewegung gelernt hatten und konsequent den Weg zur Arbeiterklasse und zur kommunistischen Partei, zur Sowjetunion und zur nationalen Befreiungsbewegung fanden und sich in ihre Front einreihten. Nach dem Zerfall der antiautoritären Bewegung kämpften diese konsequentesten Kräfte weiter, es bildeten sich erste Gruppen der Assoziation Marxistischer Studenten.
Nach zwei Jahren der Sammlung konnten und mußten wir den MSB Spartakus gründen, weil dies zu einem objektiven Erfordernis im Klassenkampf an der Hochschule geworden war. Von Anfang an haben wir uns verstanden als ein Teil der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung. Deshalb wissen wir auch: Unsere Erfolge wurden nur möglich durch den internationalen Aufschwung des Klassenkampfes, durch die Fortschritte, die die nationale Befreiungsbewegung erzielte, durch die Rückzüge, die der Imperialismus in vielen Fragen antreten mußte, durch die Streiks der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, durch

ihre unaufhaltsame Formierung gegen die politische Herrschaft des Großkapitals. Nur mit der moralischen und politischen Unterstützung der Deutschen Kommunistischen Partei, nur in der lebendigen Verbindung mit der Arbeiterklasse, mit den Kräften des Fortschritts und des Sozialismus, mit der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten konnte sich auch in der Studentenbewegung ihr marxistischer Kern, der MSB Spartakus, organisieren und weiterentwickeln und zu einer treibenden Kraft werden.

In entscheidenden und grundsätzlichen Fragen konnten die Fehler der antiautoritären Studentenbewegung überwunden und die revolutionären Prinzipien des Marxismus durchgesetzt werden. Es gelang die Orientierung auf die Arbeiterklasse, auf den demokratischen Kampf, auf die Verbindung des Kampfes an der Hochschule mit dem Klassenkampf in der Bundesrepublik. Es gelang die Orientierung auf die Gewerkschaften und auf den antimonopolistischen Kampf. Immer mehr Studenten lernten aus den Aktionen die Notwendigkeit kennen, sich zu organisieren, um den Kampf gegen die Reaktion und das Monopolkapital führen zu können. Immer mehr Studenten erkennen, daß man trotz politischer und ideologischer Gegensätze einheitlich für die eigenen Interessen handeln muß, um sie verwirklichen zu können. Diese Entwicklung hat die Studentenbewegung befähigt, als Massenbewegung aufzutreten. Sie bieten heute keine Schauspiele mehr wie seinerzeit, über die sich die Herrschenden entrüstet begeistern konnten. Die Studentenbewegung beginnt heute eindrucksvoll zu demonstrieren, daß sie eine politische Kraft darstellt.

Auf dieser Konferenz wird es darum gehen müssen, diesen Entwicklungsstand der Studentenbewegung richtig einzuschätzen.

Denn die Erfolge, die zu verzeichnen sind, so nicht zuletzt die Entwicklung unserer Organisation, könnten allzu leicht zu der Neigung führen, den gesamten Entwicklungsprozeß, den die Studentenbewegung hinter sich gebracht hat, nun als problemlos und als abgeschlossen zu betrachten. Die Klärung ideologischer Fragen, und besonders auch solcher Grundfragen, mit denen wir seit Anfang unserer Entwicklung konfrontiert wurden, ist nicht ein einmaliger Akt, sondern ein Prozeß. An den Hochschulen und auch in unserem Verband findet ein rascher Generationswechsel statt. Manchmal zu rasch, als daß die Erfahrungen der älteren Genossen noch vermittelt und weitergereicht werden können, um den jüngeren Genossen als stabile politische Grundlage für ihre Praxis und wissenschaftliche Tätigkeit zu dienen.

Das entscheidende Problem der Studentenbewegung war immer ihr Verhältnis zur Arbeiterbewegung und zu den Organisationen der Arbeiterbewegung: zu den Gewerkschaften und zur Kommunistischen Partei. Gerade in der Studentenbewegung, auch in der gegenwärtigen, müssen wir sehr mannigfaltige, gegensätzliche und in sich widersprüchliche Beziehungen zur Arbeiterklasse feststellen. Eine Reihe von Studenten nimmt eine elitäre Haltung gegenüber der Arbeiterklasse ein. Viele Studenten bekennen sich zur Arbeiterklasse, aber führen einen erbitterten Kampf gegen die Organisationen der Arbeiterklasse. Viele Studenten bekennen sich zur Arbeiterklasse und den Gewerkschaften, erkennen aber nicht die historische Bedeutung der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt.

Ein ebenso bedeutendes Problem ist das Verhältnis des Kampfes an der Hochschule für die unmittelbaren studentischen Interessen zum Klassenkampf. Wir

haben gerade den Erfolg erlebt, den die Studenten in ihrem BAFöG-Kampf verzeichnen konnten. Die Demonstration der 40 000 in Bonn wird die Studentenbewegung ermutigen und bestärken, ihren Kampf fortzusetzen. Das heißt aber nicht, daß die Studentenbewegung automatisch die Einheit des Kampfes um ihre eigenen sozialen Interessen und den Klassenkampf erkennt, wie er bei uns heute geführt wird, daß sie die gesellschaftlichen Ursachen begreift, die ihre soziale Misere verschulden. Der Übergang vom sozialen zum politischen Kampf und die Verbindung zwischen Hochschulkampf und Klassenkampf ist von entscheidender Bedeutung für die Fortsetzung der Studentenbewegung. Denn allein ein richtiges Verständnis für diesen Zusammenhang, allein die Orientierung auf den Kampf gegen das Monopolkapital befähigt die Studenten zu konsequenten Aktionen. Sonst besteht die Gefahr, daß sie bei jeder Schwierigkeit, bei jedem Rückschlag oder bei jeder Durststrecke sich in Passivität zurückziehen und dem Monopolkapital kampflos das Feld überlassen. Die grundsätzliche Klärung dieses Verhältnisses genügt aber nicht, um die notwendige Festigkeit im studentischen Massenkampf zu erreichen. Immer wieder müssen wir feststellen, daß Rückschläge und Schwierigkeiten einen so überwältigenden Eindruck auf die Studenten machen können, weil sie noch nicht aus der Sicherheit der historischen Perspektive heraus handelt.

Der Grundcharakter unserer Epoche wird immer sichtbarer geprägt durch den Übergang vom Imperialismus zum Sozialismus. Dies ist ein unumkehrbares historisches Gesetz. Es bedeutet aber nicht, daß es nicht Rückschläge und Niederlagen geben kann. Es bedeutet auch nicht, daß der Kampf leicht sein wird und in einem einzigen Anlauf erfolgreich sein kann. Der Imperialismus ist eben kein Papiertiger, wie einige Spontis meinen, um sich dann flugs bei ersten Schwierigkeiten in einen Märchenwald der Revolutionsromantik zurückzuziehen.

Dies wirft aber eine andere Frage auf, die für viele Studenten von unmittelbarer Bedeutung ist. Der MSB Spartakus bemüht sich täglich und immer neu darum, den Studenten nüchtern und realistisch zu zeigen, wie sie ihren politischen Kampf führen müssen, wie sie und welche Erfolge sie erringen können. In unserer Grundsatzerklärung haben wir festgestellt, daß die Studentenbewegung nur an der Seite der Arbeiterklasse erfolgreich sein kann. Dies müssen wir konkretisieren. Diese grundsätzliche politische Aussage beinhaltet aber nicht die mechanistische Auffassung, daß Veränderungen in der Hochschule erst erzielt werden können, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht erobert hat. Welche politischen Erfolge und unter welchen Bedingungen können wir heute im Kampf gegen die Hochschul- und Wissenschaftspolitik des Monopolkapitals erringen? Wie müssen wir die bisherigen Ergebnisse unseres Kampfes einschätzen? Wie hat sich das Kräfteverhältnis an den Hochschulen entwickelt, und in welchem Umfange ist es gelungen, die Pläne der Reaktion zu vereiteln? Das muß nicht nur im politischen, sondern auch im ideologischen Bereich untersucht werden. Wir wissen, daß die Studenten anfällig und aufnahmebereit sind für alle Spielarten integrationistischer Ideologien des Imperialismus. Die Auseinandersetzungen mit solchen Ideologien, auch wenn sie scheinbar nicht unmittelbar mit den Fragen des Hochschulkampfes in Verbindung stehen, vor allem mit dem Antikommunismus in jeder Form, ist für den Spartakus notwendig, weil sie eine wie auch immer

vermittelte Auswirkung auf die Bewegung und die Mobilisierbarkeit der Studenten haben.
Wir setzen nicht am Punkt Null an, sondern stützen uns auf die Erfahrungen der Arbeiterbewegung, wir wissen auch, daß die Probleme, mit denen wir es zu tun haben, oft nicht neu sind, sondern aus der Entwicklung der Studentenbewegung selbst resultieren. Nur aus ihr heraus und im Zusammenhang mit dem Entwicklungsstand des internationalen und nationalen Kräfteverhältnisses, nur in der Kontinuität der Studentenbewegung werden wir auch in Zukunft die aktuellen Probleme lösen.

Wenn wir die politische Geschichte der Studentenbewegung betrachten, wird deutlich, daß sie sich im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Entwicklung entfaltet hat. Dies läßt sich auch für die Geschichte der Bundesrepublik zeigen. In der Nachkriegszeit, nach der Niederlage des Faschismus konnte das Monopolkapital in dem aus den Westzonen gebildeten Separatstaat erneut seine Herrschaftsverhältnisse restaurieren und auch ideologisch absichern. Die Bindung an Wirtschaftsordnung und Staat des Imperialismus, die Totalitarismusdoktrin fingen geschickt das verbreitete antifaschistische Bewußtsein auf und lenkten es in die Kanäle eines massiven Antikommunismus. Nach den Entbehrungen, Verwüstungen und nach dem Hunger, den der Krieg verschuldete, gelang es in der unmittelbaren Nachkriegszeit, das Wirtschaftswunder als eigentliches Lebensziel ideologisch zu verbrämen. Untermauert wurde dieser ideologische Prozeß mit massiver politischer Unterdrückung der fortschrittlichen Kräfte, wie sie sich im Verbot der FDJ und der KPD besonders stark äußerten. Und daß das Monopolkapital sich ideologisch auch innerhalb der Studenten durchsetzen konnte, läßt sich aus den Ergebnissen der empirischen Studie über das Bewußtsein westdeutscher Studenten Ende der 50er Jahre ebenso ablesen wie aus ihrer damaligen politischen Aktivität. In der Deutschlandfrage konnte man „nicht umhin ... sich den Standpunkt der Bundesregierung zu eigen zu machen".
Alle politischen Propagandaaktionen der Regierung wurden mitvollzogen: Angriffe auf die sowjetische Außenpolitik, Gedenkreden über die 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn niedergehaltene Konterrevolution. Das politische Mandat der Asten und des vds, gegen das die Bundesregierung keineswegs Bedenken einwandt, wurde vor allem für propagandistische Tätigkeit gegen die DDR genutzt und reichlich honoriert. Es gab keinen Zweifel: Die Studentenschaft war für die Herrschenden ein Posten, den man sicher im Sinne der imperialistischen Bündnispolitik verbuchen konnte. Denn die Monopolbourgeoisie hatte ein elementares Interesse an einer ihr ergebenen Intelligenz. 1954 hörte sich das so an: „Wenn es auch (dem Unternehmer) nicht gelingt, die geistige Arbeit aller Schichten, sei sie frei oder abhängig, im wirtschaftlichen oder staatlich-kulturellen Raum tätig, zu einem Verbündeten zu machen, so ist er auf Sicht vereinsamt und auf die Dauer wahrscheinlich verloren ... Der Kampf um den geistigen Arbeiter als Mitarbeitender, Verstehender und Verbündeter ist entbrannt."
Die Universitäten der damaligen Zeit erfüllten ihre politisch-ideologische Erziehungsaufgabe im Sinne der Bündnispolitik der Monopolbourgeosie durchaus zufriedenstellend.

Dies aber sollte und konnte auch nicht allzulange dauern. Die sozialistischen Länder konnten ihre ökonomischen, politischen, ideologischen und auch militärischen Grundlagen festigen. Die kommunistischen und Arbeiterparteien stellten auf ihrer internationalen Beratung 1960 fest, daß der Sozialismus begonnen hat, ein bedeutender Faktor im internationalen Leben zu werden und in ersten Ansätzen bestimmten Einfluß auszuüben. Demgegenüber zerbröckelte nach und nach die mit Parolen von Freiheit und Demokratie bestrichene Fassade des Imperialismus. Der Wortschatz Adenauers reichte nicht mehr aus, die sich immer sichtbarer verschärfenden Widersprüche des Imperialismus mit einigen kölschen Sätzen und Witzen zu glätten. Die Totalitarismusdoktrin kehrte sich gegen ihre Urheber. Als einziges und ausschließliches ideologisches Instrument reichte sie nicht mehr aus, den Sozialismus zu bekämpfen, der bereits zu dieser Zeit seine Überlegenheit in vielen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere im Bildungssystem und in Fragen der sozialen Gerechtigkeit dokumentierte. Die Realität der bundesrepublikanischen Verhältnisse trat zudem immer offensichtlicher in einen Widerspruch zum verkauften Anspruch der Freiheit, der Demokratie und des Liberalismus und der sozialen Marktwirtschaft. Nach der behaupteten Überwindung des Faschismus waren es doch wohl allzuviele Nazis, die in der Bundesrepublik in führende Positionen bis in höchste Staatsämter hinein zurückgekehrt waren. Viele Jugendliche wurden einerseits mit den Überresten einer bürgerlich-demokratischen Umerziehung konfrontiert, die auch die Westalliierten verordnet hatten, andererseits aber wichen viele Lehrer und Schulbuchautoren, die aktiv am Faschismus beteiligt waren, den Fragen der Jugend aus. So waren sie schon in der Schule mit dem Widerspruch zwischen demokratischem Anspruch und imperialistischer Realität konfrontiert. Unter der Jugend wuchs die Sensibilität gegenüber imperialistischer Gewalt und der Verletzung demokratischer Normen. Dies spitzte sich zu unter veränderten Kräfteverhältnissen. Demgegenüber sieht sich der Imperialismus, im Bestreben im internationalen Klassenkampf seine Machtpositionen zu erhalten, immer mehr zu offener Gewalt und Reaktion gezwungen. Die Politik des französischen und amerikanischen Imperialismus gegen die revolutionären Veränderungen in Algerien und in Kuba, der Rassismus in Südafrika und die offene Unterstützung durch die Bundesrepublik ließen etwas von dem wahren Charakter der sich so freiheitlich gebärdenden westlichen Demokratie durchschimmern. Sie stießen auf empörten Widerstand vieler Jugendlicher, auch Studenten.
Obgleich viele Menschen gerade aus der jungen Generation die Greuel der faschistischen Kriege nicht miterlebt hatten, hatte sich bei ihnen ein antifaschistisches und vor allem Antikriegsbewußtsein herausgebildet. Die Politik des Roll Back und des Antikommunismus und der Drohung mit der Atombombe und die Weigerung, normale politische und friedliche Verhältnisse in Europa herzustellen, stießen zunehmend auf Ablehnung. Das entschiedene Engagement einer großen Anzahl von Studenten in der Bewegung gegen Atomrüstung in den Jahren 1958 und 1959 und später in der Ostermarschbewegung war in dieser Zeit ein richtungsweisender, neuer, fortschrittlicher Ansatz. Ein erster Bruch zeichnete sich auf dem Studentenkongreß gegen Atomrüstung 1959 in Westberlin ab. Dort wurde eine Resolution mit der Forderung angenommen, daß die Formel „mit Pankow wird nicht verhandelt" endlich aus der politischen Diskussion verschwinden

müsse. Der Tumult war erheblich, der Kongreß platzte fast, als der Gast Helmut Schmidt – keineswegs in der Würde eines Offiziers, sondern unter Verwünschungen – den Saal verließ. Die bürgerliche Presse verhielt sich, wie zu erwarten. Sie schwappte vor Empörung fast über. Dieses Ereignis war ein – wenn auch sehr hervorstechendes – Symptom. Es zeigte an, daß sich auf die Dauer nicht alle Widersprüche und alle Kritik am imperialistischen System durch wütenden Antikommunismus ersticken ließen. In dieser brutalen und verblödeten Form verlor er zunehmend an Integrationskraft. Dieses erste Aufbrechen einer Protesthaltung in der Studentenschaft im Zusammenhang mit Fragen des Verhältnisses von Sozialismus und Imperialismus ist gerade deswegen hervorzuheben, weil die spätere Studentenbewegung diesen internationalen Zusammenhang nicht erkannte, und sich infolgedessen fixiert auf bestimmte Massenaktionen, als die eigentliche revolutionäre Avantgarde begriff, in einer Zeit, in der allgemein um sie herum scheinbare Ruhe herrschte.

Um diese Zeit schien der Imperialismus an der Oberfläche noch stabil, die Globalstrategie der USA unerschüttert und die Herrschaft des Großkapitals – gerade was die Bundesrepublik angeht – unwidersprochen. Die neue Qualität der revolutionären Prozesse kündigt sich nicht immer sichtbar in Form von Massenaktionen an. Die Massenaktionen, die zum Ende der 60er Jahre radikal anwuchsen, waren eingeleitet durch eine lange Gärungsphase, durch eine systematische Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse. Die Nachkriegsentwicklung war zu ihrem Abschluß gekommen, der staatsmonopolistische Kapitalismus hatte sich voll ausgeprägt und drängte objektiv zu Formierung und Zentralisierung der politischen Herrschaft des Großkapitals, das sich zugleich auch herausgefordert sah durch den gestärkten Sozialismus. Gegen politischen Ungehorsam der Studenten mußte die herrschende Klasse in dieser Zeit umso empfindlicher reagieren, insbesondere nach dem Jahre 1961, nach dem Mauerbau, nach dem gestoppten Zufluß der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz aus der DDR, da durch die wissenschaftlich-technische Revolution neue Anforderungen an die Hochschulen gestellt werden mußten, und eine noch intensivere Mitarbeit der geistigen Arbeiter erforderte. Die Weichen waren aber zu dieser Zeit bereits anders gestellt.

Nach der Trennung des SDS von der SPD wurde die Entwicklung einer eigenen Konzeption erforderlich und drängte nun zur Diskussion um die sozialistische Alternative und zur Systemkritik. In dieser Blütezeit des kalten Krieges und hysterischen Antikommunismus waren allein Worte wie „Sozialismus" und „Klassenkampf" geeignet, der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit Schauer über den Rücken zu jagen.

Aus dieser Entwicklung der Studentenbewegung, die zu jener Zeit noch relativ isoliert von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung stattfand, müssen bestimmte Lehren gezogen werden.

Die falsche wurde damals gezogen, nämlich, daß die Studenten außerhalb und unabhängig von der Entwicklung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat revolutionäre Einsichten errungen hätten. Lenin hingegen stellte fest: „Die Intelligenz ... heißt gerade darum Intelligenz, weil die Entwicklung der Klasseninteressen und der politischen Gruppierungen in der gesamten Gesellschaft am bewußtesten, am entschiedensten und am genauesten widerspiegelt und zum Ausdruck bringt."

Als Seismograph kündigte die beginnende demokratische und sozialistische Studentenbewegung die kommende verschärfte politische Auseinandersetzung in der BRD an. Die Studenten haben als Gesamtheit aufgrund der Widersprüchlichkeit ihrer sozialen Lage keine objektive Grundlage für die Entwicklung eines geschlossenen politischen und geschichtlichen Bewußtseins, nämlich Klassenbewußtseins. Ihre Rolle als Seismograph am Anfang großer gesellschaftlicher Bewegungen stimmt daher durchaus überein mit dem Wechsel von blindem Aktionismus und reinem Theoretisieren. Solange der Gang der geschichtlichen Entwicklung nicht in seiner inneren Gesetzmäßigkeit, sondern allein an der Oberfläche erfaßt wird, werden Fortschritte und Rückschritte, Beschleunigungen und Verlangsamungen in der revolutionären Auseinandersetzung, Höhen und Tiefen jeweils verabsolutiert. Erst wenn die historischen Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Imperialismus zum Sozialismus richtig erkannt werden, läßt sich der häufig widersprüchliche Verlauf revolutionärer Auseinandersetzung richtig einstufen, und die Rolle, die die Intelligenz in ihr spielt, erkennen.

In der damaligen Zeit begann die Studentenbewegung sich in Widerspruch zum bestehenden imperialistischen Herrschaftssystem zu stellen, ohne daß sie aber Einblick in dessen innere Gesetzmäßigkeit und in die Wege, Bedingungen und Kräfte dieser Veränderung hatte. In der Zeit eines relativen Stillstandes der Arbeiterbewegung, und als Kommunisten in der Illegalität kämpfen mußten, fehlte ihnen die Einsicht in die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse als der entscheidenden Kraft für politische und ökonomische Veränderungen. Die ausschließlich theoretische Beschäftigung mit Problemen des Sozialismus und des Klassenkampfes war die Folge. Die Renaissance des Marxismus wurde eingeleitet. Durch sein Studium erhoffte man sich Einsichten in die gesellschaftliche Wirklichkeit der Bundesrepublik.

Die Beschäftigung mit dem Marxismus in Form von Arbeitskreisen, auch in der Absicht des Erkenntnisgewinns, war zweifellos eine große Errungenschaft. Die Aneignung des Marxismus als gesellschaftswissenschaftliche Methode in der konkreten Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft im universitären Forschungs- und Lehrbetrieb wie in der Gesellschaft ist ein Fortschritt, der nicht preisgegeben werden darf. Die Ausschließlichkeit mit der diese Aneignung seinerzeit betrieben wurde, kann nicht zur Folge haben, daß man sich aus Scheu vor Wiederholung gleicher Fehler zum Gegenteil hinwendet: zur Überbetonung und Ausschließlichkeit des politischen Kampfes. Gerade dies waren die falschen Konsequenzen, die die sozialistische Studentenbewegung in der Phase der damaligen studentischen Massenaktionen vollzog. Der Theorieüberschwang wurde durch Theoriefeindlichkeit und blinden Aktionismus ersetzt. Beide stellten keine zufälligen Eigenschaften der antiautoritären Strömungen der damaligen Studentenbewegung dar. Was konnte aus der Überschätzung der Integrationskraft des Spätkapitalismus und der Unterschätzung des realen Sozialismus, was konnte aber auch dem seminaristischen Marxverständnis anderes folgen als kontemplatives Abwarten einerseits oder voluntaristische Aktionen andererseits.

Die Abwendung von den Parteien als den Agenten des Monopolkapitals hatte keineswegs automatisch die Hinwendung zum Proletariat zur Folge. Die entscheidende politische Erkenntnis, die zur Stabilität und zur Dauerhaftigkeit und zur Organisierung der Bewegung hätte beitragen können, die Erkenntnis, daß allein

die Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt ist, und daß die Studentenbewegung nur an ihrer Seite erfolgreich sein kann, wurde mit wenigen Ausnahmen von den führenden Theoretikern des SDS abgelehnt. Die kleinbürgerlichen Wurzeln ihrer Theorie legen gerade in der Abkehr von der Arbeiterklasse und in der Zuwendung zum Individuum begründet. Die „Ergänzung" des Marxismus durch die Psychoanalyse, daß heißt also die Ersetzung der kollektiv handelnden Arbeiterklasse durch das isolierte Individuum, dessen Leistung nicht in der Praxis, sondern in der geistigen Emanzipation, in der Vernunft liegen sollte, herrschte vor. Sie lebten in dem Protest eines kleinbürgerlichen liberal denkenden Individuums gegen die Vergesellschaftung schlechthin, wie am Anfang die Arbeiterbewegung in England die Technik schlechthin bekämpfte, ohne die Misere in den gesellschaftlichen Ursachen zu finden. Sie kämpften gegen die Organisation an sich, die Institution, gegen die Maschine Universität und Maschine Gesellschaft, gegen die Vergesellschaftung und Verwissenschaftlichung, für Spontaneität und freie, von jeder Notwendigkeit befreite Entscheidung des Einzelnen.

In der Konsequenz dieser ideologischen Positionen war weniger der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit die Klassenbeziehungen, sondern der als Grundwiderspruch begriffene Gegensatz zwischen Individuum und Gesellschaft Grundlage ihres politischen Verhaltens.

Obgleich durch die kleinbürgerlichen Positionen, die damals vorherrschten, der Bewegung Grenzen gesetzt waren, kam es doch schon zu Entwicklungen, die bereits über diese Phase hinauswiesen und einem kleinen Teil der Studenten, einer Minderheit, den richtigen Weg zeigten.

Mit der Loslösung der Studentenbewegung von den Parteien des Monopolkapitals und der zunehmenden Kritik an einzelnen politischen Erscheinungen begann die Auseinandersetzung um das zunächst unangezweifelte politische Mandat der verfaßten Studentenschaft. Die Studentenschaft wird in ihrem Kampf immer stärker in die gesamtpolitische Auseinandersetzung hineingedrängt. Sie erfährt praktisch die Verbindung des Kampfes an der Hochschule mit dem Kampf um politische Veränderungen in der Gesellschaft. Proteste gegen den Vietnamkrieg, Stellungnahmen gegen die Notstandsgesetze, gegen den aufkeimenden Neofaschismus bewirken erste Schritte in die konkrete Politik hinein, sie schafften erste Ansätze des Bündnisses mit Gewerkschaften, sie führten zu Erkenntnissen, daß die Misere an der Hochschule, der Krieg in Vietnam, das Aufkommen des Neofaschismus und der Notstandsgesetze nicht zufällige Erscheinungen, sondern im Charakter des Systems begründet lagen. Und der gemeinsame Feind, das Monopolkapital, erhielt Konturen.

Erste Höhepunkte dieser Bewegung waren der Bonner Kongreß „Demokratie vor dem Notstand", Mai 1965, der Frankfurter Kongreß „Notstand der Demokratie" im Oktober 1966, der Vietnam-Kongreß in Frankfurt 1967 und die studentischen Massenaktionen um 1968. Höhepunkt und Abschluß war der Sternmarsch der 60 000 im Mai 1968 nach Bonn. Er war zugleich der Abschluß, da in der Phase der Vorbereitung und Durchführung die internen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Kräften nur noch mühselig überdeckt werden konnten. Insbesondere in der Anti-Notstandsbewegung, aber auch in den Demonstrationen anläßlich des Attentats auf Rudi Dutschke bezog die Studentenbewegung politische Positionen, die weit über den antiautoritären Charakter hinausgingen und die zukünftige Richtung anzeigten, in die die Studentenbewegung sich entwickeln mußte, um ein stabiles und dauerhaftes Fundament zu erhalten.

Jahrelang hatte die größte Massenorganisation der westdeutschen Arbeiterklasse, die Industriegewerkschaft Metall, die Gefährlichkeit der Pressekonzentration und die reaktionäre und verfälschende Berichterstattung des Springer-Konzerns angeprangert, ohne daß damit eine Debatte in der Öffentlichkeit in Gang gekommen wäre. Eine Kampagne der demokratischen Studentenbewegung, aus der Defensive begonnen, erreichte in kurzer Zeit, daß das Thema Pressekonzentration und Springerkonzern die öffentliche Diskussion bewegte. Zugleich aber zeigte sich an dieser Kampagne auch überaus deutlich die grundlegende Schwäche der damaligen Bewegung. Die Anti-Springerkampagne signalisierte die Abkehr vom konkreten politischen Kampf in extremer Weise.

Auch die Anti-Notstandsbewegung war nicht mit einer tiefgehenden Erkenntnis der Rolle der Arbeiterklasse und Gewerkschaften verbunden gewesen. Sie war vielmehr eine Ar Strohhalm geblieben, an den sich die Studentenbewegung klammerte, Resignation und Abkehr mußten die Folge sein, als die Notstandsgesetze durchkamen. Sie kehrten zurück zum Individuum, dem nur die geistige Emanzipation blieb, die Hoffnung, die schon die Philosophen der bürgerlichen Aufklärung hatten, qua Vernunft gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen.

Der Sinn der Aktionen wurde nicht mehr in der realen Veränderung des Kräfteverhältnisses und der politischen Situation gesehen, er wurde nicht mehr gesehen als ein Versuch, die Isolierung zu überwinden und Gemeinsamkeiten mit anderen demokratischen Kräften und insbesondere der Arbeiterbewegung herzustellen. Extremster Antikommunismus und massive Bündnisfeindlichkeit setzten sich durch.

Das formulierte Ziel war, durch die Entlarvung der Brutalität des staatlichen Apparates kritisches Bewußtsein zu schaffen. Entsprechend wurden Ersatzgegner geschaffen: Polizei, Richter und Vertreter des ideologischen Überbaus des Monopolkapitalismus. Diejenigen, die über die Massenaktionen an den antiimperialistischen Kampf herangeführt wurden, erhielten dadurch keine Möglichkeit, sich politisch-ideologisch weiterzuentwickeln. Kleinbürgerliche Vorbehalte gegenüber einem organisierten, planmäßigen, politischen Handeln setzten sich durch.

Entsprechend wurde die Frage der Aktionsformen von den politischen Inhalten völlig losgelöst diskutiert. Stundenlange Debatten über die Gewalt gegen Menschen und Sachen ersetzten den zielgerichteten politischen Kampf. Organisatorische Grundlagen wurden überflüssig, ja als schädlich, als gegen die Freiheit des Individuums gerichtet, denunziert. Der revolutionäre Kampf wurde ausgelagert. In der Fixierung auf äußere Erscheinungsformen fand er von nun an nur noch in der Dritten Welt statt.

Was heute für die Maoisten typisch ist, wurde seinerzeit in ersten Ansätzen eingeleitet. Die nationalen Befreiungsbewegungen wurden nicht nur begrüßt in ihrer Stoßrichtung gegen den Imperialismus, sondern auch besonders dann, wenn sie scheinbar Ansätze für Antikommunismus boten.

Kleinbürgerliche Kräfte unternahmen alles, um die antiimperialistische Solidaritätsbewegung, die der sich entwickelnden Studentenbewegung so prägnante und fortschrittliche Züge gegeben hatte, in eine andere Richtung zu drängen. Viele Studenten hatten gerade unter den Bedingungen fehlender Massenkämpfe in

Europa den Zugang zur antiimperialistischen Bewegung im Kampf gegen die amerikanische Aggression gewonnen. Dies fiel ihnen sicher um so leichter, als sie die antikommunistischen Ressentiments dabei anfangs sozusagen überspringen konnten. Gleichwohl ist diese elementar-antiimperialistische Bewegung ein entscheidender Ansatz für Fortschritte in der Erkenntnis, da sich die Frage nach dem Charakter eines Systems aufdrängte, das ein Vietnam möglich macht.

Der antiimperialistische Kampf ermöglicht die Erkenntnis, daß es heute die drei großen Hauptströme, die sozialistischen Länder, vor allen Dingen die Sowjetunion, die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, und die nationalen Befreiungsbewegungen sind, die gemeinsam auf verschiedenen Ebenen unter verschiedenen Bedingungen und unterschiedlichen politischen und historischen Voraussetzungen gegen den Imperialismus kämpfen.

Die Einbeziehung in antiimperialistische Aktionen eröffnet die Möglichkeit, ihr Bewußtsein weiterzuentwickeln und sie auch an anderen Fronten, am antiimperialistischen Kampf zu beteiligen.

Daher ist es unser Ziel, unverbrüchlich, dauerhaft und konsequent in den Reihen der antiimperialistischen Weltbewegung mitzuarbeiten und uns als ein aktiver Teil dieser Bewegung mehr und mehr zu bewähren. Wer aber gegen die Einheit dieser drei revolutionären antiimperialistischen Strömungen eintritt, wer versucht, sie auseinanderzudividieren und sie gegeneinander auszuspielen, gehört nicht zur antiimperialistischen Bewegung – er betreibt objektiv die Politik des Imperialismus.

Einige ganz Konsequente hat es damals im SDS gegeben. Sie haben die Schlußfolgerungen gezogen und sind ausgewandert. Sie sind als Soldaten der Revolution nach Lateinamerika gegangen. Sie sind aber sehr schnell zurückgekehrt, als sie merkten, daß man dort arbeiten muß. Unter diesen Bedingungen beließen sie es lieber bei der Theorie.

Die zunehmend verschärfte antikommunistische Grundhaltung, die im SDS verbreitet und unterstützt wurde durch trotzkistische Strömungen, führte zum Ausschluß von fünf Kommunisten. Damit war der Untergang des SDS besiegelt. Bei einigen war der Antikommunismus inzwischen wieder so ausgeprägt, daß die gemeinsame antiimperialistische Grundlage zerstört war.

Als die Führungskräfte erfolgreich die Basis ihrer eigenen Organisation zerschlagen hatten, gingen sie daran – um nicht arbeitslos zu werden – auch noch die Basis des vds zu zerschlagen.

Marxisten betreiben keine Geschichtsschreibung aus abstrakter Neugier. Auf der Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus gehen sie davon aus, daß die Probleme, mit denen Marxisten aktuell konfrontiert sind, ihre geschichtliche Ursache und Entstehung haben. Daher ist eine Lehre aus der Entwicklung der antiautoritären Studentenbewegung für uns entscheidend: Wenn die Studenten in die Politik eintreten und sich engagieren, pendeln sie, entsprechend ihrer sozialen Lage, zwischen Antiimperialismus und Antikommunismus.

Es hängt von den äußeren Bedingungen, von den Kräfteverhältnissen des internationalen Klassenkampfes, von den Klassenauseinandersetzungen im eigenen Land und von den politischen Kräfteverhältnissen in der Studentenbewegung selbst wesentlich ab, welchen Weg die Studenten einschlagen, ob sie konsequent aus der Protesthaltung den Weg zur Arbeiterklasse weitergehen, oder ob sie in

der einen oder anderen modifizierten Form sich wieder der Herrschaft des Monopolkapitals beugen. Daher sind die Entwicklung des internationalen Klassenkampfes und die Politik der Deutschen Kommunistischen Partei, die Aktivitäten der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und die feste Organisierung eines marxistischen Kerns in der Studentenbewegung von entscheidender Bedeutung für die Eingliederung immer größerer Teile der Studenten in die revolutionäre Bewegung.

Die antiautoritäre Bewegung schuf die Grundlage für die Entwicklung, wie wir sie heute vorfinden. Dies aber mußte keineswegs ein zwangsläufiger Prozeß sein. Ob dieser Übergang zu einer neuen Qualität der Studentenbewegung gelingen konnte, hing in der Tat ebenso sehr von den äußeren Bedingungen, vom Entwicklungsstadium des Klassenkampfes auf allen Ebenen ab, wie vom subjektiven Faktor innerhalb der Studentenbewegung selbst, von den politischen Kräften die in und aus der antiautoritären Phase heraus die richtigen Schlußfolgerungen zogen und versuchten, das Bündnis mit der Arbeiterklasse, mit der kommunistischen Partei, mit den weltweiten antiimperialistischen Kräften, vor allem mit der Sowjetunion herzustellen.

Andere haben keine positiven Lehren aus dem Debakel der antiautoritären Studentenbewegung gezogen. Sie haben den Übergang zu einer qualitativ neuen Stufe nicht geschafft. Dies ist erklärlich. Denn mit dem Zusammenbruch alter Formen der Studentenbewegung waren nicht ohne weiteres auch die ideologischen Grundpositionen zusammengebrochen, die ihn bewirkten.

Die kleinbürgerliche Denkweise herrschte weiter vor und herrscht auch heute noch. Deshalb ist diese Entwicklungsphase für uns nicht bloß unbedeutende Geschichte, vielmehr wirken die Probleme, wenn auch in anderer Art und Weise, in anderer Gestalt, mit anderen Schwergewichten, weiter. Bestätigt wird dies allein schon durch die einfache Beobachtung, daß seit einiger Zeit Studienfächer wie die Psychologie einen enormen Zulauf erfuhren. Die Einsicht in die Schwäche des Individuums, in die Ohnmacht des Subjekts führte nicht zur Organisierung und zum Bündnis mit der Arbeiterklasse, sie ließ viele den Ausweg in der Gruppentherapie finden. Das bedeutet Abkapselung vom politischen Kampf in der Hoffnung auf Heilung des Individuums unter monopolkapitalistischen Bedingungen. Die Tendenzen des Ökonomismus, die sich seinerzeit an solchen Ideologien wie Gorz und Mandel und ihren antikapitalistischen Strukturreformen orientierten, setzen sich heute fort in Kreisen der Jungsozialisten und Links-Sozialdemokraten. Auch für sie ist charakteristisch, daß sie die Grundfragen des Klassenkampfes, des Kampfes der Arbeiterklasse um die politische Macht nicht erfassen.

Und dann gibt es noch die Linkssektierer, die Trotzkisten und Maoisten, die aus der antiautoritären Studentenbewegung nichts anderes gelernt haben, als deren Fehler, um sie heute bis zu ihrer widerlichsten Perfektion weiterzutreiben.

Das zeigt uns: die antiautoritäre Studentenbewegung ist zwar zu Ende, nicht aber sind ihre Probleme überwunden. Auch künftig wird die kleinbürgerliche Denkweise für einen großen Teil der Studentenschaft charakteristisch bleiben und die Auseinandersetzung mit ihr Widersprüche, ideologische Probleme und neue Fragen in die demokratische und sozialistische Studentenbewegung einbringen. Es gibt keine verbürgte Garantie einer gradlinigen, kontinuierlichen und konsequent vorwärtsstrebenden Entwicklung an den Hochschulen.

Die Marxisten im Spartakus AMS sammelten sich zu einer Situation, in der der Klassenkampf einen enormen Aufschwung erfahren hatte.
Die Ereignisse in der CSSR hatten eine umfangreiche ideologische Diskussion ausgelöst und vielen die Schärfe des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus als der Grundlage unserer Epoche deutlich gemacht. In der Bundesrepublik konstituierte sich die Deutsche Kommunistische Partei – das erleichterte die politische Orientierung entscheidend. Die Arbeiterbewegung in allen Ländern nahm einen enormen Aufschwung, insbesondere im Mai 1968 in Frankreich und in den Septemberstreiks 1969 in der Bundesrepublik. Über zwei Jahre hin sammelten sich die Kräfte, arbeiteten die ideologischen Fehler der antiautoritären Bewegung auf, entwickelten Konzeptionen, die die Heranführung der Studentenbewegung an die Arbeiterbewegung ermöglichen sollte, bemühten sich intensiv um die Rekonstruktion des vds als den Kampfverband der Studenten und um die Aktionseinheit aller Studenten gegen die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik und die Angriffe des Monopolkapitals auf die Hochschulen. In der Hochschule selbst stand die Assoziation marxistischer Studenten nicht allein: sie konnte ein enges Bündnis mit dem SHB herstellen, der der einzige Verband war, dem es gelang, sich auf antiimperialistischer Grundlage zu konsolidieren. Während sich viele aus dem alten Kern der Studentenbewegung völlig von der Masse der Studenten isolierten, gelang es dem SHB und den im Spartakus vereinigten marxistischen Kräften, für die Masse der Studenten politische Kampfaufgaben zu entwickeln und dem Kampf um ihre politischen und sozialen Interessen eine Perspektive zu geben. So wurden in konsequenter Weiterentwicklung der positiven Errungenschaften und Ansätze der ersten Etappe der Studentenbewegung nach und nach die Voraussetzungen geschaffen, um durch die Gründung des MSB Spartakus die Studentenbewegung insgesamt auf höherer Ebene weiterzuentwickeln.
Der SDS war nicht nur an seiner theoretischen und praktischen Uneinheitlichkeit zerbrochen, sondern daran, daß es nicht möglich ist, den antiimperialistischen Kampf gegen die Hauptkraft im weltrevolutionären Prozeß, den Sozialismus, zu organisieren. In dieser Situation war es für die Marxisten notwendig, nicht in der Bewegung aufzugehen, sondern weiterführende Perspektiven zu entwickeln, das heißt, an den Hochschulen die Interessen der Gesamtbewegung zu vertreten. Die Marxisten konnten in dieser Situation noch keinen bestimmenden Einfluß auf die Politik an den Hochschulen nehmen. Dazu war es erst notwendig, ein einheitliches Konzept der revolutionären Strategie und Taktik zu entwickeln.
Folgende Grundfragen mußten damals geklärt werden: Zunächst galt es, aus der Wiederentdeckung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Rolle die richtigen Schlußfolgerungen für das Verhältnis von Studenten und Arbeiterklasse zu ziehen. Mit der abstrakten Anerkennung der revolutionären Rolle der Arbeiterklasse, ihrem völligen Widerspruch zum kapitalistischen System war es nicht getan. Notwendig war es, die Frage nach der Stellung der Studenten zu den Klassenkräften in der Gesellschaft und der daraus resultierenden Einordnung der Studentenbewegung in die gesamtgesellschaftlichen Klassenkämpfe zu beantworten. Hielt man lange Zeit die Studenten für die revolutionäre Avantgarde, so wurden sie nun von antiautoritären Ideologen dafür, daß sie ihre ihnen zugedachte revolutionäre Rolle nicht erfüllten, „gestraft", indem ihre Interessen nun als ständisch und in

keiner Weise fortschrittlich eingestuft wurden. Andererseits gab es die Tendenz, bestehende Probleme, Unterschiede zwischen Arbeiter- und Studentenbewegung einfach unter den Tisch zu kehren, indem man die Studenten zur Arbeiterklasse schlug. Der erste Bundeskongreß des MSB gab darauf die richtige Antwort. Auf Grund der ständigen Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten, der unmittelbaren Unterordnung der Hochschulen unter Monopolinteressen ergibt sich eine immer engere Verflechtung der Interessen der Arbeiterklasse und der Studenten. Auf Grund des konkreten Platzes in der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit aber, der bei der Bestimmung der Klassenzugehörigkeit immer eine Rolle spielt, wird es solange keine Identität von Intelligenz und Arbeiterklasse geben, wie der Unterschied von geistiger und körperlicher Arbeit nicht aufgehoben ist. In unserer kurzen Verbandsgeschichte hat es viele klärende Diskussionen um die Frage der sozialen Lage und Interessen der Studenten gegeben. Dies war möglich, weil wir nicht akademisch, sondern politisch an die Fragen der Klassenanalyse herangegangen sind, das heißt: Uns ging es nicht um Fliegenbeinzählerei, sondern wir fragten nach den Möglichkeiten der Studenten und der Intelligenz, zum Kampf um den Sozialismus beizutragen, wir fragten nach den konkreten Ansatzpunkten, sie für diesen Kampf zu gewinnen.
Mit der Existenz einer Kraft, die in den Kämpfen der Arbeiter Initiative entwickelte und vorwärts trieb, der Deutschen Kommunistischen Partei, verbesserten sich auch die Möglichkeiten, das Bündnis mit der real existierenden Arbeiterbewegung konkret herzustellen. Diese Position war eine der Grundlagen unserer Verbandsgründung, genauso wie die Feststellung, daß die Studentenbewegung nur dann eine revolutionäre Politik auf der Grundlage der marxistischen Theorie entwickeln kann, wenn sie sich ihrer Solidarität und ihrer Interessenübereinstimmung mit der internationalen antiimperialistischen Bewegung bewußt ist. So wurde die Konsolidierung der Studentenbewegung als ein Ausdruck für die Konsolidierung und Stärkung der internationalen antiimperialistischen Bewegung selbst gesehen. Im Referat des ersten Bundeskongresses hieß es: Entgegen der vor allem unter Studenten weitverbreiteten Meinung ist der Brennpunkt der internationalen Klassenauseinandersetzung nicht primär in Afrika oder Lateinamerika zu suchen, sondern hier auf dem europäischen Kontinent. Wie an keiner anderen Stelle der Welt stehen sich hier Imperialismus und Sozialismus mit der geballten Kraft ihrer ökonomischen und militärischen Mittel gegenüber.
Ein weiteres Problem, für das wir mit der Verbandsgründung die Grundlagen der Lösung schufen, war die Frage nach dem Weg zum Sozialismus. In diesen Diskussionen damals, über die viele von uns den Weg zum Verband fanden, ging es um das Verhältnis von Reform und Revolution, um die Frage der Kampfformen. Die Angst vor der Reform, die mit Integration gleichgesetzt wurde, ersetzte die Bestimmung des Inhalts von Reformen und Teilschritten im Kampf um die sozialistische Umwälzung. Die Antwort, die die Grundsatzerklärung des MSB Spartakus auf diese Fragen gab, nämlich, daß antimonopolistische Reformen bedeuten, dem Monopolkapital Zugeständnisse abzuringen und seine Machtpositionen zu schwächen und zurückzudrängen, daß solche tiefgreifenden demokratischen Reformen nur auf dem Weg des Massenkampfes, der Konfrontation der Massen mit dem staatsmonopolistischen System durchgesetzt werden können, daß antimonopolistische Reformen eine große Bedeutung für die Heranführung der Massen an den

Sozialismus haben, da im Kampf um solche Reformen die Kampferfahrungen der revolutionären Kräfte wachsen, sich ihr Klassenbewußtsein entwickelt, neue Kampf- und bessere Ausgangspositionen erobert werden, befreite die Studentenbewegung aus diesem Dilemma und ermöglichte es ihr wieder, politisch zu handeln.

Nur auf der Grundlage einer allseitigen, konkreten Analyse der Klassenbeziehungen ist es möglich, im Kampf um die Tagesinteressen konkrete Schritte anzugeben, die die Kräfteverhältnisse in unserem Land verändern helfen und eine revolutionäre Perspektive eröffnen. Die Loslösung von dieser revolutionären Perspektive ist heute gleichermaßen für Rechts- und Linksopportunisten charakteristisch. Die einen beschränken sich auf reine Abwehrforderungen im demokratischen Kampf und betreiben dabei abstrakte Sozialismuspropaganda, die anderen klammern die Frage der Eroberung der politischen Macht aus und flüchten sich in sogenannte Basisaktivitäten.

Der revolutionäre Kampf um antimonopolistische Reformen bedeutet, wie wir auf dem ersten Bundeskongreß formuliert haben, „daß wir jede Forderung, jede Reform, jede Tagesaufgabe vom Standpunkt der grundlegenden Lebensinteressen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, vom Standpunkt der perspektivischen gesellschaftlichen Erfordernisse, und das heißt, vom Standpunkt der sozialistischen Revolution aus betrachten". Daraus ergibt sich für die revolutionären Kräfte die Notwendigkeit, den Kampf der Bündnisschichten, in unserem Falle der Studenten, mit dem Kampf der Arbeiterklasse zu verbinden, die den antimonopolistischen Kampf am umfassendsten, am tiefsten verkörpert.

Mit diesen Erkenntnissen hätten wir viele Seiten füllen können, aber keine Politik gemacht, wenn sie nicht die Bildung einer revolutionären Studentenorganisation zur Folge gehabt hätten. Der Zusammenbruch des SDS signalisierte doch, daß eine Protestbewegung, die sich im Grunde immer nur um die Bekämpfung der reaktionären Maßnahmen der Herrschenden sammeln konnte, am Ende war. Ohne ein positives Kampfprogramm hätte es keine Weiterentwicklungen der Studentenbewegung geben können, ohne revolutionäre, marxistische Organisation hätte es dieses Kampfprogramm nicht geben können.

Auf dem ersten Bundeskongreß legten wir die aktuelle Notwendigkeit der Gründung einer marxistischen Studentenorganisation dar:

1. Die Rechtskräfte versuchten, im Hochschulbereich wieder fester Fuß zu fassen. Die Vereinheitlichung der politischen Orientierung und die schnelle Vermittlung der richtigen politischen Tagesaufgaben wurde immer notwendiger.
2. In einem Stadium, in dem sich der antiimperialistische Kampf nicht mehr nur in partiellen, spontanen, voneinander losgelösten Aktionen äußerte, sondern auf internationaler, weltweiter Ebene einen sichtbaren und immer stärker werdenden Zusammenhang darstellt, wurde es immer dringlicher, mit einer organisierten Kraft an den Hochschulen die Studenten zu mobilisieren und in die antiimperialistische Bewegung einzureihen.
3. Die Vereinheitlichung und Organisierung des Verbandes war notwendig im Rahmen der zentralisierten Entscheidungsgewalt, die sich auch im Bereich der Wissenschaftspolitik durchzusetzen begann.
4. Den verstärkten ideologischen Anstrengungen der Monopolbourgeoisie, die Studenten wieder auf ihre Seite zu ziehen, galt es, mit einer verstärkten ideologischen Auseinandersetzung mit den Hauptfragen des Klassenkampfes entgegenzutreten. Dies mußte verbandsmäßig organisiert werden, bedurfte einer einheitlichen ideologischen Arbeit, eines einheitlichen marxistischen Bildungsprogrammes.
5. Die Verbindung der Studenten, ihrer Kampferfahrung mit der marxistischen Theorie, der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung, ihre ganz konkrete Verbindung mit den Kämpfen der Arbeiterklasse in unserem Land, bedurfte eines geschlossenen marxistischen Verbandes.

Die neue Qualität der marxistischen Studentenorganisation, die auf der Grundlage einer einheitlichen Ideologie und eines einheitlichen Programms ihre Politik entwickelt, drückte sich auch in unseren Organisationsprinzipien aus. „Aus der Funktion, aus dem Charakter und aus den Aufgaben des Spartakus leiten wir auch seine Organisationsprinzipien ab", hieß es auf dem ersten Bundeskongreß. Grundsätzlich sind sie dadurch bestimmt, daß der Verband geschlossen und effektiv handeln kann, daß es ihm ermöglicht wird, demokratisch erarbeitete Ziele verbindlich für den gesamten Verband in die Praxis umzusetzen, daß er schnell reagieren und an allen Orten gleichzeitig und mit den gleichen Parolen auftreten kann, daß er politisch und ideologisch einheitlich orientiert wird, als Voraussetzung für gemeinsames Handeln.

Grundlage der Einheit unseres Verbandes ist nicht eine äußerliche, rigide Disziplin, sondern die gemeinsame politisch-ideologische Grundlage. Hinter sogenannten antiautoritären Organisationsstrukturen mit ellenlangen Diskussionen ohne konkrete Ergebnisse, die völlig unverbindlich blieben, verbargen sich zufällige und völlig unkontrollierte Leitungsstrukturen. Demgegenüber haben wir mit demokratisch gewählten und rechenschaftspflichtigen Leitungen, mit verbindlichen politischen Diskussionen auf Mitgliederversammlungen uns wirklich demokratische Organisationsstrukturen gegeben.

Die demokratischen Kräfte standen damals vor der Aufgabe, den vds, der durch den SDS-Bundesvorstand organisatorisch und politisch nahezu liqidiert worden war, neu aufzubauen und dieser Organisation einen politischen Inhalt zu geben. Dort standen sich gegenüber der Versuch der Maoisten und Sektierer, den vds zu instrumentalisieren oder gar zu einem Ersatz für politische Organisationen zu machen, und auf der anderen Seite die von SHB und MSB entwickelte Politik der gewerkschaftlichen Orientierung, die auf der Erkenntnis beruhte, daß es notwendig ist, verschiedene politische Strömungen innerhalb der Studentenbewegung zusammenzufassen, ihnen ein demokratisches Programm zu geben und aus dem vds eine demokratische Dachorganisation der westdeutschen Studenten zu machen.

Wir sagten damals: Wir stärken die Organe der verfaßten Studentenschaft, indem wir alle Studenten, die aktiv in den antimonopolistischen Kampf eintreten wollen und auch an Alternativen zum bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb interessiert sind, darauf orientieren, sich dieser Organe, vor allem der Fachschaften, als Organe der Massenpolitik zu bedienen.

Seit unserem Gründungskongreß hat sich unser Verband wie die Studentenbewegung kontinuierlich aufwärts entwickelt. Mehr und mehr Studenten haben die Richtigkeit unserer Grundsatzerklärung erkannt. Sie sind aktiv geworden für den Kampf um ihre sozialen und politischen Rechte. Sie begriffen, daß ihr Kampf tiefer,

grundsätzlicher und ernsthafter geführt werden müßte. Sie verstanden, daß es nur eine Alternative gibt: entweder die Unterordnung unter die Herrschaft des Großkapitals oder den Weg an der Seite der Arbeiterklasse. Immer mehr Studenten nahmen Abschied von der stillschweigenden Hoffnung, doch noch einen Sonderstatus in dieser Gesellschaft einnehmen zu können.

Viele haben erkannt, daß ihre Perspektive einzig im Sozialismus besteht, in dem die Intelligenz nicht mehr, wie unter kapitalistischen Bedingungen, zu Zwecken des Profites instrumentalisiert wird, sondern eine freie, schöpferische Tätigkeit für den geschichtlichen und menschlichen Fortschritt und für die Gesellschaft und ihre Bedürfnisse entwickeln kann. Es ist richtig, der überwiegende Teil der Studenten entstammt der kleinbürgerlichen Schichten. Und vielfach werden ihre Erwartungen, gerade zu Anfang des Studiums, noch bestimmt von der Hoffnung auf freie geistige wissenschaftliche Tätigkeit, oder von der Hoffnung auf eine gehobene gesellschaftliche Position später im Beruf.

Die direkte Konfrontation an den Universitäten mit dem verschärften sozialen Druck, mit der bürgerlichen Wissenschaft, die wirkliche Einsichten in gesetzmäßige Zusammenhänge der Realität blockiert, führt zur Ernüchterung und erhöht die Bereitschaft zur Aktion. Auf die Grundlage ihrer eigenen Situation können Studenten ein besseres Verständnis für Klassenauseinandersetzungen außerhalb der Universität aufbringen. Sie erkennen, daß der Gegner der Arbeiterklasse in ihren Streiks, in ihrem Kampf um Mitbestimmung, in ihrem Kampf um die Sicherheit des Arbeitsplatzes derselbe Gegner ist, den auch die Studenten an den Universitäten haben. Gleichermaßen müssen sie um die Erhaltung ihres Lebensstandards kämpfen durch die Forderung nach einem Inflationszuschlag. Gleichermaßen müssen sie kämpfen für das Recht auf demokratische Mitentscheidung über Fragen, die das eigene Leben und die eigene Zukunft betreffen. Gleichermaßen müssen sie für einen Arbeitsplatz kämpfen, sei es im Kampf gegen den Numerus clausus oder in Demonstrationen gegen Kurzarbeit und Entlassungen. Gerade hierin liegt ein wesentlicher Ansatzpunkt, daß viele Studenten, deren überzogene Erwartungen zutiefst enttäuscht werden, nicht in Resignation verfallen. Sie erleben die Kraft der Arbeiterklasse und werden durch ihre Aktionen ermutigt. Heute also sind günstigere Bedingungen geschaffen, der Studentenbewegung Zielgerichtetheit und Standhaftigkeit durch die Hinführung zur Arbeiterklasse zu verleihen. Die Bedingungen werden besser, grundsätzlich über die Rolle der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt aufzuklären und über die Strategie und Taktik ihres Klassenkampfes aufzuklären. Denn zuerst einmal knüpfen die Studenten vielfach ihre Hoffnungen an die Arbeiterklasse, weil sie schon rein zahlenmäßig die größte Kraft in unserer Gesellschaft ist. Sie werden um so leichter enttäuscht, wenn in der Klassenauseinandersetzung Phasen relativer Ruhe eintreten, und der Klassenkampf nicht in Form von Massenaktionen, sondern im Ringen um einzelne politische Positionen zum Ausdruck kommt.

In der Tat zeigt es sich in der bisherigen Entwicklung, daß die prinzipielle Anerkennung der Rolle der Arbeiterklasse keinesfalls gleichzusetzen ist mit einer Klärung der Fragen, die für den Kampf der Arbeiterbewegung von zentraler Bedeutung sind. Zu diesen zentralen Fragen gehört auch die Rolle und Funktion, die die Gewerkschaften spielen. Die gewerkschaftsfeindliche Einstellung der

damaligen antiautoritären Bewegung lebt heute fort in der gewerkschaftsfeindlichen Einstellung der linken Splittergruppen. Diese Haltung entwickelte sich aus einer Kritik an der aktuellen Politik der Gewerkschaftsführung. Unabhängig von der jeweils politischen Haltung, die die einzelnen Gewerkschaftsführungen einnehmen, sind für uns die Gewerkschaften die breiteste Klassenorganisation der Werktätigen. Es entspricht dem unmittelbaren und längerfristigen Interesse der Arbeiterklasse, starke, einheitliche Gewerkschaften zu haben.

Selbstverständlich versucht die herrschende Bourgeoisie, ideologisch einen tiefen Einfluß auf die Arbeiterklasse und ihre Organisationen zu gewinnen, was ihr auch über längere Zeitphasen hin gelingt. Hieraus ist nicht die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Gewerkschaften überflüssig oder gar schädlich sind, hieraus ist einzig und allein die Schlußfolgerung zu ziehen, daß der Kampf um konsequente Klassenpositionen verstärkt werden muß. Wenn wir sagen, daß die Gewerkschaften die breiteste und umfassendste Klassenorganisation der Arbeiterklasse sind, dann heißt das, daß verschiedene politische und ideologische Strömungen, die in der Arbeiterklasse verbreitet sind, in ihr vertreten sind und ihre Politik beeinflussen. Daher sind Versuche neoreformistischer Kräfte, vor allem unter Teilen der Jusos, zu kritisieren, die Gewerkschaften zum Parteiersatz machen zu wollen. Es wird immer die grundlegende Aufgabe der Gewerkschaften im Kapitalismus sein, den ökonomischen Kampf der Arbeiter zu führen. Um diesen ökonomischen Kampf erfolgreich führen zu können, müssen die Gewerkschaften die verschiedenen politischen und ideologischen Strömungen, die in der Arbeiterklasse vorhanden sind, vereinigen. Arbeiterfeindliche Ideologie, die es auch in den Gewerkschaften gibt, werden in dem Maße zurückgedrängt werden können, wie die Gewerkschaften einen konsequenten Kampf um die Interessen ihrer Mitglieder führen. Die Gewerkschaften auf diese Position zu bringen, geschieht nicht durch die Politik einer innergewerkschaftlichen Opposition. Diejenigen, die innerhalb der Gewerkschaften für eine ausschließliche Orientierung an Arbeiterinteressen kämpfen, stellen keine Opposition dar, sondern sie tun dies als konsequente Gewerkschaftler, im Interesse der Stärkung der Gewerkschaften, denn die starke Einheitsgewerkschaft ist heute notwendiger denn je. Ohne einheitliche Gewerkschaften ist kein erfolgreicher Interessenkampf möglich. Und dabei beachten wir durchaus, daß gerade die jüngste Tarifauseinandersetzung zeigt, daß durch die Verflechtung von Staats- und Monopolmacht die Arbeits- und Lebensbedingungen zunehmend durch die staatliche Politik beeinflußt werden, daß durch die Rolle der Bundesregierung in den gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen die Notwendigkeit, die ökonomischen Forderungen in den politischen Zusammenhang zu stellen, immer deutlicher wird. Es zeigt sich, daß eine Gewerkschaftsstrategie, die sich auf den ökonomischen Kampf beschränkt, nicht in der Lage ist, den Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse wirksam einzuleiten.

Fortschritte in dieser Richtung verbessern auch die Bedingungen eines Bündnisses zwischen der organisierten Studentenschaft und den einzelnen Gewerkschaften. Dies gilt im umgekehrten Sinne auch für die Entwicklung in der Studentenbewegung. Je konsequenter sich in ihr demokratische und fortschrittliche Positionen durchsetzen, je konsequenter sie sich an die Seite der Arbeiterklasse stellt, um so eher werden die Gewerkschaften bereit sein, mit ihr zusammenzuarbeiten. Sie werden bestärkt in ihrem Kampf für ein demokratisches und sozial gerechtes

Bildungswesen, wenn sie feststellen, daß es an den Hochschulen selbst eine starke demokratische Studentenbewegung gibt, die ihre Forderungen unterstützt und trägt.

Diese Zusammenarbeit im Rahmen der Gewerkschaften ermöglicht auch, daß die Arbeiterklasse ihr Interesse an einer demokratischen und fortschrittlich orientierten Wissenschaft besser erkennen kann. Im Kampf um ihre Rechte, um den demokratischen Fortschritt, um die antimonopolistische Demokratie und den Sozialismus ist es der Arbeiterklasse nicht gleichgültig, welche Lehrer später ihre Kinder ausbilden, welche Richter und Rechtsanwälte sie in ihrem Kampf um soziale Gerechtigkeit antrifft, von welchen Ärzten sie behandelt wird, welche Journalisten über die Streikkämpfe berichten und mit welchen Ingenieuren und Technikern sie in den Betrieben zusammenarbeitet.

Die Bedeutung der Intelligenz für die Arbeiterklasse erschöpft sich nicht in der politischen Haltung, die viele Vertreter der Intelligenz später in ihren Berufen einnimmt. Sie erstreckt sich auch auf die Rolle der Intelligenz in der Klassenauseinandersetzung prinzipiell. Ihre Bedeutung ist in dem Maße gewachsen, wie die wissenschaftlich-technische Revolution entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Produktivkräfte erhielt und die Wissenschaft selbst zu einer unmittelbaren Produktivkraft wurde. Die Tätigkeit großer Teile der Intelligenz besteht darin, neue Produktivkräfte zu schaffen und neue technologische Prozesse in die Wege zu leiten.

Wir sind uns bewußt, daß nur im Sozialismus die Produktivkräfte auf der Grundlage gesamtgesellschaftlicher Planung und Entscheidungen im Interesse der schöpferischen Entfaltung des einzelnen Menschen, des Arbeiters, entwickelt werden. Das heißt aber nicht, daß der Wissenschaftler unter kapitalistischen Bedingungen keine Verantwortung für die Ergebnisse seiner Arbeit hat. Seinerzeit wurde umfassend die Verantwortung des Wissenschaftlers im Zusammenhang mit der Entwicklung der Atombombe diskutiert. Diese Verantwortung ist heute gesamtgesellschaftlicher Natur und trifft in dem Maße, wie die Wissenschaft unmittelbaren Anteil an der Produktion erhält, für mehr und mehr ihrer Gebiete zu. Daher ist es für die Arbeiterklasse von Interesse, ob die Intelligenz auch die physiologischen und psychologischen Auswirkungen, die technische Erneuerungen mit sich bringen, mitberücksichtigen und zur Diskussion stellen. Noch in einer dritten Hinsicht ist die Bedeutung der Intelligenz in der Klassenauseinandersetzung gewachsen. Unter den Bedingungen des verschärften Systemwettkampfes verlagert sich die Auseinandersetzung immer stärker auf das ideologische Feld. Für das Monopolkapital ist die Entwicklung einer Intelligenz bedrohlich, die sich der ideologischen Verfügung durch die herrschende Klasse entzieht und an der Seite der Arbeiterklasse eine revolutionäre Wissenschaftstheorie und -politik entwickelt.

Vor drei Jahren forderten wir die Studenten auf, das Bündnis mit der Arbeiterklasse im antimonopolistischen Interessenkampf zu suchen. Die Entwicklung hat die Richtigkeit unserer Konzeption bestätigt. Es sind das erste Mal wirkliche Ansätze geschaffen für das Bündnis großer Teile der studentischen Intelligenz mit der Arbeiterklasse. Erste praktische Erfahrungen konnten gesammelt werden, das Vertrauen konnte von beiden Seiten gefestigt werden. Wir betonen: Es wird in Zukunft von entscheidender Bedeutung für die Fortschritte der Studentenbewegung sein, daß wir diese Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften im Rahmen unserer Bündnispolitik mit in den Vordergrund stellen, die Kontakte mit der Gewerkschaftsjugend, mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten vertiefen und gemeinsame Aktionen beraten auf der Grundlage gemeinsamer Interessen. Die Erfolge, die bisher erzielt wurden, dürfen uns nicht dazu verleiten, dieses Bündnis schon als endgültig und für alle Zeiten stabilisiert und umfassend zu betrachten.

Wie die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften von elementarer Bedeutung für die Fortschritte der Studentenbewegung ist in ihrem Kampf für die Durchsetzung sozialer und demokratischer Interessen, ist von ebenso elementarer Bedeutung die Hinwendung zur Deutschen Kommunistischen Partei für die Entwicklung eines revolutionären Geistes in der Studentenbewegung, für die Durchsetzung des Marxismus, für ihre Eingliederung in die weltweite antiimperialistische Solidaritätsbewegung und für ihren Kampf gegen den inneren Hauptfeind, das Monopolkapital. In der Deutschen Kommunistischen Partei haben sich die revolutionärsten Kräfte der Arbeiterklasse organisiert. In der DKP und nur in der DKP und nirgends anders haben sich die Vertreter der Arbeiterklasse organisiert, die nicht nur ihre Klassenlage erkannt haben, sondern auch die Verpflichtung, für die geschichtliche, politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse zu kämpfen. In dieser Partei und nirgendwo anders haben die fortgeschrittensten und konsequentesten Vertreter der Arbeiterklasse ein politisches Programm entwickelt, um auf allen Ebenen und in allen Bereichen konsequent den Kampf gegen das Monopolkapital führen zu können und das Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse zu verbreiten und zu verankern.

Es gibt keinen Kampf für Fortschritt, für Freiheit, für Demokratie und Sozialismus ohne die DKP. Wie wollen wir an den Hochschulen erfolgreich den Kampf gegen das Monopolkapital führen, gegen die Wissenschafts- und Bildungspolitik der herrschenden Klassen, wenn nicht die Deutsche Kommunistische Partei den Kampf gegen das Monopolkapital in seinem ganzen Umfange führt und organisiert? Wie könnten wir isoliert in der Hochschule Erfolge gegen das Monopolkapital durchsetzen, wenn das Monopolkapital nicht gesamtgesellschaftlich zurückgedrängt, isoliert und geschlagen wird?

Die Deutsche Kommunistische Partei, die organisierte revolutionäre Arbeiterklasse kämpft gegen das Monopolkapital in allen Bereichen. Wir kämpfen in einem Teilabschnitt.

Heißt dies, daß wir uns auf den Teilabschnitt beschränken können? Wir meinen: Nein. Der antimonopolistische Kampf ist ein Kampf gegen den Imperialismus, für den Sozialismus. Daher muß sich die Studentenbewegung, um einen konsequenten antiimperialistischen Kampf an den Universitäten führen zu können, die gesamte demokratische Alternative der Deutschen Kommunistischen Partei zueigen machen, muß in ihr das Bewußtsein geweckt werden, daß es nicht um isolierte Fragen der Hochschulpolitik geht, sondern um Fragen des allgemeinen Klassenkampfes.

Der Kampf an den Hochschulen ist ein wichtiger Teil des gesamten Klassenkampfes. Daher hat auch ihrerseits die revolutionäre Arbeiterklasse ein grundsätzliches Interesse an der Entwicklung einer antimonopolistischen und marxistischen Studentenbewegung an den Universitäten. Die DKP hat entsprechend ein alternatives Bildungsprogramm zur Politik des Monopolkapitals entwickelt. Dieses

Bildungsprogramm besteht nicht isoliert, sondern ist ein Teil des gesamten antimonopolistischen Programms der Deutschen Kommunistischen Partei.

Die Deutsche Kommunistische Partei ist ein Teil der internationalen Arbeiterbewegung. Sie ist das Bindeglied zwischen der demokratischen, antimonopolistischen und sozialistischen Studentenbewegung und der weltweiten antiimperialistischen Einheitsfront. Von daher ist der Weg zur DKP nicht zu trennen vom Weg zu den sozialistischen Ländern, daher ist der Weg zu den sozialistischen Ländern nicht zu trennen vom Weg zur DKP. Ohne Zweifel, der Antikommunismus und der Antisowjetismus ist eine weitverbreitete Ideologie auch an den Universitäten. Aber je mehr sich in den letzten Jahren der Kampf zugespitzt hat, je mehr Studenten aktiv geworden sind, je stärker der Spartakus sich als marxistischer Kern dieser Studentenbewegung profilieren konnte, je umfassender sich die Deutsche Kommunistische Partei in der Bundesrepublik mit ihrem alternativen Programm durchsetzt und je eindrucksvoller die Erfolge der sozialistischen Länder auf allen Ebenen des Klassenkampfes sind, um so mehr Studenten haben sich von antikommunistischen Positionen gelöst und die auch im eigenen Interesse liegende Bedeutung der Deutschen Kommunistischen Partei erkannt. Gerade wenn man sich an den Kommunistenhaß in der antiautoritären Phase und auch noch zu Zeiten der Gründung unseres Verbandes erinnert, müssen wir feststellen, daß in seiner Zurückdrängung ermutigende Erfolge erzielt wurden. Die politische und moralische Autorität der Sowjetunion, der sozialistischen Länder und der DKP wird immer umfassender und beschleunigter anerkannt. Dies besagt aber nicht, daß der Antikommunismus in absehbarer Zeit endgültig aus den Köpfen der Studenten zu beseitigen ist, es besagt auch nicht, daß nicht zeitweilig antikommunistische Strömungen verstärkt in den Vordergrund treten können.

Jede isolierte Betrachtungsweise unseres Kampfes, die vom allgemeinen Klassenkampf abstrahiert, muß die Ausgangsbasis des Antikommunismus stärken. Neue Bedingungen sind herangereift, um ihn zurückzudrängen, ihn zu überwinden und neue Studenten in die antimonopolistische Bewegung einzureihen.

1969 schätzten die kommunistischen und Arbeiterparteien das internationale Kräfteverhältnis ein und kamen zu dem Ergebnis, daß sich die drei revolutionären Hauptströme der Gegenwart, die sozialistischen Länder, die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und die nationale Befreiungsbewegung immer stärker zum bestimmenden Faktor in der internationalen Politik entwickeln, und daß die Voraussetzungen und die Notwendigkeit herangereift sind, eine engere Verbindung zwischen diesen drei revolutionären Hauptströmen der Gegenwart zu schaffen.

Heute haben die Prinzipien der sozialistischen Außenpolitik zum erstenmal in der Geschichte begonnen, gesetzmäßig die internationalen Beziehungen zu bestimmen. Der Durchbruch zu einer Politik der friedlichen Koexistenz in Europa und in ersten Ansätzen auch weltweit bekundet, was bis dahin nur als Tendenz sichtbar war: Der Imperialismus befindet sich im historischen Rückzug.

Die internationale Isolierung des Imperialismus ist so weit fortgeschritten, daß er sich diesen neuen Bedingungen anpassen muß, weil er nicht mehr die politische Macht und Kraft hat, sie grundsätzlich zu ändern. Daher ist die Durchsetzung einer Politik der friedlichen Koexistenz nicht ein Anzeichen für das Abflauen des

internationalen Klassenkampfes, sondern im Gegenteil ein Zeichen dafür, daß der internationale Klassenkampf eine neue Stufe erreicht hat und die Kräfteverhältnisse weiter zugunsten des Sozialismus verändert sind. Wer argumentiert, daß die Politik der friedlichen Koexistenz ein Nachgeben der sozialistischen Länder gegenüber den imperialistischen sei, dokumentiert, daß er die Ideologie des Imperialismus kritiklos übernimmt. Denn es ist der Imperialismus, der die Politik der friedlichen Koexistenz als seine Erfindung darstellen möchte und sie in Gegensatz zur Weltrevolution stellt.

Eine andere falsche Auffassung besteht darin, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz aus dem Zusammenhang des internationalen Klassenkampfes herauszurücken und reinen Pazifismus zu betreiben. Der Gegensatz der Systeme beherrscht heute die internationale Politik. Daher sind die Prinzipien der friedlichen Koexistenz die wesentlichen Prinzipien, die heute mehr und mehr die internationalen Beziehungen charakterisieren.

Aber sie treffen nur für Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu und sind nicht die einzigen Prinzipien. Qualitativ andere Prinzipien sind die des proletarischen Internationalismus. Sie sind denen der friedlichen Koexistenz nicht unterzuordnen und in sie aufzulösen. Daher schließt die Politik der friedlichen Koexistenz die internationale Solidarität mit dem revolutionären Kampf der nationalen Befreiungsbewegung nicht aus, sondern ein. Friedliche Koexistenz verträgt sich nicht mit Unterdrückung, Ausbeutung und Kolonialismus.

Gegen diese Erkenntnis versucht gegenwärtig der Imperialismus ein ideologisches Sperrfeuer zu errichten, indem er behauptet, daß die Politik der friedlichen Koexistenz mit dem proletarischen Internationalismus unvereinbar sei. Dies ist ein Versuch, tiefe Keile zwischen die sozialistischen Länder zu treiben und die nationalen Befreiungsbewegungen vom Sozialismus abzutrennen.

Es liegt in unserem eigenen unmittelbaren Interesse, die Politik der friedlichen Koexistenz an den Hochschulen intensiv zu diskutieren und Aktionen zu ihrer Durchsetzung zu entwickeln. Denn wenn unsere Einschätzung richtig ist, daß die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz Teil der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus ist, und wenn unsere Einschätzung richtig ist, daß die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus einen nachhaltigen positiven Einfluß auf unsere Kampfbedingungen ausübt, dann müssen wir die Politik der friedlichen Koexistenz nach wie vor intensiv unterstützen, um die friedlichen Bedingungen zu sichern, unter denen wir unsere Arbeit leisten können. Dies gilt im gleichen Sinne für die Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten. Von Maoisten wie von Rechtsopportunisten wird sie kritisiert als Arrangement zwischen den Systemen. Schon in der Methode der Kritik liegt eine für diese Kräfte typische mechanistische Denkweise zugrunde. Der Zusammenbruch des Imperialismus wird sich als zwangsläufig vorgestellt und nicht als Ergebnis der revolutionären Praxis des Proletariats. Unter diesem Gesichtspunkt aber, nicht unter dem unmittelbar ökonomischen also, sondern unter dem politischen, wirkt die Zusammenarbeit langfristig zugunsten revolutionärer Auseinandersetzung. Sie schafft in der Arbeiterklasse bessere Ausgangsbedingungen für ihren Kampf um

die Abrüstung, für die Sicherung der Arbeitsplätze und gegen die Inflation. Sie stärkt den Sozialismus und damit die Alternative zum Imperialismus.

Die Politik des Imperialismus ist in dieser Situation des Übergangs zu einer Politik der friedlichen Koexistenz gekennzeichnet durch den Versuch, sich auf die neue Lage einzustellen und Abwehrmaßnahmen zu entwickeln.

Um der Politik der friedlichen Koexistenz entgegenzuwirken, sie zu bremsen und sie möglicherweise rückgängig zu machen, konzentriert er sich gegenwärtig auf die Stärkung der westeuropäischen Einheit und die Entwicklung einer selbständigen westeuropäischen Atomstreitmacht. An diesen Tendenzen der außenpolitischen Konzeption des Imperialismus, auch der Bundesrepublik, wird der imperialistische Charakter deutlich, der auch den SPD-Vorstellungen zugrunde liegt und insbesondere im Weißbuch seinen konkreten Ausdruck fand. In der Auseinandersetzung mit diesen Konzeptionen ist nicht nur konstruktiv von uns die Fortsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz, Zusammenarbeit und Abrüstung zu entwickeln, sondern zugleich der wirkliche Grundgehalt des Europagedankens zu verdeutlichen.

Die Europaideologie versucht, Ansätze eines internationalen Bewußtseins in der Studentenschaft in falsche Kanäle zu leiten. Dieses kleine Europa verhindert, daß die Völker zusammenfinden, indem es das Konkurrenzprinzip und die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern zur Vorherrschaft bringt. Das Europa der Monopole ist ein Instrument, die Arbeiterklasse zu zersplittern, Mißtrauen zwischen den Bauern der einzelnen Länder zu säen und die Intelligenz effektiver wirtschaftlich, politisch und ideologisch zu unterjochen.

Vor einem Monat sind die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas zu einer Konferenz in Brüssel zusammengetroffen, um die neue Entwicklung aufzuarbeiten. Der Gegensatz zwischen Imperialismus und Sozialismus in Europa hat einen so umfassenden und allgemeinen Charakter angenommen, daß es möglich und notwendig war, in Westeuropa den Kampf gegen das internationalisierte Monopolkapital abzustimmen und in grundsätzlichen Bereichen gemeinsam zu führen, ohne die Besonderheiten zu vernachlässigen, die die Spezifik der Klassenauseinandersetzungen in den einzelnen imperialistischen Ländern prägen.

Damit kann ein neues Stadium des Kampfes der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern Europas gegen das Europa der Monopole der Europäischen Gemeinschaft erreicht werden. Diese Klassenauseinandersetzung wird gefördert durch den verschärften Systemwettkampf in Europa. Die Existenz und Entwicklung der sozialistischen Länder ermöglichen der Arbeiterklasse Westeuropas perspektivisch den Weg zu zeigen, den sie im Kampf gegen das westeuropäische Monopolkapital betreten müssen.

Das demokratische und unabhängige Westeuropa, in dem die Arbeiterklasse ihre Interessen durchsetzt, steht in enger Verbundenheit mit der gesamteuropäischen Zusammenarbeit und Solidarität. Das wirklich solidarische Europa der Arbeiterklasse ist nicht erst ein Projekt der Zukunft, sondern existiert in realen Ansätzen bereits im sozialistischen Teil Europas. Der Kampf gegen das westeuropäische konzentrierte Monopolkapital kann nur erfolgreich geführt werden, wenn die Arbeiterklasse im Bewußtsein des proletarischen Internationalismus handelt. Von

daher ist sich kritisch mit der Strategie der Jungsozialisten auseinanderzusetzen, die hoffen, daß in der Hülle eines monopolkapitalistisch gesteuerten Klein-Europas einfach auf reformistischem Wege andere politische Inhalte umgesetzt werden können. Veränderungen der politischen Inhalte bedingen aber auch Änderungen der politischen Form.

An die Stelle der Spaltung Europas muß die freundschaftliche und friedliche Zusammenarbeit treten. Dies kann auf längere Frist grundsätzlich nur erreicht werden, wenn die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern mehr und mehr das Monopolkapital zurückdrängt, ihnen Anteile der nationalen und internationalen Macht entreißt und neue politische Institutionen schafft, die sich nicht gegen die sozialistischen Länder richten, sondern sich nur in enger Zusammenarbeit mit ihnen verwirklichen. Dies wäre ein grundsätzlich anderes Europa, als es gegenwärtig existiert. Solange das Monopolkapital in den einzelnen Ländern die politische Herrschaft innehat, müssen auch die Beziehungen zwischen diesen Ländern von den wesentlichen Prinzipien des Imperialismus geprägt bleiben, von den Prinzipien der Konkurrenz, der Übervorteilung, des Gegeneinanders und der Spaltung. Der reformistische Kurs, das Monopolkapital Westeuropas gleichsam von innen heraus auszuhöhlen, lenkt objektiv von der Notwendigkeit ab, den Kampf um die politische Macht zu führen. Dieser Kampf muß in den einzelnen Ländern geführt werden, und dieser Kampf muß zugleich zwischen den revolutionären Bewegungen der verschiedenen Länder harmonisiert und auf der Grundlage allgemeiner Gesetzmäßigkeiten vorwärtsgetrieben werden. Die Konferenz der kommunistischen Parteien hat diese Perspektive eröffnet.

Die letzten Erfahrungen in Indochina und im Nahen Osten haben gezeigt, daß der Kampf um nationale Befreiung gegen den Imperialismus nur eine Perspektive haben kann, wenn er an der Seite und mit der Unterstützung der sozialistischen Länder geführt wird. In Zukunft wird dies eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern und den nationalen Befreiungsbewegungen erfordern, aber auch zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen und der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern. Dies zeigt sich schon an der Tatsache, daß die Assoziationspolitik, die die Europäische Gemeinschaft betreibt, die jungen Nationalstaaten gleichermaßen auszubeuten versucht, wie die multinationalen Gesellschaften im Inneren der Europäischen Gemeinschaft versuchen, die Arbeiterklasse auszubeuten.

Theorien und Phrasen, die die Einheitlichkeit des revolutionären Prozesses in Frage stellen, wirken objektiv im Sinne des Imperialismus, der immer stärkere Anstrengungen unternimmt, Keile zwischen die drei Hauptkräfte dieses Prozesses zu treiben, um sie dann getrennt besser schlagen zu können oder unter seine Herrschaft zu integrieren.

Als Marxisten haben wir erkannt, daß die Hauptlast der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus auf den Schultern der sozialistischen Staaten ruht, und vor allen Dingen auf den Schultern der Sowjetunion. Ohne die Sowjetunion, ohne ihre konsequente Politik gibt es heute keine gesicherten Fortschritte im antimonopolistischen Kampf der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder und des antiimperialistischen Kampfes der nationalen Befreiungsbewegung. Bei jedem Versuch, die nationalen Befreiungsbewegungen zu unterdrücken, muß der Imperialis-

mus mit der Sowjetunion, mit ihrer militärischen, politischen und ideologischen Macht rechnen.

In diesem Zusammenhang ist ein Wort über den Maoismus notwendig: In allen Bereichen des internationalen Klassenkampfes hat sich der Maoismus immer stärker zum willfährigen Instrument des Imperialismus entwickelt. Indem er die Politik der friedlichen Koexistenz und die Abrüstung blockiert, indem er das westeuropäische Monopolkapital im Gegensatz zu den Interessen der westeuropäischen Arbeiterbewegung zur politischen und militärischen Vereinigung aufruft und indem er in den Vereinten Nationen durch seine Abstimmungspolitik, z. B. gegen die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz, und gegen die Aufnahme Bangla Deshs auftritt, verschafft er dem amerikanischen Imperialismus willkommene politische Spielräume. Der Maoismus hat längst jeden Anschein eines Antiimperialismus zugunsten eines ausschließlich herrschenden Antisowjetismus und Antikommunismus aufgegeben. Er stellt eine ernsthafte Bedrohung der weltweiten antiimperialistischen Einheit dar.

Das chinesische Volk hat viele tiefgehende und wertvolle revolutionäre Erfahrungen gesammelt. Diese revolutionären Traditionen dürfen nicht vergeblich gewesen sein. Das chinesische Volk wird erneut dafür sorgen, daß die Volksrepublik China zu einem großen mächtigen Faktor in der weltweiten Einheit der antiimperialistischen Bewegung wird.

Alle Erfahrungen der Studentenbewegung haben gezeigt, daß der Zugang zum politischen Klassenkampf, zur Arbeiterklasse und zu den sozialistischen Ländern über die Theorie nur zufälliger Natur ist und durch ständige Schwankungen und ein unsicheres Fundament charakterisiert ist. Einzig die Erfahrungen, die im Kampf gesammelt werden, schaffen geeignete und gesicherte Ausgangsbedingungen für Fortschritte. Hierbei hat die Studentenbewegung einen äußerst widersprüchlichen Entwicklungsprozeß durchgemacht.

Scheinbar anders als es in der Arbeiterbewegung im allgemeinen der Fall ist, hat sie mit dem politischen Kampf, mit dem Kampf gegen die Notstandsgesetze, gegen die amerikanische Aggression und gegen den Imperialismus, gegen Klassenjustiz, Polizeiterror und Neofaschismus begonnen, um erst wesentlich später in verstärktem Umfang und intensiv den Kampf für ihre unmittelbaren sozialen Interessen aufzunehmen. Tatsächlich aber lag den politischen Aktionen zunächst kein geschlossenes, wissenschaftlich entwickeltes Konzept revolutionärer Strategie und Taktik zugrunde.

Diese Aktionen waren noch nicht verbunden mit der Erkenntnis, daß der Kampf um die politische Macht im staatsmonopolistischen Kapitalismus die entscheidende Grundfrage des Übergangs zum Sozialismus ist. Diese Aktionen signalisierten Aufbrüche, waren Einzelinitiativen und spiegelten bestimmte Protesthaltungen gegenüber einzelnen Erscheinungsformen des Imperialismus wider. Zusammenhängende Vorstellungen lagen ihnen nicht zugrunde. Unsichere Vorstellungen über das Verhältnis von Staat und Revolution bewirken Rechtsopportunismus und Reformismus ebenso wie Linkssektierertum und Maoismus. Der Ökonomismus, der für linksopportunistische Strömungen bezeichnend ist, schränkt die Aktionen der Studenten auf den sozialen Interessenkampf ein und behindert seine Überleitung zum politischen Kampf. Das ist mit einer Reihe ernster Schwierigkeiten verbunden, mit denen sich der MSB Spartakus auseinandersetzen muß. Diese Schwierig-

keiten werden weniger sichtbar in Phasen des Aufschwungs, kommen aber in aller Deutlichkeit in Phasen relativer Ruhe zum Durchbruch. Bei vielen Studenten stellt sich dann die Frage, welche Erfolgsaussichten überhaupt ihr sozialer Interessenkampf haben kann. Er kann nur einen Erfolg haben, wenn er, wie der MSB Spartakus in seinem Grundsatzprogramm entwickelt hat, eingeordnet wird in den Kampf gegen das Monopolkapital. Der soziale Interessenkampf wird prinzipiell erfolglos bleiben, wenn er losgelöst vom allgemeinen Klassenkampf geführt wird.

Strategie diskutieren und Strategie verwirklichen sind zweierlei. Wenn hier auch keineswegs der einfachen Reihenfolge: erst eine Strategie entwickeln, dann darangehen, sie zu verwirklichen, das Wort geredet werden soll, da die Entwicklung der antimonopolistischen Strategie zutiefst mit der Entwicklung der kapitalistischen Wirklichkeit und dem praktischen Klassenkampf verbunden war, so war doch auf der anderen Seite der theoretische Sieg des Marxismus und der Strategie des antimonopolistischen Kampfes in der Studentenbewegung, der am konzentriertesten in der Gründung des MSB Spartakus zum Ausdruck kam, noch nicht gleichbedeutend mit dem praktischen Sieg des antimonopolistischen Kampfs an der Hochschule. Die richtige Strategie muß sich tagtäglich bewähren, die Massen überzeugen sich letztlich nur durch die eigene Erfahrung von der Richtigkeit einer Strategie.

Anläßlich der Vorlage des Entwurf des Studentenaktionsprogramms im November 1972 sagte deshalb Genosse Christoph Strawe auf der Hochschulkonferenz des Spartakus in Münster: „Eine marxistische Organisation muß sich nicht zuletzt dadurch auszeichnen, daß sie grundsätzlich bestimmen kann, auf welchem Weg der Sozialismus erkämpft werden muß; daß sie die nächsten realisierbaren Schritte angeben muß, um in der Lage zu sein, in die politischen Vorgänge einzugreifen und die Massen zu mobilisieren.

Die auf dem ersten Bundeskongreß beschlossene Generallinie unserer Politik, der Stand der Auseinandersetzungen an den Hochschulen, unser gestiegener Masseneinfluß, fordern von uns, den Studenten ein Programm vorzulegen, in dem wir ihnen sagen, welche nächsten konkreten Ziele in der gegenwärtigen Etappe angegangen werden müssen. Ein solches Programm vorzustellen, das der Masse der Studenten unmittelbare Ziele für die Verbesserung ihrer sozialen und politischen Lage setzt, aber gleichzeitig an den gesamtgesellschaftlichen, antimonopolistischen Kampf, an den Kampf um den Sozialismus heranführt – das ist unsere Aufgabe."

Der allgemeinen Notwendigkeit, ein solches Programm des antimonopolistischen Kampfes auszuarbeiten, eine bis zur Tagespolitik hin zugespitzte Konkretisierung des Verhältnisses von Reform und Revolution vorzulegen, über das es so viele theoretische Auseinandersetzungen gegeben hat, entsprachen nunmehr auch die Möglichkeiten des Spartakus, „von der allgemeinen Profilierung und Selbstdarstellung verstärkt zur konkreten Massenarbeit überzugehen." Doch auch allgemeine Notwendigkeiten stellen sich konkret dar, und vor allem ein Aktionsprogramm, dessen Kernaussagen zur Richtschnur des tagtäglichen Handelns der Masse der Studenten im Kampf um ihre Interessen gemacht werden sollen, bewährt sich nicht nur allgemein. Und wenn die Frage gestellt wird: Wieweit sind wir gekommen, haben wir Erfolge errungen, hat sich die antimonopolistische Strategie in der Praxis bewährt? Dann muß diese Frage konkret an Hand der spezi-

fischen, besonderen Klärungsprozesse innerhalb der Studentenbewegung in der Zeit seit dem zweiten Bundeskongreß beantwortet werden.

Betrachten wir also noch einmal die besonderen Bedingungen, unter denen sich antimonopolistische Politik an den Hoch- und Fachhochschulen der Bundesrepublik gewissermaßen in ihren ersten Gehversuchen zu bewähren hatte.

Die Konkretisierung und Verwirklichung antimonopolistischer Politik, und das bezieht sich im Grunde auf die Hochschulen ebenso wie auf die übrigen gesellschaftlichen Bereiche, vollzog und vollzieht sich in einer Periode, in der sich die Anpassungsstrategie des BRD-Imperialismus in bestimmter Weise wandelt, in der die Gewichte innerhalb dieser Anpassungsstrategie verlagert werden.

Das Kanzlerwort, 1969, man wolle „mehr Demokratie wagen", symbolisierte die Hoffnungen großer Teile der westdeutschen Bevölkerung auf sogenannte sozialliberale Reformen von oben, diente aber zugleich den fortschrittlichen Kräften als wichtiger Anknüpfungspunkt für das Herstellen breiter Bündnisse im demokratischen Kampf. Im Spannungsverhältnis zwischen, um es mit Lenin auszudrücken, Terror und Betrug als Bestandteilen bürgerlicher Herrschaft rückte das Mittel des Betrugs in den Vordergrund, die Flexibilität der Herrschaftsformen, das Einleiten von auch für den Imperialismus längst fällig gewordenen Reformen. Die Kommunisten, so stellten sich das viele führende Sozialdemokraten vor, sollten durch den praktischen Nachweis ihrer angeblichen Überflüssigkeit bekämpft werden, wobei man allerdings in weiser Voraussicht auf solche verfassungswidrigen Maßnahmen wie das Berufsverbot im öffentlichen Dienst nicht verzichten mochte.

Doch auch die schönsten Worte können den Riß zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Kapitalismus nicht für ewig verkleistern, sondern tragen im Ergebnis eher noch dazu bei, den Anspruch noch weiter von der Wirklichkeit zu entfernen. Die inneren Gefahren dieser Anpassungsstrategie, die von Georg Leber aus seiner Sicht so treffend als Aufweichungsprozesse bezeichnet werden, vor denen man unbedingt verschont bleiben müsse, also solche tiefgreifenden Prozesse des Umdenkens wie das Abnehmen eines fanatischen Antikommunismus, das geringere Verständnis für die Fortsetzung des immer gefährlicheren und kostspieligeren Rüstungswettlaufs, der berechtigte Wunsch der Werktätigen, nach vielen Reformversprechungen nun auch Reformen zu sehen, diese inneren Gefahren seiner Anpassungsstrategie, in die sich der Imperialismus der Bundesrepublik ja nicht freiwillig begeben hatte, blieben für die Herrschenden dieses Landes denn auch nicht erfolglos.

Der neugewonnene Spielraum wurde von den fortschrittlichen Kräften vielfältig genutzt. Demokratische Bestrebungen entwickelten sich in den verschiedensten Sektoren, vor allem in den weiten Verästelungen des Bildungswesens, die Arbeiterklasse führte erbitterte Streikkämpfe, die Deutsche Kommunistische Partei gewann an Mitgliedern und Einfluß und erwies sich immer stärker als richtungweisende und einigende Kraft der objektiv gegen das Monopolkapital gerichteten Interessenkämpfe in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Die immer fordernder auftretenden Arbeiter, die immer aktiveren demokratischen Kräfte erwiesen sich als nur bedingt integrierbar. Dies vor allem deshalb, weil die Integrationskraft der kapitalistischen Ordnung in der Bundesrepublik deutlich hinter den Erwartungen ihrer eifrigsten Apologeten zurückblieb. Sie nahm auch tatsächlich ab, weil die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik

wie im Weltmaßstab sich verschärften, weil die Zuspitzungen der kapitalistischen Währungskrise den Kapitalismus im Weltmaßstab wie seine einzelnen Länder schwer belasteten, weil die Inflation begann, zu einer ständigen Erscheinung über die Zyklen hinweg zu werden, weil die Zyklen selber sich deutlicher ausprägten als in den fünfziger und frühen sechziger Jahren und jetzt sogar beginnen, rascher aufeinander zu folgen.

Die Manövrierfähigkeit der Großbourgeoisie im Klassenkampf nimmt ab. Gleichzeitig tritt die Monopolherrschaft auch sinnlich stärker hervor, sie entlarvt sich in den Augen der Öffentlichkeit zunehmend als etwas, das zurückgedrängt, aus dem Weg geräumt, überwunden werden muß, um demokratischen und sozialen Fortschritt verwirklichen zu können. Die sogenannte Ölkrise hat zwar einigen Konzernen Superprofite gebracht, aber dem Wirtschaftssystem, in dem das Großkapital regiert, ein tieferes generelles Mißtrauen breiter Teile der Bevölkerung.

Dies alles sind keine rein wirtschaftlichen Vorgänge, sondern sie sind eng verknüpft mit der allgemeinen Herausforderung des Kapitalismus durch den Sozialismus im Weltmaßstab, mit der Systemkonkurrenz, dem Erstarken des Sozialismus also, mit dem Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung und der Vertiefung ihres sozialen Inhalts, mit dem selbstbewußteren Auftreten einer Reihe junger Nationalstaaten gegenüber den überbrachten imperialistischen Ansprüchen. Es ist also die allgemeine Krise des Kapitalismus, die sich verschärft, die neue Dimensionen annimmt, die sich in allen Bereichen, der Wirtschaft, Politik und Kultur, des Kapitalismus ausdrückt, die – kurz gesagt – eine neue Phase erreicht. Gesellschaftspolitische Grundfragen treten selbst in der Tagespolitik, in den tagtäglichen Problemen der Menschen unseres Landes stärker, prägnanter hervor. Der Imperialismus versucht diese Grundfragen zwar durch verschärften Antikommunismus zu seinen Gunsten zu entscheiden, doch das kann natürlich die Probleme der arbeitenden Menschen nicht lösen, ihre Fragen nicht beantworten.

Es ist kein Zufall, daß in der zweiten Regierungserklärung Willy Brandts von „Demokratie wagen" nicht mehr die Rede war, sondern von „Bürgersinn" und „Opferbereitschaft". Die erhofften Reformen von oben lassen auf sich warten. Statt dessen nimmt der wirtschaftliche und politische Druck auf die arbeitende Bevölkerung, auf die arbeitende und lernende Jugend zu. Im Bildungssektor spürt man das sehr deutlich. Wer spricht zum Beispiel heute noch von „technokratischer Hochschulreform"? Welcher linke Systemkritiker fürchtet heute noch, durch eine solche technokratische Reform könne die studierende Jugend in das bestehende System integriert werden, um es in den damals gängigen Formeln auszudrücken? Das an der Schwelle zu den siebziger Jahren so verbreitete Bestaunen technokratischer Wundertaten ist nicht nur im ideologischen Kampf vom Marxismus besiegt worden, sondern ihm ist durch die Entwicklung der kapitalistischen Wirklichkeit selber der Boden entzogen worden. Nicht technokratische Reform bestimmt das Bild an den Hochschulen, sondern Reaktion auf der ganzen Linie, kapitalistische Rationalisierung unter den Bedingungen einer vom Groß- und Rüstungskapital diktierten Mittelknappheit, Verfestigung des imperialistischen Bildungsprivilegs. Auch die politische Taktik der Herrschenden hat sich also geändert und wiederum nicht freiwillig. Mit einer großangelegten Flucht nach vorn hatte der Imperialismus der Bundesrepublik noch vor wenigen Jahren sich an das

veränderte Kräfteverhältnis anpassen müssen und zugleich in die Offensive gegenüber dem Sozialismus gelangen wollen. Doch die Flucht nach vorn ist in den Startlöchern steckengeblieben.

Die angestrebte Flucht nach vorn hatte zweifellos wesentlichen Einfluß auf den Schritt vieler Intellektueller von einem liberal-antiautoritär vermischten Protest zu einer, wie man so sagte, konkreten Reformarbeit. Doch als die Schwelle zu den siebziger Jahren einmal überwunden war, bekam es die „konkrete Reformarbeit" nicht nur mit dem Widerstand der äußersten Reaktion, sondern auch mit den immer zäheren Abwürgemanövern der rechten sozialdemokratischen Führung zu tun. Und hinter beidem wurde der gemeinsame Ursprung des offenen Bekämpfens oder schleichenden Hintertreibens demokratischer Reformen immer klarer erkennbar: das Monopolkapital.

Die „Reform von unten" bekommt im Denken und Handeln vieler Menschen unseres Landes ein immer stärkeres Gewicht, und der soziale Inhalt dieses Reformbestrebens vertieft sich. Aber dies ist kein sich spontan vollziehender Prozeß. Objektiv vergrößern sich die Ansätze und Möglichkeiten spontanen Interessenkampfes der Studenten. Doch mit der Breite der spontanen Aktion wächst auch die Gefahr, daß das Engagement den ersten Rückschlag nicht übersteht, daß sich Resignation breitmacht. Vor allem in der Studentenbewegung gab es diese Gefahr, am stärksten ausgeprägt im vergangenen Jahr, und es wird sie gesetzmäßig weitergeben. Durch die Reaktion auf der ganzen Linie und die Verschärfung der materiellen und sozialen Misere im Bildungssektor sehen sich die Studenten spontan in eine Verteidigungsstellung gedrängt. Sie sehen sich in eine Lage versetzt, in der die Verschlechterung der bestehenden Zustände scheinbar am ehesten durch die Verteidigung der bestehenden abgewehrt werden könne. Zwar existieren durchaus mehr oder weniger demokratische Alternativvorstellungen, doch sie drohen, nicht in den Verteidigungskampf gegen die Verschlechterung der Lage an den Hochschulen einbezogen zu werden.

Ende der sechziger Jahre waren solche spontanen Abwehrkämpfe zum Teil noch erfolgreich, weil die herrschende Klasse, vor allem aber die rechte sozialdemokratische Führung hoffte, durch Zugeständnisse der politischen Probleme an den Hochschulen Herr werden zu können. Die Herrschenden müssen Ernst machen mit der Formierung des Hochschulsektors, und dies unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die die Widersprüche gerade im Bereich des bundesrepublikanischen Bildungswesens zuspitzt. Viele Studenten müssen erleben, daß nicht nur in Fragen der großen Politik, sondern auch in ihrer unmittelbaren Arbeitsumgebung demokratischer Protest häufig erfolglos bleibt. Viele Studenten stellen sich die Frage, ob es sich überhaupt lohnt zu kämpfen.

Die Weiterentwicklung des spontanen Protests zum demokratischen Kampf erfordert eine Vertiefung der Bewußtheit des Handelns, und diese Bewußtheit kann nur von den Revolutionären in die spontane Massenbewegung hineingetragen werden. Dieser Vorgang beschränkt sich keineswegs auf eine sogenannte Bewußtseinsveränderung, sondern ist von Anfang an verknüpft mit der Organisierung des Kampfes und der Arbeit und Stärkung der revolutionären Organisation.

Die Frage, ob es sich lohne zu kämpfen, kann sich ja nur spezifisch, bezogen auf die jeweilige historische Situation stellen. Und bezogen auf die Studentenbewegung unseres Landes hat sie sich gestellt – stellt sie sich im Grunde noch immer

– in einer Situation, in der tiefgreifende Manöver der herrschenden Klasse zusammentreffen mit einem Umbruch in der Studentenbewegung. Die antiautoritären Eierschalen sind abgestreift worden, die marxistischen Kräfte, die selber aus der alten Studentenbewegung entstammen und die zugleich die Zukunft dieser Bewegung verkörpern, sind erstarkt, aber noch nicht stark genug, um die ganze Studentenbewegung, um die Masse der Studenten auf die Basis ihrer antimonopolistischen Aktionsplattform zu führen: Das ist die Situation des Jahres 1973, der Zeit nach dem zweiten Bundeskongreß, das ist eine entscheidende Prüfung für die Studentenbewegung, eine Art Reifeprüfung also, in der es gilt, verstärkte Resignation oder verstärktem Sektierertum oder sogar Rückfall in Apathie oder Reaktion vorzubauen und die Studentenbewegung zu einem verläßlichen Bündnispartner der Arbeiterklasse, zu einem politischen Faktor zu machen, der zum Fortschritt der gesamten demokratischen Bewegung beiträgt. Und man muß sagen, daß diese Prüfung noch nicht abgeschlossen ist.

Dem Marxistischen Studentenbund stellt sich in dieser Situation die Aufgabe, in der Studentenbewegung politische Erfahrungen zu organisieren. Dies setzt voraus, mehr Zielbewußtheit in die Studentenbewegung zu tragen. Mehr Zielbewußtheit heißt, antimonopolistische, demokratische Alternativen als Forderungen der Masse der Studenten zu verankern, den Kampf der Studenten auf Erfolge in diesem demokratischen Kampf zu orientieren.

Die Strategie des MSB Spartakus, den Kampf der Studenten an die Seite der Arbeiterklasse zu führen, ist also nicht nur eine Frage der längerfristigen Perspektive, sondern eine Frage, die tagtäglich, in jedem praktischen Schritt der Studentenbewegung beantwortet werden muß. Der Kampf an der Seite der Arbeiterklasse ist also gemeint als Kampf an der Seite der in der Bundesrepublik existierenden Arbeiterklasse, als Zusammenarbeit der Studentenbewegung mit der in der Bundesrepublik existierenden und kämpfenden Arbeiterbewegung. Nur praktische Erfahrungen und Bewußtheit in dieser Frage können die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Studenten im Kampf um ihre Interessen heute schon, unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen und Kräfteverhältnissen, erste kleine Erfolge erzielen können und zugleich den langen Atem entwickeln, der notwendig ist, um an der Seite der Arbeiterklasse und als Teil der gesamten demokratischen Bewegung in unserem Land einen Beitrag zu leisten zu weiterreichenden Veränderungen im gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnis, die dann auch weiterreichende Erfolge in den besonderen Anliegen der Studentenbewegung zulassen.

Die demokratischen Ziele, die antimonopolistischen Alternativen zu den bestehenden Zuständen im Hochschulwesen sind zusammengefaßt im Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus. Das Studentenaktionsprogramm erklärt zugleich den Weg, auf dem diese Ziele verwirklicht werden können. Es ist deshalb die Schlüsselfrage für die weitere Entwicklung der Studentenbewegung, ob sie beginnt, für die antimonopolistischen Alternativen dieses Programms zu kämpfen, ob sie beginnt, sich die Kerngedanken dieses Programms anzueignen, sie zu ihrem eigenen Programm zu machen. Breite studentische Massenbewegungen gegen das Monopolkapital bedürfen deshalb einer gut durchdachten und organisierten politischen Vorbereitung, bedürfen breitester Massenverankerung der revolutionären Organisation und geduldigster Überzeugungsarbeit der Revolutionäre unter

den Massen. Deshalb stellt sich auch die Organisationsfrage in der gegenwärtigen Situation nicht nur allgemein, sondern ganz zugespitzt: Die Stärkung des MSB Spartakus an Mitgliedern und an Masseneinfluß ist die Kernfrage, die darüber den Ausschlag gibt, ob der grundlegende Prozeß der Umorientierung der Studentenbewegung von einer antiautoritären Protestbewegung hin zu einem zuverlässigen Faktor im antimonopolistischen Kampf erfolgreich konsolidiert werden kann.

In dem Referat, das Genosse Christoph Strawe im vergangenen Mai in Karlsruhe gehalten hat, wird dazu ausgeführt: „Ein Lernprozeß ist ausgeschlossen, wenn studentische Aktionen sich in wiederkehrenden Eruptionen der Empörung gegenüber einzelnen Mißständen und Maßnahmen erschöpfen. Die Kämpfe haben dann keine Dauer, mögliche Bündnispartner fühlen sich nicht angesprochen, der Gegner setzt sich später oder an anderer Stelle oder auf andere Weise durch, die Teilnehmer an der Aktion resignieren. Lernen kann nur, wer Verbindungen zwischen verschiedenen Einzelfragen, Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen Teilbewegungen erkennt, genauer: wer konstruktive politische Ziele hat und für deren Verwirklichung kämpft."

Rückblickend betrachtet kam das Studentenaktionsprogramm gerade zur rechten Zeit. Die ersten Schritte seiner praktischen Verwirklichung konnten bereits im vergangenen Jahr ernsten Schaden von der Studentenbewegung abwenden und haben im Januar zu einer beispiellosen antimonopolistischen Massenbewegung für einen Inflationszuschlag zu den BAFöG-Sätzen geführt. Dies sind erste Schritte in der Umsetzung des Studentenaktionsprogramms, nicht mehr und nicht weniger. Sie haben wichtige politische Erfahrungen vermittelt, es kommt jetzt darauf an, diese Erfahrungen im Bewußtsein der Masse der Studenten zu verankern und zu stabilisieren.

Die Heranführung der Masse der Studenten an das Studentenaktionsprogramm, zunächst an seine Kerngedanken, ist mit der BAFöG-Bewegung, dem Sternmarsch der 40 000 in Bonn, einen wichtigen Schritt vorangekommen. Denn in dieser Bewegung konnten exemplarische politische Erfahrungen organisiert werden. Die Kernfrage in dieser Bewegung war, ob die studentischen Forderungen mit der Stoßrichtung gegen das Monopolkapital vorgetragen werden sollen, an der Seite der Arbeiterklasse, und ob sie – und dies ist von der Stoßrichtung nicht zu trennen – so angelegt sein sollen, daß ein unmittelbarer Erfolg möglich ist. Diese Kernfrage konnte und mußte konkret, aus der aktuellen politischen Situation in der Bundesrepublik heraus beantwortet werden. Auf unserem dritten Bundeskongreß haben wir auch mit dem Blick auf die Zukunft der BAFöG-Bewegung betont, daß die Studenten mit ihren berechtigten Forderungen, die sich objektiv gegen das Monopolkapital richten, aus der gesellschaftlichen Isolierung herauskommen müssen. Sie dürfen nicht sogenannte rein studentische Forderungen aufstellen, die niemand außer ihnen selber versteht und unterstützen kann. Die Studenten müssen an den brennendsten aktuellen Fragen der Klassenauseinandersetzung mit ihren eigenen Forderungen anknüpfen, sie müssen sie gewissermaßen in der politischen Landschaft der Bundesrepublik so plazieren, daß der unmittelbare Zusammenhang zu den zentralen und wichtigsten, aktuellsten Forderungen der werktätigen Bevölkerung unmißverständlich zutage tritt. Das ist die Bedingung dafür, daß die Studenten nicht so leicht ins Abseits gedrängt werden können, sondern sich in die Lage versetzen, ihre Forderungen ganz oder teilweise durch-

zusetzen und zugleich damit einen wichtigen Beitrag zum gleichgerichteten Kampf der arbeitenden Bevölkerung um ihre sozialen und politischen Lebensinteressen leisten.

Dieser letzte Gesichtspunkt ist politisch sehr wichtig, und objektiv werden die Bedingungen günstiger, von den Hochschulen her einen wirksamen Beitrag zur Wahrung und Erweiterung der demokratischen und sozialen Rechte des arbeitenden Volkes zu leisten und einen gleichgerichteten Kampf um die Verwirklichung der Interessen der Studenten zu führen. Denn die Formierung von Wissenschaft und Ausbildung beschränkt sich ja nicht nur auf die Veränderung der Form und des Inhalts der Qualifikation und schließlich auf die Berufsperspektive, sondern die Studenten werden als Studenten, als „Bürger der Bundesrepublik", als Teil des Volkes dem wirtschaftlichen und politischen Druck des Monopolkapitals unterworfen. Allgemeine Tendenzen wie der Abbau demokratischer Rechte, inflationäre Preistreiberei, zyklische Krisen, Militarismus nach innen und nach außen schlagen mittelbar und unmittelbar auf Form und Inhalt der wissenschaftlichen Ausbildung durch, ja mehr noch: sie prägen das gesamte Leben der Studenten. Deswegen entwickeln sich auch günstigere Möglichkeiten für die Studenten, ausgehend vom Kampf um die eigenen Interessen, zur Lösung wirtschaftlicher und politischer Kernfragen für die Entwicklung der Bundesrepublik beizutragen, etwa zum Kampf gegen die unsozialen Auswirkungen der Inflation oder zur Erhaltung und Erweiterung der demokratischen Grundrechte.

Durch die Propagierung des Marxismus müssen wir die Studenten von „Akademikern" zu „Politikern" machen, wie es Lenin gefordert hat. „Unsere Aufgabe besteht darin, der Masse der ‚akademischen' Protestierenden die objektive Bedeutung dieses Konflikts zu erklären; wir müssen bestrebt sein, ihn zu einem bewußt politischen zu gestalten . . ."

Auf diesem Wege können auch am ehesten Vorbehalte gegen die Organisierung überhaupt und speziell gegen die Organisierung im Marxistischen Studentenbund überwunden werden. Unsere erfolgreiche Politik, die Bestätigung unserer Strategie durch die eigenen Erfahrungen der studentischen Massen, die Bewährung unserer Aktionsprogrammatik im Tageskampf ist auch eine Bestätigung der Notwendigkeit unserer Organisation, der Richtigkeit unserer Organisationsprinzipien. Die Verwirklichung der beschlossenen Politik bedarf der schöpferischen Mitarbeit jedes einzelnen Genossen, bedarf seines Beitrags zur Weiterentwicklung unserer Politik, fußend auf seinen Erfahrungen bei der Durchführung der Politik, die im Kollektiv der Gruppe und des Verbandes ausgewertet werden. Geschlossenheit im politischen Auftreten und in der Verwirklichung der Verbandspolitik ist deshalb kein Gegensatz zu innerverbandlicher Demokratie, sondern vielmehr die Hauptvoraussetzung für Demokratie in unserer Organisation. Nur durch revolutionäre Massenarbeit, die darauf gerichtet ist, die Studenten an unsere Aktionsprogrammatik, an unsere Perspektive und an unsere Organisation heranzuführen, kann innerverbandliche Demokratie voll entfaltet werden. Nur die revolutionäre Massenarbeit für die Verwirklichung der beschlossenen Politik kann deshalb mit uns sympathisierende Studenten von der Richtigkeit unserer Organisationsprinzipien überzeugen.

Die Organisierung politischer Erfahrungen ist nur möglich, wenn die ganze Breite der Ansätze, die das Studentenaktionsprogramm enthält, beachtet, wenn tatsäch-

lich an seine Kerngedanken herangeführt wird und nicht die Verabsolutierung einzelner Seiten des studentischen Kampfes vorgenommen wird. Das Studentenaktionsprogramm ist ein durch und durch politisches Programm, und es kommt uns darauf an, anknüpfend an den unmittelbaren und Tagesinteressen der Studenten, den spezifischen Beitrag der Studentenbewegung zum antimonopolistischen Kampf zu markieren.

Unser oberstes Ziel als marxistische Studentenorganisation ist es dabei, zunächst die Masse der Studenten zu Bündnispartnern der Arbeiterbewegung zu machen. Dieses Ziel leitete uns auch bei der Formulierung der demokratischen Ausbildungsziele im Studentenaktionsprogramm als einem wichtigen Punkt des Kampfes für gemeinsame Interessen. Gerade an diesem Abschnitt des Studentenaktionsprogramms entzündeten sich viele Diskussionen, auch in unserem Verband, so daß es oft als das Kernstück des Studentenaktionsprogrammes erschien. Er umfaßt aber nur einen Teil des Kampfes für die eigenen Interessen im Bündnis mit der Arbeiterklasse. An diesem Punkt des Programms machten sich aber besonders die Diskussionen um den Inhalt der Interessen der Studenten und auch um die Rolle des Marxismus im studentischen Kampf fest.

Falsch ist es, wenn man das Interesse der Studenten auf ihr Interesse an Inhalt und Form der Qualifikation beschränkt. Dies ist deshalb falsch, weil die Interessen der Studenten aus den allgemeinen Widersprüchen des imperialistischen Systems, die sich in ihrer sozialen Lage niederschlagen, abgeleitet werden müssen. Mit allen durch imperialistische Herrschaft ausgebeuteten und unterdrückten Klassen und Schichten haben Studenten das gegen die dem Imperialismus wesenseigene Aggressivität gerichtete Interesse an Frieden, Entspannung und Sicherheit gemein. Gegen die staatsmonopolistische Reglementierung, die in alle Lebensbereiche immer unmittelbarer eingreift, so auch in den Hochschulbereich, richtet sich das Interesse des Volkes, durch reale Demokratie, durch Brechung der Macht der Monopole bessere Entfaltungsmöglichkeiten im Interesse des Volkes zu schaffen. Nur eine solche Demokratie könnte auch Bedingungen schaffen für eine freie Entfaltung der Wissenschaft.

Zu den ökonomischen Interessen der Studenten zählt selbstverständlich die materielle Absicherung des Studiums, aber ebenso das Interesse an einer Qualifikation, die später einen relativ günstigen Verkauf der Ware Arbeitskraft und soziale Sicherheit gewährleisten kann. Auch dieses Interesse an einer guten Ausbildung richtet sich, und das ist wohl unbestritten, gegen die Monopole. Das Interesse an umfassender Qualifikation stimmt zwar überein mit den Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, stößt aber ständig auf die Grenzen, die das Profitinteresse der Monopole den anwachsenden Bildungskosten setzen.

Ergibt sich nun aus dem Interesse an Qualifikation automatisch ein Interesse am Marxismus? Wenn auch das Qualifikationsinteresse in Widerspruch zum Monopolkapital gerät, so lassen sich doch daraus zunächst nur gewerkschaftliche Forderungen ableiten – denn auf die Qualifikation als eine Bedingung für den Verkauf der Arbeitskraft wirkt die Aneignung des Marxismus nicht immer unmittelbar ein. So reicht es auch nicht, aus dem Qualifikationsinteresse unmittelbar ein Interesse am Marxismus abzuleiten. Auch unsere demokratischen Ausbildungsziele lassen sich nicht aus einem nur ökonomisch verstandenen Qualifi-

kationsinteresse begründen. Alle Versuche, des zu tun, haben etwas Krampfhaftes an sich.

Weil wir aber an den Hochschulen nicht zu unengagierten Spezialisten ausgebildet werden, sondern zugleich dazu erzogen werden sollen, unsere Arbeit im Interesse des imperialistischen Systems, ja oft sogar als dessen aktive Verteidiger zu verrichten, deshalb versuchen die Herrschenden, die Verbreitung des Marxismus zu verhindern, deshalb verhängen sie gegen Marxisten Berufsverbote. Die imperialistische Ideologie, die an den Hochschulen gelehrt wird, die Ausrichtung der Studenten auf die Rolle, die sie im Konzept der Herrschenden spielen, widerspricht den eigenen politischen und ökonomischen Interessen der Studenten. Als Teile der Bevölkerung, die von der politischen Entrechtung und Unterdrückung, von der sozialen Ausplünderung durch die Monopole genauso betroffen sind wie andere auch, haben sie kein Interesse daran, für die Rüstung zu forschen, die Verseuchung der Umwelt zu verschleiern anstatt zu verhindern, neue Ausbeutungsmethoden zu ersinnen oder Kinder zu Duckmäusern zu erziehen, die nicht wissen, wie man für seine eigenen Interessen eintritt.

Aus den umfassenden Interessen der Studenten also, die sich aus ihrem völligen Gegensatz zum imperialistischen System ergeben, läßt sich die Ablehnung imperialistischer Ausbildungsziele und -inhalte begründen, lassen sich demokratische Anforderungen an Wissenschaft und Ausbildung entwickeln. Wir übersehen dabei nicht, daß die imperialistische Reglementierung der Wissenschaft auch ihren Bedürfnissen nach ungehinderter wissenschaftlicher Erkenntnis der Wirklichkeit widerspricht.

Es ist also weder möglich, das Interesse an fortschrittlichen Ausbildungszielen aus dem Streben nach Qualifikation, noch aus dem Widerspruch dieses Strebens zum Monopolkapital allein abzuleiten, wie es hier und da unter dem Begriff der „Doppelqualifikation" versucht wird. Damit wird der antimonopolistische Charakter der Forderungen nach demokratischen Ausbildungszielen nicht getroffen.

Nicht anders verhält es sich mit dem Interesse der Studenten am Marxismus. Weil der Marxismus als erkenntnistheoretische und philosophische Grundlage den ungehinderten Fortschritt der Wissenschaft ermöglicht, weil nur der Marxismus die umfassende Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung ermöglicht, entspricht er den Interessen der Studenten an ungehinderter wissenschaftlicher Erkenntnis. Aber die Bedeutung des Marxismus besteht doch vorrangig nicht darin, daß er die bessere wissenschaftliche Methode ist, sondern daß er als wissenschaftliche Anleitung zum politischen Handeln den Weg weist zur Aufhebung der grundlegenden politischen und ökonomischen Widersprüche dieser Gesellschaft, unter denen auch die Studenten leiden. Weil die Aufhebung all dieser Widersprüche nur im Sozialismus möglich ist, weil der Kampf der Studenten für ihre Tagesinteressen nur als antimonopolistischer an der Seite der Arbeiterklasse erfolgreich sein kann, deshalb muß er auf die Grundlage des Marxismus geführt werden, deshalb ist die Aneignung des Marxismus durch Studenten notwendig. Nicht die spontanen, ökonomischen Kämpfe können die Antagonismen dieses Syestems endgültig beseitigen, sondern nur die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Um dieses Ziel zu erreichen, das hat schon Lenin festgestellt, muß in den Kampf, in die Bewegung der Marxismus hineingetragen werden. Die Entwicklung von Klassenbewußtsein, die umfassende

Aneignung des Marxismus ist nur möglich durch die Organisation von Erfahrungen. Nur die politische Organisation, die Partei und an der Hochschule der Marxistische Studentenbund, können die Verbindung der politischen Kämpfe mit dem wissenschaftlichen Sozialismus leiten. Die richtig verstandene Aneignung des Marxismus, das ist die Bildung von Klassenbewußtsein. Das ist nicht das Ergebnis eines Qualifikationsprozesses, sondern der organisierten Erfahrung. Dabei darf die Bedeutung der Qualifikation als Moment organisierter politischer Erfahrung nicht übersehen werden.

Der ideologische Kampf, der Kampf um die Zurückdrängung der bürgerlichen Ideale ist Aufgabe für jeden Marxisten. So kämpft auch die marxistische Studentenorganisation für die Verankerung des Marxismus an den Hochschulen. Die Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses, international und in unserem Land, verbessert auch die Voraussetzungen für die Veränderung des ideologischen Kräfteverhältnisses. Die Stärke des Marxismus als Theorie erweist sich in den praktischen, politischen Erfolgen der weltweiten antiimperialistischen Bewegung mit der sozialistischen Staatengemeinschaft, insbesondere der Sowjetunion an der Spitze! Nützen wir diese Erfolge für die Verbreitung des Marxismus an den Hochschulen! Damit verbessern wir wiederum die Voraussetzungen für die Einsicht der Studenten in ihre eigene Lage, für die Entwicklung politischen Bewußtseins. Aber übersehen wir nicht: Ebenso wie es Beispiele dafür gibt, daß die Entwicklung des realen Sozialismus Anstoß war für politische Erkenntnisprozesse, genauso gibt es Beispiele dafür, daß der Versuch der Aneignung des Marxismus ohne Verbindung mit der Organisation, ohne Verbindung mit politischer Praxis der Verkümmerung des Marxismus zu einer politisch folgenlosen wissenschaftlichen Methode Vorschub leistet.

Wenn wir als marxistische Studentenorganisation die allgemeinen Interessen der antimonopolistischen Bewegung vor Augen haben und in den Vordergrund stellen, wenn wir eine Verabsolutierung oder Überbetonung des Qualifikationsinteresses der Studenten, sein Herauslösen aus dem Zusammenhang mit den allgemeinen antimonopolistischen Interessen ablehnen, so haben wir eine gute Grundlage, um den Kampf um demokratische Ausbildungsziele, um eine demokratische Studienreform als massenpolitische Aufgabe anzugehen, die uns in der Entwicklung des antimonopolistischen Bündnisses weiterbringt, weil wir hier unseren Beitrag zur Entwicklung des Bündnisses, des gemeinsamen Kampfes leisten können. Die Theorie der „Doppelqualifikation", die diese allgemeinen, gemeinsamen Interessen vernachlässigt, ist kein Beitrag zur Entwicklung des antimonopolistischen Kampfes, ja zeugt von einem gewissen Unverständnis ihm gegenüber.

Der Imperialismus befindet sich im geschichtlichen Rückzug. Selbstverständlich reagiert er darauf. Er reagiert politisch, militärisch, ökonomisch und auch ideologisch. Selbstverständlich tritt der Imperialismus nicht freiwillig von der Weltbühne, sondern unternimmt alle Anstrengungen zu Abwehrschlachten. In völliger Entsprechung zum internationalen Klassenkampf haben heute ideologische Probleme des Systemwettbewerbs und Systemvergleichs einen vorrangigen Stellenwert.

Das Hauptgebiet des Systemvergleichs liegt im ökonomischen Wettbewerb. Dies trifft auch heute noch zu. So wird den sozialistischen Ländern als wesentliches Motiv für die ökonomische Zusammenarbeit mit kapitalistischen Ländern unterstellt, daß sie sich in einer tiefen wirtschaftlichen Krise befänden und den Kapi-

talismus als Arzt am Krankenbett bräuchten. Und deswegen hat der konkrete Nachweis des wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Aufschwungs der sozialistischen Länder auch heute noch ein großes Gewicht in ideologischen Auseinandersetzungen. Im Kampf um den Groschen, im Kampf um den Arbeitsplatz und im Kampf um sichere soziale Existenz, in einem Kampf also, der unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus immer heftiger geführt werden muß, wird die Frage nach den unterschiedlichen und entgegengesetzten Gesellschaftssystemen immer aktueller.

Die Bedeutung der Sowjetunion wie aller sozialistischen Länder für die Studentenbewegung liegt keineswegs nur darin begründet, daß sie die führende Kraft im antiimperialistischen Kampf ist, sondern auch darin, daß der Sozialismus sich als das gesellschaftliche System erweist, in dem die sozialen Lebensbedingungen umfassend gesichert sind. Für den Studenten, der in Bonn für die Anhebung des BAFöG-Satzes kämpft, ist die Frage schon entscheidend, wie und auf welche Art und Weise man im Sozialismus studiert. Der Sozialismus bleibt für den Studenten keine abstrakte Theorie, wenn wir seine geschichtliche und gesellschaftliche Überlegenheit im unmittelbaren Lebensbereich nachweisen. Die Bourgeoisie hat dies erkannt. Sie scheut keine Mittel, nicht die billigsten propagandistischen Effekte, um die Errungenschaften der Arbeiterklasse in der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Ländern zu diffamieren. Seit 1917 stand die Sowjetunion immer und immer wieder im Kreuzfeuer der politischen, der militärischen, der ökonomischen, der ideologischen Angriffe seitens des Imperialismus. Aber die revolutionäre Arbeiterklasse der Sowjetunion und die KPdSU haben sich nicht irritieren lassen. Sie haben konsequent den Weg, der von ihnen beschritten wurde, weiterentwickelt. Sie haben sich in der Zuversicht des Sieges des Sozialismus in der ganzen Welt immer neu mit dem Imperialismus und seinen Angriffen auseinandergesetzt. Sie haben Erfahrungen gesammelt, die uns heute zugute kommen. Die Analysen, die die führenden Kräfte der Arbeiterklasse in der Sowjetunion heute über die Entwicklung des revolutionären Weltprozesses über die Bedingungen der Strategie und Taktik, des Kampfes für den Sozialismus erarbeiten, sind uns eine wertvolle Hilfe für die Orientierung in unserem eigenen Kampf. Sie schaffen Klarheit über gesetzmäßige Zusammenhänge des Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus. Unermüdlich hat die Sowjetunion seit 1917 für den Frieden auf der ganzen Welt gekämpft. Sie hat gekämpft für die freundschaftliche Zusammenarbeit aller Völker, weil das Prinzip der werktätigen Menschen die Solidarität ist. Die Sowjetunion hat sich als die Kraft erwiesen, die mächtig genug war, dem Faschismus entscheidende Niederlagen beizubringen. Antisowjetismus heißt, sich selbst einer revolutionären Perspektive zu berauben, sich freizumachen für die erneute Integration in die Herrschaftsverhältnisse des Monopolkapitals. Es heißt, sich auf einen reformistischen Weg zu begeben. Der Weg zur Sowjetunion kann von der studentischen Jugend in der wissenschaftlichen Analyse der Bedingungen einer revolutionären Strategie und Taktik gefunden werden, d. h. durch die Erkenntnis, daß ohne die Sowjetunion und die sozialistischen Länder der Imperialismus nicht zu schlagen ist.

Der Weg zur Sowjetunion und zum Sozialismus kann aber auch durch den unmittelbaren Vergleich der „Lebensqualität" im Kapitalismus und Sozialismus gefunden werden.

Die ökonomische Stärkung der sozialistischen Länder einerseits wie andererseits der beschleunigte Verfaulungsprozeß des Imperialismus haben diesen gezwungen, in der internationalen Klassenauseinandersetzung neue ideologische Wege zu beschreiten. Wenn nicht in der Ökonomie, müssen sie auf anderen Ebenen den Nachweis versuchen, daß der Imperialismus dem Sozialismus überlegen und der Sozialismus keine Alternative zu unserem Gesellschaftssystem ist. Fragen der Kultur, der Humanität, der Kunst, der Demokratie, der gesellschaftlichen und individuellen Freiheit werden immer stärker in die Systemauseinandersetzung einbezogen. Gerade diese Probleme berühren die Studenten stark. Die Ideologen des Imperialismus und insbesondere die rechten Führer der Sozialdemokratie versuchen, auf diesem Wege ideologische Einbrüche in die junge Intelligenz zu finden. Sie knüpfen dabei wesentlich an Positionen des Individualismus und Liberalismus an, die ja wie die Entwicklung der ersten Phase der antiautoritären Studentenbewegung zeigte, in der Studentenschaft stark verbreitet sind.

Diese Aufnahmebereitschaft liegt aber auch in den spezifischen Tätigkeitsfeldern großer Teile der Intelligenz begründet, die sich mit Fragen des ideologischen Überbaus auseinandersetzen. Wir Marxisten haben keinen Grund, diese ideologische Auseinandersetzung zu scheuen. Wir haben auch keinen Grund zu befürchten, daß solche Diskussionen von dem praktischen politischen Kampf ablenken können. Wir führen solche Auseinandersetzungen nicht einseitig, sondern immer im engen Zusammenhang mit der politischen Praxis.

Solche ideologischen Auseinandersetzungen mit allgemeinen Integrationsversuchen seitens der Großbourgeoisie sind also gerade deswegen erforderlich, um die politischen Grundlagen der Studentenbewegung zu festigen.

Denn die Integrationsstrategie und Ideologie hat wesentlich die Funktion durch Antikommunismus und Antisowjetismus in den unterschiedlichsten Spielarten vom Massenkampf abzuhalten und jede aufkommende Frage nach einem alternativen Gesellschaftsmodell, nach dem Sozialismus im Keim zu ersticken. Sie zielen darauf ab, die Studentenschaft den Bedürfnissen des Monopolkapitals unterzuordnen und sie zu seinen willigen Mitarbeitern zu machen.

Von daher müssen wir jeweils im einzelnen genau untersuchen wie, auf welche Art und Weise, mit welchen Wirkungen sich die unterschiedlichen Ideologien der Monopolbourgeoisie auf die verschiedenen politischen Gruppierungen an den Universitäten auswirken, welchen Einfluß sie auf das Kräfteverhältnis an den Hochschulen haben und wie wir ihnen am besten entgegentreten können.

In der Marxschen Warenanalyse, der Analyse des Scheins des gerechten Tauschs, wurden die objektiven Grundlagen für die spontane Verbreitung bürgerlicher Ideologie aufgedeckt.

Mehr noch als in der Arbeiterklasse gibt es unter den Studenten eine Basis für die Verbreitung bürgerlicher Ideologie. Sie kann anknüpfen an dem immer weniger objektiven Schein der Privilegien, der Teilhabe an der Herrschaft. Nicht nur unter den Studenten allgemein, sondern auch unter der Studentenbewegung sind die Bedingungen für die Verbreitung des Opportunismus besonders günstig. Widersprüchliche Interessen, die zum Teil verhindern, daß Studenten ihre Perspektive richtig erkennen, drücken sich auch in den politischen Schwankungen innerhalb der Studentenschaft aus. Die allgemeinen Bedingungen, die das Bewußtsein der Massen in unserem Lande beeinflussen, wirken immer wieder auch auf die

Studenten. Eine antikommunistische Kampagne, wie der Rummel um Solschenizyn, kann bei vielen Studenten Einsichten wieder verschütten, die sie im Kampf um ihre sozialen Interessen gewonnen hatten. Der Einfluß dieser allgemeinen Bedingungen ist sehr wechselhaft. Die ganze Widersprüchlichkeit von Bewußtseinsprozessen unter Studenten drückt sich auch in ihrem Wahlverhalten aus. So unterscheidet sich ihr Verhalten bei Wahlen zu Studentenparlamenten etc., in solchen Bereichen also, die ihre unmittelbaren Erfahrungen zugänglich sind, z. T. erheblich von dem Verhalten, das sie bei allgemeinpolitischen Wahlen an den Tag legen.

Wenn wir beurteilen wollen, welchen Weg die Studentenbewegung zurückgelegt hat, wenn wir ihre Perspektiven diskutieren wollen, müssen wir uns darüber Rechenschaft ablegen, wie sich die ideologischen Strömungen unter der Studentenschaft politisch widerspiegeln, die wir in unserer Gesellschaft heute finden. Wie sieht das politische Kräfteverhältnis an den Hochschulen heute aus? Gestern, auf unserem Bundeskongreß, haben wir bereits festgestellt: Erstmalig seit dem Zerfall der antiautoritären Studentenbewegung finden wir unter den Studentenverbänden das Parteienspektrum der Bundesrepublik wieder repräsentiert.

Wir müssen die politischen Gruppierungen unter den Studenten in ihrem Wechselverhältnis, in ihrer gegenseitigen Beziehung aufeinander betrachten. Beim Vergleich mit der Situation vor zehn Jahren fällt vor allem auf, daß sich die Organisation der linken Studenten verändert hat – aus einer radikaldemokratischen, ursprünglich sozialdemokratischen Studentenvereinigung wie dem SDS ist der Marxistische Studentenbund hervorgegangen.

Ohne den MSB läßt sich nicht erklären, warum wir hier das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis etwas nach links verschoben wiederfinden. Die Aktionseinheit der im SHB organisierten sozialdemokratischen Studenten und der Marxisten im Spartakus schuf die Grundlage der gewerkschaftlich orientierten Politik, die den vds stabilisierte und von einer großen Masse der Studenten getragen wird. Es erwies sich als richtig, zwar einerseits die ideologische Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen Studenten zu führen, andererseits aber die Gemeinsamkeit im Kampf um die Interessen der Studenten zu suchen. Auch wenn diese Studenten ihren Platz noch in der SPD sehen und oftmals auch von ihrer reformistischen Ideologie her haben, so übersehen wir doch nicht ihre Unzufriedenheit mit der Politik, die von ihrer Führung gemacht wird. Auch unter den Jungsozialisten wächst die Zahl derer, die nicht nur mit der Politik der SPD-Führung ins Gericht gehen wollen, sondern von ihrer Organisation erwarten, daß sie in den Fragen, die die Jugend und die Studenten heute bewegen, konkrete Alternativen zur Regierungspolitik entwickelt.

Kein Beitrag zur antiimperialistischen Politik ist es, wenn man Führung und Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie gleichsetzt, wie sich das zur Zeit der Antiautoritären im Slogan „Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten" zum Ausdruck kam. Als Marxisten gingen und gehen wir davon aus, daß innerhalb der SPD gegensätzliche Klasseninteressen wirksam werden, daß die objektiven Interessen der Masse der Mitglieder dieser Partei sie in einen Gegensatz zu ihrer Führung bringen und daß dieser objektive Gegensatz auch politisch manifestiert wird. Die Differenzierungen innerhalb der SPD, die inzwischen eingetreten sind, bestätigen diese Auffassung.

Die Maoisten schaden der Einheit der antiimperialistischen Kräfte nicht nur dadurch, daß sie die Aktionseinheit mit Sozialdemokraten ablehnen, noch übler und spalterischer ist es, wenn sie gemeinsam mit den rechten Kräften auf den Antikommunismus unter den Studenten spekulieren und den SHB wegen seiner Bereitschaft zur Aktionseinheit, die ihre guten Vorbilder bei den Sozialisten in Frankreich und Chile hat, als Agent und U-Boot der Kommunisten verteufeln.

Es ist kein Zufall, wenn wir unter sozialdemokratischen Studenten oft eine bunte Mischung von rechts- und linksopportunistischen Ideen finden. Wenn es der rechten SPD-Führung schon nicht gelingt, aktive Verfechter ihrer Politik unter den sozialdemokratischen Studenten zu finden, so sieht sie diese ideologische Verwirrung doch nicht ungern. Diese Verwirrung ist nämlich Ausdruck des Dilemmas all jener, die ohne oder gar gegen die Kommunisten fortschrittliche Politik machen wollen. Traditioneller Antikommunismus ist meist die Ursache dafür, daß sie den wissenschaftlich und praktisch bewährten Weg zum Sozialismus ablehnen und sich Tag für Tag Hunderte bunter Blumen von „Sozialismus-Modellen" ausdenken, die genauso schnell wieder verdorren, wie sie geboren werden. Weil sie die wissenschaftlich begründete Strategie des Marxismus entweder ablehnen oder nicht verstanden haben, setzen sie an Stelle der Verwirklichung einer Strategie die Entwicklung von „Basisaktivitäten", in denen der revolutionäre Elan vieler Jugendlicher und Studenten versanden muß, solange sie ihnen keine revolutionäre Perspektive angeben können.

Nach dem organisatorischen Zusammenbruch des LSD gibt es nun im LHV wieder eine Organisation liberaler Studenten. Diese Studenten verstehen sich eher als Vertreter der Freiheitsideen des Bürgertums, denn als Anhänger der Monopolbourgeoisie, wie das für die FDP zutrifft. So verbreitet sich auch bei ihnen die Einsicht, daß ihre Freiheitsideen heute nur im Kampf gegen kapitalistische Interessen vertreten werden können, trotz großer weltanschaulicher Differenzen zu den Marxisten, die sich vor allem in der verschiedenen Haltung zu den sozialistischen Ländern äußern.

Es wird heute wieder notwendiger, daß sich die demokratischen Kräfte in der Studentenschaft auf ihre Gemeinsamkeiten besinnen. Wir können nämlich beobachten, daß die Rechten versuchen, an Boden zu gewinnen. Schon an den Gymnasien werden sie aktiv, sie nutzen schon unter den Schülern deren Unsicherheit über ihre Zukunftsperspektiven, die sich verschärft durch das Anwachsen des Leistungsdrucks, der mit der immer rigideren Auslese durch den Numerus clausus einhergeht, durch die unsicheren Berufsaussichten. Sie hoffen, daß dadurch die Anpassungsbereitschaft der Schüler an das herrschende System, an das Monopolkapital wächst. Hinzu kommt, daß die Enttäuschung unter Schülern und Studenten darüber zunimmt, daß der soziale und politische Druck sich auch unter der SPD-geführten Regierung verschärft.

Die rechten Gruppen verstehen es, geschickt das gewachsene Interesse der Studenten an ihrem späteren Beruf für sich auszunutzen. Es gelingt ihnen, und zwar nach Fachrichtungen unterschiedlich, den Studenten nahezubringen, daß sie sich auf das Monopolkapital als ihre zukünftigen Arbeitgeber orientieren müssen. So steht für die Studenten heute die Frage, sollen sie sich ständisch oder gewerkschaftlich orientieren?

Dies sind nicht die einzigen Faktoren, die ein Erstarken der Rechtskräfte unter den Studenten begünstigen. Hinzu kommt, daß viele Studenten durch die Politik maoistischer Gruppen verunsichert werden.

Eine Rolle spielt auch, daß sich durch ihre Aktivitäten das Gefühl unter den Studenten verbreitet, es gebe auf der Linken keine Alternative, die wirkliche Fortschritte für die Studenten bringen könnte.

Noch immer gelingt es den Rechten, aus der Krise der Sozialdemokratie, dem immer engeren Spielraum integrationistischer Politik, für sich politisches Kapital zu schlagen. Wenn aber die rechte Führung der SPD gerade die Munition für rechte Demagogie liefert, dann ist die Orientierung auf eine echte Alternative, auf die DKP um so notwendiger. Sie verkörpert nicht nur die prinzipielle Alternative eines humanen Systems ohne soziale Unsicherheit und Unterdrückung, sondern sie hat konkrete Vorschläge entwickelt, wie der Abwälzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen auf die arbeitenden Menschen entgegengewirkt werden kann.

Wenn wir keine hochschulbornierte Politik machen wollen, dann müssen wir heute den Kampf gegen die Strömungen in der Studentenschaft verstärken, die vom gesellschaftlichen Kräfteverhältnis her am gefährlichsten sind – und das sind die Rechtskräfte. Die Aktionseinheit gegen die rechten Gruppen muß verstärkt und verbreitert werden. In unserer Argumentation müssen wir das gemeinsame Interesse aller Demokraten an ihrer Zurückdrängung deutlich machen. Wir müssen aber auch das Zusammenspiel von maoistischen Führern und rechten Gruppen durchkreuzen! Deshalb werden wir uns weiter in der ideologischen Auseinandersetzung um jeden von der Politik der Herrschenden enttäuschten Studenten bemühen, der sich zu den Maoisten verirrt hat.

Wir können heute beobachten, daß sich Maoisten und rechte Gruppen nicht nur objektiv in die Hände arbeiten, sie vertreten in vielen Punkten auch gemeinsame politische Auffassungen.

Wir bemühen uns ehrlich um die Einheit der antiimperialistischen Studentenbewegung. In dieser Einheit geben wir niemals unsere revolutionären, marxistischen Prinzipien auf, im Gegenteil: Weil die Einheit den antiimperialistischen Kampf stärkt, entspricht sie voll unseren Zielen. Bei unserem Verhalten gegenüber den Maoisten gehen wir von Lenin aus: „Ist es nicht an sich schon klar, daß man von der Revolutionierung der Studentenschaft nur vom Standpunkt einer ganz bestimmten Auffassung über Inhalt und Charakter dieser Revolutionierung sprechen kann? Für einen (revolutionären) Sozialdemokraten zum Beispiel bedeutet sie erstens die Verbreitung der sozialdemokratischen Anschauungen in der Studentenschaft und den Kampf gegen jene Auffassungen, die sich zwar ‚sozialistisch' und ‚revolutionär' nennen, aber mit dem revolutionären Sozialismus nichts gemein haben, und die zweitens das Bestreben, jede demokratische, darunter auch die akademische Bewegung, in der Studentenschaft auszuweiten, sie bewußter und entschlossener zu machen."

Von vornherein zum Scheitern verurteilt sind alle Versuche, die ideologischen Abfälle im Verlaufe der Studentenbewegung aufzusammeln und daraus eine neue Organisation machen zu wollen. Der Zusammenbruch des SDS hat doch schon gezeigt, daß die Ablehnung der kommunistischen Partei als ideologischer Konsens, auf dem sich Politik machen ließe, nicht ausreicht. Hinter der

selbstgefälligen Betonung des undogmatischen Charakters einer Organisation, ihrer Unabhängigkeit, lauert schon der den Studenten sattsam bekannte Spaltpilz, verbirgt sich oft die Unabhängigkeit von den Interessen der Studenten.

. . .

Wenn wir auch in unserem Referat darlegen konnten, daß in der Entwicklung studentischer Massenpolitik durch den MSB Spartakus das positive Erbe der Studentenbewegung aufgehoben ist, so ging es uns doch dabei nicht nur darum. Wir haben vielmehr versucht, die Probleme aufzuzeigen, die im Verlaufe der Studentenbewegung entstanden und nur teilweise gelöst worden sind.
Es wäre doch zu einfach, wenn wir in unserer Analyse nur sehen würden, daß mit dem sozialen und politischen Druck, den das Monopolkapital auch auf die Studentenschaft ausübt, die Massenkämpfe zunehmen und sich verschärfen. Sicherlich ist es uns gelungen, im aktiven Interessenkampf den Studenten eine Alternative zu diesen Formierungsprozessen sinnlich erfahrbar zu machen. Wir wären aber schlecht beraten, wenn wir nicht die neuen Probleme aufmerksam studieren würden.
Wenn wir jetzt diese Probleme diskutieren wollen, in der Absicht, den Beitrag der Studentenbewegung zur Entwicklung des Klassenkampfes in unserem Lande noch zu verbessern, wenn wir dabei auch den schöpferischen Meinungsstreit nicht scheuen, so geht der MSB Spartakus damit den ersten Schritt zur Umsetzung der auf dem gestrigen dritten Bundeskongreß gefaßten Beschlüsse, wir gehen weiter vorwärts, neuen Erfolgen im Kampf der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse entgegen, mit einem starken MSB Spartakus für demokratische und soziale Rechte, internationale Solidarität und Sozialismus.

---

rote blätter **Erscheint vierwöchig, Preis 1,– DM**

Organ des Bundesvorstandes des MSB Spartakus
Spartakus-Politik aus erster Hand
Information – Dokumentation – Argumentation – Theorie
An allen Spartakus-Büchertischen oder direkt bestellen bei:
Bundesvorstand des MSB Spartakus, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73

☐ Hiermit bestelle ich ..... Expl von rote blätter Nr. .....
☐ Hiermit abonniere ich ..... Expl. rote blätter ab Nr. .....

Name ..... Anschrift .....

Unterschrift .....

Karl-Heinz Schöneburg

Arbeiterklasse und wissenschaftliche Weltanschauung

Die Menschen zeichnet u. a. die Fähigkeit und das Bedürfnis aus, über sich selbst und ihre Beziehungen zum Weltganzen, zur Natur und zur Gesellschaft nachzudenken; Ursachen und Zusammenhänge aufzuspüren; nach der Einheit der Welt in ihrer Vielfalt zu fragen. Dieses Streben nach Weltanschauung ist nicht geistiger Luxus, sondern notwendige Funktion im gesellschaftlichen Lebensprozeß. Weltanschauung ist in allen Gesellschaftsformationen wesentlicher Bestandteil gesellschaftlichen Bewußtseins. Als Gesamtauffassung vom Weltganzen, vom Ursprung und von der Entwicklung der Welt und der Menschen, vom Sinn menschlichen Lebens, vom sozialen Verhalten, von den Fähigkeiten menschlichen Denkens, von den Werten der Kultur ist Weltanschauung ein geistiges Instrument, mit dessen Hilfe sich Menschen ihrer Stellung in der Welt bewußt werden und auf deren Grundlage sie ihre Beziehungen gestalten.
Weltanschauungen sind weder zufällig noch subjektiv-willkürlich. Als gesellschaftliches Bewußtsein werden sie vom gesellschaftlichen Sein der Menschen bestimmt, von ihrem praktischen gesellschaftlichen Lebensprozeß. Weltanschauung ist daher primär ideeller Ausdruck der Stellung der Menschen in der konkreten Gesellschaft. Sie reflektiert die jeweiligen Produktions- und Klassenverhältnisse, denn seit dem Verlassen der Urgesellschaft ist die menschliche Gesellschaft durch die Existenz und den Kampf von Klassen gekennzeichnet. Als ideeller Ausdruck gesellschaftlichen Seins wird die jeweilige Weltanschauung durch Klasseninteressen vermittelt, dient sie der Durchsetzung von Klasseninteressen, hat sie Klassencharakter. Die herrschende Weltanschauung ist immer diejenige der jeweils herrschenden Klassen. Eine konkrete Weltanschauung wird stets von der sozialökonomischen Stellung der sie tragenden Klasse, von deren historischer Rolle geprägt. Davon ist letztlich auch abhängig, wie der Entwicklungsstand der Wissenschaft einer historischen Periode in einer Weltanschauung Eingang findet, reflektiert wird. So ist beispielsweise die Weltanschauung der imperialistischen Bourgeoisie, ihre Geringschätzung der Wissenschaft, ihre einseitige Verherrlichung der Technik, ihre Trennung von Naturwissenschaft und Gesellschaftsphilosophie Ausdruck des Interesses der imperialistischen Bourgeoisie, die tatsächlichen, durch die marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaft erforschten Gesetze des modernen Kapitalismus zu verschleiern. Dekadenz, Irrationalismus, Antihumanismus und Fortschrittsfeindlichkeit dieser Weltanschauung sind letztlich ideologischer Reflex des Niedergangs der kapitalistischen Gesellschaft im Weltmaßstab, ihrer allgemeinen Krise. Generell gilt: Die von ideologischen Vertretern herrschender Ausbeuterklassen produzierten Weltanschauungen sind grundsätzlich durch Apologetik der jeweiligen Ausbeuterordnung gekennzeichnet. Ausdruck dessen ist beispielsweise, daß moderne bürgerliche Ideologen die Existenz progressiver historischer Gesetze nicht anerkennen, oder ihre Erkennbarkeit leugnen.

Eine allseitig wissenschaftliche Weltanschuung war erst vom Standpunkt einer Klasse aus möglich, die konsequent revolutionär ist, die mit ihrer eigenen Unterdrückung und Ausbeutung jede Ausbeutung und Unterdrückung aufhebt; vom Standpunkt des modernen Proletariats. Die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse wurde von Marx und Engels in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts begründet und in der Folgezeit von Marx, Engels und Lenin sowie der internationalen Arbeiterbewegung in wissenschaftlicher Verallgemeinerung der Klassenkampferfahrungen der Arbeiterklasse sowie in Verarbeitung der Fortschritte moderner Wissenschaft weiterentwickelt. Das „Kommunistische Manifest" gilt zu Recht als Geburtsurkunde der Weltanschauung der Arbeiterklasse. Nach Lenins Worten ist in ihm „mit genialer Klarheit und Ausdruckskraft ... die neue Weltanschauung dargestellt: der konsequente, auch das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens umfassende Materialismus, die Dialektik als umfassendste und tiefste Lehre von der Entwicklung, die Theorie des Klassenkampfes und der welthistorischen Rolle des Proletariats, des Schöpfers der neuen, der kommunistischen Gesellschaft".[1]

Marx und Engels entwickelten die neue Weltanschauung als philosophisch-theoretischen Ausdruck der realen Lage, der Lebensinteressen und des Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse, indem sie auf die sozialen, politischen und geistigen Probleme ihrer Zeit eine wissenschaftlich begründete Antwort gaben. Während sich alle frühere Philosophie darauf beschränkt hatte, die Welt und das Verhältnis des Menschen zu ihr denkend zu erfassen, bestenfalls spekulativ zu lehren, wie die Welt sein sollte, konstruierten Marx und Engels keine Ideale der Welt aus vorgefaßten Prinzipien. Sie unterzogen vielmehr die bestehende Welt, den praktischen Lebensprozeß der Menschen, der wissenschaftlichen Analyse und konstatierten, daß alle Probleme der Weltanschauung ihre rationelle Lösung in der gesellschaftlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis finden. „Es hindert uns also nichts, unsere Kritik an die Kritik der Politik, an die Parteinahme in der Politik, also an wirkliche Kämpfe anzuknüpfen und mit ihnen zu identifizieren. Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier knie nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien. Wir sagen ihr nicht: Laß ab von deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen dir die wahre Parole des Kampfes zuschreien. Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft, und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen muß, wenn sie auch nicht will."[2]

Von diesem weltanschaulich völlig neuen Ausgangspunkt her wiesen Marx und Engels nach, daß die Arbeiterklasse infolge ihrer objektiven Stellung in der Geschichte der Menschheit berufen ist, die Welt revolutionär umzugestalten, die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen, die im Kapitalismus ihre höchste Form erreicht hat, zu beseitigen und die von Ausbeutung und Unterdrückung freie Gesellschaft des Sozialismus und Kommunismus zu errichten. Indem diese Weltanschauung die Lebenslage, die Stellung und historische Rolle der Arbeiterklasse sowie die Bedingungen ihrer Befreiung reflektiert, die gesetzmäßige Veränderung der Welt theoretisch konzipiert und begründet, wird sie selbst zur Anleitung zum Handeln, zum Instrument des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse. Gerade darin

1 W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 36.
2 Marx/Engels, Werke, Bd. 1, S. 345.

besteht ein grundlegender Unterschied gegenüber allen anderen Weltanschauungen. Marx hat ihn prägnant in seiner 11. Feuerbachthese formuliert: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt darauf an, sie zu verändern."[3]

Die Aneignung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung durch die Arbeiterklasse ist eine wichtige Voraussetzung für bewußtes geschichtliches Handeln der von ihrer Partei geführten Arbeiterklasse. Das bestätigt die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in vielfältiger Weise: So war die Begründung der proletarischen Weltanschauung durch Marx und Engels im Kommunistischen Manifest des Jahres 1848 notwendiger Bestandteil der Entwicklung des Proletariats aus einer „Klasse an sich" zu einer „Klasse für sich", das heißt zu einer ihre geschichtlichen Aufgaben erkennenden und mittels ihrer kommunistischen Partei bewußt verwirklichenden Klasse. Als sich die Bolschewiki auf die große sozialistische Oktoberrevolution vorbereiteten, schrieb Lenin im August/September 1917 sein staatstheoretisches Hauptwerk „Staat und Revolution", wohlwissend, daß der Erfolg des bevorstehenden Kampfes für die Errichtung der sozialistischen Staatsmacht auch davon abhing, daß sich die proletarische Partei ein Klassenbewußtsein über Aufgaben und Ziele auf staatlichem und rechtlichem Gebiet erarbeitete und aneignete. Und die Beschlüsse und Dokumente der kommunistischen und Arbeiterparteien unserer Gegenwart enthalten stets wichtige weltanschauliche Grundaussagen, die unabdingbare Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes gegen die imperialistische Klassenherrschaft, für die Errichtung und Entwicklung der Macht der Arbeiterklasse sind.

Speziell das Wissen um die Existenz objektiver Gesetze, denen die Gesellschaft als Ganzes unterworfen ist, ist für den politischen Kampf der Arbeiterklasse überaus wichtig: auf die Existenz objektiver Entwicklungsgesetze gründet sich die Gewißheit des schließlichen Sieges der Arbeiter aller Länder über die imperialistische Bourgeoisie, die vermittels ihres Staates ihre ausbeuterischen Lebensbedingungen verewigen möchte. Da objektive Entwicklungsgesetze der Gesellschaft im Handeln der Menschen durchgesetzt werden, ist kein Raum für fatalistisches Abwarten, bis der Sozialismus etwa von selbst kommt. Es ist Pflicht der Arbeiterklasse, mittels ihrer Organisationen die Gesellschaft bewußt zu gestalten. Die Erkenntnis der objektiven sozialen Gesetze ist schließlich notwendige Grundlage, damit die siegreiche Arbeiterklasse ihren Staat, ihre gesamte politische Macht zur sachkundigen Ausnutzung dieser Gesetze einsetzen kann.

Die marxistisch-leninistische Weltanschauung, die die Interessen der Arbeiterklasse und aller unterdrückten Werktätigen zum Ausdruck bringt, verwirklicht in sich die Einheit von Wissenschaft, Philosophie und Politik. In ihr ist jeder Dualismus zwischen naturwissenschaftlichem Weltbild einerseits und Geschichts- und Menschenbild andererseits beseitigt, denn sie geht von der materiellen Einheit der Welt, vom objektiven Zusammenhang von Natur und Gesellschaft aus. Sie ist Zusammenfassung aller Aussagen der Wissenschaften über die Struktur und Entwicklung der Welt als Ganzes. In ihr sind einzelwissenschaftliche Erkenntnisse wie geamtgesellschaftliche Praxis der Menschen philosophisch verallgemeinert. In ihr gibt es keinen Gegensatz zwischen Wissenschaft und Weltanschauung, weil

3 Marx/Engels, Werke, Bd. 3, S. 7.

die Arbeiterklasse auf Grund ihrer objektiven Existenzbedingungen in keiner Phase ihrer Entwicklung gezwungen ist, gegenüber den Bewegungsgesetzen der Welt, insbesondere der Gesellschaft, Sonderinteressen zu verfechten. Die Klasseninteressen der Arbeiterklasse schließen Erkenntnisinteressen in sich ein, die gegen jede Verzerrung der Wirklichkeit gerichtet sind.

Die marxistisch-leninistische Weltanschauung ist parteilich, weil sie Ausdruck der Klasseninteressen der Arbeiterklasse ist. Im Unterschied zur verhüllten, heuchlerischen Parteilichkeit bürgerlich-imperialistischer Ideologie, ist die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse durch offene Parteinahme für die Arbeiterklasse und den historischen Fortschritt gekennzeichnet. Diese Parteilichkeit schließt den ständigen prinzipienfesten Kampf gegen alle Formen bürgerlicher Ideologie in sich ein. Auch hier gilt das Lenin-Wort: „Bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es nicht ... Darum bedeutet jede Herabminderung der sozialistischen Ideologie, jedes Abschwenken von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie."[4]

Für die Fragen der Demokratie, die bekanntlich gegenwärtig im Mittelpunkt des ideologischen und politischen Kampfes zwischen der Welt des Sozialismus und der Welt des Kapitalismus stehen, bedeutet dies beispielsweise, sich mit der Theorie der pluralistischen Demokratie auseinanderzusetzen. Diese Ideologie unterstützt den Reformismus der Monopole, indem sie die Möglichkeit eines ständigen Kompromisses, des Ausbalancierens und des Ausgleichs der Klassengegensätze in der staatsmonopolistischen Gesellschaft durch Zugeständnisse und Reformen sowie durch angebliche Teilhabe der Werktätigen an der Macht in den Mittelpunkt ihrer Behauptungen stellt. Sie erzeugt insbesondere kleinbürgerliche, opportunistische Illusionen in der Machtfrage, weil sie die bürgerliche Demokratie als politische Organisationsform der Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit, von Monopolen und Volksmassen ausgibt und damit von dem tatsächlichen weiteren Ausbau der Macht der Monopole, der engeren Verflechtung ihrer ökonomischen und politischen Macht ablenkt. Die pluralistische Demokratie-Theorie ist somit apologetische Rechtfertigung der imperialistischen Machtverhältnisse und des sich vollziehenden Abbaus der bürgerlichen Demokratie. Sie ist andererseits darauf gerichtet, die marxistisch-leninistische Staatslehre sowie die Praxis sozialistischer Staaten und sozialistischer Demokratie zu entstellen und zu verleumden und damit Ansehen und Autorität der marxistisch-leninistischen Weltanschauung bei den Werktätigen kapitalistischer Länder zu untergraben.

Ein anderer Bestandteil der imperialistischen Weltanschauung sind die verschiedenen Spielarten technokratischer Auffassungen über Herrschaft, Staat und Demokratie. Indem sie sich den Anschein der Objektivität und Rationalität geben und sich auf objektive Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte, vor allem des wissenschaftlich-technischen Fortschritts abheben, nehmen sie einen besonderen Platz im ideologischen Kampf ein. Die technokratische Behauptung, in der wissenschaftlich-technischen Revolution werde der politische Charakter staatlichen Handelns immer mehr vom „Sachzwang der Technik" abgelöst, Demokratie habe gegenüber den Sachzwängen der Industriegesellschaft keine Chance mehr, verfälscht die Beziehungen zwischen wissenschaftlich-technischen und gesellschaft-

4 Lenin, Werke, Bd. 5, S. 396.

lichen Entwicklungsprozessen. Der einseitigen Verabsolutierung von Wissenschaft und Technik entspricht das Leugnen der Produktions- und Machtverhältnisse des modernen Kapitalismus. Die gezielte antidemokratische Argumentation unterstützt unmittelbar die elitäre Herrschaft der imperialistischen Monopol- und Staatsbürokratie. Die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Sachentscheidungen und politischen Entscheidungen verschleiert das Klassenwesen des Staates und rechtfertigt die bürokratisch-zentralistische, technizistische Perfektionierung staatsmonopolistischer Herrschaft.

Während so reaktionäre, antiwissenschaftliche Weltanschauungen den historisch überlebten Klassen dazu dienen, ihre Machtpositionen aufrechtzuerhalten und die Werktätigen zu täuschen und niederzuhalten, lenkt die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklassse die Volksmassen insgesamt auf den Kampf für ihre Befreiung und für die Errichtung einer menschlichen sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft hin. In Übereinstimmung mit der progressiven Entwicklung der menschlichen Gesellschaft hilft sie, den gesellschaftlichen Fortschritt zu forcieren und die Menschen zu selbstbewußter schöpferischer Aktivität zu bringen.

Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik

Herausgeber: FACIT e. V., 148 Seiten, 6,– DM

Arbeitsgespräch mit Prof. Alfred Klein

Alfred Klein / „Unsere Front". Zur Entwicklung der sozialistischen Literaturbewegung in der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / Deutsche Schriftsteller in der Entscheidung. Aus der Zeit der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / „Ein Mensch unserer Zeit". Der Weg Johannes R. Bechers zum Schriftsteller der Arbeiterklasse.

Alfred Klein / „Von unten auf". Zur literaturgeschichtlichen Stellung der revolutionären Arbeiterschriftsteller.

Klaus Kändler / Drama und Klassenkampf. Zur Entwicklung der sozialistischen Dramatik in der Weimarer Republik.

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Jan Priewe

Den Kampf um demokratische Ausbildungsziele als politischen Kampf führen!

Die Einordnung der theoretischen, wissenschaftlichen und ideologischen Auseinandersetzungen in die Gesamtpolitik war in der Geschichte der Studentenbewegung stets kontrovers. Von der vermeintlichen Integration der Arbeiterklasse in das bestehende System ausgehend, glaubten einst Teile des SDS mit H. J. Krahl die studentische Intelligenz zur Avantgarde der Arbeiterklasse, zum „kollektiven Theoretiker des Proletariats" erklären zu können. Welch eine Ähnlichkeit dieser elitären Auffassung mit der bürgerlichen Wissenssoziologie eines K. Mannheim, der der „freischwebenden Intelligenz" allein die wissenschaftliche Erkenntnisfähigkeit zusprach! Dem avantgardistischen Selbstverständnis korrespondiert das abstrakte Bild einer leidenden, „verbürgerlichten" Arbeiterklasse, die sich selbst ihre Kampffähigkeit restlos entfremdet zu haben schien. Das andere Extrem der Studentenbewegung liegt in der Theoriefeindlichkeit der maoistischen Sektierer, in ihrer voluntaristischen Hinwendung zu einer fetischisierten Arbeiterklasse, deren konkrete Lebens- und Kampfbedingungen unberücksichtigt bleiben. Aus der Negierung des studentischen Kampfes zur Durchsetzung der umfassenden Interessen der Mehrheit der Studenten, aus der Leugnung der antimonopolistischen Interessenlage der Studenten, aus der fehlenden Analyse ihrer konkreten Kampfbedingungen, folgt konsequent eine Verkehrung des politisch-ideologischen Kampfes zum blinden Aktionismus, gepaart mit sozialistischer Phrase und revolutionärer Schwärmerei.

Allein eine marxistische Organisation, der MSB Spartakus, vermag, ausgehend vom sozialistischen Ziel, den Kampf für die umfassenden Interessen – die politischen, ökonomischen und ideologischen[1] – der Studenten an der Seite und im Bündnis mit der Arbeiterklasse zu organisieren, indem sie die Einheit von Politik, Ideologie und Organisation herstellt. Dies kann nur gelingen, wenn jeder Schritt, jeder Weg, jede Tagesforderung, jedes einzelne Moment der Bewegung stets orientiert ist am politischen Ziel, an der Erringung des Sozialismus. Ordnet sich so im Rahmen revolutionärer Politik jedes Teil dem Ganzen unter, so impliziert dies, daß in der Einheit des politischen, ökonomischen und ideologischen Kampfes dem politischen Kampf prinzipiell der Primat zukommt. Nur so können Verabsolutierung einzelner Momente des Kampfes, wie sie in der Studentenbewegung gang und gäbe waren und sind, vermieden werden. Begreifen marxistische Organisationen also das Ziel und die Bewegung als dialektische Einheit, in der sich beide Momente vermitteln, so folgt daraus, daß grundsätzlicher Ausgangspunkt

1 „... seit eine Arbeiterbewegung existiert, wird der Kampf nach seinen drei Seiten hin – nach den theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten) – im Einklang und Zusammenhang und planmäßig geführt. In diesem sozusagen konzentrischen Angriff liegt gerade die Stärke und Unbesiegbarkeit der deutschen Bewegung." F. Engels, Vorbemerkung zu „Der deutsche Bauernkrieg". MEW Bd. 7, S. 541.

sozialistischer Politik, nämlich der politische, zielgerichtete Kampf für den Sozialismus, nicht gleichgesetzt werden kann mit Anknüpfungspunkten unserer Politik, also Brennpunkten und Konflikten, an denen sich die Kämpfe entzünden und sich die Begegnung fortentwickeln kann. Ausgangspunkt und Anknüpfungspunkt sozialistischer Politik zu identifizieren, hieße Ziel und Bewegung gleichzusetzen, ihre widersprüchliche dialektische Einheit zur glatten widerspruchsfreien Identität zu verschmelzen. Wird dies nicht beachtet, so könnte nicht gelten, was Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest" über die Kommunisten aussagen: Sie kämpfen „für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung".[2]

Im Rahmen eines organisierten Kampfes, gemäß der Einheit von Bewegung und Ziel, bilden die politischen, ökonomischen und ideologischen Kämpfe eine feste Einheit, welche die Verabsolutierung einzelner Seiten unmöglich macht. Wird der ideologische Kampf verabsolutiert und werden ihm andere Aspekte untergeordnet, oder wird er gar identifiziert mit dem politischen Kampf, so liquidiert man letzten Endes den politischen Kampf selbst. Dies zeigte sich nicht zuletzt bei der Krahlschen Position, die notwendigerweise in sektiererischer Isolation steckenbleiben mußte oder allenfalls zum Seminarmarxismus werden konnte.

Für Marxisten orientiert sich der ideologische Kampf, auch an der Hochschule, eng am politischen Kampf. Dabei liegt der erste Schritt im ideologischen Kampf in der Einheitlichkeit und Selbständigkeit der marxistischen Organisation. Dies erst ist die unumgängliche Voraussetzung für politisch-ideologische Massenkämpfe, in denen die Marxisten nicht kategoriale Interpretationshilfen servieren oder lehrmeisterhaft wissenschaftliche Leitsätze zu den Auseinandersetzungen hinzutun, sondern die politisch-ideologische Führung des Kampfes organisieren. Dabei spielt der ideologische Kampf, der in den Massenbewegungen selbst geführt wird, für die Entwicklung von antimonopolistischem Bewußtsein eine hervorragende Bedeutung – freilich ist der ideologische Kampf allein hierzu untauglich. Ein politisch unvermittelter, abstrakt-ideologischer Kampf muß immer akademisch borniert bleiben.

II

Sozialistisches Bewußtsein entsteht in der Arbeiterbewegung ebensowenig wie in der Intelligenz spontan. Im Gegenteil: spontan entstehen aus dem Kapitalverhältnis ideologische Mystifikationen, Fetischisierungen, Verkehrungen der wirklichen Verhältnisse. Dieses „Alltagsbewußtsein" drängt sich den Produzenten spontan auf; ebenso spontan drängt sich Studenten und Intellektuellen bürgerliche Ideologie auf. Entsteht bürgerliche Ideologie also spontan, wenngleich ihre Verbreitung und Verfeinerung immer stärker organisiert und gezielt betrieben wird, so gilt dies nicht für Ideologie schlechthin: sozialistische Ideologie entsteht und verbreitet sich nur bewußt, im organisierten Kampf. Klassenbewußtsein entspringt nicht aus den unmittelbaren Konflikten und Widersprüchen in gesellschaftlichen Teilbereichen. „Wir haben gesagt, daß die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewußtsein gar nicht haben können. Dieses konnte ihnen nur von außen

2 Kommunistisches Manifest. MEW Bd. 4, S. 492.
3 Vgl. E. Hahn, Materialistische Dialektik und Klassenbewußtsein. Konsequent, Sonderheft 1, Westberlin 1972, S. 80.

gebracht werden. Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag ...“[4] „Von außen“ bezieht sich dabei zunächst auf die politisch-ideologische Selbständigkeit der Partei, der revolutionären Organisation, die die Verschmelzung von Arbeiterbewegung und wissenschaftlichem Sozialismus materiell verkörpert. Zum anderen betont Lenin in seiner Kritik an den Auffassungen der Ökonomisten, „daß man das politische Klassenbewußtsein der Arbeiter aus ihrem ökonomischen Kampf sozusagen von innen heraus entwickeln könne, d. h. ausgehend allein (oder zumindest hauptsächlich) von diesem Kampf, basierend allein (oder zumindest hauptsächlich) auf diesem Kampf. Eine solche Auffassung ist grundfalsch ... Das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen.[5] Das Hineintragen des Klassenbewußtseins „von außen“ durch die marxistische Organisation geschieht also durch „allseitige Enthüllungen“ aus allen gesellschaftlichen Teilbereichen. „Dabei darf dieses Hineintragen nicht auf einfache Propaganda oder Agitation reduziert werden. Es erfolgt vielmehr im Prozeß der praktischen Organisierung des Klassenkampfes der Arbeiterklasse in all seinen Formen durch die Partei ...“[6] Das Klassenbewußtsein resultiert somit aus der „Vereinigung der unmittelbaren Erfahrung mit der Erkenntnis des Wesens, der inneren Widersprüche und Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft.“[7] Überdies ist Klassenbewußtsein nicht nur die passive Widerspiegelung der objektiven Stellung des Proletariats und seiner historischen Mission, sondern es realisiert sich immer in der Einheit von Theorie und Praxis, in der Anleitung zu revolutionärem Handeln.

Die Entstehung von Klassenbewußtsein darf nicht verwechselt werden mit dem Prozeß der theoretischen Aneignung des Marxismus-Leninismus.[8] Reduziert man die Entwicklung von Klassenbewußtsein auf die Aneignung marxistischer Theorie oder die marxistische Kritik bürgerlicher Wissenschaft und Ideologie, so wird die Notwendigkeit einer marxistischen Organisation geleugnet: Klassenbewußtsein entstünde spontan! Zwar wäre die Ausarbeitung des wissenschaftlichen Sozialismus ohne die fortgeschrittensten Angehörigen der Intelligenz nicht möglich gewesen, doch ebensowenig läßt sich deren Rolle von ihrem Wirken in und mit der Arbeiterbewegung und ihrer marxistischen Partei lösen. So wäre es vollkommen verfehlt, für die Intelligenz einen spezifischen, spontanen Zugang zu Klassenbewußtsein über die Aneignung marxistischer Theorie zu konstruieren, wie es in den seminarmarxistischen Parolen wie „Von der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft zur Kritik der bürgerlichen Gesellschaft!“ oder „Entwickelt die Politik aus den Seminaren!“ Zum Ausdruck kommt. Folgt man solch liberalschwärmerischen Parolen, so ließe sich allenfalls ein aufgeklärtes, liberales Bewußtsein erreichen, gewiß aber kein politisches Bewußtsein! „Es genügt nicht, die politische Unterdrückung der Arbeiter zu erklären (wie es nicht genügte, ihnen den Gegensatz zwischen ihren Interessen und den Interessen der Unternehmer zu erklären). Es ist notwendig, jede konkrete Erscheinung dieser Unterdrückung für die Agitation auszunutzen (so wie wir die konkreten Erscheinungen der ökonomischen Unterdrückung für die Agitation ausgenutzt haben). Und da die verschiedenen Gesellschaftsklassen unter dieser Unterdrückung zu leiden haben, da sie auf den verschiedenen Lebens- und Tätigkeitsgebieten, dem beruflichen, dem allgemein-bürgerlichen, dem persönlichen, dem der Familie, dem religiösen, dem wissenschaftlichen usw. usw., in Erscheinung tritt – ist es da nicht klar, daß wir unsere Aufgabe, das politische Bewußtsein der Arbeiter zu entwickeln, nicht erfüllen werden, wenn wir es nicht übernehmen, die allseitige politische Entlarvung der Selbstherrschaft zu organisieren?“[9] In dem Sinn, daß es nicht genügt, den Arbeitern ihre Unterdrückung und deren Ursachen zu erklären, müssen wir ebenfalls sagen, daß es nicht genügt, daß sich die Studenten den Marxismus aneignen und sich den Charakter dieser Gesellschaft erklären können. Wie eng Lenin die Entwicklung von Klassenbewußtsein mit den praktisch-politischen Kämpfen verknüpft sah, zeigt sich auch in seiner Auffassung über politische Erziehung: „Muß denn ... unter Sozialdemokraten wirklich noch bewiesen werden, daß es ohne politischen Kampf und politische Aktionen, keinerlei politische Erziehung geben kann? Kann man denn wirklich glauben, daß die Arbeitermassen durch irgendwelche Kurse oder Bücher usw., ohne politische Tätigkeit und politischen Kampf politisch erzogen werden können?“[10]

4 W. I. Lenin, Was tun? Werke, Bd. 5, S. 385 f.
5 ebd., S. 436.
6 E. Hahn, a. a. O., S. 64 f.
7 ebd., S. 63 f.
8 ebd., S. 84.

III

Die Mehrheit der Studenten hat ein umfassendes einheitliches Interesse, in politischer, ökonomischer und ideologischer Hinsicht, an der Zurückdrängung der Macht des Monopolkapitals, an der Erkämpfung der antimonopolistischen Demokratie an der Seite der führenden gesellschaftlichen Kraft, der Arbeiterklasse.[11] „Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den breiten Massen der Intelligenz wird unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht nur durch die Veränderung in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage, sondern durch die tiefe Krise der bürgerlichen Ideologie, Politik und Kultur erleichtert. Die grobe Verletzung der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten durch die Monopolbourgeoisie, ihr Bestreben, die demokratischen Rechte abzuschaffen und zu beschneiden, rufen den wachsenden Widerstand bedeutender Schichten der Intelligenz hervor, die diesen Idealen tief verhaftet ist“.[12] Indem der MSB Spartakus den allseitigen antimonopolistischen Kampf an der Hochschule führt und organisiert, kämpft er damit für die Interessen der Mehrheit der Studenten. Diese sind die objektive Grundlage seiner Politik. Damit zeigt er deutlich, daß er keine gewerkschaftliche – oder

9 W. I. Lenin, Was tun?, a. a. O., S. 413.
10 ebd., Bd. 4, S. 282.
11 Freilich hat ein entwickeltes Bündnis der Arbeiterklasse mit der Intelligenz weitgehendere Perspektiven. „Die Bedeutung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Intelligenz geht weit über den Rahmen des Kampfes gegen die Monopole hinaus.“ W. W. Sagladin (Hrg.), Die kommunistische Weltbewegung. Abriß der Strategie und Taktik. Frankfurt/M. 1973, S. 258.
12 ebd., S. 256.

„quasi-gewerkschaftliche" Organisation ist, deren zentrale Aufgabe die Vertretung der unmittelbaren Interessen ist, sondern eine revolutionäre politische Organisation. Demzufolge kann im Zentrum sozialistischer Hochschulpolitik nicht der Kampf für die Qualifikationsinteressen der Mehrheit der Studenten stehen, sondern nur der antimonopolistische Kampf, der sich zwar in vielen Fragen mit dem Kampf für Ausbildungsinteressen überschneidet, aber doch bei weitem umfassender ist. Die studentischen Qualifikationsinteressen sind im Kern ökonomischer Natur; sie zielen auf die Aneignung eines in bestimmter Weise qualifizierten Arbeitsvermögens, eines bestimmten Gebrauchswertes der späteren Ware Arbeitskraft, die den lebenslangen Verkauf und damit die Reproduktion der Arbeitskraft ermöglichen soll. Der Kampf für die Qualifikationsinteressen, die durch das Kapital und seinen Staat fortwährend beeinträchtigt werden, bleibt allemal im engen Rahmen des ökonomischen Kampfes, im Rahmen des kapitalistischen Lohnsystems. Ebensowenig wie die Lohnkämpfe der Arbeiterklasse per se antikapitalistisch sind, beinhalten die Qualifikationsinteressen per se bereits systemtranszendierende Momente. Auch die Tatsache, daß die Forderungen der Arbeiterklasse nach Löhnen, die dem Wert ihrer Arbeitskraft entsprechen, häufig und immer stärker angesichts gegebener ökonomischer und politischer Kräfteverhältnisse auf der Basis des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht durchsetzbar sind, macht den Lohnkampf noch nicht zum revolutionären Kampf; wohl aber wird der „rein" ökonomische Kampf immer stärker in gewerkschaftlich-politischen Kampf, in trade-unionistische Politik transformiert.

Der Inhalt der Forderungen nach den im Bildungssystem zu erwerbenden Qualifikationen kann nicht aus den Qualifikationsinteressen der Studenten hergeleitet werden, sondern nur aus den umfassenden politischen, ökonomischen und ideologischen Interessen der Studenten und den gleichgerichteten Interessen der Arbeiterklasse; kurz: aus den Anforderungen des antimonopolistischen Kampfes in allen gesellschaftlichen Teilbereichen. Diese Ausbildungsinhalte und -ziele können nur im Rahmen marxistischer Organisationen formuliert werden und müssen „von außen", d. h. aus dem Bereich außerhalb der unmittelbaren Erfahrungen am Studienplatz, in die Kämpfe um eine demokratische Studienreform hineingetragen werden. Wollte man „von innen", also von den ökonomischen Qualifikationsinteressen ausgehend und hieraus abgeleitet demokratische Ausbildungsziele formulieren, würde man also die Qualifikationsinteressen der Studenten zum Ausgangspunkt sozialistischer Hochschulpolitik machen, so verfiele man unweigerlich den ökonomistischen Fehlern, politische Kämpfe als aus ökonomischen entspringend zu betrachten und damit die Bedeutung politischer, revolutionärer Organisationen zu mindern oder zu leugnen; denn Ökonomismus ist stets mit der „Anbetung der Spontaneität", mit spontaneistischer Organisationsfeindlichkeit verbunden.

IV

Der kapitalistische Produktionsprozeß ist widersprüchliche Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß; die Arbeitskraftqualifikationen als Momente des Produktivkraftsystems sind daher gesellschaftlich formbestimmt: ihr Doppelcharakter drückt sich darin aus, daß sie sowohl der Produktivkraftentwicklung als auch den bürgerlichen Produktionsverhältnissen genügen müssen. Nun wäre es zweifels-

ohne eine syndikalistische Strategie, den politischen Kampf im Ausbildungssystem (oder zumindest den Schwerpunkt, das Zentrum des politischen Kampfes) darin zu erblicken, den kapitalistischen Qualifikationsanforderungen, die einen Doppelcharakter tragen, eine „Doppelqualifikation" entgegenzusetzen, die die Verkaufbarkeit der Arbeitskraft ermöglichen als auch eine „politische Qualifikation" beinhalten soll, die zu demokratischer Berufspraxis befähigt. Werden hier also die Qualifikationsinteressen verabsolutiert und der Kampf für Qualifikationsinteressen als Zentrum des politischen Kampfes interpretiert, so werden Momente des genuin politischen Kampfes (z. B. für Mitbestimmung, gegen politische Disziplinierung, gegen Berufsverbote etc.) lediglich als Instrumente des Kampfes für Qualifikationsinteressen gesehen. Das aber wäre eine klassisch trade-unionistische, ökonomische Konzeption, die den politischen Kampf dem ökonomischen unterordnet, den politischen Kampf nicht begreift als gegen die politische Herrschaft des Kapitals und seinen Staat gerichtet, sondern ihn instrumentalisiert für den ökonomischen Kampf. Das hieße, den politischen Kampf auf das Niveau des ökonomischen Tageskampfes von Gewerkschaftspolitik herabzudrücken. „Unsere größte Sünde besteht im Herabdrücken unserer politischen und organisatorischen Aufgaben auf das Niveau der nächsten, ‚greifbaren', ‚konkreten' Interessen des ökonomischen Tageskampfes . . ."[13]

Diese falsche Auffassung der Instrumentalisierung des antimonopolistischen Kampfes für die unmittelbaren, primär ökonomischen Kämpfe zeigt sich mitunter darin, daß der Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz fehlinterpretiert wird als Kampf für „Rahmenbedingungen", die der Durchsetzung inhaltlicher Alternativen in der Studienreform zu dienen habe und demzufolge der Kampf für eine demokratische Studienreform im Zentrum des Kampfes gegen das Hochschulrahmengesetz zu stehen habe. Ebenso verfehlt ist die in Kämpfen für Bildungsfinanzierung zuweilen kursierende Parole „Ohne Geld keine Inhalte!", die suggeriert, daß der antimonopolistische Kampf für Abrüstung und Kürzung des Rüstungshaushalts bloßes Vehikel zur Erkämpfung fortschrittlicher Wissenschaftsinhalte sei. Auch kann der Kampf gegen Berufsverbote im Rahmen einer antimonopolistischen Strategie nicht nur gesehen werden als Kampf um „Voraussetzungen" dafür, daß Marxismus an Schulen und Hochschulen von Marxisten gelehrt werden kann; vielmehr ist er vor allem politischer Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte durch Monopolkapital und Staat. Bisweilen wird bei den Qualifikationsinteressen differenziert zwischen „Tauschwert-" und „Gebrauchswertinteresse": Das „Tauschwertinteresse" sei das borniert-ökonomische Interesse an der Verkaufbarkeit der Arbeitskraft, indessen ziele das „Gebrauchswertinteresse" auf eine bestimmte stoffliche Struktur der Qualifikation und enthalte politische und ideologische Dimensionen, welche systemtranszendierenden Charakter hätten. Würden „Tauschwert" und „Gebrauchswertinteressen" adäquat verbunden, müßten diese umfassend interpretierten Qualifikationsinteressen im Mittelpunkt marxistischer Politik an den Hochschulen stehen. Doch Tauschwert und Gebrauchswert lassen sich bekanntlich nicht auseinanderzerren, sie bilden in der Realität in der Ware eine widersprüchliche Einheit; der Tauschwert der Ware Arbeitskraft kann nicht realisiert werden ohne einen bestimmten Gebrauchswert – allein in

13 W. I. Lenin, Was tun?, a. a. O., S. 462.

der wissenschaftlichen Analyse sind Tauschwert und Gebrauchswert trennbar. Aus einer analytisch-kategorialen Gegenüberstellung der beiden Pole einer Ware können folglich nicht zwei Arten von Interesse, die vermeintlich real existieren, deduziert werden. Das Qualifikationsinteresse bleibt ein im Kern ökonomisches Interesse, das keine per se revolutionären Momente in sich birgt. Über ein realiter nicht existentes, also fiktiv konstruiertes „Gebrauchswertinteresse" unter der Hand des Qualifikationsinteresse revolutionär zu definieren, hieße doch letztlich, den ökonomischen Kampf selbst schon als politischen zu begreifen – ein sattsam bekannter Fehler der Ökonomisten!

V

Der Kampf um Qualifikations- oder Ausbildungsinteressen ist ein typisch gewerkschaftlicher Kampf; denn dieser ist immer weniger nur-ökonomischer Kampf, sondern wird fortwährend stärker gewerkschaftlich-politischer Kampf. Damit ist er wohl politischer Kampf, aber noch nicht revolutionär-politischer Kampf. So bewegt sich der gewerkschaftlich-politische Kampf, die trade-unionistische Politik, noch ganz im Rahmen des kapitalistischen Systems, seine Basis und Triebkraft ist zu eng und zu beschränkt, um das kapitalistische selbst zu revolutionieren. „Der Trade-Unionismus schließt keineswegs, wie man manchmal glaubt, jede ‚Politik' aus. Die Trade-Unions haben stets eine gewisse (aber nicht sozialdemokratische) politische Agitation und einen gewissen politischen Kampf geführt."[14] „Sehr oft ist der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter, wie wir bereits gesehen haben, mit der bürgerlichen, klerikalen usw. Politik (wenn auch nicht untrennbar) verbunden. Die Behauptungen des Rabotschaje Delo (die Ansicht, daß ‚Politik immer gehorsam der Wirtschaft folgt, J. P.) sind zutreffend, wenn man unter Politik trade-unionistische Politik versteht, d. h. das gemeinsame Bestreben der Arbeiter, daß der Staat diese oder jene Maßnahmen ergreift, die den mit ihrer Lage verbundenen Nöten abhelfen, aber diese Lage selbst nicht beseitigen, d. h. die Unterordnung der Arbeit unter das Kapital nicht aufheben . . . Es gibt Politik und Politik . . . Sie (das ‚Rabotschaja Mysl', Organ der Ökonomisten, J. P.) erkennt durchaus den politischen Kampf an, der aus der eigentlichen Arbeiterbewegung elementar hervorwächst, . . . verzichtet aber gänzlich darauf, eine spezifisch sozialdemokratische Politik selbst auszuarbeiten . . ."[15]
So kämpfen z. B. auch die Gewerkschaften in der BRD nicht nur für höhere Löhne, bessere Arbeitsplatzbedingungen, sondern auch für politische „Rahmenbedingungen", wie Streikrecht, Recht auf Arbeit, gegen Umweltverschmutzung und ebenso auch für eine Bildung im Interesse der Arbeiterklasse. Diese zwei Seiten gewerkschaftlicher Aktivitäten, einerseits Wahrnehmung unmittelbaren Arbeitsplatzinteressen, andererseits Kampf für gesamtgesellschaftliche „Rahmenbedingungen", deutet etwa auch O. Vetter an, wenn er im Verlauf gewerkschaftlicher Grundsatzdiskussionen von der „doppelten Funktion der Gewerkschaften spricht.[16] So ist es verständlich und legitim, wenn der Kampf um die Qualifikationsinteressen der Arbeiterklasse und damit auch die gewerkschaftliche Bildungspolitik stärker ins

14 ebd., S. 386.
15 ebd., S. 398 f.
16 H. O. Vetter, Die Rolle der Gewerkschaften in der industriellen Gesellschaft. Rede auf der Öffentlichen Tagung des DGB am 23. 3. 1970 in Bad Kreuznach. In: Gewerkschaftsspiegel 1970, Nr. 9, Dokumente S. 11.

Zentrum gewerkschaftlicher Aktivitäten gerückt wird; indessen wäre es grundfalsch, die Qualifikationsinteressen zum Ausgangspunkt für eine revolutionäre, politische Studentenorganisation zu bestimmen.

VI

Die Qualifikationsinteressen zum Ausgangspunkt sozialistischer Politik an der Hochschule zu machen, hieße auch, eine Spezifik der Studenten, ihre überwiegende Funktion als „Kopfarbeiter", ihre Beschäftigung mit Wissenschaft, zum Ausgangspunkt zu nehmen. Doch das bloße Faktum der Beschäftigung mit und Aneignung von Wissenschaft prädestiniert keinen Studenten, keinen Wissenschaftler, keinen Intellektuellen in besonderer Weise dazu, Marxist zu werden. Aus dem bloßen Ausbildungsinteresse resultiert nicht spontan und automatisch ein Interesse am Marxismus, im Gegenteil: bürgerliche Ideologie drängt sich den Studenten ebenso wie der Arbeiterklasse immer wieder spontan auf. Da die Intelligenz sowohl Adressat als auch z. T. aktiver Propagandist bürgerlicher Ideologie ist, betrachtete Lenin gerade die Einbeziehung der Intelligenz in die politische Bewegung als eine wichtige Ursache taktischer Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung. Die Intellektuellen neigen dazu, sich „lediglich gewisse Seiten des Marxismus, lediglich einzelne Seiten der neuen Weltanschauung oder einzelne Losungen und Forderungen zu eigen (zu) machen, ohne imstande zu sein, mit allen Traditionen der bürgerlichen Weltanschauung im allgemeinen und der bürgerlich-demokratischen Weltanschauung im besonderen entschieden zu brechen."[17] Die Geschichte der Studentenbewegung in der BRD bestätigt vollauf Lenins Einschätzung: Wäre das Charakteristikum intellektueller Arbeit, Beschäftigung mit Wissenschaft, Konstituens oder zumindest entscheidender Katalysator für die Entfaltung sozialistischen Bewußtseins und die Aneignung des Marxismus, so müßten die vielfältigen Schattierungen kleinbürgerlicher Ideologien, utopistischer Vorstellungen, „links-bürgerlicher" und bügerlicher Ideologeme, die mit der Studentenbewegung ins Kraut gewachsen sind, unbegriffen bleiben. Statt dessen zeigte sich, daß erst die Orientierung der Studentenbewegung auf die reale Arbeiterbewegung – und nicht eine fiktiv konstruierte –, insbesondere auf die marxistische Partei der Arbeiterklasse, die Möglichkeit schuf, antimonopolistisches Bewußtsein bei Teilen der Studentenschaft zu entfalten. Damit bestätigen sich die Erfahrungen, die die Arbeiterbewegung mit ihrer Intelligenzpolitik gemacht hat: „Die Intelligenz besitzt, allein auf sich gestellt, weder die Kraft, ihre Lage im eigenen Interesse zu verändern, noch die Fähigkeit, eine reale Perspektive für ihren Kampf zu entwickeln."[18]

Das Bewußtsein der Perspektive der Intelligenz an der Seite der Arbeiterklasse im Kampf um antimonopolistische Demokratie und Sozialismus – dies ist die objektive Voraussetzung für die Entfaltung des Interesses der Studenten am Marxismus, nicht ihre „Gattungstätigkeit", Wissenschaft zu betreiben – läßt sich nur verbreiten und vertiefen, indem die Studenten verstärkt in die allgemeinen antimonopolistischen Kämpfe der Arbeiterklasse einbezogen werden und indem in

17 W. I. Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung. Werke, Bd. 10, S. 353 ff.
18 M. Boedecker, A. Leisewitz, Intelligenz und Arbeiterbewegung. In: Ch. Kievenheim/A. Leisewitz (Hrg.), Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz. Köln 1973, S. 109.

den besonderen Kämpfen an den Hochschulen die allgemeinen antimonopolistischen Probleme akzentuiert werden. Basis für das Bündnis mit der Arbeiterklasse sind die umfassenden antimonopolistischen Interessen der Studenten, die nicht auf Ausbildungsinteressen reduzierbar sind. „So tritt in den Kämpfen das gemeinsame Interesse der Arbeiter und Studenten, der Gegensatz zum Monopolkapital, gegenüber den Unterschieden, die sich aus dem Charakter der geistigen Arbeit, der zeitweiligen Freiheit vom Lohnarbeitsverhältnis sowie größeren perspektivischen Aufstiegserwartungen, immer mehr hervor. Wie die arbeitende Bevölkerung stehen sie dem Versuch der Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche unter die Machtinteressen des Großkapitals gegenüber. Daraus resultiert ihr Interesse an Ausbau und Entfaltung der Demokratie."[19]

Jede Überbetonung der Rolle und Funktion der Studenten und der Intelligenz als Ideologieträger und -produzent, jede Überbetonung der Spezifik der studentischen Interessen, jede Verabsolutierung der spezifischen Qualifikationsinteressen, liefe letzten Endes darauf hinaus, die gemeinsamen aktuellen und perspektivischen Interessen von Arbeiterklasse und Intelligenz im allgemeinen antimonopolistischen Kampf in den Hintergrund zu rücken, das Bündnis mit der Arbeiterklasse in seiner Bedeutung herabzumindern.

Das politische Bündnis mit der Arbeiterklasse zu vertiefen und zu verbreitern – dies ist auch die Orientierung des 3. Bundeskongresses des MSB Spartakus: „Die Studenten müssen mit ihren berechtigten Forderungen, die sich gegen das Monopolkapital richten, aus der gesellschaftlichen Isolierung heraus. Sie dürfen nicht ‚rein studentische' Forderungen aufstellen, die niemand außer ihnen selber versteht, die Studenten müssen mitten hinein ins politische Leben unseres Landes, ihre Forderungen müssen gewissermaßen in die aktuelle politische Landschaft passen, müssen ansetzen an den brennendsten aktuellen Fragen der Klassenauseinandersetzung."[20]

VII

Die demokratischen Ausbildungsziele, Orientierungspunkte einer demokratischen Studienreform, leiten sich nicht aus den Qualifikationsinteressen der Studenten, sondern aus den Anforderungen des antimonopolistischen Kampfes in allen gesellschaftlichen Bereichen her; sie stellen somit die demokratischen Alternativen zur reaktionären Formierung der Studiengänge dar. Dabei soll nicht eine dritte „demokratische Ideologie" konstruiert, sondern Ausbildungsinhalte und Berufsperspektiven erkämpft werden, die eine antimonopolistische Berufspraxis ermöglichen. Ergeben sich also demokratische Ausbildungsziele nicht aus der marxistischen Kritik der Einzelwissenschaft und der wissenschaftsimmanenten Auseinandersetzung, so kann auch nicht stehengeblieben werden bei einer totalen Negation bürgerlicher Wissenschaft, zumal diese nicht identisch ist mit bürgerlicher Ideologie[21], noch darf auf einer bloß erkenntnistheoretischen und methodologischen Entgegensetzung marxistischer und bürgerlicher Ideologie insistiert werden. Der Marxismus-Leninismus kann nicht dargestellt werden als die „bessere" wissen-

19 Thesen der AG 2 der Theoretischen Konferenz des MSB Spartakus, o. J., S. 5.
20 Bericht des Bundesvorstands des MSB Spartakus an den 3. Bundeskongreß. Unkorr. Manuskript, S. 17.
21 K. Heinemann, Marxismus contra bürgerliche Ideologie – Aufgaben des ideologischen Kampfes an den Hochschulen der BRD. In: Facit 30, S. 36 ff.

schaftliche Methode, als die „bessere" Wissenschaft, sondern als einheitliche, geschlossene, revolutionäre und parteiliche Weltanschauung des Proletariats.

In der aktuellen Phase der Klassenkampfauseinandersetzungen, vor allem des ideologischen Klassenkampfes, kann es nicht die Hauptaufgabe sein, marxistische Fachwissenschaften zu entwickeln und marxistische Fachwissenschaftler an den Hochschulen auszubilden. Denn es wäre „eine Illusion, zu glauben, im Kapitalismus könne man erreichen, daß aus den Hochschulen der BRD Ausbildungsstätten für marxistische Fachwissenschaftler werden"[22].

Orientiert man die demokratischen Ausbildungsziele an den aktuellen Fragen des antimonopolistischen Kampfes, so können folgende Kriterien ausgearbeitet werden:

- Nutzen sie den Tagesinteressen und der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten?
- Gehen sie davon aus, daß heute die Arbeiterklasse der Träger des Kampfes um Demokratie ist?
- Lassen sie sich in ein antimonopolistisches Kampfprogramm einordnen und sind sie auf die aktive Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts orientiert?
- Sind sie parteilich für Frieden und Völkerverständigung, die Achtung vor den arbeitenden Menschen, die Aneignung und Fortsetzung der humanistischen und freiheitlichen Traditionen der Geschichte – gegen Krieg, Faschismus, Revanchestreben, Unterdrückung, geistige Niederhaltung?
- Sind sie an den humanistischen Grundpositionen des marxistischen Menschenbildes orientiert und auf Allseitigkeit unter Einschluß der produktiven Tätigkeit gerichtet?
- Dienen sie zur Schaffung eines wissenschaftlichen Weltbildes und sichern sie ein hohes wissenschaftliches Niveau der Kenntnisse?[23]

Das Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus räumt dem Kampf gegen die imperialistische Pervertierung und die reaktionärsten Spielarten der bürgerlichen Ideologie das Primat ein. Namentlich in der Kritik des Anwendungs- und Verwertungszusammenhangs der reaktionärsten Formen bürgerlicher Ideologie läßt sich die Masse der Studenten aktuell und perspektivisch in die politisch-ideologischen Kämpfe einbeziehen. In der Wissenschaftskritik muß also zugleich die antimonopolistische Stoßrichtung vermittelt werden; dies allein verhindert unpolitischen Akademismus. So können auch Erkenntnisinteresse und politisches Interesse verknüpft werden.[24] Zudem können im Aufzeigen der politischen Stoßrichtung bürgerlich-demokratische Wissenschaftler in den gemeinsamen Kampf einbezogen werden. Dem ideologischen Kampf an der Hochschule kommt im Zeichen einer erfolgreichen Politik der friedlichen Koexistenz erhöhte Bedeutung zu, zumal die Hochschulen immer mehr zu Produktionsstätten bürgerlicher Ideologie werden. Doch die allgemeine Krise des Kapitalismus hat auch eine tiefe, umfassende Krise der bürgerlichen Ideologie und Kultur produziert, die die spontane Hinwendung vieler Intelektueller und Studenten zu demokratischen, antiimperialistischen Posi-

22 Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten. Bonn 1973, S. 37.
23 St. Voets, Demokratische Alternative in der Schule – Zur Diskussion um die hess. Rahmenrichtlinien. In: Facit 31, S. 75.
24 K. Heinemann, Einleitungsreferat zur AG 2 des 2. Bundeskongresses des MSB Spartakus.

tionen provoziert. Damit vertieft sich die Kluft zwischen bürgerlich-demokratischen Idealen und der imperialistischen Wirklichkeit.

In der kommunistischen Weltbewegung wurde diese Entwicklung auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale unter dem Eindruck der Wirksamkeit faschistischer Ideologie auf die Volksmassen als Ausgangspunkt des gemeinsamen Kampfes von Arbeiterklasse und fortschrittlicher Intelligenz umfassend eingeschätzt.[25] Zur Rettung der humanistischen und revolutionären Traditionen der Völker, ihrer nationalen Kultur, war die Arbeiterbewegung gezwungen, selbst eine „Ideologie des Freiheitskampfes"[26] zu entwickeln, die es erlaubte, die fortschrittliche Intelligenz an den bürgerlich-demokratischen Idealen anzusprechen und sie so in den antifaschistischen Kampf einzubeziehen. W. Ulbricht wies darauf hin, daß „die Erfahrungen unter dem Faschismus ... neue Bedingungen für das Bündnis der Arbeiterklasse und der Intellektuellen geschaffen (haben). Immer größere Teile der Intelligenz erkennen, daß unter den Bedingungen des verfaulenden Kapitalismus ihre Ideale nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse als der konsequentesten antifaschistischen Kraft, der Vorkämpferin und Trägerin des Kampfes um die neue demokratische Republik, zum Siege geführt werden können."[27]

In der Verallgemeinerung dieser Erfahrungen läßt sich feststellen, daß es ein immer wichtiger werdendes Moment antimonopolistischer Bündnispolitik wird, fortschrittliche Teile der Intelligenz zum Kampf gegen reaktionäre Elemente bürgerlicher Ideologie zu gewinnen: „Es ist eine Lebensfrage für die ganze arbeitende Bevölkerung, für welche Interessen die Wissenschaft genutzt wird, ob die Lehrer, Künstler und Publizisten im Sinne der Reaktion und des Antihumanismus oder im Geiste des gesellschaftlichen Fortschritts wirken."[28]

Vorabdruck des Protokolls, S. 27.

25 G. Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. In: VII. Weltkongreß der KI. Frankfurt 1971, S. 125 ff.

26 W. Pieck, Referat auf der Brüsseler Konferenz der KPD (1935). In: W. Pieck, Gesammelte Schriften und Reden, Bd. V, Berlin 1972, S. 225.

27 W. Ulbricht, Goebbels Feldzug gegen die deutschen Intellektuellen (5. 4. 1939). In: Ders., ZGdA, II, S. 247.

28 Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP, Düsseldorf, o. J., S. 52.

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB Spartakus als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, 6,– DM

Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des Spartakus - Hauptreferat - alle Diskussionsbeiträge - Bericht der Antragskommission zur Grundsatzerklärung - Auszug aus der Diskussion - Grundsatzerklärung - Satzung - Pressespiegel u. a.

Name _____

Ort _____

Straße _____

Ich bestelle:
____ **Exemplar(e) des Protokolls**
Schicken an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16

Dietrich Busch

Westeuropäische Integration und Arbeiterbewegung

Zur Bedeutung der Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas

Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die ... Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär ... Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte. Lenin

I.

Die Europäische „Gemeinschaft" steckt in einer tiefen Krise. Bei allen – hauptsächlich ökonomischen – Entscheidungen ist es Westeuropa nicht gelungen, mit einer Stimme zu sprechen. Die Interessengegensätze zwischen der BRD und Frankreich sowie zwischen der BRD und Großbritannien konnten selbst nach zähen Verhandlungen nicht mehr harmonisiert werden.

Die permanente internationale Währungskrise, die durch die internationalen Konzerne noch verschärfte Energiekrise aller Hauptländer des Imperialismus, die immer dramatischer werdenden Inflationsraten und nicht zuletzt der Aufschwung der Massenkämpfe der Arbeiter, Bauern, der Jugend und der Mittelschichten haben sowohl die Gegensätze zwischen den drei Zentren des Weltimperialismus verschärft als auch die Widersprüche innerhalb der EWG zugespitzt.

„Das internationale Finanzkapital liegt sich in den Haaren. Eine Mächtegruppe will die andere ausstechen, und das ganze Gerangel zwischen den imperialistischen Machtzentren USA, EWG und Japan bestätigt nur die Richtigkeit der Leninschen These von der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung im Kapitalismus. Es zeugt von der Zuspitzung der Widersprüche des kapitalistischen Systems, von der Verschärfung seiner allgemeinen Krise."[1]

Die mit der Erweiterung der EWG auf neun Staaten so emphatisch beschworene Zeit Europas ist einer kleinlichen Politik des kurzfristigen Kompromisses zwischen den jeweiligen Mitgliedsstaaten gewichen, um den Laden nicht ganz auseinanderfliegen zu lassen. Von den hochgesteckten Zielen des Römischen Vertrages träumen nur noch unverbesserliche Europaschwärmer.

Doch nicht allein die ins Stocken geratene Wirtschafts- und Währungsunion, die immer wieder in Erscheinung tretenden Widersprüche im Agrarmarkt sowie die deshalb unsicherer werdende politische Union sind Anlaß zur Unruhe bei den imperialistischen Politikern. Auch die Widersprüche zwischen den drei Zentren des Weltimperialismus, vor allem zwischen den USA und der EWG, spitzen sich zu.

1 Bericht des Parteivorstandes an den Hamburger Parteitag der DKP, in: Protokoll des Hamburger Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei, S. 35.

Durch die Chikagoer Rede des Weltbanditen Nr. 1 und US-Präsidenten Richard Nixon sind die Gegensätze zwischen den USA und der EWG erneut offen zutage getreten. Diesmal entzündeten sie sich an der eigenständigen Politik der EWG mit den erdölproduzierenden Ländern im nahöstlichen Raum. Die selbständigen Verhandlungen der EWG gehen dabei über Abmachungen zur Sicherung der Ölversorgung hinaus. Die EWG-Staaten – vor allem die BRD – betrachten den gesamten Mittelmeerraum als Sprungbrett für den Ausbau ihrer weltpolitischen Rolle. Auch wenn die BRD dadurch zur Realisierung der NATO-Ziele beitragen will, gerät doch die Politik der EWG-Länder insgesamt in diesem Raum durch den Versuch der ökonomischen und politischen Bindung vor allem der nahöstlichen Staaten an die Gemeinschaft, objektiv immer mehr in Widersprüche zu den hegemonialen Interessen der USA.

In dieser Situation der zunehmenden Labilität des imperialistischen Systems haben sich im Januar dieses Jahres die kommunistischen Parteien des kapitalistischen Teils Europas zu einer Beratung in Brüssel zusammengefunden.

Wie sah das bisherige Verhalten der kommunistischen Weltbewegung zur westeuropäischen Integration aus?

Worauf beruht ihr Verhalten zur westeuropäischen Integration?

II.

In der Strategie der herrschenden Klasse ist die Idee eines „geeinten Westeuropas" durchaus nicht neu. Die Einflüsse imperialistischer Ideologie machten auch in dieser Frage vor der Arbeiterbewegung nicht halt. 1915 wollten die Revisionisten in der Sozialdemokratie die „Vereinigten Staaten von Europa" zur Forderung der Arbeiterbewegung erheben. Sie verbrämten sie – wie es auch heute noch geschieht – mit dem Gedankengut des proletarischen Internationalismus. Gegen diese Strömung polemisierte Lenin und formulierte eine knappe und im Kern heute noch gültige Einschätzung von Bündnissen zwischen imperialistischen Staaten. Nach Lenin sind sie durch folgende Merkmale gekennzeichnet: a) sie sind zeitlich begrenzt (an anderer Stelle spricht er davon, daß sie „Atempausen zwischen den Kriegen" darstellen); ihre Zeitweiligkeit ergibt sich daraus, daß sie b) Instrumente der imperialistischen Konkurrenz sind. Sie zielen c) gegen die Arbeiterbewegung und gegen den Sozialismus.

In dieser Charakterisierung hat Lenin die Analyse des sozialökonomischen Wesens des Monopols und des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus auf den Bereich der Bündnisse zwischen imperialistischen Staaten konkretisiert; insofern bleibt die Grundaussage für Bündnisformen wie EWG und auch NATO erhalten. Freilich wirken heute soziale Triebkräfte, die die spezifischen Formen von Bündnissen zwischen imperialistischen Staaten modifizieren. Die Herausforderung durch die sozialistische Staatengemeinschaft macht die Vereinigung der imperialistischen Mächte nicht mehr nur in Zeiten heftiger Klassenauseinandersetzungen im Inneren eines Landes notwendig, sondern wird zu einem Moment, das ständig – und mit fortschreitender Integration und Stärkung der sozialistischen Staaten in wachsendem Maßstab – auf die Vereinigung der noch verbliebenen Kräfte des Imperialismus drängt. Diese Tendenz kann sich nicht quasi unbefleckt als

imperialistisches Gesamtinteresse durchsetzen, sondern nur unter den Bedingungen imperialistischer Konkurrenz, dem Streben nach Höchstprofiten durch die jeweiligen nationalen Kapitale und nach Hegemonie durch die Nationalstaaten. Die imperialistischen Widersprüche können zeitweilig hinter dem Vorgehen gegen den gemeinsamen Feind zurücktreten, werden heute aber durch die Politik der friedlichen Koexistenz und durch die zur Permanenz gewordene Labilität und Krisenhaftigkeit des Imperialismus grundsätzlich verschärft.

So ergeben sich Modifikationen hinsichtlich der „Zeitweiligkeit" imperialistischer Bündnisse. Bei entsprechendem Kräfteverhältnis der Klassen im internationalen und nationalen Rahmen besteht die reale Möglichkeit, ihren Charakter als „Atempausen zwischen den Kriegen" (mit Betonung auf Kriegen) auszuschalten. Damit werden sie allerdings nicht per se zu dauerhaften Vereinigungen. U. E. verstärkt die Politik der friedlichen Koexistenz als bestimmendes Moment der internationalen Politik die Tendenz der Lockerung imperialistischer Bündnisse. Immer offensichtlicher tritt jetzt zutage, daß sie gleichfalls – und bestimmend – Felder imperialistischer Konkurrenz sind.

Die erste uns bekannte marxistische Analyse der westeuropäischen Integration stammt aus dem Jahre 1957[2]

In diesen Thesen arbeitete das Moskauer Institut als Haupttriebkräfte der Integration die großen Monopole vor allem Frankreichs und der BRD heraus. Diese Integrationsbestrebungen hatten nicht nur eine Erweiterung des Profits zum Ziel, sondern sollten Bestandteil der politischen Absicherung ihrer internationalen Position im Zeichen des sich weltweit zuungunsten des Imperialismus verändernden Kräfteverhältnisses sein. „In der Grundlage des Entwurfs eines ‚Gemeinsamen Marktes' und der gleichzeitigen Operationen der Monopolisten der sechs westeuropäischen Länder liegt das Bestreben, die Kräfte des Imperialismus für den Kampf gegen den Sozialismus und gegen die nationalen Befreiungsbewegungen der Kolonialvölker und abhängiger Staaten zu vereinigen und die Positionen des Kapitalismus mit Hilfe der staatlich-monopolistischen Vereinigungen zu stärken."[3]

Die Interessengegensätze zwischen den sechs Staaten, die heute unter den Folgen der weltweiten Krise des Imperialismus die EWG an den Rand ihres Zerfalls bringen, waren bei der Gründung im Jahre 1954 bereits angelegt.

So schätzte das Institut für Weltwirtschaft schon damals ein: „Die geschichtliche Erfahrung spricht davon, daß die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, daß Krisen eine sehr schwere Prüfung für internationale monopolistische Vereinigungen sind und häufig zum Zusammenbruch solcher Vereinigungen beitragen."[4]

Vier Jahre später – 1968 – verfaßte das Institut erneut 32 Thesen zur imperialistischen Integration. Sie dienten als Grundlage für eine Konferenz über Probleme der westeuropäischen Integration, an der Wissenschaftler kommunistischer Parteien aus 23 Ländern teilnahmen. Alle wesentlichen Einschätzungen aus dem Jahre 1958 wurden übernommen. Die EWG, so heißt es in der Einführung, „als

2 Über die Gründung eines „Gemeinsamen Marktes" und des Euratoms (17 Thesen), in: Mayrzedt, Romé, Westeuropäische Integration aus osteuropäischer Sicht, Wien, 1968.
3 ebenda, S. 51.
4 ebenda, S. 56.

staatsmonopolistische Vereinigung der Finanzoligarchie von sechs westeuropäischen Ländern, ist eine wirtschaftliche und politische Tatsache geworden."[5]

Die Industrieproduktion der sechs Länder war von 1957 bis 1961 um 30 Prozent gestiegen, das Exportvolumen hatte sich um 50 Prozent vergrößert, die Zuwachsraten der industriellen Produktion waren anderthalbmal bis doppelt so hoch wie die der kapitalistischen Welt insgesamt.[6]

Dennoch hat die kapitalistische Integration ihre objektiven, aus den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Grenzen. Der Gemeinsame Markt kann infolge der Anarchie der Produktion und der ungleichmäßigen Entwicklung des Imperialismus kein harmonisches Wachstum der Wirtschaft sichern. Dies kann unter den Bedingungen der Herrschaft kapitalistischer Produktionsverhältnisse auch gar nicht anders sein, da sich die Entwicklung der Produktivkräfte nach dem jeweiligen Verwertungsinteresse des Kapitals zu richten hat und nicht nach einer gesamtgesellschaftlichen Rationalität, dessen Grundlage das Interesse des Volkes nach Höherentwicklung der Produktivkräfte, nach Hebung des Wohlstandes etc. wäre. Um eine solche Gestaltung der Produktion gewährleisten zu können, muß die Arbeiterklasse mittels des gesellschaftlichen Plans die Entwicklung der Produktion und des gesamten gesellschaftlichen Lebens leiten. Genau dies ist der Inhalt der Arbeit des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Die EWG hingegen kann sich nur nach Maßgabe ihres ökonomisches Inhalts – nämlich des monopolkapitalistischen – entwickeln. Und unter diesen Bedingungen entwickelt sich die Integration auf eine spezifisch widersprüchliche Art. Die Herstellung binnenmarktähnlicher Verhältnisse durch Zollabbau ist für das westeuropäische Kapital eine notwendige Existenzbedingung, um im Konkurrenzkampf mit dem japanischen und amerikanischen Kapital bestehen zu können. Diese Erweiterung der Zirkulationssphäre erhöht gleichzeitig die Akkumulationskraft der nationalen Kapitale und verschärft somit die Konkurrenz zwischen den unterschiedlich produktiven nationalen Kapitalen. In dieser widersprüchlichen Bewegung der Akkumulation liegen sowohl die Desintegrationstendenzen der EWG als auch ihre relative Stabilität begründet. Dieser Widerspruch zeigt sich im Bereich des politischen Überbaus der EWG, im Scheitern des Konzepts der Supranationalität, d. h. der Abgabe nationalstaatlicher Funktionen in die Kompetenz Brüsseler Organe wie in der Renaissance nationalstaatlicher Egoismen.[6]

III.

Wie hat sich nun die Integration auf die Völker Westeuropas, auf die Arbeiter, Bauern und Mittelschichten ausgewirkt?

Im Gründungsdokument war das „wesentliche Ziel" der EWG „die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker" proklamiert worden. Was ist daraus geworden?

1. Die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten hat sich durch die Existenz der EWG nicht verbessert.

5 ebenda, S. 69.
6 ebenda, S. 71.

In den Ländern der EWG blieben die Lohnsteigerungen erheblich hinter den Profitsteigerungen zurück, ebenfalls hinter den Steigerungsraten der Produktivität oder des Neuwerts, wobei dieses Auseinanderklaffen hier nur die Verschärfung der Klassengegensätze herausstreichen soll. Dafür einige Beispiele:

Wenn man die Löhne und Profite in der BRD 1950 = 100 setzt, so betrug Nettolohn und -gehalt je Arbeiter und Angestellten 1960 200,3 und 1968 342,3, der Nettoprofit je Kapitalist hingegen 1960 350,0 und 1968 678,3.[7]

In Frankreich stieg der wöchentliche Reallohn eines Industriearbeiters zwischen 1958 und 1968 um 30 NF, während der von ihm in einer Woche geschaffene Neuwert um 220 NF zunahm.[8]

In Italien wurde zwischen 1958 und 1967 eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 65 Prozent erzielt. In dem vergleichbaren Zeitraum 1959 bis 1968 erhöhten sich die Reallöhne der Arbeiter lediglich um 33,3 Prozent.[9]

Die Lage der einzelnen Schichten der arbeitenden Bevölkerung hat sich weiter differenziert. Es bildeten sich neue Kategorien von besonders ausgebeuteten, besonders von Arbeitsplatzunsicherheit bedrohten Arbeitskräften heraus.

So betrug im April 1967 der Bruttostundenlohn der weiblichen Arbeitskräfte in der Industrie in der BRD 69,5 Prozent, in Frankreich 76,4 Prozent, in Italien 73,9 Prozent, in den Niederlanden 75,2 Prozent der Männerlöhne[10], obwohl im Vertrag von Rom ausdrücklich festgehalten wurde, daß innerhalb der ersten Stufe der Integration Männer und Frauen für gleiche Arbeit gleich entlohnt werden müssen.

Die Lohnunterschiede zwischen den Industriezweigen und zwischen Regionen wurden nicht verringert:

Prozentualer Anteil des Industriearbeiterlohns
in der Region mit den durchschnittlich niedrigsten am Lohn der Region
mit den durchschnittlich höchsten Löhnen in der Industrie

	April 1970	April 1971	April 1972
BRD	80 %	80 %	80 %
Frankreich[1]	77 %	78 %	78 %
Italien	77 %	83 %	79 %

[1] März des jeweiligen Jahres

Berechnungen nach: SAEG, Sozialstatistik, Heft 1/1971, Heft 4/1971, Heft 5/1972, jeweils S. 52–69.

7 Kurt Kungwitz, Die Verteilung und Umverteilung des westdeutschen Nationaleinkommens 1950 bis 1968, in: DWI-Berichte, 21. qg., 1970, Heft 9, S. 32 ff.; ders., Entstehung und Entwicklung des westdeutschen Nationaleinkommens 1950 bis 1968, in: ebenda, Heft 8, S. 37.
8 Lothar Peter, Klassenkämpfe in Frankreich heute, Frankfurt/M., 1972, S. 13 f.
9 Helga Koppel, Klassenkämpfe in Italien heute, Ffm., 1972, S. 13.
10 SAEG, Statistische Studien und Erhebungen, 1968, Heft 2, S. 26.

In den letzten Jahren steigt die Arbeitslosigkeit in den Ländern der EWG wieder an:

Bei der Arbeitsvermittlung eingeschriebene Personen ohne Beschäftigung (in 1000)

	1965	1970	1972
BRD	147	149	247
Frankreich	141	262	383
Italien	1180	888	1048
Niederlande	36	56	115
Belgien	69	83	101

Quelle: SAEG, Jahrbuch der Sozialstatistik 1972, S. 134/5.

Besonders ausgeprägt ist die Arbeitslosigkeit jugendlicher Arbeiter. in Italien waren 1970 knapp die Hälfte der Arbeitslosen jünger als 25 Jahre[11]. Fast 10 % der 14- bis 19jährigen fanden keine Anstellung[12]. In Frankreich waren von den männlichen Arbeitern dieser Altersgruppe 7,2 % arbeitslos[13].

2.
Die Ruinierung der kleineren und mittleren Bauern hat seit 1957 rapide zugenommen.

Allein zwischen 1960 und 1971 wurden in

BRD	1 217 000
Frankreich	1 287 000
Italien	2 884 000
Niederlande	136 000
Belgien	119 000
Luxemburg	6 000

5 649 000 Erwerbstätige aus der Landwirtschaft von ihren Höfen bzw. ihrem Arbeitsplatz in der Landwirtschaft vertrieben[14].

D. h.: In Italien waren 1960 34,3 Prozent aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, 1971 nur noch 19,5 Prozent. In Belgien wurde die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten in diesem Zeitraum mehr als halbiert. Sie sank von 9,1 Prozent aller Beschäftigten im Jahre 1960 auf 4,4 Prozent 1971.[15] „Im EWG-Raum wurden von 1950 bis 1970 3,3 Millionen Bauernbetriebe liquidiert. Die Vertreibung der Bauern beschleunigte sich insbesondere seit Inkrafttreten

11 berechnet nach: SAEG, Jahrbuch der Sozialstatistik 1972, S. 132 f.
12 ebenda, S. 96
13 ebenda.
14 SAEG, Allg. Statistisches Monatsbulletin, Nr. 7, 1973, S. 3 u. 4; SAEG Jahrbuch der Sozialstatistik 1972, S. 108 f.
15 ebenda.

der EWG-Verträge (1958) und nimmt mit der Durchsetzung des Mansholt-Planes in den letzten Jahren immer mehr an Tempo zu."[16]
Den EWG-Agrarkonzeptionen zufolge sollen von fünf bäuerlichen Betrieben vier liquidiert werden. Von den insgesamt 7,1 Millionen existierenden landwirtschaftlichen Betrieben sollen in Zukunft nur noch 20 Prozent übrig bleiben.[17]

Das umfangreiche Bauernlegen ist Ausdruck der Tendenz zur Vernichtung nichtkapitalistischer Zweige der Volkswirtschaft. Diese Tendenz verwirklicht sich deshalb auch in der Vernichtung der kleinen Warenproduzenten.

3. Die Zahl der Handwerksbetriebe in der BRD und in Westberlin hat sich von 784 328 im Jahre 1956 auf 604 000 im Jahre 1970 und die der Einzelhandelsbetriebe von 523 222 im Jahre 1950 auf 402 530 im Jahre 1968 verringert.[18] Die kleineren und mittleren Betriebe, die noch bestehen bleiben, werden immer mehr als Zulieferer von den großen Konzernen abhängig. So sind z. B. Zulieferer einiger Großunternehmen der BRD

Konzern	Gesamtzahl der Zulieferer
Daimler-Benz	16 500
Opel	7 660
Siemens	30 000
AEG	30 000
IG Farben	17 500
BASF	10 000
Neckermann	3 000
Gutehoffnungshütte	4 500
Mannesmann	14 000 [19]

Die fortschreitende Konzentration und Zentralisation des Kapitals hat bereits seit Beginn des Inkrafttretens der römischen Verträge zur verstärkten Enteignung der kleineren und mittleren Betriebe geführt. In Frankreich wurden von 1957 bis 1960 20 Prozent der kleinen Textilbetriebe stillgelegt; die Zahl der Kleinunternehmen im Handel ist um 27 Prozent zurückgegangen, während der Anteil der Großunternehmen am Binnenhandel um 50 Prozent gestiegen ist.[20] Im Jahr 1966 leitete der V. Plan ein wahres Fusionsfieber ein. Das Ziel dieses Planes sollte das Zustandekommen von ein bis zwei marktbeherrschenden Großunternehmen in jedem wichtigen Industriezweig sein.[21]
Bereits diese wenigen Daten weisen darauf hin, daß der Anspruch der römischen Verträge in der Wirklichkeit nicht eingelöst werden konnte. Diese Entwicklung

16 Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis beim Parteivorstand der DKP, Informationsmaterialien zu Problemen der EWG und der BRD, Düsseldorf, Februar 1973, S. 60.
17 ebenda, S. 46.
18 Gerns/Steigerwald, Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes, Frankfurt, 1973, S. 45.
19 ebenda, S. 46.
20 Mayrzedt/Romé, S. 75.
21 Henri Claude, La concentration capitaliste, Paris, 1965, S. 58 ff. Zit. nach: Albers/Goldschmidt/Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek, 1971, S. 26.

kommt für die kommunistischen Parteien nicht überraschend. Von Anfang an haben sie sich von der ideologischen Verbrämung der internationalisierten Ausbeutung nicht blenden lassen. Die Moskauer Thesen beweisen das: „Die Organisatoren und Propagandisten des ‚Vereinigten Europas' versuchen in verstärktem Ausmaß die breiten Massen und vor allem die Arbeiterklasse davon zu überzeugen, daß die Bildung des ‚Gemeinsamen Marktes' angeblich zu einer stabilen Wirtschaft, zu einer Verbilligung der Waren, zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen beitragen wird. All dies ist bloße Demagogie. Tatsächlich bedeutet der ‚Gemeinsame Markt' einen Angriff der Monopole auf die Interessen der arbeitenden Klasse im wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Bereich."[22]

Die Internationalisierung der Produktion und die westeuropäische Integration als besondere Form der Internationalisierung stellen die Arbeiterbewegung vor neue praktische und theoretische Aufgaben.

IV.

Die Internationalisierung der Produktion ist als Ausdruck der stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte ein weltweiter Prozeß, der sich auch unter sozialistischen Produktionsverhältnissen – vor allem im Rahmen des RGW – vollzieht. Die EWG als besondere Form der Internationalisierung unter kapitalistischen Bedingungen ist allein aus der Tendenz der Produktivkräfte, sich über die Grenzen der nationalen Staaten hinweg zu entfalten, nicht hinreichend zu erklären. Ohne die Berücksichtigung der politischen Situation Europas bleibt die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft unverständlich. Hierbei sind vor allem folgende Faktoren von Bedeutung: Die Länder Westeuropas haben die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung durch den Verlust ihrer Kolonien stark zu spüren bekommen. In Westeuropa konzentriert sich eine erfahrene Arbeiterbewegung, die vor allem in Frankreich und Italien über einen bedeutenden Masseneinfluß verfügt. Und schließlich ist Europa die Nahtstelle der Systemauseinandersetzung von Imperialismus und Sozialismus. Eine Tatsache, der vor allem der BRD-Imperialismus in einem besonderen Maße Rechnung zu tragen hat. Diese politischen Bedingungen sind letztendlich ausschlaggebend dafür gewesen, daß die Staaten Westeuropas sich über die sie trennenden Widersprüche hinweg zusammengeschlossen haben. Denn in dem Willen, den Sozialismus im Innern und ante portas niederzuhalten, waren sich alle imperialistischen Politiker einig.

Dieser, an den Interessen der Monopolbourgeoisie orientierte Inhalt der Integration, wird von linken Sozialdemokraten häufig übersehen. Als Beispiel sei hier auf die Thesen von Kuby und Kitzmüller eingegangen, die sich bereits seit langem mit Fragen der EWG und einer „transnationalen Strategie" der Linken beschäftigen.[23] Es sind vor allem zwei Knotenpunkte ihrer Analyse, die der theoretische Grund für ihre fehlerhafte Strategie sind. Weder Kuby und Kitzmüller noch Steffen sind in der Lage, den Klasseninhalt der westeuropäischen Integration zu erkennen. Zwar gehen sie auch davon aus, „daß die transnationale Integration eine neue Etappe in der ‚Vergesellschaftung der Produktion' ist", ja, gestehen der „sozialistischen Kritik", die behauptet „daß diese neue Etappe unter der Führung ganz bestimmter Machtgruppen begonnen wurde und ihren Interessen dienen soll",[24] eine prinzipielle Berechtigung zu. In direktem Widerspruch zu dieser Feststellung steht jedoch dann ihre immer wieder geäußerte Behauptung, daß die transnationale Politik (also die Politik der Behörden, Organe der EWG) nicht schlechthin reaktionären Charakter trage, sondern zweideutig sei. Was ist darunter zu verstehen?

Die gute Seite der transnationalen Politik liegt ihrer Ansicht nach nicht darin, daß durch eine gewissen Kompetenzverlagerung auf die supranationalen Gremien der Gemeinschaft, die nationalen Regierungen und Parteihierarchien geschwächt werden. Die Strategie „linker Kräfte" hat dann dort anzusetzen, „wo die Produktivkräfte sich entfalten: quer durch die alten Staaten, quer durch die antirevolutionär wirkenden politischen Strukturen hindurch" [25] Versuchen wir, diese Konzeption zu durchleuchten.

Die marxistische Analyse ist zu dem Ergebnis gelangt, daß die kapitalistische Internationalisierung der Produktion ein Prozeß ist, der seine Quelle in der sich beschleunigenden Vergesellschaftung der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung hat.[26] Die westeuropäische Integration ist nur eine besondere Form, die durch das Zusammenwirken einer ganzen Reihe von Faktoren zu erklären ist.[27] Wenn aber die Internationalisierung der Produktion Ergebnis und Bewegungsform der Zuspitzung kapitalistischer Widersprüche ist, so bleibt es vollkommen uneinsichtig, warum die kapitalistische Produktion ihren besonderen Klasseninhalt verlieren soll, sobald sie die Grenzen des nationalen Staates überschreitet. Der grundlegende Klassengegensatz beschränkt sich dann eben nicht mehr allein auf ein Land; sondern in Form der internationalen Konzerne werden Arbeiter verschiedener Länder innerhalb eines Konzerns ausgebeutet. Die Ausbeutung bleibt bestehen, sie überschreitet lediglich die Grenzen. Das historisch Fortschrittliche an der weiteren Internationalisierung der Produktion ist höchstens die damit sich vollziehende materielle Vorbereitung des Sozialismus.

Der Sozialismus muß von der Arbeiterbewegung gegen die Klasseninteressen der internationalen Konzerne erkämpft werden. Daß ITT oder IBM, obwohl sie international produzieren, freiwillig den Weg in eine von Ausbeutung und Unterdrückung freie Zukunft ebenen, glauben auch Kuby und Kitzmüller nicht.

Nicht anders verhält es sich mit der transnationalen Politik der EWG-Organe. Nur weil diese Politik transnational ist, ist sie noch längst nicht fortschrittlich, wie von Kuby und Kitzmüller letztendlich behauptet wird. Dafür konstruieren sie folgenden Argumentationszusammenhang: Die europäischen Staaten befinden sich in einer tiefen Krise. Einerseits sind sie für die profitable Verwertung sowie für die Aufrechterhaltung der Macht des Kapitals die wichtigste Stütze, andererseits können sie diese Verpflichtung weniger denn je einlösen. Daher wird die transnationale politische Integration zur Notwendigkeit. „Die Regierungen, die Parteien geraten

22 Mayrzedt/Romé, S. 57.
23 Wir setzen uns mit dem exemplarischen Aufsatz von Erich Kitzmüller und Heinz Kuby, Linke Strategie in der EWG, Neues Forum, Mitte April 1970, XVII. Jg., auseinander.
24 ebenda, S. 417.
25 ebenda.
26 vgl. die entsprechenden Analysen in: Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Frankfurt, 1973.
27 s. o.

daher in einen Zielkonflikt: Hier transnationaler Sachzwang, hier die Priorität der gegebenen politischen Struktur der Nationalstaaten."[28]

Der Feind soll dort geschlagen werden, wo er am schwächsten ist: an seiner transnationalen Flanke.

Jochen Steffen entwickelt daraus folgende These: „Die Idylle des kleinen Kantons war immer schon anrüchig. Die ‚nationale Revolution' ist es heute. Das einzige, der ‚Linken' in Europa angemessene Operationsfeld ist Europa."[29]

Die erste Fehleinschätzung des Klassencharakters der Internationalisierung geht einher mit einer klassenneutralen Bestimmung der supranationalen Gremien. Wenn gesagt wird, daß die nationalen Staaten die wichtigste Stütze des Kapitals seien, was wird dann anderes behauptet, als daß dieser Staat das Organ der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer ökonomischen und politischen Macht ist? In der marxistischen Terminologie (deren Kuby und Kitzmüller sich größtenteils bedienen) nennt man das Klassenstaat. Klassenstaat als Instrument der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. Geben aber diese Klassenstaaten Verantwortlichkeiten an gemeinsame supranationale Gremien ab, geben sie – bei aller Widersprüchlichkeit dieses Prozesses – nichts von ihrem Klassenwesen ab, sondern internationalisieren dieses nur.

Zu gefährlichen Konsequenzen führen derartige Analysen dann, wenn der Klassenkampf im Rahmen der nationalen Staaten unterbewertet bzw. bei Jochen Steffen als provinziell verdammt wird. Damit läßt man die Kräfte ungestört agieren, die man vorgibt, bekämpfen zu wollen.

V.

Die Politik der internationalen Konzerne führte zu einer verschärften Ausbeutung, der Provozierung von Krisen, dem Abbau gewerkschaftlicher Rechte etc. Die Brüsseler Beratung stellt dazu fest: „Die multinationalen Gesellschaften, zu 75 Prozent von der amerikanischen Hochfinanz beherrscht, belasten das wirtschaftliche Leben unserer Länder in immer stärkerem Maße. Besonders in den hochtechnisierten Sektoren (Datenverarbeitung, Atomindustrie, Fernsprechwesen, Chemie) und denen des Großkonsums (Nahrungsmittel, Automobil- und optische Industrie) übernehmen sie allmählich die Kontrolle und bestimmen die Ausrichtung der großen nationalen Produktion und des internationalen Austausches. In den kapitalistischen Ländern begünstigen und schützen die Regierungen das Vorgehen der Riesenkonzerne, sie intervenieren mittelbar und unmittelbar zugunsten jener Gruppen, die sich auf den Territorien ihrer Länder festgesetzt haben. Die polypenartige Aktivität der multinationalen Firmen beeinträchtigt die wirtschaftliche und sogar die politische Unabhängigkeit der kapitalistischen Staaten Europas. Ihre Macht gibt ihnen zusätzliche Mittel, die Ausbeutung, die Arbeits- und Existenzbedingungen zu verschlimmern. Sie wollen sich über die gewerkschaftlichen Rechte und sozialen Errungenschaften hinwegsetzen, die von den Werktätigen der verschiedenen Länder erkämpft wurden. Sie unterstützen die reaktionärsten und autoritärsten Strömungen, einschließlich der faschistischen."[30]

28 Kuby/Kitzmüller, a. a. O. S. 419.
29 so Steffen in einem konkret-Aufsatz.
30 UZ vom 30. 1. 74.

Es gehört zur erklärten Taktik der internationalen Konzerne, Streiks in einem Teil ihrer Betriebe dadurch in ihrer Wirksamkeit zu unterlaufen, daß sie kurzfristig die Produktion in einen Betrieb eines anderen Landes verlegen.

Außerdem entziehen sie durch eine rasche Verlagerung ihrer Kapitalmassen zur Erzielung höheren Profits Tausenden von Arbeitern ihre Arbeitsplätze. „Sie tragen unmittelbar die Verantwortung an der Inflation. Sie reißen einen immer bedeutenderen Teil der öffentlichen Finanzen an sich."[31] So haben die großen Erdölkonzerne in der hauptsächlich von ihnen produzierten „Ölkrise" durch künstliche Verknappung des Öls die Preise ins Unermeßliche hochgejagt. Dies war ihr entscheidender Beitrag zur Steigerung der Inflationsrate. Und die Regierungen der westeuropäischen Länder machten mit, durch Rationierung, Tempolimit, Sonntagsfahrverbot.

Diese Ereignisse haben dazu beigetragen, daß immer mehr Menschen die verhängnisvolle Rolle der internationalen Monopolmafia erkennen. „Das Bewußtsein, daß es notwendig ist, einen geeinten Kampf der Werktätigen auf der Ebene des kapitalistischen Europas und innerhalb der Betriebe zu führen, wächst ebenso wie die Erkenntnis, daß Maßnahmen ergriffen werden müssen, die die Interessen der Werktätigen und der Völker garantieren, das wirtschaftliche Potential und die Unabhängigkeit unserer Länder bewahren und eine echte internationale Zusammenarbeit zu fördern."[32]

Die Antwort der Arbeiterklasse auf die zunehmende Internationalisierung des Kapitals ist eine verstärkte internationale Zusammenarbeit mit dem Ergebnis gemeinsamer Forderungen und Aktionen. Der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie wird sich auch der Form nach mehr und mehr international gestalten. Wobei die Feststellung des „Kommunistischen Manifestes", daß das Proletariat „eines jeden Landes natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden"[33] müsse, an Gültigkeit nichts verloren hat. Da die Großbourgeoisie eines jeden Landes aber immer mehr mit jeweiligen Teilen der ausländischen Bourgeoisie verfilzt ist, reichen allein nationale Aktionen nicht mehr aus. Die Internationalisierung der Produktion erleichtert objektiv die gemeinsamen Aktionen der Arbeiterklasse, durch die Internationalisierung des Kapitals wächst „die objektive gegenseitige Abhängigkeit der Interessen der Arbeiter der verschiedenen Länder, verstärkt sich der internationale Charakter des Klassenkampfes".[34]

„Damit aber die ihm innewohnenden Möglichkeiten", schreibt Ponomarjow weiter, „zutage treten, muß der proletarische Internationalismus eine konkrete politische Form erhalten".[35] Diese konkrete politische Form muß sowohl den nationalen Besonderheiten des antimonopolistischen Kampfes als auch den vor allem im Rahmen der EG bestehenden Gemeinsamkeiten Rechnung tragen. Dementsprechend vollzieht sich der Kampf gegen die unter der Herrschaft des internationalen Monopolkapitals stehende EWG auf drei Ebenen.

31 ebenda.
32 ebenda.
33 MEW 4, S. 417.
34 B. W. Ponomarjow in: Das Manifest der Kommunistischen Partei und die Gegenwart, Berlin 1973, S. 26.
35 ebenda.

1. „In einigen Ländern, für die durch ihre 15jährige Zugehörigkeit zur EWG enge ökonomische Verbindungen geschaffen worden sind, kämpfen die kommunistischen Parteien gegen die monopolistische Orientierung der EWG und deren Folgen sowie für ihre Demokratisierung."[36] Dies gilt für die BRD, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

Es ist in diesem Zusammenhang wichtig festzustellen, daß sich das Auftreten der Kommunisten gegen eine monopolistisch orientierte Einheit Westeuropas nicht gegen den objektiven Prozeß der Internationalisierung der Wirtschaft oder gar der Zusammenarbeit der europäischen Staaten richtet. Der Kampf der kommunistischen Parteien richtet sich vielmehr gegen die reaktionären Ziele, die das Großkapital mit der Integration verfolgt. Es geht um die Erringung einer demokratischen und antimonopolistischen Alternative zur EWG.[37]

Der grundlegende Bestandteil des Kampfes um eine demokratische Alternative zur imperialistischen Integration ist der Kampf gegen die nationalen und internationalen Monopole. Hierfür müssen in jedem Land alle antimonopolistischen Kräfte mobilisiert, muß die Aktionseinheit der Arbeiterklasse hergestellt werden. Notwendig ist der Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung und den zunehmenden Abbau demokratischer Rechte. Gemeinsam müssen die kommunistischen Parteien und die Gewerkschaften für die Organisierung einer aktiven Solidarität bei Streiks eintreten, durch die Verweigerung von Mehrarbeit in Teilbetrieben des bestreikten Konzerns in anderen Ländern, durch die Verhinderung von Produktionsverlagerungen etc. Die Brüsseler Beratung hat für den Fall eines Streiks in einem internationalen Konzern festgelegt, daß die Partei des Landes, in dem der betreffende Konzern seine Zentrale hat, die Solidarität mit den Parteien aus den Ländern organisiert, in denen dieser Konzern Tochtergesellschaften besitzt. Möglich wären solche Formen, wie der Austausch von Betriebszeitungen, die Übernahme von Artikeln und Analysen der Bruderparteien bis hin zu gemeinsamen Beratungen der Betriebsgruppen. Zu den Vereinbarungen der Brüsseler Beratung gehört weiterhin ein Programm zur weiteren Verbesserung der Kommunikation zwischen den Parteien.

Noch in diesem Jahr sollen Konsultationstreffen zum Lohnkampf, zur Lage der arbeitenden Frau, zu kulturpolitischen Fragen und zu Problemen der Jugend und Studenten durchgeführt werden. (Das gilt selbstverständlich auch für Parteien aus den Ländern, die nicht zu den sechs Gründungsmitgliedern gehören.) Es werden in Zukunft koordinierte Aktionen zur Verkürzung der Arbeitszeit, Herabsetzung des Rentenalters, der Gleichstellung der ausländischen Arbeiter sowie zur Durchsetzung weiterer sozialer Rechte erfolgen.

Diese Forderungen müssen durchgesetzt werden gegen die jeweiligen nationalen Regierungen und die Institutionen der Gemeinschaft. Denkbar wären die Ausarbeitung von Statuten und Abkommen auf westeuropäischer Ebene hinsichtlich der Garantie der Rechte der ausländischen Arbeiter, des Rechts auf einen Arbeitsplatz, eine Reglementierung des Kapitalverkehrs und eine Kontrolle industrieller Niederlassungen mit dem Ziel, die Macht der Monopole einzuschränken.[38]

36 UZ vom 30. 1. 74.
37 s. a. These 25 des Düsseldorfer Parteitags der DKP.
38 vgl. L'Humanité vom 14. 9. 1973.

Das entscheidend Neue an der Brüsseler Beratung ist, daß – entsprechend der zunehmenden Angleichung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskräfte im Rahmen der Gemeinschaft – diese Forderungen im gemeinsamen, synchronen und koordinierten Kampf durchgesetzt werden sollen. Damit ist die westeuropäische Arbeiterbewegung noch enger zusammengewachsen und wird in den kommenden Klassenauseinandersetzungen eine noch größere Kraft entfalten.

2. Anders sieht die Situation in den Ländern aus, die erst kürzlich dem gemeinsamen Markt beitraten. In diesen Ländern (Großbritannien, Dänemark, Irland) setzten und setzen sich die kommunistischen Parteien für den Austritt ihrer Länder aus der EWG ein.

So hat sich das dänische Volk in einer breiten Bewegung gegen den Eintritt seines Landes in die EWG gewandt. Bei der Volksabstimmung am 2. Oktober 1972 hat sich zwar eine knappe Mehrheit für einen Beitritt ausgesprochen, doch ist es den Kommunisten gelungen, in dieser Bewegung ihren Masseneinfluß erheblich zu stärken. Heute führt die KP Dänemarks entsprechend den Beschlüssen ihres 24. Parteitages den Kampf „gegen jede Form der Integration Dänemarks in die EWG und gegen Eingriffe des EWG-Rates in die inneren Verhältnisse Dänemarks."[39]

Auch die KP Großbritanniens hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit den Gewerkschaften Druck auf die neue Labour-Regierung auszuüben, um Großbritannien wieder aus der EG herauszulösen.

3. „In den westeuropäischen Ländern, die weder Mitglied noch assoziiert sind, kämpfen die kommunistischen Parteien gegen die Bestrebungen, ihr Land in die Einflußsphäre der Monopole, die die EWG beherrschen, einzubeziehen."[40]

Den bisher eindruckvollsten Erfolg im Kampf gegen die internationalen Monopole und den Eintritt in die EWG hat das norwegische Volk unter der Führung der kommunistischen Partei errungen. In dieser Massenbewegung konnte die Einheit der Arbeiterklasse gefestigt werden, und der „Sozialistische Wahlbund" konnte seinen Stimmenanteil bei den folgenden Wahlen erhöhen. Der erfolgreiche Kampf Norwegens gegen den Beitritt in die EWG wird unter den jetzigen Bedingungen fortgeführt mit dem Ziel, Norwegens Austritt aus der NATO zu erreichen.

Trotz dieser unterschiedlichen Kampfbedingungen wollen die kommunistischen Parteien aller kapitalistischen Länder Europas in bezug auf bestimmte Ziele und Forderungen ihre Konsultationen verstärken, um zu gemeinsamen Aktionen zu kommen.

Einen wichtigen Platz nimmt der Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten ein sowie die Solidarität mit der werktätigen Bevölkerung Nordirlands für ihr souveränes Recht, ohne Einmischung des britischen Imperialismus frei über ihre Zukunft zu entscheiden.

„Dringend notwendig ist es, dem Skandal ein Ende zu setzen, der für Europa darin besteht, daß sich in Spanien, Griechenland und Portugal faschistische Regimes aufrechterhalten."[41]

39 vgl. IB Nr. 3, 1973, S. 20.
40 UZ vom 30. 1. 74.
41 ebenda.

Der Kampf um eine antimonopolistische Alternative zur EWG steht in einem engen Zusammenhang mit den Bemühungen aller demokratischen und friedliebenden Kräfte Europas und vor allem der sozialistischen Länder um die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz. Bereits heute sind durch das Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der KPdSU und die koordinierte Außenpolitik der sozialistischen Staaten günstigere Bedingungen geschaffen worden, um die aggressiven Kräfte des Monopolkapitals zu isolieren, breite Schichten der Bevölkerung Westeuropas in den Kampf um Frieden miteinzubeziehen. Der Kampf um eine Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz ist Bestandteil des antimonopolistischen Kampfes. Die Arbeiterklasse Westeuropas kämpft aber nicht allein um einen dauerhaften Frieden. Sie hat in der staatlich organisierten Arbeiterklasse der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten starke Verbündete. Allerdings schlägt die Herstellung günstiger internationaler Kampfbedingungen durch die Stärke des Sozialismus nicht mechanisch um in Erfolge der kommunistischen Parteien in ihren eigenen Ländern. Dazu bedarf es innerer Voraussetzungen, die zwar von „äußeren", internationalen, mehr denn je beeinflußt werden, die letztendlich jedoch von den revolutionären Kräften im „Innern" der jeweiligen Länder herbeigeführt werden müssen. Hier sei noch einmal auf den Satz aus dem „Kommunistischen Manifest" verwiesen: „Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zunächst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden."[42]

Das antimonopolistische Ziel des Kampfes um eine Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz ist ein System kollektiver Sicherheit in Europa. Ein solches Sicherheitssystem ziel darauf ab, die Struktur der zwischenstaatlichen Beziehungen grundlegend zu verändern und die militärisch-politischen Blöcke schließlich überflüssig zu machen. An ihre Stelle träte eine alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassende, vertrauensvolle Zusammenarbeit der Staaten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz. Zwischenstaatliche Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern Europas, die sich nach dem gegenseitigen Vorteil der Vertragspartner ausrichten, sind nicht vereinbar mit Zoll-, Währungs- und Handelsschranken oder anderen Formen der Diskriminierung. Der Kampf um die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz, um ein System kollektiver Sicherheit in Europa, ist Bestandteil des Kampfes um ein Europa des Friedens, der Sicherheit und der allseitigen, weltoffenen Zusammenarbeit, Moment des Kampfes um eine antimonopolistische Alternative zur EWG. Er ist eine Keimform des zukünftigen Europas der Völker, das nur von der Arbeiterklasse errichtet werden kann.

Auf dem Weg zu diesem Europa, dem Europa des Friedens und des Sozialismus, ist die Brüsseler Beratung ein Meilenstein.

42 MEW 4, S. 473.

Michael Boedecker

Revolutionäre Studentenbewegung in der Weimarer Republik

I. Zur Entwicklung der revolutionären Studentenbewegung in Deutschland von der Novemberrevolution bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise

Der Novemberrevolution 1918 brachte nur ein kleiner Teil der Studenten Sympathie entgegen. Dies verwundert nicht, wenn man sich die soziale Herkunft der Studenten, die Struktur des Lehrkörpers, die fast völlige Abschottung der Universitäten des Kaiserreichs von fortschrittlichem Gedankengut vor Augen führt.[1] Zwar liegen erst für das Sommersemester 1931 genauere Angaben über die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft vor, es kann aber davon ausgegangen werden, daß sie sich während der Weimarer Republik nicht grundlegend verändert hat. Nach diesen Angaben waren nur 3,2 Prozent der 130 886 reichsdeutschen Studenten Arbeiterkinder. 21,5 Prozent stammten aus Akademikerfamilien. Aus der Bourgeoisie oder aus ihr direkt aggregierten Schichten stammten 13,9 Prozent. Die Masse der Studenten rekrutierte sich aus der Kleinbourgeoisie (mittlere Handel- und Gewerbetreibende 15,2 Prozent) und aus der mittleren Beamtenschaft (28,6 Prozent).[2] Der Rektor der Berliner Universität, Emil Du Bois-Reymond, hat eine durchaus zutreffende Charakteristik der Rolle der Universitäten im wilhelminischen Deutschland gegeben, als er die Berliner Universität als „das geistige Leibregiment des Hauses Hohenzollern", bezeichnete.[3] Die Mehrheit der Studenten, als „willige Diener der herrschenden Klassen und der Staatsgewalt"[4] erzogen, zeichnete sich durch Eigenschaften wie „Standes- und Bildungsdünkel, Autoritätsgläubigkeit, Zivilisationshaß, Antihumanismus, Nationalismus, Militarismus (Ideal des preußischen Gardeleutnants), Imperialismus, ‚deutschvölkischer' Überheblichkeit verbunden mit Massenverachtung, Ablehnung der Gleichberechtigung der Frau . . ., Denunziantentum und Gesinnungsterror gegenüber Minderheiten"[5] aus. Mehr als 50 Prozent waren in studentischen Verbindungen organisiert.[6]

Durch Sondergesetze und universitäre Gerichtsbarkeit wurden fortschrittliche Kräfte aus den Universitäten hinausgesäubert.[7] Dennoch mußten sich an diesen

1 Vgl. dazu z. B. Michael Boedecker/Andre Leisewitz, Intelligenz und Arbeiterbewegung, in: Kievenheim/Leisewitz (Hrsg.), Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, Köln 1973, insbesondere S. 16 ff.
2 Reinhold Schairer, Die akademische Berufsnot, Jena 1932, S. 50.
3 Emil Du Bois-Reymond, Über den deutschen Krieg, zitiert nach: Dieter Fricke, Zur Militarisierung des deutschen Geisteslebens im wilhelminischen Deutschland, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1960, H. 5, S. 1070.
4 Karl Liebknecht, Für die Freiheit der Wissenschaft, in: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. III, S. 225.
5 Lutz Finke, Gestatte mir Hochachtungsschluck. Bundesdeutschlands korporierte Elite, Hamburg 1963, S. 53 f.
6 Wolfgang Zorn, Die politische Entwicklung des deutschen Studententums 1918–1931; in: Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 5, Heidelberg 1965, S. 226.
7 Boedecker/Leisewitz, a. a. O., S. 19 f.

„Hochburgen der Reaktion" unvermeidlich auch sozialistische Tendenzen entwickeln. „Die Studentenschaft wäre nicht, was sie ist, wenn ihre politische Gruppierung nicht der politischen Gruppierung in der ganzen Gesellschaft entspräche – ‚entspräche' nicht im Sinne einer vollständigen Proportionalität zwischen den Studentengruppen und den gesellschaftlichen Gruppen nach Stärke und Zahl, sondern im Sinne des notwendigen und unvermeidlichen Vorhandenseins eben jener Gruppen, die es in der Gesellschaft gibt, auch innerhalb der Studentenschaft.[8] Sozialistische Studenten waren es, die in den ersten Tagen der Novemberrevolution die Initiative ergriffen, Studentenversammlungen einberiefen und ihre Kommilitonen zur Unterstützung der revolutionären Arbeiterbewegung aufforderten.

In Berlin bildete sich bereits am 9. November ein Studentenrat, der die sofortige Schließung der Universität verfügte. Die rote Fahne wurde am Universitätstor befestigt. In seinem Programm orientierte der Studentenrat auf eine revolutionäre Umgestaltung des Hochschulwesens, auf die Brechung des Bildungsprivilegs und der Vorherrschaft der bürgerlichen Ideologie an den Universitäten. Er forderte die Umwandlung der Universität in eine „freie Volksuniversität auf sozialistischer Grundlage", die Aufhebung des Alleinzutritts für Abiturienten, Unterhalt der Studenten auf Staatskosten und Wahl der Dozenten durch die Studenten.[9]

An anderen Hochschulen, wie z. B. in Dresden und Jena, wurde auf ersten Studentenversammlungen „die Entwicklung Deutschlands zu einem demokratischen und sozialistischen Staatswesen"[10] unterstützt.

Doch die fortschrittlichen Studenten blieben weitgehend isoliert. Die konterrevolutionäre Regierung Ebert-Scheidemann-Haase ergriff keine Maßnahmen zur Säuberung der Universitäten von reaktionären Elementen. Selbst die von vielen Arbeiter- und Soldatenräten geforderte Auflösung der Verbindungen unterbleibt. Die reaktionären Teile der Studentenschaft, die sich in den ersten Tagen der Novemberrevolution abwartend verhalten hatten, sammelten sich unter den Parolen „Sicherheit und Ordnung", „Freiheit der Wissenschaft". Bei den ersten allgemeinen Wahlen zu den studentischen Vertretungskörperschaften konnten sie überall die überwiegende Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen.[11]

Eine große Zahl von Studenten griff aktiv in die Kämpfe gegen die revolutionären Teile der Arbeiterklasse ein. Daß auch die Regierung die politische Haltung „ihrer" Studenten richtig einschätzte, zeigt das Telegramm, das Reichswehrminister Noske (SPD) und der preußische Kultusminister Hänisch (SPD) während der Märzkämpfe 1919 an die preußischen Hochschulen sandten: „Die Reichsregierung bedarf der akademischen Jugend dringend im Kampfe gegen die drohende Anarchie und baut auf ihre Treue und Hingabe. Sicherheit der für

8 W. I. Lenin, Die Aufgaben der revolutionären Jugend, in: Werke, Bd. 7, S. 32.
9 Zorn, a. a. O., S. 230.
10 Resolution einer Studentenversammlung in der Universität vom 11. 11. 1918, zitiert nach: Udo Baumann, Die politische Geschichte der Universität Leipzig während der Novemberrevolution, in: Karl-Marx-Universität Leipzig – 1909–1959, Beiträge zur Universitätsgeschichte, Bd. 2, Leipzig 1959, S. 99. Zur Entwicklung in Jena vgl. Gerhard Fließ, Die politische Entwicklung der Jenaer Studentenschaft vom November 1918 bis zum Januar 1933, Diss. Jena 1959 (MS) und R. Ludloff/G. Fließ, Geschichte der Universität Jena, Band 1, Kap. 8, Jena 1958.
11 Zorn, a. a. O.

das Studium verlorenen Zeit wird durch besondere Verfügung gewährleistet werden."[12]

Die Offensive der Reaktion zwang die sozialistischen Studenten, sich enger zusammenzuschließen. An vielen deutschen Hochschulen bildeten sich sozialistische Studentengruppen, denen meist sowohl Mitglieder der KPD als auch der USPD und der SPD angehörten. Als Beispiel sei hier die sozialistische Studentengruppe der Universität Jena angeführt, die sich im März 1919 konstituierte und deren programmatische Grundlage typisch für den damaligen Entwicklungsstand der sozialistischen Studentenbewegung ist.

„1. Die sozialistische Studentengruppe Jena ist die Gemeinschaft von Studierenden, die die Herrschaft des Geistes wollen und darum das Ziel der proletarischen Revolution, die klassenlose Gesellschaft, bejahen ... Sie wird erhalten und geschaffen durch gemeinsamen Geist und gleichgerichtetes Wollen, hat also keine festen Formen.

2. Die sozialistische Studentengruppe legt sich zur Verwirklichung des Sozialismus nicht auf eine politisch-taktische Methode fest ...

3. Der unmittelbare Zweck der sozialistischen Studentengruppe ist die Vorbereitung auf die Arbeit für die sozialistische Gesellschaft und in ihr. Hierzu erscheint erforderlich:

a) Gemeinsame wissenschaftliche Bearbeitung der ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme,
b) tätige Fühlungnahme mit der proletarischen, besonders der Jugendbewegung,
c) In Tat, Wort und Schrift für die Idee der klassenlosen Gesellschaft – besonders unter Studenten – einzutreten."[13]

Deutlich zeigen sich in dieser Satzung neben der entschlossenen und mutigen Parteinahme für den Sozialismus, für die proletarische Revolution auch Probleme und Schwierigkeiten, die von den marxistischen Kräften innerhalb der Studentenschaft noch überwunden werden mußten;

– die Ablehnung fester Organisationsformen, die bei der Stärke des Gegners an den Hochschulen besonders notwendig waren,
– die Meinung, sich nicht auf eine „politisch-taktische Methode" im Kampf um den Sozialismus festlegen zu müssen, was in letzter Konsequenz zur Kapitulation vor dem Opportunismus führen muß,
– die Beschränkung der Tätigkeit auf Agitation und Propaganda.

Diese Schwächen waren keineswegs zufällig. Sie waren Ausdruck der Stärke des sozialdemokratischen Einflusses unter den fortschrittlichen Studenten. Erst wenige von ihnen waren Mitglieder der jungen KPD. Die Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes und die Erkenntnis der richtigen Strategie und Taktik im Kampf um den Sozialismus bildet sich innerhalb der Studentenschaft genausowenig spontan wie in der Arbeiterklasse. Die klassenmäßige Herkunft der Studenten und ihre besonderen Arbeits- und Lebensbedingungen erschweren vielmehr die Herausbildung sozialistischen Bewußtseins. Die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus ist auch an der Hochschule untrennbar verbunden mit dem Wirken der kommunistischen Partei, die „theoretisch vor der übrigen

12 Zitiert nach Zorn, a. a. O., S. 239.
13 Satzung der Sozialistischen Studentengruppe Jena, zitiert nach Ludloff/Fließ, a. a. O., S. 534 f.

Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus" hat, die „in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung" vertritt.[14] Die Stärkung des Einflusses der KPD unter den Studenten war das Hauptkettenglied in der Entwicklung der revolutionären Studentenbewegung.

Die Bindung der Mehrzahl der Mitglieder der Sozialistischen Studentengruppen an die Sozialdemokratie war aber nicht gleichbedeutend mit der Unterstützung der sozialdemokratischen Hochschulpolitik durch sie. Dies zeigte sich deutlich auf der ersten „Tagung der Sozialistischen Studentengruppen Deutschlands und Österreichs" vom 20. bis 22. April 1919 in Jena.[15]

Das Treffen hatte das Ziel, die an den verschiedenen Hochschulen wirkenden sozialistischen Gruppen zusammenzufassen und Möglichkeiten des einheitlichen Vorgehens zu diskutieren. Die etwa 100 Teilnehmer vertraten 22 reichsdeutsche Hochschulen und die Universität Wien. Unter den Gästen befand sich auch ein Vertreter der Jugend des jungen Sowjetstaates. Man sieht, die Freundschaft mit der Sowjetunion hat in der fortschrittlichen Studentenbewegung in Deutschland eine gute Tradition.[16]

Es wird nicht verwundern, wenn bei der uneinheitlichen Zusammensetzung der sozialistischen Studentengruppen die Meinungen auf dem Kongreß scharf aufeinanderprallten. „Es spiegelten sich die Verhältnisse, wie sie damals in der deutschen Arbeiterbewegung bestanden, sehr deutlich wider. Anhänger aller drei bestehenden Arbeiterparteien sprachen."[17] Auf einhellige Ablehnung aber stieß die reaktionäre Bildungspolitik des preußischen Kultusministers Hänisch. In einem hierzu gefaßten Beschluß des Kongresses heißt es: „Da der derzeitige preußische Kultusminister Hänisch nicht allein in der Frage der Trennung von Kirche und Staat und der Revolutionierung des Bildungswesens im proletarischen und sozialistischen Sinn den an ihn gestellten Erwartungen aufrechter Sozialisten nicht entsprochen, sondern sogar die gegen das revolutionäre Proletariat bestimmten Freiwilligenverbände unterstützt hat . . . spricht der Kongreß . . . ihm das allerschärfste Mißtrauen aus. Er erklärt es weiter für eine Schande, daß unter einem Kultusminister, der sich sozialistisch nennt, noch heute Relegationen und Verfolgungen aufrechter Sozialisten unter den Studenten möglich sind."[18]

Die kommunistischen Studenten, die sich Anfang Januar 1920 in Genf zur „Internationalen Föderation Kommunistischer Studenten" zusammenschlossen und ihren Eintritt in die Kommunistische Internationale erklärten,[19] waren bis 1921 in Deutschland nicht organisatorisch zusammengefaßt. An den Hochschulen arbeiteten sie aufgrund ihrer zahlenmäßigen Schwäche weiter in den sozialdemokratisch dominierten sozialistischen Studentengruppen mit.

14 Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 474.
15 Ludloff/Fließ, a. a. O., S. 537 f.
16 Entfällt.
17 Ludloff/Fließ, a. a. O., S. 537.
18 Zitiert nach: Ludloff/Fließ, a. a. O., S. 538.
19 Siehe dazu „Schreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale an den ersten Kongreß kommunistischer Studenten", in: Die Kommunistische Internationale, Hamburg, 1920, Nr. 13, S. 310 ff.

Erst im Jahre 1921 wurden auf Grundlage einer „Richtlinie der Kommunistischen Jugendinternationale über die Arbeit der Kommunisten an den Hochschulen" die an den jeweiligen Hochschulen studierenden Mitglieder der KPD zu „Kommunistischen Studentenfraktionen" (Kostufra) zusammengefaßt.

Um Verselbständigungstendenzen vorzubeugen, die aufgrund der klassenmäßigen Herkunft der kommunistischen Studenten und ihrer relativen Isolierung von den Hauptfeldern der Klassenauseinandersetzung nicht unwahrscheinlich waren, hatten die Kostufras nicht die Rechte selbständiger Grundeinheiten der Partei. „An den Hochschulen und ihren Institutionen werden von den kommunistischen Studenten keine Zellen gebildet. Jeder kommunistische Student übt seine politischen Rechte und Pflichten in einer Betriebszelle, möglichst in einer industriellen Betriebszelle aus, an die er von der örtlichen Parteileitung angegliedert wird. Dort verrichten die kommunistischen Studenten, wie jedes andere Zellenmitglied praktische Arbeit (Hilfsdienst, Kleben, Zettelverteilen usw.). Jeder kommunistische Student ist neben seiner Zellenarbeit zu kommunistischer Arbeit an den Hochschulen verpflichtet."[20]

Die „Richtlinien für die Arbeit der kommunistischen Studentenfraktion" verpflichteten die kommunistischen Studenten zur systematischen Arbeit insbesondere unter den Werkstudenten. Sympathisierende parteilose Intellektuelle sollten zur Mitarbeit in Bündnisorganisationen wie der Internationalen Arbeiterhilfe, der Liga gegen den Imperialismus und der Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland gewonnen werden. Besonderes Gewicht wurde auf den Kampf gegen die reaktionären Studentenorganisationen gelegt. Aufgabe der kommunistischen Studenten war das „Eingreifen in alle Kämpfe der Studenten, Ausnutzung aller grundsätzlich gegen Form und Inhalt der heutigen Hochschule gerichteten Strömungen."[21] Ein weiterer Hauptpunkt war die „marxistische Ausbildung der Mitglieder". Hierzu sollten Schulungskurse eingerichtet werden. Die kommunistischen Studenten, die die gleichen Übungen und Seminare besuchten, wurden angehalten, „sich zu Zirkeln zusammen(zuschließen), in denen alle aufgeworfenen Probleme vorher vom marxistischen Standpunkt aus beleuchtet werden, damit so ein einheitliches Vorgehen gewährleistet ist."[22]

Der damaligen Stärke des kommunistischen Einflusses unter den Studenten entsprechend, stand die Aufklärungsarbeit im Vordergrund der Tätigkeit der Kostufra. Dabei wurden folgende Mittel eingesetzt: „öffentliche Versammlungen in der Universität und außerhalb für alle Intellektuellen; Diskussionsabende über Probleme der kommunistischen Theorie und über tagespolitische Fragen; wissenschaftliche Kurse, offen für alle Studenten, zur Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus; offene Beteiligung an Kundgebungen und Aufmärschen der Arbeiterklasse; Berichterstattung über die Fortschritte der kommunistischen Bewegung unter den Intellektuellen (Anschläge in der Universität); Auslegen kommunistischer

20 Richtlinien für die Arbeit der Kommunistischen Studentenfraktion, abgedruckt in: Karl Reimann, Der Kampf der revolutionären Studenten unter Führung der KPD gegen die Militarisierung und Faschisierung des deutschen Hochschulwesens in der Zeit der Weltwirtschaftskrise und in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur, Diss. Potsdam 1970, (MS), hier: S. 193.
21 Ebenda.
22 Reimann, a. a. O., S. 195.

Literatur in den akademischen Lesehallen; Verteilung des Zentralorgans der Partei vor den Universitäten . . .“[23]

Im Jahre 1922 wurden die bisher ohne einheitliche Leitung arbeitenden Kostufras im Reichsmaßstab zusammengefaßt. Zur Vorbereitung des „Kongresses kommunistischer und sozialistischer Studenten Deutschlands und Österreichs“ (17. bis 19. März in Leipzig) fand in Leipzig ein Vorkongreß der kommunistischen Studenten statt, auf dem das Auftreten der Kommunisten auf dem Kongreß abgestimmt und eine Reichsleitung gewählt wurde. Geklärt werden mußte das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Kommilitonen. Denn zu diesem Zeitpunkt arbeiteten noch die meisten kommunistischen Studentenfraktionen in sozialdemokratischen Organisationen mit. Das eigenständige Auftreten der Kommunisten an den Hochschulen mußte sichergestellt werden. Gerade bei kleineren Gruppen bestand die Gefahr, daß auf eigenständiges Auftreten nach außen verzichtet wurde. Deshalb mußte eine klare Grundlage für die Mitarbeit in bzw. die Zusammenarbeit mit sozialdemokratisch dominierten Studentenorganisationen geschaffen werden.

Die Bedeutung der Tagung wird schon durch die Teilnahme des Genossen Edwin Hoernle als Vertreter des ZK der KPD deutlich. Für den kommunistischen Jugendverband nahm Richard Gyptner an den Beratungen teil. An den Kongreß stellte Hoernle die Forderung, „daß er Wege aufzeigt, auf denen der revolutionären Bewegung die Kopfarbeiter zugeführt werden, die zur Sicherung der kommenden Revolution erforderlich sind“. Denn der Gewinnung der Intelligenz komme „im hochindustrialisierten Deutschland . . . noch größere Bedeutung“[24] zu als in Rußland.

Durch die Verpflichtung der kommunistischen Studentenfraktionen zum eigenständigen politischen Auftreten an der Hochschule und durch die Ausarbeitung klarer Forderungen, die auf das gemeinsame Handeln aller fortschrittlichen Studenten für ihre Interessen orientierten und die als „Minimalprogramm“ die politische Grundlage der Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Organisationen darstellten, schufen die kommunistischen Studenten auf dem Kongreß wichtige Voraussetzungen für die Erreichung dieses Ziels. Bei Wahlen zu Studentenparlamenten war es nur noch kleineren Gruppen erlaubt, unter bestimmten Voraussetzungen, mit sozialdemokratischen Gruppen gemeinsame Listen aufzustellen. Die sozialdemokratischen Gruppen mußten auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, der kommunistische Standpunkt mußte auf jeden Fall gewahrt werden und während des Wahlkampfes eigenständig vertreten werden können. Außerdem war die Zustimmung der Zentrale zu der Listenverbindung notwendig.

Einen bedeutenden Schritt vorwärts in der Entwicklung der kommunistischen Studentenpolitik stellte das vom Vorkongreß erarbeitete „Minimalprogramm“ dar. Es sah das gemeinsame Handeln von kommunistischen und sozialdemokratischen Studenten im Kampf gegen jede Beschränkung der Lehr-, Lern- und Koalitionsfreiheit an den Hochschulen durch die reaktionären Kräfte vor. Verweigerung

23 Udo Baumann/Gertrude Gebauer, Zur politischen Geschichte der Universität Leipzig 1921–1923, in: Karl-Marx-Leipzig, a. a. O., S. 128. Die Verfasser referieren hier den Aufsatz von F. Weiß, Zur Arbeit unter der studierenden Jugend, in: Die Arbeit, Ztschr. für Theorie und Praxis der kommunistischen Jugendbewegung, 1. Jg., 1922, Nr. 2, S. 29.

24 Zitiert nach: Baumann/Gebauer, a. a. O., S. 130.

von Versammlungsräumen, Verbot von Aushängen sozialistischer Gruppen,[25] Exmatrikulation und Berufsverbot trafen genauso wie heute nicht nur Kommunisten, sondern auch andere fortschrittliche Kräfte. Ein weiterer Hauptpunkt des Programms war der Kampf um die Verbesserung der materiellen Lage der unbemittelten Studenten.

Auf dem „Kongreß der kommunistischen und sozialistischen Studenten Deutschlands und Österreichs“, dessen Delegierte 527 kommunistische und 767 sozialdemokratische Studenten vertraten, „gab es im Verlauf der dreitägigen Beratungen keine Politik einer ideologischen Koexistenz, es wurden die Fronten klar umrissen und die zwischen beiden Fraktionen bestehenden ideologisch-politischen Meinungsverschiedenheiten kompromißlos nachgewiesen.“[26] Bei Wahrung ihres prinzipiellen Standpunktes zeigten die kommunistischen Studenten die Möglichkeiten und die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns auf. Der Kongreß beschloß die Bildung eines „Verbandes sozialistischer und kommunistischer Studenten Deutschlands und Österreichs“, in dem Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenarbeiteten, wobei die Möglichkeit des eigenständigen Auftretens gewahrt blieb. Das Aktionsprogramm des Verbandes, das auf Basis der konstruktiven Vorschläge der Kommunisten ausgearbeitet wurde, enthielt u. a. folgende Forderungen und Aufgaben: „1. Gemeinsame Veranstaltung von marxistischen Vorträgen und Diskussionsabenden für Studenten und Intellektuelle. 2. Schaffung von Fakultätsgruppen zur Förderung und Verbreitung der Berufsausbildung im marxistischen Geiste. 3. Kampf um gemeinsame Forderungen der Hochschulpolitik und für die Interessen der proletarischen Studenten. Zu Punkt 3 gibt der Verband folgende Richtlinien: I. Gemeinsamer Schutz der sozialistischen und kommunistischen Lehrer und Studenten im gemeinsamen Kampf gegen jede Beeinträchtigung der Lehr-, Lern- und Koalitionsfreiheit. II. Taktisches Zusammengehen innerhalb der Studentenparlamente und Ausschüsse zur Wahrung gemeinsamer Interessen, Ermöglichung der erfolgreichen Studiums für unbemittelte Studenten durch Erkämpfung der Verbesserung ihrer materiellen Lage. a) Staffelung der Kollegiengelder und Studiengebühren bei vollkommener Lernmittelfreiheit für Unbemittelte, b) Sicherstellung des Existenzminimums für proletarisierte Studenten, c) Schaffung von billigen Wohnungen, Kleidung, Mittagstischen durch den Staat, 4. Mitarbeit in den bestehenden Wirtschaftsorganisationen, deren Tätigkeit zur Erweckung und Steigerung des Klassenbewußtseins der proletarischen Studenten führt. 5. Aufhebung der staatsbürgerlichen Sonderstellung (Disziplinar- und Ehrengerichtsbarkeit). 6. Verhinderung des Mißbrauchs der Hochschulen zu Stützpunkten arbeiterfeindlicher Organisationen. 7. Erschließung der Hochschulen für die gesamte werktätige Bevölkerung durch Einrichtung von Vorbereitungskursen, gleichwertig den Mittelschulen.“[27]

Diese Forderungen gaben den fortschrittlichen Studenten in wesentlichen Punkten des Hochschulkampfes eine richtige Orientierung. Sie zeigen, daß damals – genau wie heute – die marxistischen Kräfte an der Hochschule in vorderster Front im Kampf gegen die Einschränkung demokratischer Rechte an der Hoch-

25 Entfällt.

26 Baumann/Gebauer, a. a. O., S. 122/123.

27 Zitiert nach: Baumann/Gebauer, a. a. O., S. 123/124.

schule standen. Die fortschrittlichen Studenten kämpften für die Verankerung des Marxismus in der Ausbildung, für die Brechung des Bildungsprivilegs. Im Gegensatz zu den heutigen Sektierergruppen war für sie der Kampf um die materielle Absicherung des Studiums für Studenten aus der werktätigen Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit.

Aber bereits kurz nach dem Kongreß begannen rechtssozialdemokratische Kräfte im Verband, die Spaltung voranzutreiben. Im Juni 1922 spalteten sie die Gruppe Leipzig, eine der stärksten Gruppen des „Verbandes der sozialistischen und kommunistischen Studenten . . ." gegen den Widerstand der Kommunisten. Bald danach kam es zur endgültigen Trennung auf Reichsebene.[28]

Die Spaltung der fortschrittlichen Studentenbewegung, die schwierigen Kampfbedingungen an den Hochschulen, die Verfolgung der kommunistischen Studenten und das zeitweilige Überwiegen sektiererischer Tendenzen in der Führung der KPD trugen dazu bei, daß die KPD bis „gegen Ende der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland 1928/29 . . . nur äußerst geringen Einfluß auf die Studentenschaft"[29] gewann. Die überwiegende Mehrheit der Studenten blieb den bürgerlichen Organisationen verhaftet, stand der Arbeiterbewegung feindlich gegenüber. Als Indikator für den Einfluß der Kostufra an den Hochschulen können die AStA-Wahlen an der Berliner Universität 1926 dienen. Zu diesen Wahlen war es der Berliner Kostufra gelungen, eine gemeinsame Front aller revolutionären Studentengruppierungen – ohne Teilnahme des sozialdemokratischen „Sozialistischen Studentenbundes" zu schaffen. Für diese Liste, die den Wahlkampf unter den Losungen „Die Hochschulen den Werktätigen – Kampf der Hochschulreaktion – Staffelung der Gebühren – Für den gemeinsamen Kampf der Studenten mit dem revolutionären Proletariat" führte, stimmten 265 Studenten.[30] An der Berliner Universität studierten damals über 10 000 Studenten. An anderen Hochschulen wird der Einfluß der Kommunisten eher noch geringer gewesen sein.

II. Die revolutionäre Studentenbewegung in der Weltwirtschaftskrise

Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise verschlechterte sich die soziale Lage der Masse der Studenten zusehends. Neben der Arbeiterklasse wurden die Mittelschichten, aus denen sich die Masse der Studenten rekrutierte, besonders hart von der Krise betroffen. Viele Studenten konnten von ihren Eltern nicht mehr ausreichend unterstützt werden. Die Zahl der Werkstudenten wuchs. Gleichzeitig wurde es immer schwieriger, eine Nebenbeschäftigung zu finden. Auch die Berufsperspektive der Studenten wurde immer unsicherer. Von den Ingenieuren, die 1929 die preußischen TH's verließen, fanden drei Viertel keinen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz.[31] Die Zahl der arbeitslosen Akademiker wurde 1931 auf ca. 45 000 geschätzt.[32]

28 Baumann/Gebauer, a. a. O., S. 125 ff.
29 Reimann, a. a. O., S. 32.
30 Karl Heinz Jahnke, Über den Widerstandskampf der Berliner Studenten gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, in: Forschen und Wirken. Festschrift zur 150-Jahr-Feier der Humboldt-Universität zu Berlin, Bd. 1, Berlin 1960, S. 549.
31 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, S. 246.
32 Schairer, a. a. O.,

Die zunehmende Existenzunsicherheit der Studenten wirkte sich auch auf ihr politisches Verhalten aus. Ideologen der Bourgeoisie verwiesen wiederholt „auf die großen Gefahren . . ., die in der Anhäufung dieser Massen ausgeschalteter Jungakademiker liegen".[33] Die soziale Deklassierung führt freilich nicht einfach zur Entwicklung revolutionären Bewußtseins. Bereits in ihrem Referat zur „Intellektuellenfrage" auf dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hatte Clara Zetkin die mit der Deklassierung der Intelligenz verbundene Gefahr der Ausbreitung faschistischer Ideologie in ihren Reihen aufgezeigt. „Der stärkste Ausdruck der Politisierung der Intellektuellen ist der Faschismus. Große Intellektuellenschichten sind nicht nur in allen Ländern die Träger des Faschismus, sondern Intellektuelle sind auch zumeist Schöpfer seiner Ideologie".[34] Gerade aus dieser Widersprüchlichkeit der Bewußtseinsentwicklung der Intelligenz, aus der Tatsache, daß die drohende Deklassierung die Herausbildung reaktionärer Tendenzen innerhalb dieser Schicht fördert und daß ihre Einbeziehung in den Kampf der Arbeiterklasse ein langer und komplizierter Prozeß ist, ergibt sich die Notwendigkeit verstärkter Arbeit der Kommunisten unter der Intelligenz und, als eines wesentlichen Teils von ihr, unter der Studentenschaft, die, wie Lenin hervorhob, „der am feinsten reagierende Teil der Intelligenz"[35] ist.

Daß die KPD den Hochschulbereich verstärkt beachtete, wird bereits 1928 deutlich. Ab Januar 1928 erschien erstmalig ein gedrucktes Organ der Kommunistischen Studentenfraktionen, der „Student im Klassenkampf". Während der Reichstagswahlen wandte sich die KPD in einem speziellen Aufruf an die Studenten. Ein Hochschulprogramm der KPD wurde herausgegeben, zu dessen Hauptforderungen gehörten: „Stipendien für alle Begabten, Errichtung von Arbeiterfakultäten, Gleichstellung aller Studierenden ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Nationalität und Religion. Entfernung aller Dozenten, die ihr Amt zu faschistischer und monarchistischer Propaganda gebrauchen, Verbot der Werbung für die Technische Nothilfe, Aufhebung der Beschränkung der Rede-, Vereins- und Versammlungsfreiheit an den Hochschulen."[36]

Durch ihre konstruktive Politik konnten die Kommunisten ihren Einfluß an den Hochschulen erhöhen. An vielen Universitäten bildeten sich Gruppen von sympathisierenden Studenten, die eng mit den Kostufras zusammenarbeiteten. So z. B. in Berlin die Rote Studentengruppe, die 1928 schon ca. 100 Mitglieder zählte. Die sich verschärfende Lage an den Hochschulen und der wachsende Einfluß der Faschisten machte die Bildung „einer großen, auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden Studentenorganisation"[37] zur Notwendigkeit. Die objektive Möglichkeit dafür war durch die wachsende Existenzunsicherheit großer Teile der Studenten und den verschärften Deklassierungsprozeß innerhalb der Intelligenz im Verlauf der Weltwirtschaftskrise gegeben. Die Existenz einer großen Anzahl von revolutionären Studentengruppen, die mit der KPD sympathisierten, erleichterte die Gründung. Auf Einladung der Berliner Roten Studenten-

33 Schairer, a. a. O., S. 10.
34 Clara Zetkin, Die Intellektuellenfrage, in: Ausgewählte Werke, Bd. 3, S. 27.
35 W. I. Lenin, a. a. O., S. 32.
36 Bereits auf dem Gründungsparteitag der KPD war die Herausgabe eines Hochschulprogramms beschlossen worden. Ein erstes Hochschulprogramm wurde 1924 veröffentlicht. Zitiert nach: Jahnke, a. a. O., S. 548.
37 Die Rote Fahne, Nr. 153, 15. 8. 1929, zitiert nach: Reimann, a. a. O., S. 66.

gruppe trafen sich im August 1929 Vertreter aller revolutionären Studentengruppen Deutschlands in Prebelow bei Rheinsberg und konstituierten sich zum „Reichsverband Freisozialistischer Studenten" (RFS).

Mit der Gründung der RFS hatte sich zum erstenmal in der deutschen Geschichte eine einheitliche Studentenorganisation gebildet, „die auf dem Boden des revolutionären Kampfes für den Sozialismus" stand, für das Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz kämpfte, die „Propaganda des Marxismus an den Hochschulen" organisierte und „ihre Arbeit in freundschaftlichem Verhältnis"[38] zu den Hochschulgruppen der Kommunistischen Partei leistete. Grundlage der Politik des RFS war die wissenschaftliche Einschätzung der Entwicklungstendenzen, denen die Studentenschaft als Teil der Intelligenz im imperialistischen Stadium des Kapitalismus unterworfen ist. „Eine der wesentlichen Aufgaben für uns als revolutionäre Studentengruppe an den Hochschulen ist es, den objektiv vorhandenen Gegensatz zwischen den unbemittelten kleinbürgerlichen Studenten und der Großbourgeoisie, die den Versuch macht, sich der Intellektuellen zu versichern, zu verstärken. Dieser Gegensatz hat in Zusammenhang mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus eine verstärkte Entwicklung gefunden . . ."[39]

Klar erkannten die revolutionären Studenten die Funktion des Faschismus. „Die faschistischen Organisationen und die faschistische Ideologie sind das schärfste Instrument der Bourgeoisie, um die oppositionellen Strömungen in der Kleinbourgeoisie zu paralysieren, die Kleinbürger in der Gefolgschaft der Bourgeoisie zu halten und in die Kampffront gegen die Arbeiter eingliedern zu können. Aus diesem Grunde müssen wir unseren stärksten Angriff an den Hochschulen gegen den Faschismus richten".[40] Die revolutionären Studenten konnten aber noch nicht alle Fragen des Klassenkampfes richtig beantworten. In bezug auf die Einschätzung der Sozialdemokratie zeigten sich bei den Roten Studentengruppen ähnliche sektiererische Schwächen wie bei der KPD. Das ungenügende Differenzierungsvermögen und die falsche Einschätzung der SPD tritt in den Statuten des RFS deutlich zutage, wenn als Aufgabe der revolutionären Studenten angegeben wird, „die Studenten gegen den National- und Sozialfaschismus (zu) mobilisieren".[41] Zeitweise führte die reaktionäre Politik der Sozialdemokratie, die „in Preußen jenen Kultusminister (stellte), unter dem der Nationalsozialismus im Bildungswesen üppig gedeihen"[42] durfte, zur Ablehnung der Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Studentenorganisationen.

Durch ihr konsequentes Eintreten für die Interessen der unbemittelten Studenten konnten die im RFS zusammengeschlossenen Roten Studentengruppen an Mitgliedern und Einfluß gewinnen.

Der II. Reichskongreß des RFS, der vom 28. 2. - 3. 3. 1931 in Berlin tagte, konnte eine positive Bilanz ziehen. In Berlin, Kiel, Hamburg, Königsberg, Leipzig, Dresden, Jena, Göttingen, Dessau, Marburg, Frankfurt/M., Bonn, Köln, Heidelberg, Stuttgart, Tübingen, Freiburg, Würzburg, Mittweida, München und Konstanz bestanden

38 Statuten des Reichsverbandes freisozialistischer Studenten, abgedruckt in: Reimann, a. a. O., S. 199 f.
39 IML, ZPA, PSt. 3/234, Bl. 2 f., zitiert nach Reimann, a. a. O., S. 67.
40 Ebenda.
41 Statuten des . . ., a. a. O., S. 199.
42 Resolution des II. Reichskongresses des RFS, zitiert nach Reimann, a. a. O., S. 86.

Ortsgruppen. Unter ihnen war die Rote Studentengruppe Berlin die stärkste (350 Mitglieder).[43] Das Organ des RFS, „Der Rote Student", erschien seit November 1930 monatlich im Semester mit einer Auflage von 3000 Stück.

An den einzelnen Hochschulen entfalteten die revolutionären Studenten eine rege propagandistische Arbeit. So organisierten sie im Juni/Juli 1930 in Berlin Veranstaltungen zu den Themen „Die Funktion der Kunst in der Gesellschaft", „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", „Die sozialistische Stadt" und „Asien in Aufruhr".[44] In Frankfurt/M. sprachen auf Veranstaltungen der RSG neben dem Reichstagsabgeordneten der KPD Paul Fröhlich auch französische, italienische und schwedische Kommunisten, die den internationalen Charakter des Kampfes gegen die bürgerliche Klassenuniversität deutlich machten. Themen der Veranstaltungen der Frankfurter RSG waren u. a. „Probleme der europäischen Arbeiterbewegung", „Krise der bürgerlichen Wissenschaft" und „Sexualelend und Kapitalismus (Marxismus und Psychoanalyse)".[45] Hinzu kamen vielfältige kulturelle Aktivitäten, wie z. B. das von der Berliner RSG unter Mitwirkung von Weinert, Kisch und Brecht veranstaltete „Matinee gegen die Kulturreaktion", an dem 1200 Personen teilnahmen.

In Zusammenarbeit mit der „Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland" organisierten die RSG Studienfahrten in die Sowjetunion und Vorträge sowjetischer Wissenschaftler in Deutschland. Zu den Schwerpunkten der Aktivität der revolutionären Studenten gehörte der Kampf gegen die Verschlechterung der materiellen Lage der Masse der Studenten. Ab 1929 begannen die Kultusbürokratien die Studiengebühren zu erhöhen und bestimmte staatliche Zuschüsse, wie z. B. für verbilligte Mittagstische, „einzusparen". Diese Maßnahmen zielten im Kern auf eine Verschärfung des Bildungsprivilegs, denn am Gesamthaushalt der Universitäten hatten die Einnahmen aus Gebühren nur einen geringen Anteil.

In Berlin und an anderen Hochschulen bildeten sich auf Initiative der KPD und der RSG „Kampfausschüsse gegen die Gebührenerhöhung", in die auch unorganisierte Studenten einbezogen wurden.

Doch die Fortschritte und die erhöhte Aktivität der revolutionären Kräfte an der Hochschule reichten bei weitem nicht aus, um zu verhindern, daß die Faschisten die Masse der Studenten unter ihren Einfluß brachten. Der weitverbreitete Antikommunismus, die kleinbürgerliche Herkunft der Masse der Studenten und ihre Aufstiegsillusionen ließen die faschistische Propaganda auf fruchtbaren Boden fallen.

Der II. Reichskongreß des RFS gab den revolutionären Studenten in dieser Situation eine richtige Orientierung. „Als Hauptaufgaben wurden beschlossen:

1. Organisierung des antifaschistischen Kampfes an der Hochschule, sowie die Schaffung einer breiten antifaschistischen Front.

2. Kampf für die minderbemittelten Studenten und ihre Mobilisierung gegen den Kapitalismus.

43 Reimann, a. a. O., S. 83. Die Zahlenangaben über die Stärke der RSG sind widersprüchlich. So gibt Jahnke, a. a. O., S. 553, die Stärke der Berliner RSG mit 150 Mitgliedern an, die Gesamtstärke des Verbandes mit „über 700".
44 Jahnke, a. a. O., S. 553.
45 Paul Kluke, Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main, 1914–1932, Ffm, 1972, S. 78 und 585.

3. Systematische marxistisch-leninistische Schulung der Mitglieder der roten Studentengruppen und Propagierung des Marxismus-Leninismus unter den Studenten".[46]

Der Kongreß nahm auch zu „Fragen des antiimperialistischen Kampfes der revolutionären Studenten" Stellung. Er verpflichtete die RSG, Aktionen gegen die imperialistische Unterdrückungspolitik in den Kolonien durchzuführen und die Befreiungsbewegungen materiell und moralisch zu unterstützen.[47]

Auf den wachsenden Einfluß der revolutionären Studenten reagierten die Universitätsbürokratien und die faschistischen Organisationen mit zunehmender Verfolgung und Terror. 1930 wurde die RSG München verboten, 1931 die Würzburger Gruppe. Überfälle von faschistischen Schlägertrupps auf Flugblattverteiler waren an der Tagesordnung. In München und Freiburg wurden revolutionäre Studenten, die antimilitaristische Flugblätter verteilten, wegen angeblichem „Hochverrat" verhaftet. In den meisten Fällen stand die Universitätsspitze hinter den faschistischen Banden. Nachdem z. B. in Berlin am 29. Juni 1931 Faschisten Mitglieder der RSG blutig geschlagen hatten, wurden nicht etwa die faschistischen Schläger bestraft, sondern der Vorsitzende der RSG, und der Vorsitzende der Hochschulgruppe der KPD mußte die Universität verlassen.[48]

Die revolutionären Studenten ließen sich durch diesen Terror nicht einschüchtern. Überall traten sie als initiierende Kräfte im antifaschistischen Kampf auf. Konsequent orientierten sie auf den gemeinsamen Kampf der antifaschistischen Studenten. „In dieser Situation der sich zuspitzenden sozialen Konflikte und der wachsenden Gefahr des faschistischen Terrors rufen wir zu einer Mobilisierung aller antifaschistischen Studenten auf ... Über alles Trennende hinweg gilt es, die aktive antifaschistische Einheitsfront zu organisieren."[49]

Daß es nicht im größeren Ausmaß zum gemeinsamen Handeln von kommunistischen und sozialdemokratischen Studenten kam, dafür trägt in erster Linie die Führung des Sozialistischen Studentenbundes die Verantwortung, die alle Angebote der Roten Studentengruppen für den gemeinsamen antifaschistischen Kampf ablehnte. Dieses kapitulantenhafte Verhalten blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Mitglieder des Sozialistischen Studentenbundes (S. St.). Immer mehr von ihnen erkannten, daß einzig die KPD und die mit ihr verbundene RSG konsequent den Kampf gegen den Faschismus führten. 1931 traten die Gruppen Heidelberg, Bonn, Köln und Breslau des S. St. geschlossen in die Roten Studentengruppen über. Auch an anderen Universitäten, wie in Berlin und Dresden, kam es zu größeren Übertritten.[50]

Die revolutionären Studenten konnten überall dort, wo sie offensiv gegen den Faschismus auftraten und für die Interessen der unbemittelten Studenten kämpften, Erfolge erzielen.

So in Freiburg, wo die RSG durch ihr kämpferisches Eintreten gegen die Gebührenerhöhungen 1931 Masseneinfluß gewann. Ihre Protestveranstaltungen waren durchschnittlich von dreihundert bis vierhundert Studenten besucht. Trotz massiver Repressionsmaßnahmen, wie z. B. der Verhaftung des Vorsitzenden der RSG Freiburg, konnten die revolutionären Studenten einen Gebührenstreik organisieren. Aber es gelang nicht, den Streik auch auf andere Hochschulorte auszudehnen. Deshalb mußte er, trotz bedeutender Anfangserfolge, abgebrochen werden.[51]

46 Reimann, a. a. O., S. 88.
47 Ebenda.
48 Jahnke, a. a. O., S. 554.
49 Aufruf der Berliner RSG zu Anfang des Wintersemesters 1931/32, zitiert nach: Jahnke, a. a. O., S. 555.
50 Jahnke, a. a. O., S. 555 und Reimann, a. a. O., S. 94 ff.

Auch bei den Studentenparlamentswahlen 1932 konnten die revolutionären Studenten durch die klare antifaschistische Ausrichtung ihrer Politik ihre Positionen verbessern. So z. B. in München, wo ihr Wahlaufruf Forderungen enthielt wie „gegen kapitalistisch-nationalistischen Kurs an der Hochschule, gegen Wehrsport und Arbeitsdienstpflicht ..., gegen Vertreibung linksgerichteter Professoren und Studierender, gegen einseitiges Verbot linksgerichteter Studentenorganisationen und Astalisten, gegen Förderung antisemitischer Umtriebe, ... für Unentgeltlichkeit des Studiums und Sicherstellung des Lebensunterhalts minderbemittelter Studierender, für Gebührenstaffelung entsprechend den Einkommensverhältnissen, ... für Verhinderung nationalsozialistischer Propaganda des AStA ..."[52] Die revolutionären Studenten konnten ihren Einfluß bis 1933 kontinuierlich erhöhen. Es gelang ihnen aber nicht, einen „breiten Einbruch in die Front der akademischen Gefolgschaft der Nazis und anderer reaktionärer Studentenorganisationen"[53] zu erzielen. Nach der Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland setzte auch an der Universität eine wahre Hexenjagd auf Kommunisten und andere Demokraten ein. Diejenigen Studenten, deren Mitgliedschaft in der KPD oder der RSG bekannt war, wurden von den Hochschulen verwiesen. Die an der Universität verbleiben konnten, setzten ihren Kampf illegal fort.[54]

III. Der Weltkongreß der Studenten Dezember 1934

Der Aufschwung der revolutionären Studentenbewegung in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland zeigte, daß die Bindung der Masse der Studenten an die Bourgeoisie durchaus keine Naturgesetzlichkeit war. Die Praxis des Faschismus hatte bewiesen, daß er nicht in der Lage war, die Situation der Studenten zu verbessern. Im Gegenteil. Bedeutende Wissenschaftler wurden aus Deutschland vertrieben, Studenten, die für ihre Interessen eintraten, blutig verfolgt. Die Zahl der Studierenden sank, der Numerus clausus wurde verschärft.[55]

In Amerika, England und Frankreich – um nur einige Länder zu nennen – erkannten immer mehr Studenten, daß ihr Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Studienbedingungen und für die Sicherung ihrer späteren beruflichen Existenz nur im Bündnis mit dem revolutionären Proletariat erfolgreich sein konnte. „Die Studenten suchen neue Wege. Hell und wegweisend leuchtet das Bündnis der kalifornischen Studentenschaft mit dem Proletariat. Sie lehnten es nicht nur ab, den Streik der Arbeiter von San Franzisko zu brechen, sondern stellten zahlreiche, tapfere Kontingente der Massenstreikposten. Eine Studentenschaft hat die Uni-

51 Reimann, a. a. O., S. 103 ff.
52 Reimann, a. a. O., S. 124, zitiert nach
53 Reimann, a. a. O., S. 144.
54 Vgl. dazu Jahnke, S. 557 ff. und Reimann, S. 147 ff.
55 A. Robert, Zur Lage an den deutschen Hochschulen, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 1934, Nr. 56, S. 2494 f.

versitätsbehörden durch ihr tapferes Eingreifen in Streiks auf der Seite der Arbeiterklasse gezwungen, den Studierenden die Beteiligung an Wirtschaftskämpfen zu verbieten und ihnen die Entfernung von der Hochschule anzudrohen. Dazu ist der Rektor der Universität Oxford ... gezwungen worden."[56] In Kanada und in Frankreich kam es zu breiten Streikbewegungen der Studenten gegen Gebührenerhöhungen.[57]

Diese Studenten hatten erkannt: nur die Arbeiterklasse hat ein Interesse am ungehinderten wissenschaftlichen Fortschritt. Der Aufschwung von Wissenschaft und Technik in der Sowjetunion, die großzügige Förderung, die die Studenten dort erhielten, zeigte deutlich, daß die Ursachen für die Arbeitslosigkeit unter der Intelligenz und für die Verschärfung der Studienbedingungen im kapitalistischen System liegen.

Um den Kampf der Studenten in den verschiedenen Ländern zu organisieren und zu vereinheitlichen, fand im Dezember 1934 in Brüssel auf Initiative der kommunistischen Studenten ein „Weltkongreß der Studenten gegen Krieg und Faschismus" statt. An dem Kongreß nahmen neben kommunistischen auch sozialistische, pazifistische, republikanische und christliche Studentenorganisationen teil. Sie hatten erkannt, daß der Kampf für ihre Interessen gemeinsames Handeln erforderlich machte. Deshalb stellten sie an den Kongreß die Aufgabe, „ein gemeinsames Programm und einen gemeinsamen Plan für den Kampf gegen Militarisierung und Rüstungen, gegen die faschistische Reaktion, für unsere (der Studenten, d. Verf.) sozialen Forderungen, für eine neue soziale Ordnung, in der nicht Kasernen und Konzentrationslager, sondern Wissenschaft, Volksbildung, kultureller Fortschritt und Freiheit herrschen", auszuarbeiten.[58]

Die Dokumente des Kongresses, sein „Manifest" und die „Proklamation der Rechte der studierenden Jugend" sind das erste umfassende Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten, daß von den gemeinsamen Interessen von Arbeiterklasse und Studenten ausgeht und dessen Forderungen nicht nur von Sozialisten, sondern auch von Studenten mit anderen weltanschaulichen Auffassungen unterstützt und aktiv mitgetragen werden können.

Gemeinsam war und ist den Studenten das Interesse an der Erhaltung des Friedens. Gemeinsam unterstützten sie die Friedenspolitik der Sowjetunion. „In der Sowjetunion erblicken wir einen gewaltigen Friedensfaktor, einen Vorkämpfer für volle Abrüstung, für Verbrüderung der Völker über alle Grenzen hinweg."[59] Konsequent traten sie gegen Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft auf. „Wir entlarven vor der Öffentlichkeit die Laboratorien, wo man den Krieg vorbereitet (Chemie, Bakteriologie, Flugwesen)." „Wir wollen, daß die wissenschaftlichen Untersuchungen die potentiellen Fähigkeiten der Menschheit entwickeln und die Naturkräfte nicht zur Erschaffung raffinierter Mittel der Zerstörung und des Todes verwandt werden."

56 Conrady, Arbeiter und Student, in: Rundschau ... 1934, Nr. 65, S. 3022 f.
57 A. Victor, Der Kampf der Studenten für ihre wirtschaftlichen Forderungen, in: Rundschau ..., 1934, Nr. 60, S. 2705 f.
58 Eröffnungsrede von L. Dolivet auf dem Weltkongreß der Studenten am 29. Dezember 1934, in: Rundschau ..., 1935, Nr. 1, S. 43.
59 Manifest, in: Rundschau ..., 1935, Nr. 2, S. 112. Die folgenden Zitate beziehen sich alle auf die „Proklamation der Rechte der studierenden Jugend", in: Rundschau ..., 1935, Nr. 2, S. 112/113.

Um ihre Interessen vertreten zu können, brauchen die Studenten die Freiheit der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung, die Möglichkeit, auf die Entscheidungen, die ihre eigene Lage betreffen, Einfluß zu nehmen. Deshalb trat der Weltkongreß für die Erhaltung und Erweiterung der demokratischen Rechte und für die Mitbestimmung der Studenten ein. „Wir Studenten verkünden unseren Willen, unsere Rechte und Freiheiten zu verteidigen und für deren Verbesserung zu kämpfen. Wir verlangen Meinungsfreiheit für fortschrittliche Professoren, wir verlangen Teilnahme an der Verwaltung ..., an der Verteilung der Stipendien und wenden uns gegen die Regierungskontrolle über die studentischen Organisationen."

Arbeiterklasse und Studenten haben ein gemeinsames Interesse an der freien Entwicklung von Wissenschaft und Forschung, am Ausbau des Bildungswesens. Deshalb die Forderung: „Wir kämpfen für die Erhöhung der Aufwendungen für das Schulwesen. Wir verlangen die Errichtung neuer Schulen und Laboratorien, die Erhöhung von Stipendien, die unentgeltliche Freigabe von Arbeitsräumen, Bibliotheken, Versammlungsräumen usw. für die Studenten. Wir kämpfen gegen jeden Numerus clausus ..."

Freilich kostet das Geld. Die nötigen Finanzmittel waren aber leicht aufzuspüren. „Wir verlangen, daß alle Kredite zur Realisierung dieser Forderungen aus den Kriegs- und Polizeibudgets genommen werden." Der Kongreß setzte sich außerdem für so wichtige Forderungen wie Ausbau des Gesundheitswesens, gleiche Rechte für ausländische Studenten und unentgeltliche Krankenversicherung für Studenten ein.

Die Proklamation schloß mit dem Bekenntnis zum gemeinsamen Kampf von Arbeitern und Studenten: „Es lebe der gemeinsame Kampf der Studenten im Bündnis mit den arbeitenden Massen, für die Verteidigung des Friedens und der Freiheit, für den Fortschritt und die Kultur."

Mit der „Proklamation der Rechte der studierenden Jugend" hatten die fortschrittlichen Studenten ein umfassendes Kampfprogramm entwickelt, das in seinen Hauptpunkten auch heute noch Aktualität besitzt. Deshalb finden sich die wesentlichen Forderungen der Proklamation wieder im „Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten" des MSB Spartakus.

Programm
für das gemeinsame Handeln der Studenten
Für die eigenen Interessen kämpfen —
mit der Arbeiterklasse verbünden

Einsenden an: MSB Spartakus 53 Bonn 1 Postfach

Ich bestelle ..... Exemplare des Studentenaktionsprogrammes zum Preis von mindestens 50 Pfennig

Hochschule .....
Name .....
Anschrift .....
.....

Stepan Mokschin

Die Intelligenz in der sowjetischen Gesellschaft

„Intelligenz . . ." Die einen bürgerlichen Wissenschaftler verstehen unter diesem Begriff Intellektuelle, die gewandte Feder führen oder Rednertalent besitzen, nach Ansicht der anderen umfaßt er alle jene, welche Kultur schaffen, verbreiten und verwenden. Andere wieder betrachten die Intelligenz als eine Gruppe von Menschen, die dazu berufen ist, die Organisation bei der Verdrängung der herrschenden Klasse der modernen Gesellschaft zu übernehmen und sozialer Träger der zukünftigen klassenlosen Gesellschaft zu sein.

Was stellt nun die Intelligenz vom Standpunkt der marxistisch-leninistischen Lehre dar? Sowjetische Forscher definieren die Intelligenz als soziale Gruppe, als eine Schicht von Menschen, die sich berufsmäßig mit qualifizierter geistiger Arbeit beschäftigt, die Fach-, Hoch- bzw. Oberschulbildung erfordert. Für die überwiegende Mehrheit der Intelligenz ist geistige Arbeit ein Beruf auf Lebenszeit und Hauptquelle ihres Lebensunterhaltes.

Wie aus dem Sinn der marxistisch-leninistischen Lehre hervorgeht, ist die Intelligenz eine soziale Schicht, die sich vornehmlich den herrschenden Klassen anschließt.

Lenin hat mehrmals betont, daß die Intelligenz nie eine selbständige Klasse war und das auch nicht sein kann; sie ist keine politische Kraft, die die Welt umgestalten kann, denn dazu waren und sind nur die großen fortschrittlichen Klassen in der Lage. Gleichzeitig schrieb Lenin zur Rolle und Stellung der Intelligenz im Leben der Gesellschaft, daß die „Intelligenz gerade darum Intelligenz heißt, weil sie die Entwicklung der Klasseninteressen und der politischen Gruppierungen in der ganzen Gesellschaft am bewußtesten, am entschiedensten und am genauesten widerspiegelt und zum Ausdruck bringt".[1]

Das soziale Wesen und die Rolle der Intelligenz hängen davon ab, in welcher Gesellschaft sie wirkt, welche gesellschaftlichen Verhältnisse herrschen und den Interessen welcher Klassen sie dient. Unter dem Sozialismus, wo sich neue gesellschaftliche Verhältnisse, Beziehungen der Freundschaft und Kameradschaft durchgesetzt haben, entstand eine günstige Atmosphäre für die Arbeit der Intelligenz. Jeder Vertreter der geistigen Arbeit weiß, daß die Gesellschaft seine Tätigkeit braucht und gebührend schätzt. Ihre Arbeit in den Dienst des Volkes zu stellen, darin sieht die sowjetische Intelligenz ihre Berufung und ihre Pflicht.

Auf der Seite der Revolution

Die sowjetische Intelligenz hat sich in ihrer Gesamtheit vor allem als Ergebnis der Oktoberrevolution und der Errichtung der Diktatur der Arbeiterklasse, bei der Entwicklung und der Festigung der sozialistischen Gesellschaft als eine einheitliche, politisch und moralisch geschlossene Schicht von Vertretern der geistigen Arbeit herausgebildet.

1 W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Band 7, S. 343 (russ.)

Unmittelbar nach der Revolution in Rußland stand vor der Kommunistischen Partei und ihrem Führer Lenin die kulturelle Aufgabe des Kommunismus, nämlich gesellschaftliche Verhältnisse für die freie Entwicklung des geistigen Schaffens und die allseitige Vervollkommnung der menschlichen Persönlichkeit und deren schöpferische Tätigkeit zu schaffen. Dieses große Ziel erforderte, die Kultur und die menschliche Persönlichkeit von der Ausbeutung zu befreien, die das Wissen zum Monopol der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer gemacht hatte. Dazu war weiter nötig, die Errungenschaften der Kultur dafür einzusetzen, die Macht des Menschen über die Natur zu erhöhen und die Kluft zu überbrücken, die in der antagonistischen Klassengesellschaft die breiten Schichten der Werktätigen von der Kultur trennte.

Von der Tribüne des 3. Gesamtrussischen Sowjetkongresses im Januar 1918, der die historische „Deklaration der Rechte des Werktätigen und ausgebeuteten Volkes" bestätigte, verkündete Lenin: „Jetzt . . . werden alle Wunder der Technik, alle Errungenschaften der Kultur zum Gemeingut des Volkes, und von jetzt an wird das menschliche Denken, der menschliche Genius niemals mehr ein Mittel der Gewalt, ein Mittel der Ausbeutung sein."[2]

In diesen Worten liegt die grundlegende, programmatische Idee der kommunistischen Partei auf kulturellem Gebiet: Die Kultur muß das wahre Gemeingut des Volkes werden, alle sozialen Barrieren bei der Entwicklung des kulturellen Fortschritts müssen aus dem Wege geräumt werden, und für das wirkliche und allseitige Aufblühen von Wissenschaft und Kunst, für eine vielfältige intellektuelle und moralische Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit muß freie Bahn geschaffen werden.

Die Leninsche Kulturpolitik, durch Realismus und Weitsichtigkeit gekennzeichnet, stellte die Partei und die Arbeiterklasse vor die äußerst wichtige Aufgabe, alle kulturellen und wissenschaftlichen Errungenschaften aus der Vergangenheit auszuwerten und in diesem Zusammenhang die alte bürgerliche Intelligenz mit ihren Erfahrungen und Kenntnissen für den sozialistischen Aufbau heranzuziehen. Die Kompliziertheit und Schärfe dieses Problems war dadurch bedingt, daß das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution auf dem Gebiet der Kultur zeitweilig nicht zugunsten des siegreichen Proletariats ausfiel.

Die besiegte Bourgeoisie war auf kulturellem Gebiet den Arbeitern und Bauern hoch überlegen. Ein Teil der alten Intelligenz stand der Sowjetmacht feindlich gegenüber. Manche Arbeiter und Kommunisten, die in „linken" Radikalismus verfallen waren, hatten ihrerseits Vorbehalte gegen die Intelligenz. Nicht zufällig nannte Lenin den Einsatz bürgerlicher Spezialisten — so wurde die Intelligenz damals genannt — eines der schwersten Probleme.

In dem von der kommunistischen Partei ausgearbeiteten Programm der Formierung einer neuen sozialistischen Intelligenz war erstens vorgesehen, alte Fachkräfte in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen und in diesem Prozeß umzuerziehen und zweitens, neue Kader der Intelligenz, vorwiegend aus dem Arbeiter- und Bauernmilieu, heranzubilden.

2 W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Band 35, S. 289 (russ.)

Die proletarische Intelligenz, deren Zahl nicht groß war, half aktiv von den ersten Tagen der Oktoberrevolution an bei der Organisation der Verwaltung der Sowjetrepublik. Das sieht man am Beispiel der Bildung der neuen Machtorgane, des Rates der Volkskommissare. Das Kommissariat für Bildungswesen, dem alle wissenschaftlichen und künstlerischen Institutionen des Landes unterstanden, leitete ein hervorragender Vertreter der russischen Kultur, ein Mann von seltener enzyklopädischer Bildung, der bekannte Kunst-Experte, Anatoli Lunatscharski. Leiter des Kommissariats für Sozialwesen war Alexandra Kollontaj, eine hochgebildete Politikerin. Später war sie die erste Frau der Welt im Rang eines Botschafters. Der namhafte russische Ingenieur Leonid Krassin leitete das Kommissariat für Außenhandel, und Volkskommissar für Gesundheitswesen wurde der ehemalige Landarzt Nikolai Semaschko. Der berühmte russische Diplomat Georgi Tschitscherin stellte sich in den Dienst des Sowjetstaates und leitete bald das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten. An der Leitung des Obersten Rates für Volkswirtschaft beteiligten sich der hervorragende russische Ingenieur Gleb Krshishanowski, der Geologe Iwan Gubkin, die Professoren Graftio, Winter, Krug und viele andere.

Selbst bürgerliche Zeitungen stellten damals fest, daß die bolschewistische Partei ihre erste Sowjetregierung aus Persönlichkeiten gebildet habe, die mehr wissenschaftliche Werke für sich verbuchen können als manche eruopäische Professoren. Der Zweite Sowjetkongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten bestätigte Lenin als Vorsitzenden der Sowjetregierung.

Anatoli Lunatscharski nannte sich einmal einen Intellektuellen unter den Bolschewiki und einen Bolschewiken unter den Intellektuellen. Diese Worte haben auch für viele weitere Vertreter der russischen Kultur Gültigkeit, die die Oktoberrevolution unterstützt und an den sozialistischen Umgestaltungen aktiv teilgenommen haben. Dem Aufruf der Sowjetregierung, mit dem Volk zu arbeiten und bei der großen Sache des Aufbaues eines neuen Lebens mitzuwirken, folgten viele Vertreter der demokratischen Intelligenz.

Zu Beginn der Revolution waren es aber noch wenige. Ein Teil der russischen Intelligenz, die die Oktoberrevolution nicht verstand oder in der alten Welt tiefe Wurzeln geschlagen hat, verließ Rußland. Das waren unter anderen die nahmhaften russischen Schriftsteller Iwan Bunin, Alexander Kuprin, Alexej Tolstoi und Akademiemitglied Alexander Benua. Ein Teil von ihnen, die einen wie Alexej Tolstoi und Ilja Ehrenburg früher, andere wieder wie Alexander Kuprin später, haben erkannt, auf wessen Seite die Wahrheit ist und wem die Zukunft gehört. Sie kehrten nach Rußland zurück. Nach einigen Schwenkungen stellten sich solche berühmten Vertreter der wissenschaftlichen Intelligenz wie der Physiologe und Nobelpreisträger Iwan Pawlow, der Physiker Wladimir Steklow, wie die Chemiker Dmitri Prjanischnikow, Nikolai Selinski und Wladimir Wernadski auf die Seite der Bolschewiki.

Nicht gegen, sondern für die Intelligenz

Eine unschätzbare, man kann sagen entscheidende Rolle bei der Heranziehung bürgerlicher Spezialisten zur sozialen Umgestaltung Rußlands spielte das Leninsche Programm des kulturellen Aufbaus.

Das war ein Kampf nicht gegen, sondern für die Intelligenz. Sein Ziel war, feindliche Elemente niederzuwerfen, Loyale heranzuziehen und schwankende Kreise zu spalten und zu gewinnen. Lenin hat mehrmals unterstrichen, daß die bürgerliche Intelligenz nicht mit Gewalt in den sozialistischen Aufbau einbezogen werden kann, daß es „unmöglich ist, eine ganze Schicht mit dem Stock zur Arbeit zu zwingen".[3] Man kann sie durch großangelegte Wirtschaftspläne, taktvolles Verhalten, günstige Arbeits- und Lebensbedingungen, hohe Entlohnung und Prämierung für besondere Leistungen gewinnen.

Eine besonders große Wirkung auf die Intelligenz hatte der von der Sowjetregierung ausgearbeitete grandiose Plan zur Elektrifizierung des Landes, für die Entwicklung der Produktivkräfte, die Schaffung der wirtschaftlichen Grundlagen einer neuen Gesellschaft und die Durchführung der Kulturrevolution. Selbst in den schweren Jahren des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention konnte die Sowjetregierung Mittel aufbringen, um bedeutende wissenschaftliche Expeditionen zur Erkundung der Bodenschätze zu organisieren, um wichtige technische Objekte, beispielsweise ein Radiumwerk und ein leistungsstarkes Radiolaboratorium zu bauen, um die Tätigkeit der Atomkommission zu finanzieren, die sich mit Untersuchungen der Struktur des Atomkerns befaßte, um neue Forschungszentren einzurichten, solche wie das Physikalisch-Technische Institut in Petrograd, wo unter der Leitung von Akademiemitglied Joffe junge Physiker herangebildet wurden, oder das Zentrale Institut für Aerodynamik, dessen Leiter Professor Shukowski war und in dem an Problemen des Flugzeugbaus gearbeitet würde.

In der festen Einheit von Intelligenz, Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft sah die Kommunistische Partei das Unterpfand für die praktische Verwirklichung des Bündnisses von Wissenschaft und Arbeit, von dem schon Marx geträumt hat. Lenin wandte sich entschieden dagegen, die Intelligenz den Arbeitern und Bauern gegenüberzustellen und jede Intelligenz mit den ausbeuterischen Elementen gleichzusetzen.

Das ZK der Partei forderte von den Parteikadern eine elastische Haltung zur Intelligenz. Die bürgerliche Ideologie konnte nicht „abgeschafft", sie konnte nur „überwunden" werden, und zwar durch eine systematische ideologische Einwirkung und die Überzeugung der Intelligenz durch kameradschaftliche Kritik und unwiderlegbare Argumente. Das ZK der Partei betonte in seinem Beschluß über die Politik auf dem Gebiet der schöngeistigen Literatur vom Jahre 1925, daß die Politik der Partei erst dann eine erzieherische Bedeutung erlangt, wenn sie sich auf ihre **ideologische** Überlegenheit stützt.

Immer breitere Massen der Intelligenz konnten sich allmählich vergewissern, daß die Arbeiterklasse die Kultur der Vergangenheit hoch zu schätzen weiß, und den weiteren kulturellen Aufschwung erstrebt, änderten ihr Verhalten zur Sowjetmacht und arbeiteten aktiv am sozialistischen Aufbau mit.

Die KPdSU hat eine Zusammenarbeit der Mehrheit der alten Intelligenz mit anderen Gruppen von Werktätigen durch ihre Gleichstellung mit der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in deren Verhältnissen zu den Produktionsmitteln, durch ihre Gewinnung für die sozialen Ideale und die gewaltigen Maßstäbe des wirt-

3 W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Band 38, S. 167 (russ.)

schaftlichen und kulturellen Aufbaus erreicht. Gleichzeitig wurde eine weitere Aufgabe gelöst. Es wurde eine neue Volksintelligenz aus den Kreisen der Arbeiter und Bauern herangebildet, die im sozialistischen Sinne erzogen wurde.

Die Rolle und der Platz der Intelligenz in der sozialistischen Gesellschaft

Bis Mitte der 30er Jahre wuchs in der Sowjetunion im großen und ganzen eine neue Intelligenz heran, die die Reste der alten Intelligenz in sich aufnahm und zu einer sozialen Gruppe der sozialistischen Gesellschaft wurde, die aus befreundeten Klassen besteht, die auf der festen Einheit der wirtschaftlichen, sozialen, politischen und ideologischen Interessen, auf der gemeinsamen Interessiertheit am Aufbau des Kommunismus basiert.

Die sowjetische Intelligenz ist aus dem Volk hervorgegangen, und ihre Grundinteressen stimmen mit denen der Arbeiter und Bauern restlos überein. Ebenso wie die Arbeiterklasse und die Bauernschaft ist die Intelligenz an einer möglichst schnellen Entwicklung der Produktivkräfte, an der Festigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und deren Hinüberwachsen in die kommunistische Gesellschaftsordnung interessiert. Diese Aufgabe erfordert in einem immer breiteren Ausmaß geistige Arbeit.

Von der Erhöhung der Rolle der geistigen Arbeit zeugen folgende Fakten. Im Jahre 1926 haben sich in der UdSSR weniger als 3 Millionen Berufstätige vornehmlich mit geistiger Arbeit beschäftigt, im Jahre 1959 waren es bereits etwa 20 Millionen, und Anfang 1973 etwa 33 Millionen."

Bis 1972 hat die Zahl der allein in der Volkswirtschaft Beschäftigten mit Hoch- und Fachschulbildung 19 Millionen erreicht. Das ist 94mal soviel wie im vorrevolutionären Rußland. Etwa 60 Prozent dieser Spezialisten sind Frauen, ihre Zahl hat sich in den letzten zehn Jahren beinahe verdoppelt.

Die sozialistische Intelligenz hat keine ökonomischen Interessen, die von denen des Volkes abweichen, und sie unterscheidet sich von den anderen sozialen Schichten nur durch ihre Rolle in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, das heißt durch ihre Qualifikation, ihren Bildungsgrad und dadurch, daß sie vor allem intellektuelle und organisatorische Funktionen ausübt. Gerade der Charakter der Arbeit ist ein Kriterium der Unterschiede zwischen den vorwiegend mit körperlicher Arbeit beschäftigten Arbeitern und Bauern einerseits und den Vertretern der geistigen Tätigkeit andererseits.

Allerdings gibt es jedesmal, wenn eine Grenze gezogen wird, gewisse Eigenheiten. Mitunter verflechten sich in mehreren Betrieben geistige und körperliche Arbeit derart eng, daß man nur schwer unterscheiden kann, welche davon dominierend ist. Noch schwieriger ist es, eine Grenze im Bereich der geistigen Arbeit zu ziehen.

Je nach der Entwicklung der Produktivkräfte werden die sozialen Grenzen immer bedingter, da die körperliche Arbeit immer mehr intellektuellen Inhalt annimmt, während wenig qualifizierte Arbeit, sowohl die geistige als auch die körperliche, allmählich verschwinden. Vorläufig aber sind die Klassenunterschiede noch nicht überwunden, sie bestehen weiter, und damit muß gerechnet werden.

4 Siehe auch im weiteren „UdSSR in Zahlen im Jahre 1972", S. 17, 63 (russ.)

Die sowjetische Intelligenz hat als soziale Schicht eine recht komplizierte innnere Struktur. Ihre wichtigsten Gruppen sind: die wissenschaftlich-technische Intelligenz, Intelligenz auf dem Lande, Wissenschaftler und Kulturschaffende.

Wissenschaftlich-technische Intelligenz

Unter der Sowjetmacht hat sich diese Gruppe nicht nur quantitativ vergrößert, sondern auch qualitativ verändert. Besonders rasch steigt die Zahl der Wissenschaftler, des qualifiziertesten Teils der Intelligenz. Im Jahre 1913 gab es in Rußland 11 600 Wissenschaftler, 1940 98 300 und 1972 waren es 1 056 000. Das ist ein Viertel aller Wissenschaftler der Welt.

Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler spielen bei der Schaffung der materiellen Werte der Gesellschaft eine wichtige Rolle. Die Weiterentwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Verstärkung ihrer Einwirkung auf das Leben der Gesellschaft bringen wesentliche Wandlungen auch in der Struktur dieser Gruppe der Intelligenz mit sich. Ein Viertel der Spezialisten arbeitet heute in der Industrie, wobei die führenden Zweige das größte Wachstum aufweisen.

Bis Ende 1972 erreichte die Zahl der Diplom-Ingenieure in der UdSSR 2 820 000 gegenüber den 990 000 in den USA.

In der wissenschaftlich-technischen Revolution steigt der Anteil der Forschungs- und Konstruktionsarbeit. Die Wissenschaft wird immer mehr zu einer unmittelbaren Produktivkraft der Gesellschaft, zu einem besonderen Produktionszweig, in dem sich der größte Teil der Wissenschaftler und Ingenieure konzentriert.

Die Beziehungen zwischen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und der Arbeiterklasse werden durch die gemeinsamen Interessen, die gemeinsame Ideologie, die gemeinsamen Ziele und Aufgaben beim Aufbau des Kommunismus bestimmt. Die Spezialisten sind keinesfalls bestrebt, die gesamte geistige Tätigkeit zu „monopolisieren". Im Gegenteil, sie setzen alles daran, den Bildungsgrad und die Qualifikation der Arbeiter zu erhöhen. Dadurch verändern sich Struktur und Lebensweise der Arbeiterklasse. Es entstehen neue Berufe, die mit der Vollmechanisierung und der Automation der Produktion zusammenhängen sowie auch damit, daß der Anteil der schweren körperlichen Arbeit zurückgeht.

Die wissenschaftlich-technische Intelligenz geht zahlenmäßig nach wie vor besonders aus der Arbeiterklasse hervor. Zugleich wird der allgemeine Bildungsgrad der Arbeiter als wichtiges Element und als Ausgangspunkt der Hebung ihrer allgemeinen und Arbeitskultur immer mehr erhöht. Die Zahl der Arbeiter mit abgeschlossener Zehnklassenschulbildung hat sich von 1939 bis 1970 auf mehr als das 30fache erhöht.

Vollkommen deutlich wird der aktive Prozeß der Bildung ganzer Schichten der Arbeiterklasse, die in ihrem Wissen sowie im Charakter der Arbeit den Vertretern der Intelligenz nahekommen. Geistige Tätigkeit nimmt in der Produktionsarbeit der Arbeiterklasse einen immer breiteren Raum ein. Das immer mächtiger und fester werdende Bündnis von Wissenschaft und Produktionstätigkeit bei der führenden Rolle der Arbeiterklasse ist die soziale Basis und die Stärke des sozialistischen Aufbaus.

Die Intelligenz auf dem Lande

Das ist die jüngste und am schnellsten wachsende Gruppe der sowjetischen Intelligenz. Als soziale Gruppe umfaßt sie Spezialisten mit Hoch- und Fachschulbildung, die berufsmäßig geistige Arbeit in der Agrarproduktion und dem gesellschaftlichen Leben auf dem Lande verrichten. Sie sind Agronomen, Ingenieure, Zootechniker, Ökonomen usw. Ein Teil der Intelligenz ist in Betrieben und in staatlichen Agrarwirtschaften, den Sowchosen beschäftigt, ein anderer Teil in Kolchosen, den genossenschaftlichen Großbetrieben. Aber sowohl für die einen als auch für die anderen bildet die gesellschaftliche Produktion die Grundlage des materiellen Lebens und die Arbeit die Quelle des Wohlstandes.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt in der Landwirtschaft führt zu einem unablässigen Wachstum der Gruppe der Agronomen, Zootechniker und Ingenieure. Ende 1970 arbeiteten allein in den Kolchosen 390 000 Spezialisten mit Hoch- und Oberschulbildung. Die Formierung der werktätigen Intelligenz auf dem Lande erfolgt auf zwei Wegen: Erstens werden Bestarbeiter der Kolchosen und Sowchosen mit leitenden Funktionen betraut, und zweitens werden Spezialisten an Hoch- und Fachschulen ausgebildet. Heute wird der letztere Weg bevorzugt.

Von Jahr zu Jahr wird die Zahl der Absolventen der landwirtschaftlichen Hoch- und Fachschulen größer, während im Jahre 1940 31 800 Spezialisten für Agrarproduktion Hoch- und Fachschulen verlassen haben, waren es 1972 bereits 226 700. Das Wachstum der Intelligenz förderte bedeutsame Veränderungen unter den leitenden Kadern. Ungefähr drei Viertel der Vorsitzenden der Kolchosen und der Direktoren der Sowchosen haben Hoch- oder Fachschulen abgeschlossen.

Ganz offensichtlich ist die Tendenz zum weiteren Wachstum des Bildungsgrades der in der Agrarproduktion Beschäftigten. Während im Jahre 1939 nur 6 Prozent der Landwirte Hoch- und Oberschulbildung hatten, so haben Ende 1970 mehr als 50 Prozent der Landbewohner Ober- oder Hochschulen absolviert.

Das ist ein objektiver Entwicklungsprozeß der sozialistischen Gesellschaft, für den die Annäherung der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz kennzeichnend ist.

Wissenschaftler, Kultur-, Kunst- und Literaturschaffende, Lehrer, Ärzte und Journalisten

Auch ihre Zahl steigt in hohem Tempo. Eine gewisse Verringerung des Anteils der Lehrer und Ärzte unter den Fachleuten geht mit einer schnellen Steigerung ihrer absoluten Anzahl einher. So hat es im Jahre 1928 in der UdSSR 63 000 Ärzte gegeben, gegenwärtig sind es 733 000. Ihre Zahl hat sich also auf mehr als das 11fache erhöht. Auf je 10 000 Einwohner kommen in der Sowjetunion 29 Ärzte. In den zehn Jahren von 1960 bis 1970 hat sich die Zahl der Diplom-Lehrer in der UdSSR auf das 1,8fache vergrößert. Heute gibt es in der UdSSR 2,7 Millionen Lehrer.

Vertreter der künstlerischen Intelligenz — Architekten, Maler, Schriftsteller und Komponisten sind je nach ihrer Tätigkeit in Berufsverbänden organisiert. Die Grundlage dieser Vereinigungen bilden die Methode des sozialistischen Realismus, die gemeinsame ideologische und ästhetische Plattform und hohes künstlerisches Können. Die Verbände gewährleisten den Kulturschaffenden die Möglichkeit eines freien Schaffens für das Wohl ihres Volkes, im Interesse des Friedens und des Fortschritts. Vor dem 1. Januar 1971 vereinten diese Verbände mehr als 7000 Schriftsteller, etwa 50 000 Journalisten, mehr als 13 000 Kunstmaler, 1700 Komponisten und 4600 Filmschaffende.

Die Entwicklung geistiger Voraussetzungen des Kommunismus führt objektiv zum Wachstum der Zahl und des Anteils der Wissenschaftler und Kulturschaffenden. Im Zusammenhang mit der äußerst breiten Entwicklung des Bildungs- und Gesundheitswesens und der Kultur wird sich die Zahl der in diesen und anderen nichtproduktiven Sphären Beschäftigten bis 1980 fast verdreifachen.

Große Wandlungen haben sich in der Standortverteilung und der nationalen Zusammensetzung der Intelligenz vollzogen. Alle Nationen und Völkerschaften der Sowjetunion, die heute eine neue historische Gemeinschaft der Menschen, das Sowjetvolk, bilden, haben ihre sozialistische Intelligenz. In besonders hohem Tempo wächst die Zahl der Spezialisten in jenen Republiken, in denen vor der Revolution der Anteil der Intelligenz sehr gering war. Es ist bekannt, daß vor 1917 viele Völker Rußlands nicht einmal eine Schriftsprache hatten. Von 1961 bis 1970 stieg die Zahl der in der Volkswirtschaft beschäftigten Spezialisten auf das 1,9fache, erhöhte sie sich zum Beispiel in der Usbekischen SSR und der Kasachischen SSR auf das 2,2fache. Noch markanter sind die Angaben vom Wachstum der wissenschaftlichen Intelligenz. Die meisten Völker Rußlands haben praktisch keine Wissenschaftler gehabt. In den 20 Jahren von 1951 bis 1971 ist die Gesamtzahl der Wissenschaftler der UdSSR auf das 6fache, in Kasachstan auf das 11,7fache, in Tadshikistan auf das 15,2fache, in Turkmenien auf das 15,2fache, in Usbekistan auf das 15,3fache und in Moldawien auf das 20,8fache gestiegen. In allen Sowjetrepubliken wurde ein hoher allgemeiner Bildungsgrad erzielt.

Haupttendenz: soziale Homogenität

Die moderne sowjetische Wirklichkeit bestätigt deutlich, daß in einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft reale Voraussetzungen und eine günstige Atmosphäre geschaffen werden, um eine internationale Kultur der zukünftigen kommunistischen Gesellschaft zu gestalten. Immer deutlicher prägt sich die Tendenz zur sozialen Homogenität und Einheit der sowjetischen Gesellschaft aus, die Tendenz zu einer intensiven Annäherung der Klassen und sozialen Gruppen, zur Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen der körperlichen und der geistigen Arbeit sowie die Herausbildung einheitlicher sozialer, politischer und moralischer Merkmale.

Wie drückt sich das konkret aus? Die Prozesse des Verwischens der sozialen Grenzen zwischen der Arbeiterklasse und der Kolchosbauernschaft einerseits und den Vertretern der geistigen Tätigkeit andererseits vollziehen sich vor allem auf der Basis der Höchstleistungen bei der Entwicklung der Produktivkräfte, auf der Basis eines hohen Standes des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts, der Reife der sozialen Lebensformen und der hohen Kultur der Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft.

Viele Arbeiterberufe, wie Fräser, Einrichter, Dreher oder Elektrolokführer erfordern heute bereits ein Bildungsniveau, das bei geistiger Arbeit benötigt wird. Es handelt sich um einen neuen Typ von Arbeitern, die unmittelbar am Arbeitsplatz moderne

Technik steuern und sowohl in ihrer Arbeit als auch in ihrer Ausbildung den Ingenieuren und Technikern nicht viel nachstehen. Hier verschmelzen harmonisch geistige und körperliche Arbeit. Obwohl sie mit der Intelligenz viel Gemeinsames haben, bilden sie dennoch eine Schicht der Arbeiterklasse, die mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt wachsen und in dieser Klasse einen immer bedeutenderen Platz einnehmen wird.

Im laufenden Fünfjahrplan, in dem Übergang zur allgemeinen Zehnklassenschulbildung vorgesehen ist, wird der Grad der allgemeinen und der fachlichen Bildung der Arbeiter weiterhin steigen. In fünf Jahren von 1971 bis 1975 werden 3,4 Millionen Spezialisten Hochschulen und mehr als 5,4 Millionen Oberschulen abschließen, darunter 4 Millionen Ingenieure und Techniker, mehr als 900 000 Fachleute der Landwirtschaft, 900 000 Ärzte, 1,2 Millionen Lehrer und Erzieher.

Auf welche Weise erfolgt die Annäherung der Qualifikation der Arbeiter und Bauern an die der Intelligenz? Erstens, durch die Erhöhung der Erfahrungen und des Könnens; zweitens, durch eine Änderung der Berufsstruktur unter der Einwirkung des technischen Fortschritts, und drittens durch eine Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus.

Während im Jahre 1939 laut Volkszählung nur 24,2 Prozent der gesamten berufstätigen Stadtbewohner und 6,3 Prozent der Landbevölkerung der UdSSR Oberschulbildung oder Hochschulbildung hatten (abgeschlossene oder noch im Ausbildungsprozeß), hatte im Jahre 1970 jeder dritte von vier Stadtbewohnern und jeder zweite Dorfbewohner Ober- oder Hochschulbildung. In ihrer Gesamtheit führen diese qualitativen Veränderungen zu bedeutsamen Wandlungen in der sozialen Struktur der Gesellschaft. Auf dieser Grundlage nähern sich die Arbeiterklasse und die Bauernschaft an die Intelligenz an und heben sich die wesentlichen Unterschiede zwischen der geistigen und der körperlichen Arbeit auf.
Die sozialen Grenzen verschwinden auch infolge einer Wechselwirkung und gegenseitigen Bereicherung aller Klassen und sozialen Gruppen in der gesellschaftlichen Produktion. Davon zeugt unter anderem eine Analyse der sozialen Veränderungen. Auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU wurden folgende Angaben über die Erweiterung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im Rohrwalzwerk von Perwouralsk angeführt: 42 Prozent der Ingenieure und Techniker stammen aus der Arbeiterklasse, 32 Prozent aus der Bauernschaft und 26 Prozent aus der Schicht der Angestellten. Ähnliche Werte wurden bei soziologischen Untersuchungen in anderen Betrieben ermittelt.

Der Weg zur endgültigen und vollständigen Überwindung der sozialen Grenzen ist kompliziert. Für den Ausgleich des kulturellen Niveaus der Klassen und sozialen Gruppen und die Überwindung der Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen der geistigen und der körperlichen Arbeit muß noch vieles unternommen werden. Dabei muß man hervorheben: Der geistige Fortschritt in der sozialistischen Gesellschaft, die Lebensverhältnisse, wirken, um mit Lenin zu sprechen, in der Richtung der Entwicklung der sozialen Homogenität der Gesellschaft und der Herausbildung eines neuen Menschen ein, dem soziale Einheit, ein hoher Grad an geistigen Bedürfnissen und Gemeinsamkeit der Kultur, sozialistisch in ihrem Inhalt, vielfältig in den nationalen Formen und international in ihrem Geist und Charakter eigen sind.

Die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus haben vorausgesehen, daß die soziale Spaltung von einer sozialen Geschlossenheit der Gesellschaft abgelöst wird. Es wird, wie Engels betonte, ein „Gesamtwillen" der Werktätigen entstehen, der nach einem „Gesamtplan"[5] handeln wird, da die Spaltung verschiedener Schichten des Volkes, die der Kapitalismus absichtlich geschürt hat, endgültig und unwiderruflich verschwinden wird, und, wie Lenin sagt, „die ganze Gesellschaft ... eine einzige große Genossenschaft"[6] der Werktätigen bilden muß. Die wissenschaftlich fundierte Politik der KPdSU ist eine wahre und zuverlässige Gewähr für den Aufbau der klassenlosen, sozial-homogenen kommunistischen Gesellschaft.

Die Intelligenz und die Gesellschaft

In der sozialistischen Gesellschaft geht die Entwicklung der geistigen Kultur nicht spontan, sondern zielstrebig vor sich. Die Leitung der geistigen und ideologischen Prozesse der Gesellschaft, darunter der Entwicklung der Wissenschaft, Literatur und Kunst, der Prozesse der Bildung und Erziehung, wird von der Kommunistischen Partei, gestützt auf die Beherrschung der objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, verwirklicht.
Die Kulturpolitik der Partei ist in dem vom XXIV. Parteitag der KPdSU angenommenen Programm der KPdSU formuliert worden. Das Programm hebt die zunehmende Rolle der Intelligenz im Leben der Sowjetunion hervor, wobei es davon ausgeht, daß die Aufgaben der Schaffung der materiellen und technischen Basis des Kommunismus, der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Herausbildung eines neuen Menschen ohne aktive Teilnahme der gesamten sowjetischen Intelligenz und ohne ihr ständiges zahlenmäßiges Wachstum nicht gelöst werden können.
Die Kultur kann als komplizierter und dynamischer Organismus bezeichnet werden. Schon Karl Marx hat in aller Bestimmtheit unterstrichen, daß „... die Kultur, wenn naturwüchsig vorschreitend und nicht bewußt beherrscht ... Wüsten hinter sich zurückläßt".[7] Unter Berücksichtigung der Kompliziertheit des kulturellen Lebens ist die KPdSU bestrebt, es zielstrebig und zugleich elastisch genug zu leiten und dem Entwicklungsprozeß der Kultur eine ausgeprägte ideologische Ausrichtung zu geben.
Die Notwendigkeit der Lenkung der Entwicklung der Kultur durch die Partei erwächst erstens aus den Grundinteressen der sowjetischen Gesellschaft und aus der erforderlichen zielgerichteten und koordinierten Entwicklung aller Bereiche des geistigen Lebens und einer richtigen Erfassung all dessen, was den Bedürfnissen des kommunistischen Aufbaus entspricht. Zum anderen ergibt sich die Notwendigkeit einer Führung durch die Partei aus den Interessen und den Belangen der Kunst, aus deren ideologischen und ästhetischen Wesen.
Der Sinn der Kulturpolitik der Partei ist im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag in folgenden Worten formuliert worden: „Wir sind für ein verständnisvolles Verhalten gegenüber dem künstlerischen Suchen, für die

5 K. Marx u. F. Engels. Ausgewählte Werke in 2 Bänden, Band 2, S. 484–485 (russ.)
6 W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Band 37, S. 346 (russ.)
7 K. Marx u. F. Engels. Ausgabe 2, Band 32, S. 45 (russ.)

volle Entwicklung der individuellen Begabungen und Talente, für Mannigfaltigkeit und Reichtum der Formen und Stile, die auf der Grundlage der Methode des sozialistischen Realismus erarbeitet werden. Die Stärke der Führung durch die Partei liegt in der Fähigkeit, den Künstler durch die edle Aufgabe, dem Volk zu dienen, mitzureißen, ihn zu einem überzeugten und aktiven Teilnehmer an der Umgestaltung der Gesellschaft auf kommunistischer Grundlage zu machen."[8]

Vor der sowjetischen Intelligenz liegt ein breites Wirkungsfeld. Von ihren Anstrengungen hängen die weitere Hebung des allgemeinen, kulturellen, technischen und Bildungsniveaus der Werktätigen, die fruchtbringende Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution und deren organische Verbindung mit den Vorzügen der sozialistischen Gesellschaftsordnung, die Meisterung neuer Steuerungssysteme, Veränderung des Charakters der Arbeit, und die Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für eine allseitige Entwicklung der Persönlichkeit, für das Hinüberwachsen des Sozialismus in den Kommunismus in vieler Hinsicht ab.

Die sowjetische Intelligenz besitzt die volle Freiheit, ihr Talent und Wissen dem Volk zu widmen und für das Glück und den Triumph der kommunistischen Ideale zu schaffen. Die sowjetischen Kulturschaffenden verlegen das Hauptgewicht auf die sozialen und historischen Errungenschaften der Revolution und zeigen die große Lebensfähigkeit der Ideale der neuen Gesellschaftsordnung, damit weichen sie aber der Darstellung der Schwierigkeiten und Widersprüche beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft nicht aus.

Die Wissenschaftler, Künstler und Kulturschaffenden der UdSSR haben das unbestreitbare Recht, alles Negative und Rückständige zu bekämpfen. Aber niemand wird Anerkennung in der Gesellschaft finden, wenn er ehrliche Kritik durch hemmungslose Demagogie oder, wie Alexander Block seinerzeit gesagt hat, „arrogante Politikasterei" ersetzt.

Die Kommunistische Partei sieht in der Intelligenz ihren treuen Helfer und setzt in sie große Hoffnungen bei der Lösung der Aufgaben des kommunistischen Aufbaus. Ihrerseits setzt die sowjetische Intelligenz in ihre Partei hohes Vertrauen und unterstützt ihren Kurs als ihre eigene Sache. In der Sowjetunion gestaltete sich und erstarkte eine unzerstörbare soziale, politische und ideologische Einheit des um die KPdSU geschlossenen Volkes.

Welche große Mühe sich die ideologischen Gegner des Sozialismus auch immer geben mögen, es wird ihnen nie gelingen, eine „Opposition" der Intelligenz gegen den sozialistischen Staat und gegen die KPdSU zu provozieren. Das werden sie auch mit Hilfe der antisowjetischen Machwerke der neugebackenen „Andersdenkenden" wie des Akademiemitglieds Sacharow oder des Literaten Solschenizyn nicht schaffen. Obwohl sie den Standpunkt der sowjetischen Öffentlichkeit in keinem Maße vertreten, versucht man im Westen, ihren Äußerungen ein besonderes Gewicht zu geben und ihnen die Rolle von „Sprachrohren" einer angeblichen Opposition gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung und gegen die KPdSU zuzusprechen. In der Tat aber repräsentieren sie niemanden außer sich selbst und einem kleinen Häuflein anmaßender „Intellektueller". Aber es fehlt ihnen nicht an Beharrlichkeit, ihre Rolle als Pseudointellektuelle, die der Arbeiterklasse und

8 „XXIV. Parteitag der KPdSU", 1971, S. 89 (russ.)

dem Volk ihres Landes zutiefst feindlich gesinnt sind, unermeßlich aufzublähen und aufzubauschen.

Leute vom Schlage eines Sacharow, die gegenüber den werktätigen Menschen, die sie als „graue Masse" bezeichnen, Hochmut und Verachtung zeigen, schmieden illusorische Pläne einer „intellektuellen Führung im Weltmaßstab" und betreiben offen antisozialistische Propaganda. Sie nutzen die „intellektuelle Freiheit" nicht, um über Probleme von Produktion, Verkehrswesen, Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Wissenschaft, Energetik oder Handel zu diskutieren, um den Aufbau des Kommunismus zu beschleunigen, sondern um Lüge und Verleumdungen über den Sozialismus zu verbreiten und seine unanfechtbaren Errungenschaften und Vorzüge gegenüber dem Kapitalismus zu verunglimpfen. Verständlicherweise lehnen das Sowjetvolk und die überwiegende Mehrheit der Intelligenz die Anmaßungen solcher Menschen ab und verurteilen sie entschieden.

Jegliche Versuche, bei den Arbeitern und Bauern Mißtrauen gegen die Intelligenz zu säen und die einheitliche sozialistische Gesellschaft zu spalten, sind, von welcher Seite sie auch immer ausgehen, zum Scheitern verurteilt. Die sowjetischen Arbeiter und Bauern vertrauen ihrer Intelligenz, sie wissen, daß ihre Interessen einheitlich und unlösbar sind. Die sowjetische Intelligenz entwickelte sich gemeinsam mit der Partei, der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Sie hat gemeinsame Interessen mit ihnen. Gemeinsam mit ihnen kämpft sie für die Verwirklichung der kommunistischen Ideale.

Kleine Rote Reihe

Kleine Rote Reihe 1 — Vorwärts und nicht vergessen! Lieder der Arbeiterbewegung. Mit Noten! 1,— DM

Kleine Rote Reihe 3 — Trotz alledem! Liebknecht-Luxemburg-Report. 1,— DM

Kleine Rote Reihe 6 — W. Schwettmann: Lenin und die Jugendbewegung heute. Zur Entwicklung der marxistischen Jugendpolitik. 1,— DM

Kleine Rote Reihe 12 — Zu Gast bei Freunden. Geschichten und Gedichte um die Verträge von Moskau und Warschau mit Leben zu erfüllen. 104 Seiten, 3,— DM (Herausgegeben von P. Schütt)

Kleine Rote Reihe 13 — Nguyen van Troi. Das Leben eines vietnamesischen Revolutionärs. 104 Seiten, 3,— DM

Kleine Rote Reihe 14 — Drushba — Freundschaft. So lebt die Jugend in der UdSSR. 50 Seiten, 2,— DM

Kleine Rote Reihe 15 — Die Weltfestspiele gestern und heute. Eine Chronik von den I. Weltfestspielen in Prag 1947 bis zu den X. Weltfestspielen in Berlin. 68 Seiten, 2,— DM

Kleine Rote Reihe 17 — Berufsausbildung — Misere eines Systems. 124 Seiten, 3,— DM

Kleine Rote Reihe 18 — Christiane Knauf/Frederik Vahle: Die Maultrommel. Kinderlieder-Arbeitsheft. Mit Noten. 184 Seiten, 5,— DM

Kleine Rote Reihe 19 — Mit den Kommunisten für die Rechte der Jugend. Arbeiterjugendkonferenz der DKP. 160 Seiten, 3,— DM

Kleine Rote Reihe 20 — Jugend und Freizeit. Aktionskonferenz von SDAJ und elan. Referate und Diskussionsergebnisse. Ca. 80 Seiten, 3,— DM

Weltkreis-Verlags-GmbH

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon (02 31) 57 20 10

Thomas Brücher/Günther Ludwig/Michael Zimmermann

Facit-Forum:[1]

Zur Auseinandersetzung mit der Politik des „sozialliberalen Hochschulverbandes"

Im letzten Semester ist das Auftreten nicht nur des RCDS stärker geworden, des nach eigenen Zeugnissen „einzigen (!) auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden (!) überregionalen Studentenverbandes"[2], sondern auch und vor allem des SLH, dessen Selbstverständnis sich explizit aus der Gegnerschaft zum MSB Spartakus herleitet[3], der aber – in Berücksichtigung der relativ hohen Attraktivität der Sozialdemokratie unter Studenten – weitgehend auf reaktionäre Phraseologie verzichtet und eine pseudokritische, mit allerhand Verbalradikalismus durchsetzte Sprache benutzt. Das integrationistische Erfolgsrezept des SLH funktionierte an einigen Hochschulen, und es besteht die Gefahr, daß rechte Politik, wenn sie nur geschickt genug reformistisch verpackt ist, wieder attraktiv wird für solche Studenten, die angesichts staatlicher Reglementierungsmaßnahmen zu Verunsicherung und Resignation neigen. Um den Anfängen zu wehren, müssen wir verstärkt die Diskussion um die Auseinandersetzung mit der Politik rechter Gruppen führen. Das im folgenden dargestellte Material, das weitgehend aus Erfahrungen mit dem SLH an der Ruhr-Universität Bochum resultiert, soll ein erster Schritt dazu sein.

Wie schätzen wir den Bewußtseinsstand der Studenten ein?

Eine empirische Untersuchung über das politische Verhalten Hamburger Studenten[4] gibt einige Hinweise über deren Bewußtseinsstand. So hatten schon 70 Prozent der Befragten an Demonstrationen teilgenommen, nur 15 Prozent noch nie eine Vollversammlung besucht. Trotz dieses hohen Grades an Aktivität, der durch weitere Daten belegt ist, wußten nur 10 Prozent annähernd die Grundsätze gewerkschaftlich orientierter Politik zu beschreiben. Die große Mehrheit bleibt in ihrem Wahlverhalten **außerhalb** der Universität an die SPD gebunden[5].
Der Schluß, den man aus diesem inkonsistenten Verhalten ziehen muß: Wenn

1 Mit „Facit-Forum" eröffnet Facit eine neue Rubrik; siehe Editorial.

2 RCDS aktuell, Sonderausgabe zum 18. CDU-Parteitag, 1971.

3 Der 1968 unter dem Namen „Deutsche Studentenunion" (DSU) gegründete SLH beschreibt sich im Vorwort seiner Grundsatzerklärung folgendermaßen: „Das sozialliberale Selbstverständnis der DSU (profilierte sich) . . . sehr schnell, so daß heute die eigentliche Auseinandersetzung um die Form der Veränderung von Gesellschaft und Hochschule sich im Grunde genau zwischen DSU und Spartakus abspielt. Die Zielvorstellungen von ‚sozialer Demokratie' der sozialliberalen DSU und von ‚sozialistischer Demokratie' des orthodox-marxistischen Spartakus stehen unvereinbar nebeneinander." (Wer ist, was will die DSU?, Bonn 1971, S. 3.)

4 Die Untersuchung wurde am Lehrstuhl des Hamburger Psychologen Professor Hofstätter durchgeführt. Vgl. hierzu den Beitrag des Gen. Schönke in der AG 4 der theoretischen Konferenz des MSB 23./24. 2. 1974, „Der Kampf um die Verbreitung des Marxismus . . ."

5 Die genauen Zahlen: SPD 64 %, DKP 7 %, CDU 5 %. Bedenkt man die Stärke von MSB und SHB in Hamburg, dann dürften diese wie die anderen Daten nur mit Vorbehalt auf andere Hochschulen übertragbar sein.

sich viele Studenten aus Unzufriedenheit mit der Studiensituation und aus Erfahrung der Grenzen bürgerlicher Wissenschaft interessiert mit Elementen des Marxismus auseinandersetzen, bei SP-Wahlen für den MSB stimmen, mal an einer Demonstration teilnehmen etc., dann kann dies – obwohl Anzeichen zunehmender politischer Aktivität – immer noch auf Basis eines liberalen Politikverständnisses erfolgen, das widersprüchlich die verschiedensten Elemente in sich vereint.
Als ein anderes Beispiel für die Unsicherheit vieler Studenten gegenüber politischen Gruppen können die letzten Bochumer SP-Wahlen im Sommersemester 1973 angesehen werden, als deren Ergebnis SLH und RCDS die lokale „K"BW-Gruppe im AStA ablöste: Sobald die Antikommunisten im „fortschrittlichen" Marx-Pelz durch zuviel Verrücktheiten ihren Kredit auf bürgerliche Erziehung endgültig verspielt hatten, konnte der SLH mit seiner „linksliberalen" Aura durchaus akzeptabel werden. Die Alternative für den zur Sozialdemokratie tendierenden Liberalen war eben nicht, welche der insgesamt für sozialistisch gehaltenen Gruppen die konsequent revolutionärste wäre, sondern ob die praktisch-politischen und die ideologischen Elemente überhaupt **irgendeine** dieser Gruppen akzeptabel machten. So konnte der MSB trotz eines großes Wahlerfolges dennoch das Anwachsen des SLH nicht verhindern, der mit seiner geschickt links, progressiv, kritisch drapierten Demagogie manchem sich links Verstehenden als kleinstes Übel erschienen sein mag.
An diesem Beispiel zeigt sich, daß durchaus viele Studenten die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft subjektiv erfahren mögen und auch irgendwie ändern wollen, daß aber die Ratlosigkeit gegenüber dem bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb und die Existenzunsicherheit durch soziale Demontage und tendenziell durch mangelnde Qualifikation nicht automatisch zur Erkenntnis der Ursachen dieser Misere führt, sondern eher noch den aus der bürgerlichen Erziehung resultierenden „Agnostizismus im liberalen Gewande" bestärkt, der sowohl in der wissenschaftlichen Arbeit als auch in der Beurteilung politischer Aktivitäten unsystematisch und spontan urteilt. Und das kann zur Folge haben, daß Horkheimer zur Ergänzung vor Marx gerät, daß mal ein Flugblatt des MSB, mal eines des RCDS „plausibel" erscheint.

Das Wissenschaftsverständnis des SLH: die Methode der Beliebigkeit

Der SLH knüpft genau an dieser Verunsicherung an, wenn er für sein Wissenschaftsverständnis als konstitutiv angibt, „daß es keine wissenschaftlich-objektive und endgültige Wahrheit über die Ordnung unserer Gesellschaft geben kann" (wie die „messianistischen" Marxisten behaupten), und daß es darum nur aus der „freien Konkurrenzmöglichkeit verschiedener gesellschaftlicher Interessen" zu „neuen, erfolgversprechenden Ideen kommen" könne[6]. In Entsprechung dazu beruft sich der SLH auf den neopositivistischen „kritschen Rationalisten" Sir Karl Popper, „den bedeutendsten Wissenschaftsphilosophen der Gegenwart" (BSZ 118/1974)[7], und stellt fest, daß Wissenschaft nur auf Hypothesen mit einem

6 Was will die DSU . . . a. a. O., S. 4 ff.

7 Auf Bochum beschränkte Publikationen werden im Text wie folgt nachgewiesen: „BSZ", Bochumer Studentenzeitung, hg. vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhruniversität; „aktion", Zeitung des MSB Spartakus an der Ruhruniversität Bochum; „apropos", hg. vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten Bochum e. V.; „contrapunkt", hg. vom Sozialliberalen Hochschulverband Bochum.

bestimmten Wahrscheinlichkeitsgehalt basiere, „der Anspruch auf Wahrheit jedoch aufgegeben werden" müsse. Indem „für jede Aussage nach einer Begründung gefragt werden muß", stoße man zu „immer grundsätzlicheren Aussagen vor", dieser „Begründungszusammenhang" sei aber „unendlich"[6].

Ein anderer Neopositivist, Hans Albert, trennt den Begründungszusammenhang (unter welchen Umständen, aufgrund welcher Beobachtungen kann eine Hypothese bestätigt werden) vom Entdeckungszusammenhang (wie kommt man aufgrund von Beobachtungen zu allgemeinen Aussagen, zu Hypothesen), um diesen Entdeckungszusammenhang aus der Erkenntnistheorie zu eliminieren, die sich dann nur noch mit dem Begründungszusammenhang beschäftigt, also auf die logische Analyse fertigen Wissens reduziert wird. Die Wissenschaftstheorie soll eingehen auf die „Begründbarkeit und damit intersubjektive Kontrollierbarkeit **gegebener** Aussagen" und nur darauf. Nach Albert soll man sich „bestenfalls in der Psychologie" mit der Frage der Erkenntnis befassen[8]. Objektivität der Wissenschaft ergibt sich aus der „gegenseitigen Kritik" der Wissenschaftler, die „solche Kleinigkeiten" wie den „sozialen oder ideologischen Standort des Forschers" ausschaltet[9].

Erich Hahn faßt die marxistische Kritik an dieser Position wie folgt zusammen: „Durch die Leugnung des Abbildcharakters der Erkenntnis wird geradezu auf klassische Weise das Subjekt vom Objekt getrennt. Der Positivismus leugnet die Legitimität der Frage nach der Existenz und dem Charakter der objektiven Realität. Legitim ist lediglich die Frage nach der Natur des ‚Materials' der wissenschaftlichen Erkenntnis, der Erfahrung. Die Erfahrung wird von der objektiven Realität getrennt, die ‚Tatsachen' auf Erfahrungen reduziert und so nicht nur das Objektive subjektiviert, sondern auch das Subjektive objektiviert"[10].

Die so vollzogene Trennung von Subjekt und Objekt der Erkenntnis hat eine Reihe von Konsequenzen. Die wissenschaftliche Erkenntnis wird beliebig, da die Bestimmung ihres Gegenstandes zufällig ist. Die Einheit der wissenschaftlichen Aussage besteht in ihrer Methode, die sich an die Naturwissenschaften anlehnt. Theorie wird als axiomatisch-deduktives System von Aussagen formuliert[11], alle

8 Hans Albert, Theorie und Prognose in den Sozialwissenschaften, in: Logik der Sozialwissenschaften, hg. von Erbst Topitsch, Köln/Berlin 1965, S. 126 ff.

9 Karl Popper, Die Logik der Sozialwissenschaften, in: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, hg. von Th. W. Adorno, Neuwied/Berlin 1970, S. 112 f.

10 Erich Hahn, Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, Berlin 1968, S. 29. Wolfgang Heise schreibt zum selben Gegenstand: „Die Leugnung des Abbildcharakters der menschlichen Erkenntnis, damit der objektiven materiellen Realität außerhalb des Bewußtseins, hebt den wirklichen Erkenntnisprozeß auf, nimmt ihm das Objekt, damit die Möglichkeit, Wahrheit zu erkennen, damit den Unterschied zwischen Illusion und Realität." (W. H., Aufbruch in die Illusion, Berlin 1964, S. 111 f.).

11 ... denn der Induktionsschluß vom Einzelnen aufs Allgemeine ist ein „falscher Schluß". Beweis: „Wird nur ein einziges Mal ein schwarzer Schwan beobachtet, so widerlegt bereits diese eine Beobachtung, die angebliche Wahrheit des Induktionsschlusses ‚Wenn Schwäne weiß sind, dann sind alle Schwäne weiß'," (BSZ 118/1974). Es stellt sich allerdings die ketzerische Frage, ob schon einmal ein Biologe die Theorie aufgestellt hat, alle Schwäne seien weiß, bzw. ob Meister Propper mit diesem Dreh nicht vielleicht auch gleich die Mendelschen Erbgesetze über den Haufen werfen will – denn wer dürfte von der Gartenerbse auf Rindvieh schließen? (Vgl. jedes gängige Biologie-Schulbuch, Mittelstufe.)

Aussagen „müssen mit Hilfe von Schlußregeln aus den Axiomen ableitbar" sein[12].

Die Widerspruchslosigkeit garantiert die formale Richtigkeit, die inhaltliche Wahrheit kann ausschließlich durch Realexperiment und exakte Beobachtung, durch das Verfahren von trial and error, festgestellt werden. Keine Aussage ist mit Sicherheit wahr. Sicher ist nur die Möglichkeit ihrer Falsifikation.

Indem aber keine Aussage mit Sicherheit wahr ist, wird eben diese Aussage zur letzten Wahrheit. Die Beliebigkeit der Aussage heißt nicht, daß keine Aussage gemacht wird, sondern hat vielmehr – übertragen auf die Gesellschaftswissenschaften – zur Folge, daß es keine erkennbaren Gesetze der Gesellschaft gibt. Aus dieser Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten erfolgt die bewußte Veränderung der Gesellschaft, und gegen diese Einsicht soll der Neopositivismus immunisieren.

Wenn sich Neopositivisten daran machen, den Marxismus zu „widerlegen", und das ist eine ihrer wesentlichen Aufgaben, dann müssen sie konsequenterweise seine „totale Unmenschlichkeit" und seinen „Despotismus" im Anspruch auf die Erkenntnis der objektiven Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung sehen (contrapunkt 45/1973). Poppers „nüchterner Rationalismus" versteht sich als „Bollwerk kritischen Denkens, das dem linken Utopismus gewaltsam-revolutionärer Endsiege widerstehen soll" (BSZ 118/1974).

Und das löst er folgendermaßen: Marxismus und Faschismus sind Dogmatismus, Dogmatismus ist Monismus, da er „alle Phänomene von einem Denkansatz ableiten will", Monismus führt zur Postulierung „absoluter Wahrheiten", absolute Wahrheiten sind Legitimationen für „Eliteherrschaften", deren „Gehorsamkeitsanspruch" die „Heilswahrheiten" produziert, die notwendig mit „Terror, Unterdrückung" etc. verbunden sind, also ist Marxismus Terror, und deshalb stellt der SLH „in Abgrenzung von dogmatischen Wissenschaftsverständnissen ... genau **den** Marxismus als Weltanschauung radikal in Frage" (SLH-Flugblatt, SS 73).

Wer die Pluralität der Meinungen zur unabdingbaren Voraussetzung wissenschaftlicher Erkenntnis macht, enthebt sich allerdings der Aufgabe, den Marxismus konkret zu analysieren, denn er braucht ihn ja nur mit dem Verweis auf seinen Primat der materiellen Basis der „Monokausalität" zu zeihen und hat ihn überführt. Den Rest besorgt der diffamierende Verweis auf die Totalitarismusdoktrin. So einfach ist das.

Allerdings gibt es auch noch eine komplexere Variante neopositivistischer Marx-Widerlegung. „Das Kriterium des wissenschaftlichen Status einer Theorie ist ihre Falsifizierbarkeit ... Erprobbarkeit ist Falsifizierbarkeit"[13], oder: die Erprobbarkeit schließt immer die Möglichkeit der Falsifizierung ein. Der SLH wirft dem Marxismus nun vor, daß viele seiner „Glaubenssätze ... weder verifiziert noch falsifiziert werden" könnten, also „paratheoretische Aussagen" ohne Informationswert darstellten, die „prinzipielle Nicht-Falsifizierbarkeit" immunisiere die Theorie „im anti-aufklärerischen Interesse" (SLH-Flugblatt SS 1973). Der Marxismus

12 Hans Albert, Theorie und Prognose ... a. a. O., S. 128.

13 Karl Popper, Conjectures and Refutations, zit. n. Maurice Cornforth, Marxistische Wissenschaft und antimarxistisches Dogma, Frankfurt/M. 1970, S. 13.

ist unwiderlegbar, also widerlegt[14]. Diese Aussage ist nicht unwiderlegbar, da falsch.

Bedauerlicherweise verschweigt uns der SLH in seinen erbaulichen Schriften Poppers Beweisführung für die Nicht-Falsifizierbarkeit des Marxismus, deshalb sei hier daran erinnert: verantwortlich ist nämlich die Dialektik. Die materialistischen Elemente in dieser Theorie ließen sich verhältnismäßig leicht so neu formulieren, daß keine ernsthaften Einwände dagegen erhoben werden könnten." Aber „dank der Dialektik ... hat sich der Marxismus zu einem Dogmatismus entwickelt, der elastisch genug ist, um unter Verwendung seiner dialektischen Methode jedem weiteren Angriff auszuweichen". Es wird nämlich „von den Dialektikern behauptet, daß Widersprüche nicht vermieden werden können, da sie überall in der Welt anzutreffen sind. Eine solche Behauptung kommt einem Angriff auf das ... ‚Gesetz vom Ausschluß von Widersprüchen' der traditionellen (!) Logik gleich, einem Gesetz, das besagt, daß zwei kontradiktorische Feststellungen zusammen niemals richtig sein können." Folglich beruhe die Dialektik auf der absurden Behauptung, daß logisch einander widersprechende Behauptungen wahr seien.[15]

In schlichter Unkenntnis der Gesetze der formalen und dialektischen Logik[16] verwechselt Popper die Einheit des dialektischen Widerspruchs mit dem Paradoxen der Identität des kontradiktorischen Widerspruchs. So einfach ist das also: „Jede beliebige Entwicklung wird sich in das dialektische Schema einfügen; der Dialektiker braucht niemals eine Widerlegung durch künftige Erfahrungen zu fürchten".[17]

Das Politikverständnis des SLH: Rationalisierungen der Verworrenheit

Die absolute Meßbarkeit ist das wesentliche Charakteristikum der deduktiv-empirisichen Methode des Neopositivismus. Ergo wird durch diese Übertragung naturwissenschaftlicher Methoden auf die Sozialwissenschaften der Objektbereich der untersuchbaren Gegenstände erheblich eingeschränkt.[18] Das hat zur Folge, daß Wissenschaft ihren Gegenstand nur beschränkt erkennen kann. „Soziale Ganzheiten" oder „Kollektive" werden als Grundeinheiten sozialwissenschaftlicher Theorien abgelehnt, vielmehr sollte „die Analyse sozialer Phänomene, einschließlich der Kollektiva, als Untersuchung von Individuen und deren Handlungen und Beziehungen durchgeführt werden".[19]

14 In dieser Aussage irrt Popper, mit ihm der SLH. Die Widerlegung des Marxismus ist durchaus denkbar. M. Cornforth nennt einige Beispiele: „durch eine Steinzeitgemeinschaft, die ihre Angelegenheiten durch eine parlamentarische Regierung regelt und Kontroversen über die Menschenrechte führt, oder durch einen erfolgreich geführten Kapitalismus". (M. C., Marxistische Wissenschaft ... a. a. O., S. 23)

15 Karl Popper, Conjectures ..., zit. n. Cornforth a. a. O., S. 28 f.

16 Vgl. hierzu: Autorenkollektiv, Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie, Frankfurt/M. 1972, S. 223 ff.

17 Karl Popper, Conjectures ..., zit. n. Cornforth a. a. O., S. 94.

18 Nicht nur das: „Das in der empirischen Technik allgemein gebräuchliche Verfahren der operationellen oder instrumentellen Definition, das etwa eine Kategorie wie Konservativismus definiert durch bestimmte Zahlenwerte der Antworten auf Fragen innerhalb der Erhebung selbst, sanktioniert den Primat der Methode über die Sache, schließlich die Willkür der wissenschaftlichen Veranstaltung. Prätendiert wird, eine Sache durch ein Forschungsinstrument zu untersuchen, das durch die eigene Formulierung darüber entscheidet, was die Sache sei: ein schlichter Zirkel." (Th. W. Adorno, Soziologie und empirische Forschung, in: Logik der Sozialwissenschaften, a. a. O., S. 514 f.)

Werte entziehen sich a priori der rationalen Nachprüfung. Wissenschaft und Politik unterliegen einer absoluten Trennung, denn Wissenschaft ist frei von Wertsetzungen, diese machen aber gerade das Wesen der Politik aus, die durch die Wissenschaft in ihrem „radikal aufklärerischen" Charakter allenfalls von außen kontrolliert werden darf.[20] „Wenn man aber von keiner Tatsache auf deren Wertcharakter schließen kann, wenn man aus dem tatsächlichen Charakter einer Sache nicht folgern kann, daß diese wertvoller oder wünschenswerter ist, wenn mit dem Beweis, daß eine gegebene Sozial- und Gesellschaftsordnung das Ziel des historischen Prozesses ist, noch lange nichts über den Wert dieser Ordnung (gesagt ist), ... wenn ein grundlegender Unterschied besteht zwischen ‚Wertbeziehungen' und ‚Werturteilen', dann allerdings bleibt politisches Handeln per se der Irrationalität subjektiver Entscheidungen und reinen Machtkämpfen überlassen,[21] das heißt in letzter Konsequenz: den Dezisionen der über „instrumentelles Wissen" verfügenden Politiker.[22]

Indem wissenschaftliche Erkenntnis und Politik letztlich der Beliebigkeit anheimgestellt sind, gerät der „kritische Rationalismus" zur perfekten Rationalisierung der Irrationalität. Rationalität ist nur en détail denkbar. Das vom Ansatz her ausgeschlossene rationale politische Handeln wird so betrachtet letztlich doch möglich in der Substraktion aller normativen Zielsetzungen und in der Beschränkung auf die Reform an der überschaubaren sozial-„technischen" Einzelheit, mit Popper gesprochen: im „piecemeal social engineering".[23]

Damit decken sich auch die Formulierungen des SLH, wenn er allgemein die „Einführung demokratischer Konfliktregelungsmuster", im besonderen die Reform des Bildungswesens und zur Einschränkung unkontrollierbarer Macht die Korrektur der „verzerrten Eigentumsverteilung" isoliert als Ansatzpunkte „systemverändernder Reformen" angibt, wobei er per se den Charakter des Systems schon nicht mehr beschreiben kann.[24] In seiner Konflikttheorie bezieht sich der SLH letztlich auf Dahrendorf, der „liberale Demokratie" als „Regierung durch Konflikt" definiert,[25] und dabei „Klassenkonflikte unhistorisch zu immerwährenden Interessenkonflikten" werden läßt. „Da historisch-ökonomische Strukturen und daraus resultierende Klassengegensätze aus dieser Sicht bereits Resultat, nie aber mögliche Ursache unterschiedlicher oder gar gegensätzlicher Wertvorstellungen sind, muß die eigentliche Ursache in anthropologischen Konstanten zu suchen sein. Die Enthistorisierung bzw. Naturalisierung gesellschaftlicher Prozesse" ist die Konsequenz.[26]

19 Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft II, Köln/Berlin 1964, S. 1058.

20 Was will die DSU ... a. a. O., S. 5.

21 K. Theodor Schuon, Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik, Köln 1972, S. 125.

22 Ibd., S. 129. Schuon ordnet das dezisionistische Politikmodell dem Neopositivismus zu.

23 Vgl. hierzu Karl Popper, Das Elend des Historizismus, Tübingen 1965, S. 51 ff.

24 Was will die DSU ... a. a. O., S. 8 ff.

25 Ralph Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968, S. 164.

26 Karin Priester, Aktuelle Tendenzen auf dem Gebiet der „politischen Bildung", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3, Köln 1974, S. 270. K. Priester gibt eine Reihe von Belegen für die Kombinationsfähigkeit des Neopositivismus mit den verschiedensten reaktionären Ideologien, aber auch seine Offenheit gegenüber der „kritischen Theorie" der Frankfurter Schule und die politischen Implikationen dieser vielseitigen Verwendbarkeit (v. a. S. 174 ff.).

Die konkrete Beschreibung von Gesellschaft und Staat beruht auf einer Mischung verschiedener Elemente – der neopositivistische Ansatz erweist sich als vielseitig verwendbar. Die Gesellschaftsanalyse des SLH orientiert „sich weitgehend an den Untersuchungen von Galbraith und Marcuse". Herrschend ist nicht vornehmlich eine bestimmte, definierte Klasse auf Grund ihres Eigentums an Produktionsmitteln, herrschend ist eine verselbständigte wirtschaftliche und politische Technostruktur, die in den ‚sozialistischen' Staaten mit ihrer Tendenz zu immer weiterer Bürokratisierung genauso in Erscheinung tritt wie in den parlamentarischen Demokratie des Westens".[27] Mit derselben Berechtigung könnten die allerdings mit dem Ruch des reaktionären Kulturpessimismus behafteten Arnold Gehlen und Helmut Schelsky in ihrer „irrationalen Gläubigkeit an oder besser Angst vor einer eigengesetzlichen Entwicklung der Technik", vor einer „sich selbst automatisierenden Superstruktur" verantwortlich dafür zeichnen.[27a]

Der Staat ist nicht etwa „Handlanger der Monopole", der SLH „macht es sich nicht so einfach" und geht von einer „ambivalenten Staatssicht" aus, derzufolge der Staat nicht nur „hemmender Faktor" ist, sondern auch „dynamische Kräfte" besitzt. „Ob sich der Staat als Bremser oder Motor betätigt", hängt für den SLH „von den jeweiligen Kräfteverhältnissen in seinen Organen ab" (contrapunkt, Sondernummer für NRW, WS 1973/74). Politik ist also letztlich die Austragung von Widersprüchen innerhalb des Staatsapparates, ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis wird nicht formuliert.

Das Subjekt politischer Entscheidung bleibt – trotz aller impliziten Hinweise auf den Politiker – im Grunde undefiniert. Man kann zwar vom SLH erfahren, daß die Bevölkerung „demokratisch eingreifen sollte",[28] ansonsten suggerieren aber bereits die Syntax der SLH-Schriften und die Vorliebe für unbestimmte Substantive den Schein einer sich aus sich selbst heraus vollziehenden politischen Entwicklung. Die Trennung von Subjekt und Objekt hat auf der Ebene der programmatischen Beschreibung politischer Konflikte die die völlige Eliminierung des handelnden Subjekts zur Folge.

Nun kann man aber den SLH nicht nur auf immanent ideologischer Ebene kritisieren: Die mit der Exhumierung Poppers verbundene Beliebigkeit wissenschaftlicher Erkenntnis erhält ihre systemstabilisierende Funktion in den postulierten Grenzen der Erkenntnis und der Politik, denn behaupte ich die Nicht-Erkennbarkeit eines politischen Systems, habe ich es implizit akzeptiert, wenn Demokratie ganz formal als Narrenfreiheit der Interessen und Anschauungen definiert ist (soweit die Gesellschaft in der Lage ist, sie „stillschweigend zu integrieren" – contrapunkt 45/1973), dann entzieht sie sich jeder qualitativen Beurteilung, die schiere Existenz von Kapitalinteresse und Arbeiterinteresse kann somit zum Kriterium der Demokratie werden.

Die zum Dogma erhobene Abstrusität hat also Methode: objektiv erhält sie die

27 Was will die DSU . . . a. a. O., S. 6 ff. Bemerkenswert an dieser Passage ist auch, daß hier der SLH auf konvergenztheoretischem Kurs segelt, während er sich andernorts auf die Totalitarismusdoktrin bezieht.

27a Vgl. hierzu K. Th. Schuon, Wissenschaft . . . a. a. O., S. 116 ff.

28 Was will die DSU . . . a. a. O., S. 10.

Funktion der imperialistischen Anpassungsstrategie,[29] nämlich die Aufgabe, das bereits produzierte Bewußtsein der Widersprüchlichkeit kapitalistischer Gesellschaft an die ideologische Verunsicherung, den „liberalen Agnostizismus" rückzubinden und – auf die Praxis bezogen – durch das Engagement für das vorgeblich systemtranszendierende Detailreförmchen zu neutralisieren. Die Grundtendenz ist also integrationistisch, was aber nicht heißt, daß sich diese objektive Funktion widerspruchsfrei durchsetzt. Dafür jetzt einige Beispiele aus der praktischen Politik des SLH.

Fallbeispiele aus der Politik des SLH

Der integrationistische Grundzug kommt wohl am ehesten in den Stellungnahmen des SLH zum HRG zum Ausdruck. Den neuesten Entwurf einzuschätzen, scheint ungeheuer schwer zu sein, denn man erfährt vom SLH nur Gemeinplätze des Kalibers, das HRG sei „ambivalent", „Chance und Gefahr zugleich", zwar „kein Optimum", aber „spürbare Verbesserung" und ähnliches. Der SLH bleibt also der positivistischen Schau vor der verallgemeindernden Aussage treu und stützt sich in die Kritik am Detail. Doch wer nicht wenigstens ansatzweise das HRG als Anpassung der Qualifikationsinstitutionen an kurzfristige kapitalistische Verwertungsinteressen unter den Notwendigkeiten restriktiver Kapazitätspolitik begreift, wer zudem nur -zig Stellungnahmen veröffentlicht, ohne nur einen einzigen Aktionsschritt anzugeben, der kann auch keine Strategie gegen die Hochschulformierung haben und beteiligt sich an der Flickschusterei im Interesse der Monopole.[30]

So bleibt etwa die Kritik am NC ständisch, denn dem SLH geht es nur darum, daß die „Hochschule wieder offen für alle Interessenten" sein muß – und nicht um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung an der Aufhebung des NC. Die Dequalifizierung durch Schmalspurausbildung attackiert der SLH implizit vom langfristigen Kapitalverwertungsinteresse, denn die Absolventen sollen bei hohem „gesellschaftlichen Innovationstempo" im „gesellschaftlichen Arbeitsprozeß verwertbar bleiben. Die Funktion der Regelstudienzeit wird weit exakter als Erhöhung des Leistungsdrucks. Verschulung des Studienbetriebs, Selektion und politische Disziplinierung" beschrieben (contrapunkt, Sondernummer für NRW, WS 1973/74).

Offen reaktionär ist der SLH in seiner Stellungnahme zu den Berufsverboten. Für ihn ist „unsere Gesellschaft demokratischer Reaktionen noch nicht fähig" (!), daraus folgert er die Notwendigkeit, „zu helfen, daß die verfassungsmäßige Ordnung der BRD erhalten bleibt. Dazu dienen u. a. die ‚Berufsverbote' " (contrapunkt 45/1973). Der Art. 33 Abs. 2 GG deckt nach Ansicht des SLH durch seinen Passus über die „Eignung" für öffentliche Ämter den Radikalenerlaß, der allerdings aufgrund „rechtsstaatlicher Regeln" in der Frage, wer den Nachweis der Verfas-

29 Vgl. hierzu W. Menzel u. a., Imperialistische Klassenpolitik unter Anpassungszwang, Berlin 1973, insbes. Kap. 1 und 2, in denen integrationistische Konzepte der Herrschaftssicherung als Versuch des Imperialismus charakterisiert werden, unter für ihn immer ungünstigeren Kräfteverhältnissen mit flexibler Taktik die „nichtmonopolistischen Kräfte der Gesellschaft in das staatsmonopolistische System zu integrieren" und „als aktive Parteigänger zu gewinnen". (S. 16)

30 Vgl. hierzu Paul Schäfer, Kapitalismus, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und staatsmonopolistische Hochschulreform, in: FACIT 31/1973.

sungsfeindlichkeit zu erbringen habe, verbessert werden sollte (SLH-Flugblatt, WS 1973/74).

Der SLH läßt – nicht nur bei den Berufsverboten – kaum eine Gelegenheit aus, seinen Antikommunismus zur Schau zu stellen. So beteiligt er sich wacker an der Solschenizyn-Kampagne, so publiziert er miese Pamphlete zur „Verhaltensbiologie (!) radikaler Studenten", in denen vom „ins Kriminelle" umschlagenden Protest „linker Studenten" über das „Paradies . . ., dessen gegenwärtige Verwirklichung im Osten Mauern, Stacheldraht, automatische Tötungsanlagen und Minenfelder benötigt" bis zur Aufforderung, „Strenge" als „pädagogische Maßnahme" zur Sicherung des „Gemeinwohls" walten zu lassen, nichts fehlt (contrapunkt 45/1973). Und ausgerechnet diejenigen, die bei der Beschreibung politischer Gegner biologisieren,[31] werfen den „heutigen Kommunisten" vor, in ihrem Bestreben, „die Gesellschaft nach jenen Ideen umzuformen", gleichsam „in Anwendung der Entdeckungen von Lamarck und Darwin Vieh" zu züchten (ibd.). Wo allerdings dem SLH die Phrasen zur Programmatik gerinnen, schwätzt er von der Gefährlichkeit der „endgültigen Verurteilung des politischen Gegners", da hieraus „das Absprechen der Existenzberechtigung" folgen könne.[32]

Die Haltung des SLH zur verfaßten Studentenschaft ist zwiespältig. Auf Seite der Positiva ist zu vermerken, daß er sich im Gegensatz zum RCDS offenbar noch Hoffnungen macht, die Organe der verfaßten Studentenschaft im Sinne seiner Politik instrumentalisieren zu können, und sie deshalb in der gegenwärtigen Form verteidigen will. Das impliziert den Erhalt des politischen Mandats mit der Begründung, daß andernfalls die verfaßte Studentenschaft zur „bloßen studentischen Interessenvertretung" verkrüppelt würde (contrapunkt, Sondernummer für NRW, WS 1973/74). Während der RCDS bundesweit Klagen führen läßt, um ASten an der Zahlung der vds-Beiträge zu hindern, werden diese vom SLH-beherrschten Bochumer AStA regelmäßig beglichen. Am vds setzt allerdings auch der entscheidende Schlag des SLH gegen die verfaßte Studentenschaft an: Die unter fadenscheinigen Vorwänden[33] geforderte „Pluralisierung" des vds, d. h. die Zusammensetzung der Delegationen zur vds-MV gemäß der Sitzverteilung in den Studentenparlamenten, würde den vds als bundesweiten studentischen Kampfverband aktionsunfähig machen.

In Sachen Mitbestimmung an den Hochschulen hat die Stellungnahme des Bochumer AStA das BVG-Urteil als reformfeindlich, als „unzulässigen Eingriff" in legislative Kompetenzen, gar als tendenziell nicht mit dem Grundgesetz übereinstimmend und schädlich für die Mitbestimmungsforderungen der Arbeiter

31 Reinhard Kühnl charakterisiert solche Analogien als Element faschistischer Ideologie: „Die Linke, die auf Veränderbarkeit und Veränderungsbedürftigkeit der gesellschaftlichen Bedingungen besteht, erscheint dann nicht nur als Unruhestifter, sondern auch als lebensfremd, entwurzelt, die ewigen Gesetze der Natur mißachtend; ihre ‚Ausrottung' demnach als ein Akt der Gesundung." (R. K., Formen bürgerlicher Herrschaft, Hamburg 1971, S. 97)

32 Antrag Nr. 816 des AStA Uni Bochum auf der 26. oMV des vds „Methoden des politischen Wirkens".

33 Der SLH fordert die „Demokratisierung" des vds durch „Vertretungsschutz" für Minderheiten, um endlich ein „breites Meinungsspektrum" zu gewährleisten, um die Studentenparlamente zu zwingen, sich „mehr" (?) mit dem vds zu beschäftigen u. dgl. (contrapunkt 41/1973).

kritisiert und dabei – jetzt muß sich der SLH selbst in den Hintern treten – dem BVG ein neopositivistisches Wissenschaftsverständnis angelastet, das er, der AStA, ablehne, da es „eine wertfreie Wissenschaft nicht geben kann". Während in dieser Bochumer Stellungnahme noch die Forderung erhoben wird nach Überwindung des BVG-Urteils durch Änderung jenes „herrschenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, das „dieses Urteil ermöglicht" hat (BSZ 114/1973), fordert der SLH-Landesverband NRW auf, den „harten Schlag" zu verdauen und „das Karlsruher Urteil zu respektieren" (contrapunkt, Sondernummer für NRW, WS 1973/74).

Diese willkürliche Anhäufung von Beispielen für die Widersprüchlichkeit (was nicht heißt: mangelnde Einheitlichkeit) der SLH-Politik[34] soll belegen, daß man nicht den Fehler machen sollte, den SLH auf Grund seines Paktierens mit dem RCDS mit diesem gleichzusetzen. Sicher: die Politik des SLH ist darauf ausgerichtet, das staatsmonopolistische System zu „verbessern". Diese integrationistische Grundhaltung schließt nicht einmal offen reaktionäre Positionen aus schließt aber ebenso, wo der SLH seinen liberalen Anspruch ernst nehmen muß, nicht aus, daß wir uns positiv auf seine Forderungen beziehen und sie für die demokratische Studentenbewegung nutzbar zu machen suchen. Die besten Beispiele sind der Kampf für die Erhaltung des politischen Mandats und – dazu in anderem Zusammenhang mehr – für die sozialen Interessen der Studenten.

Der SLH versucht sehr geschickt, sich in Ideologie und Politik auf den Bewußtseinsstand der Studenten zu beziehen. Eben diese – auch mit dem liberalen Anspruch verknüpfte – Affinität zum Bewußtsein vieler Studenten zwingt den SLH im Gegensatz zum konsistent reaktionären RCDS dazu, sehr empfindlich auf die Entwicklung von Kräfteverhältnissen zu reagieren. Die zunehmende Stärke der demokratischen Studentenbewegung vorausgesetzt, kann er sich durchaus gezwungen sehen, zumindest verbal fortschrittliche Positionen zu vertreten und damit ständig in Widerspruch zu sich selbst zu geraten, um seinen Einfluß unter den Studenten nicht zu gefährden.

Exkurs: Prinzipien antimonopolistischer Strategie und Taktik

Soviel vorläufig zur Ideologie und politischen Konzeption des SLH. Die Frage ist: Welchen Stellenwert haben diese Aussagen über den Charakter des SLH im Rahmen unserer Strategie und Taktik?

34 Die Kette der Beispiele ließe sich beliebig fortsetzen. Eine nicht näher beschriebene Variante ist z. B. der Rückgriff auf spontaneistische Aktionsmuster der antiautoritären Studentenbewegung in einer Rote-Punkt-Kampagne. Als Beispiel für die totale Konfusion, in die der SLH mit seinem Politikverständnis geraten kann, soll hier folgende schnurrige Polemik wider das imperative Mandat dienen: „Ungeachtet der Realisierungschance, die erstens durch die geschichtliche Erfahrung alles andere als erwiesen gelten kann, und zweitens aufgrund organisationssoziologischer Ergebnisse (in bezug auf den Informationsfluß zur Basis, die effektive Kontrolle der Gewählten, aber auch den Mechanismen der Planung) mehr als in Zweifel gezogen werden müssen, muß ein solches Modell abgelehnt werden, weil es einen verträumt restaurativen und retrospektiven Rückgriff auf Modelle zur Demokratisierung darstellt, wie sie nur in nicht arbeitsteiligen Gesellschaften möglich waren, beispielsweise auf Kosten von Sklaven. (Hoppla! d. Verf.) Die Identität zwischen Herrschenden und Beherrschten ist letztlich nicht herstellbar, obwohl sie ein Ziel ist, an dem Politik sich orientieren muß." (Antrag Nr. 815 diverser SLH-ASten auf der 26. oMV des vds „Zur Ablehnung eines imperativen Mandats . . .").

Ausgangspunkt der Politik des MSB sind die Interessen der Mehrheit der Studenten. Etwa 80 Prozent der Intelligenz sind zum Verkauf ihrer – besonders qualifizierten – Ware Arbeitskraft gezwungen. Die Interessen dieser Lohnarbeiter richten sich gegen das Monopolkapital und seinen Staat, sie sind darin denen der Arbeiterklasse gleich. Relevante Teile der freiberuflich tätigen Intelligenz können ebenfalls als Bündnispartner der Arbeiterklasse im antimonopolistischen Kampf gewonnen werden.[35]

Zudem wenden sich die staatsmonopolistischen Formierungs- und Reglementierungseingriffe in die Hochschule gegen das Interesse der Studenten an qualifizierter, sozial abgesicherter Ausbildung. Auch in diesem Sektor hat die Arbeiterklasse gleichgerichtete antimonopolistische Interessen – am Abbau des Bildungsprivilegs, an demokratischen Ausbildungszielen und -inhalten, an der Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse im Dienste des Friedens und sozialen Fortschritts.[36] Das Monopolkapital sucht jedoch nicht nur die Hochschule, sondern **alle** gesellschaftlichen Bereiche seiner Macht unterzuordnen. Inflationspolitik, Militarismus, Abbau demokratischer Rechte, kurz „Reaktion auf der ganzen Linie" als Ausfluß der monopolkapitalistischen Struktur treffen Arbeiterklasse und Studenten gleichermaßen. Also nicht nur die Qualifikationsinteressen der Studenten, sondern ihre **umfassenden** antimonopolistischen Interessen determinieren die Politik des MSB und der gesamten demokratischen Studentenbewegung. Die Durchsetzung dieser Interessen erfordert das Bündnis mit der Arbeiterklasse sowie die Aktionseinheit der Studentenbewegung selbst.

Hierbei treffen die Ausführungen von Gerns/Steigerwald zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse auch vollständig auf die Studentenbewegung zu: Aktionseinheit beinhalte stets zwei Komponenten, sie „erfordert immer die Beachtung und Hervorhebung der gemeinsamen Interessen und der Möglichkeiten zum praktischen, einheitlichen Handeln. Aber sie erfordert andererseits auch die Kritik und Auseinandersetzung mit bürgerlichen Einflüssen in der Arbeiterbewegung, die der Einigung der Arbeiterbewegung entgegenstehen."[37]

Allerdings sind Berücksichtigung der Interessenlage und Aktionseinheitspolitik auf antimonopolistischer Basis strategische Konstanten unserer Politik. Variabel ist die jeweilige **Taktik** des Kampfes.

In diesem Kontext ist eine Bemerkung von Georgi Dimitroff wichtig. Dimitroff sagt (im Zusammenhang mit der Bestimmung der Politik der Einheitsfront): „In der gegenwärtigen Lage stört **vor allem** das Sektierertum, das **selbstgefällige** Sektierertum ... unseren Kampf für die Verwirklichung der Einheitsfront – das Sektierertum, das sich in seiner **doktrinären Beschränktheit,** in seiner Losgelöstheit vom wirklichen Leben gefällt, das sich in seinen **vereinfachten Methoden,** die kompliziertesten Fragen der Arbeiterbewegung an Hand von schablonenhaften Schemen zu lösen, gefällt – das Sektierertum, das Anspruch auf Allwissenheit erhebt und es für überflüssig hält, von den Massen, aus den Lehren der Arbeiterbewegung zu lernen – kurz, das Sektierertum, dem alles, wie man sagt, ein Kinderspiel ist ... (Als Kommunist das Vertrauen der Arbeiterklasse zu erobern) ist nur dann möglich, wenn wir Kommunisten in unserer politischen Arbeit ernstlich das wirkliche Niveau des Klassenbewußtseins der Massen, den Grad ihrer Revolutionierung berücksichtigen, wenn wir die konkrete Situation richtig einschätzen werden, nicht auf Grund unserer Wünsche, sondern auf Grund dessen, was in Wirklichkeit ist."[38]

Diese Aussage ist in **unserem** Zuammenhang von methodischem Interesse. Dimitroff führt hier wesentliche Momente an, die es bei der Bestimmung eines je konkreten Kräfteverhältnisses zu berücksichtigen gilt. Insbesondere verweist er auf die Notwendigkeit, den Bewußtseinsstand (der Arbeiterklasse) möglichst präzise zu bestimmen und dabei nicht schablonenhaften Schemata aufzusitzen. Aus diesen Bestimmungen leiten wir die **Taktik** des Klassenkampfes ab.[39]

Konkretion: Wie treten wir an den SLH heran?

Ein Indiz für das Kräfteverhältnis in der Studentenschaft an der Ruhruniversität Bochum ist das Studentenparlamentswahlergebnis des Sommers 1973.[40] Zu konstatieren ist eine beachtliche Stärkung der rechten Gruppen SLH und RCDS, die gemeinsam den AStA stellen – bei eindeutiger Dominanz des SLH. Daß der vorherige Opportunisten-AStA völlig abgewirtschaftet hatte, spiegelt sich im Wahlergebnis deutlich wider. Der MSB hat seinen Stimmanteil verdoppeln können.

Für unsere Fragestellung ergeben sich zwei Konsequenzen aus dem skizzierten Kräfteverhältnis: 1. Unzweifelhaft sind sowohl die 20 Prozent (hier relativ zur Gesamtstudentenschaft) SLH/RCDS-Wähler als auch die 60 Prozent Nichtwähler Adressat unserer marxistischen Politik. Insofern ist ein zentrales Kriterium zur Auswertung von Aktionen: Inwieweit ist die demokratische Kampffront über die

35 Aufgabe dieses Aufsatzes ist es nicht, eine differenzierte Klassenanalyse der Intelligenz (die auch die Unterschiede von Arbeiterklasse und lohnabhängiger Intelligenz behandelt) referieren. Vgl. hierzu u. a. Christoph Kievenheim, Zur Stellung der Intelligenz in der Klassen- und Sozialstruktur des entwickelten Kapitalismus, sowie: Christiane Reymann/Paul Schäfer, Bemerkungen zum antimonopolistischen Kampf an der Hochschule und zur Politik der gewerkschaftlichen Orientierung; beides in: „Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz", Kievenheim/Leisewitz (Hg.), Köln 1973. – Paul Schäfer, Probleme und Perspektiven der Studentenbewegung – Zu einigen Fragen revolutionärer Taktik an der Hochschule, in: Facit 30, insbesondere: S. 11–22.

36 Vgl. hierzu: Thesen zur AG 2 der theoretischen Konferenz des MSB, 23/24. 2. 74 „Studenten und Arbeiter im Kampf um die demokratische Hochschule", insbesondere S. 5 f.

37 Willi Gerns/Robert Steigerwald, Probleme des antimonopolistischen Kampfes, Frankfurt/Main 1973, S. 116.

38 Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: G. Dimitroff, Ausgewählte Werke Band 1, Frankfurt/Main 1972, S. 171.

39 Vgl. auch hierzu die Begriffsbestimmung von „Taktik": „Zum Bereich der Taktik gehören die Festlegungen der laufenden Politik der Partei in der gegebenen Situation, die Berücksichtigung der Veränderungen im Wechselverhältnis der Klassenkräfte, die Wahl der Kampf- und Organisationsformen, die den entstandenen Bedingungen entsprechen und auf die beste Weise der Erreichung der strategischen Aufgaben dienen" (W. W. Sagladin, Die internationale kommunistische Bewegung, Moskau 1972, russisches Original, S. 25, zitiert bei Gerns/Steigerwald, a. a. O., S. 9).

40 Betrachten wir das Ergebnis genauer: (in Klammern sind die jeweiligen Vergleichszahlen des Vorjahres – auf- bzw. abgerundet – angegeben; die Prozentzahlen, die den Gruppen zugeordnet sind, beziehen sich auf den Anteil an den abgegebenen Stimmen) Wahlbeteiligung: 40 % (36 %); SLH: 34 % (29 %); RCDS: 20 % (13 %); MSB: 17,5 % (9 %); Links-/Rechtsopportunisten (1 trotzkistische, 3 maoistische Gruppierungen): 21 % (42 %); Restliche (Linksunabhängige Gruppierungen, Anarchisten, Linksliberale, ‚Aktion Urmel'): ca. 7 % (7 %).

schon politisierte Avantgarde hinaus erweitert worden? Ist es gelungen, Erkenntnisse über den Charakter des staatsmonopolistischen Systems einer **breiteren** Anzahl von Studenten zu vermitteln?

2. Der RCDS hat an Einfluß gewonnen. Im Lichte der aktuellen Kräfteverschiebung im gesamtgesellschaftlichen Maßstab sowie angesichts der Funktion des RCDS als des studentischen Hauptträgers und -verfechters des staatsmonopolistischen Formierungswerkes ist auf ihn ein besonderes Augenmerk zu richten.

Aus diesen Bestimmungen ergeben sich die Kriterien für das Herangehen an den SLH in Bochum:

Der Versuch, die Bastionen der demokratischen Studenten an den Hochschulen zu erhalten und auszubauen, impliziert die Orientierung auf die große Mehrheit der Studenten und damit auf die „Agnostiker im liberalen Gewande", auf den Anhang des SLH bzw. auf diejenigen Studenten, die vergleichbare Bewußtseinsstrukturen besitzen, ohne direkt Anhänger des SLH zu sein. Das Aktivwerden für die eigenen Interessen vermag gerade solchen Studenten „mehr Einblick in das gesellschaftliche Kräfteverhältnis und die Möglichkeiten, es zu beeinflussen, zu geben, als ein Buch über den Charakter des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie vergrößern außerdem das Bedürfnis, solche Bücher zu lesen."[41]

Wie aber gewinnen wir den aktiven und passiven Anhang des SLH für das aktive Wahrnehmen ihrer Interessen? Hier bieten sich – theoretisch – zwei taktische Wege an.

Wir können eine aufklärungsstrategisch motivierte Entlarvungspolitik gegenüber dem SLH entfachen, jegliche Kooperation mit ihm a priori von uns weisen und damit gerade jene liberalen Studenten vor den Kopf stoßen, die wir doch in den demokratischen Kampf einbeziehen wollen.

Oder aber wir treten mit konstruktiven, antimonopolistischen Forderungen und Aktionsvorschlägen an den AStA heran und zielen damit auf dessen Anhang. Dabei nehmen wir die oft progressiv drapierten Aussagen des SLH als einen Anknüpfungspunkt.

Wenn es richtig ist, daß Studenten – ebenso wie Arbeiter – primär in der Aktion politisches Bewußtsein entwickeln, dann ist die Aufforderung des Studentenaktionsprogrammes „Bekämpft die soziale und und politische Demagogie solcher Gruppen wie der DSU/SLH" doch vor allem so zu verwirklichen: Indem man praktische Kampferfahrungen für die Mehrheit der Studenten initiiert und organisiert. Um dabei die Einbeziehung möglichst vieler Kommilitonen zu erreichen, verzichten wir selbstverständlich nicht auf das Mittel taktischer Bündnisse mit solchen politischen Gruppen wie dem SLH, über den wir ja erst viele Studenten mit unseren Aktionsvorschlägen erreichen. Eine klare antimonopolistische Orientierung und den ideologischen Kampf gegen rechte Demagogie vorausgesetzt, wird das Ergebnis gemeinsamen Handelns solche Studenten weit eher als die aufwendigste Aufklärung über den objektiven Charakter des SLH von seinem Einfluß lösen.

Es ist falsch, Bündnisangebote primär davon abhängig zu machen, ob es sich hier um eine rechte – in diesem Falle integrationistische – oder fortschrittliche

41 Beate Landefeld, Einleitungsreferat AG 1, in: MSB Spartakus 2. Bundeskongreß, Auszüge aus dem Protokoll, S. 22.

Gruppe handelt, entscheidend ist vielmehr, ob damit rechte oder fortschrittliche Politik gemacht wird, ob wir dadurch an die Mehrheit der Studenten, die die AStA-Gruppen zum großen Teil noch als die ihren ansehen, herankommen, ob ein solches Bündnisangebot zu einer Höherentwicklung oder einer Schwächung des demokratischen Bewußtseins, zu einer positiven oder negativen Verschiebung des Kräfteverhältnisses beiträgt.[42]

Verankerung des MSB bei den Studenten und aktives Eintreten der Studenten für ihre Interessen vorausgesetzt, steht bei solchem Vorgehen unsererseits für den SLH die Alternative, sich entweder von seiner Basis zu isolieren und weiter offen mit dem RCDS zu paktieren oder sich dem Kräfteverhältnis anzupassen und zumindest verbal die studentischen Aktionen zu unterstützen.

Wesentliches Ergebnis eines solchen Herangehens an den SLH ist dann zunächst einmal die Zurückdrängung und Isolierung der reaktionärsten Hochschulgruppe, des RCDS – bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis die zentrale Aufgabe.

Fallbeispiel Sozialkampf

Zur Illustration der dargelegten Taktik soll hier der Sozialkampf des letzten Semesters dienen.

Zu Beginn des Wintersemesters führten der SLH/RCDS-AStA, treibend der SLH, und getrennt davon der MSB den Sozialkampf für 500 DM und 1200 DM Elternfreibetrag. Der MSB argumentierte auf der Basis des vds-Aufrufes: gemeinsamer Kampf an der Seite der Arbeiterklasse für Teuerungszulage; Finanzierung der BAFöG-Erhöhung zu Lasten des Rüstungsetats, der Konzernprofite und -subventionen.

Der AStA lehnte die politische Begründung des vds von vorneherein ab und bastelte sich eine eigene, die der genaueren Betrachtung wert ist: Das Grundübel bei der Durchsetzung sozialer Refomen liegt darin, daß in der BRD – „wie in jeder Volkswirtschaft" – „das Finanzvolumen für Reformmaßnahmen . . . begrenzt ist". Auf dieser Basis müssen Prioritäten unter Sozial-, Bildungs- und Verteidigungspolitik getroffen werden. (BSZ Sonderausgabe, WS 73/74). Da „die knappen vorhandenen Mittel" für Sozialausgaben auch auf „Rentner, Kriegsopfer, Arbeitslose, Umschüler, Witwen und Unfallopfer" verteilt werden müssen (BSZ 117/1973), stehen die Studenten – genau wie die Arbeiter und Angestellten – „in einem permanenten Verteilungskampf". (Interview mit dem AStA-Vorsitzenden, Aktion, Nr. 8, 1974). Erschwerend kommen hinzu die „hohe Inflationsrate", die „erhöhten Konsumausgaben"[43] – Schuld sind also auch die Arbeiter! – „die Verschwendung in allen öffentlichen und privaten Bereichen" (BSZ Sonderausgabe) und die mangelnde Bereitschaft der Politiker, Geld in die „nur in geringem Maße

42 Vgl. dazu die ähnlich strukturierte Aussage der Mainzer MSB-Gruppe zur dortigen DSU/SLH-Gruppe: „Trotzdem sollten wir nicht darauf verzichten, diese Gruppen auf ihren verbalradikalen Ansatz festzunageln, ihren Opportunismus zugunsten der demokratischen Kräfte zu nutzen. Denn bei verändertem Kräfteverhältnis können sich solche Gruppen den demokratischen Kräften anschließen, so wie in Mainz beim Mißtrauensantrag der CDU/CSU" (Verbalradikales Geklingel, Anspruch und Praxis der Mainzer DSU-Gruppe, Rote Blätter 8, S. 32 ff., hier: S. 34).

43 Abgesehen davon, daß das hier implizit angesprochene Ideologem der „Lohn-Preis-Spirale" schon statistisch widerlegt ist – vgl. z. B.: G. Bessau, E. Dähne, K. H. Heinemann, H. Jung: Inflation heute – Hintergründe der Preissteigerungen und der Geldent-

öffentlichkeitswirksame und wahlentscheidende" Sozialpolitik zu stecken (Interview, a.a.O.).

Die Verallgemeinerung solcher oberflächlicher und deformierter Teilbeobachtungen, versetzt mit einigen Spritzern Grenznutzentheorie[44], führt zu einer kuriosen Gesellschaftsanalyse und letztlich zu dem Eindruck, man müsse nun in die allgemeine Verteilungsschlacht der Studenten gegen Arbeitslose, Witwen und zuviel konsumierende Bürger um die Gunst der den Kuchen verteilenden Politiker einsteigen; sprich: es kommt darauf an, Studenten und Arbeiterklasse gegeneinander auszuspielen.

Die Empfehlung des AStA zur Beschaffung der Mittel für Reformen: Ausweitung des öffentlichen Haushaltes mittels „Steuerreform" „bei stärkerer Belastung der höheren Einkommen, der Gewinne und Erbschaften" und die Verringerung der „Verteidigungsausgaben" bei „ausgewogener" Truppenverminderung,[45] denn „hüben und drüben" werde aufgerüstet (BSZ Sonderausgabe).

Wenn schon der SLH – in verzerrter Form – die Kürzung des Rüstungsetats fordert, bedeutet das für den MSB, verstärkt auf die Friedensinitiativen und Abrüstungsmaßnahmen und -vorschläge der Sowjetunion zu verweisen, gegen das Theorie-Versatzstück der „Lohn-Preis-Spirale" zu argumentieren, sowie gegen die verwaschenen Begriffe „Gewinn" und „höhere (?) Einkommen" die klare Forderung nach Besteuerung der Konzernprofite und Liquidierung der Konzernsubventionen zu setzen; damit können wir zudem nachweisen, daß die nötigen finanziellen Mittel existieren, und so der Grenznutzentheorie einige für die Studenten nachvollziehbare Schläge versetzen.

wertung in der BRD, Frankfurt/Main 1973 –, ist die prinzipielle marxistische Argumentation bei Marx selbst zu finden: „Was aber die *Profite* angeht, so gibt es kein Gesetz, das ihr *Minimum* bestimmte ... Wir können nur sagen, daß mit gegebenen Grenzen des Arbeitstages das *Maximum des Profits* dem *physischen Minimum des Arbeitslohns* entspricht; ... Das Maximum des Profits ist daher begrenzt durch das physische Minimum des Arbeitslohns und das physische Maximum des Arbeitstages. Es ist klar, daß zwischen den beiden Grenzen dieser *Maximalprofitrate* eine unendliche Stufenleiter von Variationen möglich ist. Die Fixierung ihres faktischen Grads erfolgt nur durch das unaufhörliche Ringen zwischen Kapital und Arbeit ..." (Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, in: Marx/Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Band I, Berlin 1968, S. 414).

44 Wertdefinition der Grenznutzentheorie: „Wert im subjektiven Sinne ist die Bedeutung, die ein Gut oder eine Gütermenge für die Wohlfartszwecke eines bestimmten Subjektes besitzt, ... Wert im objektiven Sinne dagegen ist die in unserem Urteil anerkannte Tüchtigkeit eines Gutes zur Herbeiführung irgend eines bestimmten äußeren objektiven Erfolges" (Eugen Böhm-Bawerk, Positive Theorie des Kapitals, Buch III und IV, Innsbruck 1912, S. 212 f.). – Alfred Lemmnitz und Heinz Schäfer vermerken dazu in „Politische Ökonomie des Kapitalismus – Einführung" (Frankfurt/Main 1972): „Diese Definition verlegt erstens das Wertproblem in die Austauschsphäre und in das Ermessen des Verbrauchers, und zweitens erfaßt sie nicht den Wert, sondern den Gebrauchswert der Waren ... (Die Grenznutzentheorie) erfüllte ihren Auftrag, indem ihre Schöpfer behaupteten, daß nicht die Arbeit, sondern die Nützlichkeit den Wert bestimmt. Unter Nützlichkeit verstehen sie den Grad, zu dem ein Produkt dem Verbraucher zur Verfügung steht. Eine Ware ist demzufolge um so wertvoller, je weniger sie zu haben ist, und hat einen um so geringeren Wert, wenn sie im Überfluß vorhanden ist" (a. a. O., S. 47); ausführlicher vgl. ebenda, S. 42–50.

45 Die Verwendung des Begriffs „ausgewogen" (= balanced) zeigt die Affinität des SLH zur Strategie der NATO-Staaten in Fragen der europäischen Sicherheit. Vgl. unter diesem Aspekt die Aufsätze von Wilfried von Bredow in den „Blättern für deutsche und internationale Politik", 2/73: MBFR und europäische Sicherheit; und 1/74: Intersystemare Kooperation und Abrüstung, dort insbesondere S. 22 ff.

Von daher erklärt sich, daß im „zentralen BAFöG-Komitee" (der Zusammenfassung der abteilungsspezifischen BAFöG-Komitees), in dem auch vom SLH beeinflußte Komitees mitarbeiteten, **einstimmig** ein Aufruf zum Sternmarsch mit folgendem Tenor verabschiedet wurde:

„Zeigen wir den Herrschenden, daß sich die Studenten genausowenig wie die arbeitende Bevölkerung von dem Krisengerede der Regierung beeindrucken läßt! Setzen wir gemeinsam unsere Forderungen nach Teuerungszulage durch! Das notwendige Geld muß von denen kommen, die es haben! Keinen Pfennig aus Arbeitertaschen, Rüstung und Konzerne müssen blechen!"

Die Existenz eines zentralen BAFöG-Komitees verweist auf die breite Mobilisierung von Studenten für die Ziele des Sternmarsches. Unsere Agitation für die vds-Kampagne bestand nicht nur aus intensiver Öffentlichkeitsarbeit zum Sternmarsch, sondern vor allem aus der Einbeziehung einer großen Zahl nicht organisierter Kommilitonen in den (MSB-initiierten) abteilungsspezifischen BAFöG-Komitees, die ihrerseits mit den verschiedensten Aktionsformen für die Teilnahme am Sternmarsch warben, Bevölkerungsinformation betrieben und – den AStA unter Druck setzten, zur Teilnahme am Sternmarsch aufzurufen, die Busse dafür zu organisieren, die Komitees finanziell zu unterstützen, doch einmal ausführlich darzutun, welche Einwände er gegen die vds-Plattform habe, etc.

Als die Bewegung eine gewisse Stärke erreicht hatte, tat der AStA alles Erforderliche zur Organisation des Sternmarsches, oder besser gesagt: der SLH tat alles, der RCDS tat alles dagegen, so daß die den AStA tragenden Gruppen ein höchst zerstrittenes Bild boten. Der MSB verdeutlichte in dieser Auseinandersetzung mit Verweis auf einige Bettelbriefe des RCDS an das Monopolkapital die Rolle des RCDS in der Sternmarschbewegung ... „Damit ist wohl klar, warum der RCDS zum Boykott des Sternmarsches auffordert; wer den Konzernen verpflichtet ist, kann nun einmal nicht für die Interessen der Studenten eintreten". (MSB-Flugblatt, 16. Januar 1974.) Der RCDS empfahl als Alternative zur „verfassungsfeindlichen Argumentation" des MSB, das „Einwirken in die Parlamente" und den „Einfluß" auf CDU/CSU-Abgeordnete. (Apropos, 1/74)

Der AStA-Vorsitzende (SLH) polemisierte dagegen: „Der RCDS sollte eigentlich wissen, daß direkte Einflußnahme in erster Linie dann Erfolg hat, wenn sich bereits ein Druck in der Öffentlichkeit bemerkbar macht ... Veränderungen lassen sich nur dann erreichen, wenn die direkte Ansprache (der Politiker) durch eine breite Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit vorbereitet wird." (contrapunkt 46/74)

Wie groß der Weg bis zu dieser Aussage war, läßt sich veranschaulichen, wenn man sie mit dem AStA-Programm des SLH vergleicht. Dort vertritt der SLH genau die Position, die er später dem RCDS zum Vorwurf macht: „Da unser Gesellschaftssystem manipulierte ‚Massenkämpfe' als Mittel rationaler Konfliktaustragung nun einmal nicht vorsieht, wird es eine der Hauptaufgaben eines SLH-AStA sein, ... in die parlamentarischen Gremien dieses Staates hineinzuwirken." (contrapunkt 43, Juni '73.) Die These vom Anpassungszwang der Liberalen an den Massendruck bestätigt sich: Man muß dem SLH ein gerüttelt Maß an Flexibilität bescheinigen.

Hinzuzufügen bliebe an dieser Stelle, daß etwa 1800 Studenten der Ruhruniversität am Sternmarsch teilnahmen – 1800, eine Zahl, die gemessen am bisherigen Grad der Mobilisierung, als Erfolg zu werten ist. Diese Studenten gewannen auf

diese Weise wesentliche Erfahrungen im antimonopolistischen Kampf, Erfahrungen, die sicher nicht dem SLH zugute kommen.

Daß der SLH im Verlaufe der BAFöG-Kampagne beileibe nicht die Klassenfront gewechselt hat, äußerte sich besonders drastisch nach dem Sternmarsch. Das verzweifelte Bemühen des SLH, die positiven Erfahrungen der Sternmarschteilnehmer durch eine Schimpfkanonade wieder zu zerstören, beweist, daß wir nicht auf den Lernerfolg durch die Aktion allein vertrauen dürfen.

Der ideologische Kampf von rechts kommt nämlich – gerade bei Erfolgen im studentischen Kampf – mit Sicherheit und ist dabei in der Lage, auf sämtliche antikommunistischen Vorbehalte aufzubauen.[46] Sicherlich: Studentisches Bewußtsein entwickelt sich hauptsächlich in Bezug zur praktischen Erfahrung; die Beurteilung des Charakters der BRD-Gesellschaft erfolgt am ehesten in der politischen Auseinandersetzung. Aber „liberaler Agnostizismus" ist nur zu überwinden, wenn die Praxis ständig auf die Notwendigkeit einer antimonopolistischen Strategie bezogen ist und damit ganz gezielt die Funktion bürgerlicher Ideologeme aufgezeigt wird.

Zusammenfassend wollen wir also festhalten:

Die Mehrheit der Studenten für den demokratischen Kampf zu gewinnen heißt auch, sich konkret und kenntnisreich mit der Ideologie und Politik solcher Gruppen wie des SLH auseinanderzusetzen. Dazu soll dieser Artikel einen Anstoß liefern.

46 Zur Illustration für das Verhalten des SLH und unser Reagieren darauf hier einige Ausschnitte aus einem „Offenen Brief" des MSB an AStA und SLH (vom 11. 2. 74): „Liebe Freunde! ... Ihr habt über die soziale Lage der Studenten informiert und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß es nicht bei ‚folgenlosem Wehgeschrei bleiben' darf. ‚Die Studenten der RUB müssen gemeinsam mit ihren Kommilitonen an anderen Universitäten und dem vds für ihre Forderungen entschieden eintreten' (BSZ 115) – dies habt Ihr im November richtig festgestellt. Ihr habt konsequenterweise die Forderung des vds ‚500 DM BAFöG sofort – Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1200 DM' unterstützt, zum Sternmarsch des vds aufgerufen und seid gleichzeitig den Spaltungs- und Abwiegelungsversuchen des RCDS entschieden entgegengetreten. Wir meinen: eine solche Vorgehensweise fördert das solidarische Handeln der Studenten. Unseres Erachtens war allerdings vor, noch intensiver aber nach dem Sternmarsch, Eure Argumentation mit einigen Ungereimtheiten und falschen Tönen durchsetzt. Dies beginnt schon mit den *Überschriften* in Euren Zeitungen: So hieß es in der BSZ 119 noch ‚Machtvolle Demonstration für Anhebung der BAFöG-Sätze', und erst in der 2. Zeile habt Ihr behauptet, ‚ein Großteil der Studenten' habe ‚seine politische Meinung nicht repräsentiert' gesehen. Eine Woche später im ‚Contrapunkt' habt Ihr die Gewichtung schon anders gesetzt. Dort heißt die Schlagzeile: ‚Spärlicher Beifall für Parolen von DKP und vds-Vorstand', und ‚schon' in der 2. Zeile ‚Trotzdem: Der Sternmarsch war ein Erfolg'. Wir sind gespannt, wie die Schlagzeile demnächst lautet; vielleicht: ‚Sternmarsch: Studenten fahren nach Bonn, um den vds auszupfeifen!'?! Zudem sind Eure Äußerungen nicht dazu angetan, ‚Verständnis und Unterstützung' ‚bei der Bevölkerung' (BSZ 115) zufinden. Eure Aussagen richten sich explizit *gegen* das Bündnis von Arbeitern und Studenten. So sagt Ihr über die Sternmarschteilnehmer: ‚Ihnen, ... (zumeist) Kindern von Arbeitern, Angestellten und Beamten ..., war das angebliche (!) Bündnis fremd, denn (?) sie haben ja tagtäglich mit der arbeitenden Bevölkerung zu tun ...' (Contrapunkt 47). Abgesehen von der kruden Logik dieser Aussage, widerlegen Euch die Fakten. Der DGB, die breiteste Organisation der Arbeiterklasse, fordert die BAFöG-Erhöhung, Hunderte von Grußadressen trafen aus Betrieben beim vds ein; den Arbeitern ist also das ‚angebliche' Bündnis nicht fremd. Und umgekehrt: Die 40 000 in Bonn verabschiedeten einen Solidaritätsresolution für die im Lohnkampf stehenden Arbeiter und Angestellten. Und nur einem Tauben dürfte entgangen sein, daß die Hauptforderung der 40 000 ‚Gemeinsam gegen Inflation – für mehr BAFöG und mehr Lohn!' lautete ..."

Diskussion:

Brief zu
Lüddeke:

„Die Rolle der Münchener Studenten in der Revolution von 1848/49"

Im Prozeß der Hinwendung von Intellektuellen zur jungen Arbeiterbewegung steht Hermann Kriege – im Lüddeke-Artikel wird das nicht gebührend berücksichtigt, bzw. bleibt unklar – für jene seiner Zeitgenossen, die auf halbem Wege stehenbleiben und nicht selten ins angestammte Klassenlager zurückfallen.

Die Durchsetzung des wissenschaftlichen Kommunismus, zunächst, um die Köpfe in den eigenen Reihen zu klären, war untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen jene Sozialisten, deren Auftreten eine ernsthafte Gefahr bei der Verbreitung des wissenschaftlichen Kommunismus und der Schaffung einer proletarischen Partei neuen Typs darstellte.

Und es war durchaus nicht so, daß Marx und Engels mit Kanonen auf Spatzen schossen.

Die ‚wahren Sozialisten' verfügten streckenweise über einen beachtlichen Einfluß in dem gerade erst erwachenden Proletariat, sowie in den Reihen linksbürgerlicher Demokraten.

Sie versuchten in den gerade sich ‚freikämpfenden' Bund ihre ‚wahrsozialistischen' Ideen hineinzutragen.

In einigen Bundesorganisationen erreichten sie vorübergehenden Erfolg. Neben anderen wurde dem ‚Liebesapostel' Hermann Kriege die zweifelhafte Ehre zuteil, in die Schußlinie der sich „eben bildenden Kommunistischen Partei" zu geraten.

Und das kam so:

Nicht im Jahre 1846, wie im Lüddeke-Artikel zu lesen, denn da war Kriege längst in Nordamerika (siehe, MEW Bd. 27 Personenverzeichnis S. 727, oder: „Karl Marx Biographie", Dietz Verlag Berlin 1973, S. 146), sondern im Februar 1845 kommt Hermann Kriege zu Friedrich Engels nach Barmen.

Neben Engels, Püttmann u. a. ist er wahrscheinlich auf einer der kommunistischen Veranstaltungen aufgetreten – Engels lobt ihn in einem Brief an Marx als „famosen Agitator" (MEW Bd. 27, S. 19–23). In der zweiten Februarhälfte des gleichen Jahres reist Kriege von Barmen aus zu Marx nach Brüssel und dann weiter nach London. Ab Mitte Mai 1845 nimmt Kriege an den Diskussionen des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London teil (Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung; herausgegeben von Dr. Carl Grünberg, Zehnter Jahrgang, 2. und 3. Heft, Leipzig 1922, S. 362–391). Im Verlauf der Diskussionen, in denen man klären will, „was Kommunismus ist und wie man dahin kommt" wird offensichtlich, daß Kriege, der im ideologischen Fahrwasser des utopischen Kommunisten Wilhelm Weitling schwimmt, eine religiös-metaphysische Version des Kommunismus vertritt.

Kriege: „Es fehlt bloß, der Menschheit in dieser Beziehung (um das kommunistische Ziel zu erreichen – H. S.) einen richtigen Begriff mitzuteilen; dann wird die Menschheit vorwärtsschreiten, und die Ernte wird nicht fern sein" (ebendort S. 368). Der Diskussionsteilnehmer Pfänder charakterisiert Krieges Position wohl am trefflichsten: „Kriege will die Menschen zwingen, seine Ansichten anzunehmen; er sagt ihnen: erkennt das, oder ich schlage euch auf den Kopf; dafür schlagen sie uns wieder und der Stärkste bleibt Sieger. Er will begeistern. Was ist Begeisterung? Alle Begeisterung ist Illusion, eine Champagnergärung ohne allen Nachhalt." (ebendort S. 370)

Für beide, Kriege und Weitling, bricht eine Welt des erträumten Kommunismus zusammen.

Die fortgeschritteneren Kommunisten wie Schapper, Bauer, Moll und Pfänder, die im Ideenkreis von Marx und Engels stehen, setzen ihre Linie der Annäherung an die ‚Erkenntnis der ökonomischen Bewegungsgesetze' durch und ebnen somit den Weg für den Eingang der Lehre von Marx und Engels in die Reihen der Deutschen Kommunistischen Partei.

Kriege beteiligt sich an den Diskussionen noch bis Ende Juli 1945, um dann nach Amerika auszuwandern (siehe, Krieges Brief an Karl Marx, 9. Juni 1845 in: „Der Bund der Kommunisten" Bd. 1, 1836–1849; Dietz Verlag, Berlin 1970). Allerdings nicht um für den „Kommunismus zu werben" (Facit 33, S. 37), sondern um ihn vielmehr zu

kompromittieren. Im Interesse der Schaffung einer in jeder Beziehung eigenständigen proletarischen Partei sahen es Marx und Engels als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, in den Reihen der Kommunisten für ‚klare Verhältnisse' zu sorgen. Galt es doch, durch die Erstellung eines wissenschaftlichen Programms Anschauungsweise, Zwecke und Tendenzen der Kommunisten vor der ganzen Welt offen darzulegen, um dem Märchen vom Gespenst des Kommunismus ein Manifest der Partei selbst entgegenzustellen (siehe: Einleitung – Manifest der Kommunistischen Partei).

Von daher lag es im Interesse der Entwicklung der Arbeiterbewegung „Systemkrämer" und „liebessabelnden Landpfarrer" wie Kriege offen anzugreifen.

Zeugnis hierüber gibt das „Zirkular gegen Kriege", das im Mai 1846 im Brüsseler Kommunistischen Korrespondenz-Komitee abgefaßt und den Bundesorganisationen zugeleitet wurde.

Im „Zirkular" wurden u. a. folgende Beschlüsse mitgeteilt:

1. Die von dem Redakteur Hermann Kriege im „Volkstribun" vertretene Tendenz ist nicht kommunistisch.

2. Die kindisch-pomphafte Weise, in der Kriege diese Tendenz vertritt, ist im höchsten Maße kompromittierend für die Kommunistische Partei in Europa sowohl als auch in Amerika, insofern er für den literarischen Repräsentanten des deutschen Kommunismus in New York gilt.

3. Die phantastische Gemütsschwärmerei, die Kriege unter dem Namen „Kommunismus" in New York predigt, muß im höchsten Grade demoralisierend auf die Arbeiter wirken, falls sie von ihnen adoptiert wird. (siehe: MEW Bd. 4, S. 3)

Und noch eine Anmerkung: Wilhelm Weitling wird durch H. J. Lüddekes Feder (Facit 33, S. 37) den utopischen Sozialisten zugeordnet. Diese Würdigung geht an der Persönlichkeit Weitlings, sowie an seiner politischen Praxis vorbei.
Weitling, dem nach Mehrings Worten „der Ehrenposten an der Schwelle der deutschen Arbeiterbewegung" gebührt (Franz Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 4, S. 126) war ganz der Typ des urwüchsigen Arbeiterkommunisten.
„In seinen besten Tagen" (im ersten Drittel der Vierziger in der Schweiz, ab Dezember 1842 erscheint Weitlings Hauptwerk ‚Die Garantien der Harmonie und der Freiheit') überwindet er sowohl praktisch als auch in der politischen Theorie den utopischen Sozialismus, insbesondere die fourieristische Schule.

Unter anderem unterscheidet er sich von den utopischen Sozialisten dadurch, daß er das Erreichen des Kommunismus einzig von der Aktion des Proletariats abhängig macht, jeden Burgfriedenskompromiß mit den „Tyrannen, Geldsäcken und Pfaffen" kategorisch ablehnt und die Massenaktion mit dem Ziel der Selbstbefreiung des Proletariats propagiert.

Nicht umsonst vermerkt Friedrich Engels zu einer Sitzung des Brüsseler Kommunistischen Korrespondent-Komitees vom 30. März 1846, in der Marx und Weitling wütend aufeinanderprallen: „Nach meiner Ansicht ist es besser, die 3 Richtungen der deutschen Bewegung der 40er Jahre auseinanderzuhalten. Sie durchkreuzen sich nur wenig, namentlich blieb der Weitlingsche Kommunismus separat" (Friedrich Engels über eine Sitzung des Kommunistischen Korrespondenz-Komitees in Brüssel; aus einem Brief an August Bebel vom 25. Oktober 1888; in: Der Bund der Kommunisten, Bd. 1, 1836–1849, Dietz Verlag, Berlin 1970, S. 305)

Helmut Schwarzwälder, Frankfurt/M.

zu Steinborn:
„Die Avantgarde des Faschismus . . ."

Liebe Genossen!

Zu Norbert Steinborn „Die Avantgarde des Faschismus, Zur politischen Rolle der Studenten in der Weimarer Republik" in Facit 33 möchte ich einige Ergänzungen machen, die die Entstehung der verfaßten Studentenschaft nach dem 1. Weltkrieg und ihre politische Funktion an deutschen Hochschulen etwas differenzierter beleuchten.

Norbert Steinborn hat die klassenmäßigen und ideologischen Voraussetzungen, die den Faschisierungsprozeß innerhalb der Studentenschaft bedingten und der „Machtübernahme" des NSDStb in der Deutschen Studentenschaft den Boden bereiteten, im Prinzip dargestellt. Die Tendenz des Artikels war, den bürgerlichen Auffassungen von der „Gleichschaltung" der deutschen Hochschulen, dem „Zwischenspiel" oder der „Unterbrechung von 1933–1945" entgegenzutreten, da sie die Tatsache, daß Studenten in der Klassenauseinandersetzung auf seiten der Bourgeoise bis hin zum Faschismus eine politische Rolle gespielt haben, aus der Geschichte streichen.

Die im Abschnitt über „Organisatorischen Strukturwandel" (S. 24) vertretene These, daß die Studentenschaftsorgane und die Deutsche Studentenschaft 1918/19 zunächst aus taktischen Gründen mit repräsentativen Mechanismen ausgestattet wurden, scheint mir jedoch durch die Hervorhebung der tatsächlichen späteren Entwicklung pauschal und überzogen. Zumindest trifft sie für den Anfang nur auf solche Hochschulen zu, an denen reaktionäre Korporationen und/oder die militärisch organisierten studentischen Hilfstruppen der Konterrevolution zu diesem Zeitpunkt bereits das Gesamtbild der Studentenschaft bestimmten.

Die ASten in München und Berlin, von denen die Initiative zur Gründung einer zentralen Deutschen Studentenschaft ausging, wurden von den Freistudentenschaften (nichtkorporierte), katholischen Verbindungen und fachwissenschaftlichen Vereinigungen getragen. Auf diese Teile der Studentenschaft trifft Norbert Steinborns Analyse der klassenmäßigen Interessenlage und der Ideologie teilweise zu: Sie waren die Initiatoren der studentischen sozialen Selbsthilfe, forderten eine ständisch-elitäre Studienreform (auf Grund Anwachsen der Studentenzahlen, mehr kleinbürgerliche Studenten: mehr Assistenten, weniger Massenvorlesungen, Verbindung von Forschung und Lehre mit Tendenz auf bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb) und entbehrten keinesfalls völkischen Gedankenguts (der 1. Artikel der Verfassung der Deutschen Studentenschaft 1919 lautete: „Die Studierenden deutscher Abstammung und Muttersprache der Hochschulen des deutschen Sprachgebiets bilden die deutsche Studentenschaft"). Sozialrevolutionären Studenten standen sie auch überheblich bis feindlich gegenüber.

Als an der Hochschule – gerade durch den verstärkten Andrang – unterprivilegierte Kleinbürger verfochten sie aber zunächst zur Wahrung ihrer Interessen noch die von der Bourgeoisie selbst über Bord geworfenen Prinzipien der Freiheit und Gleichheit in der Konzeption der studentischen Selbstverwaltung mit parlamentarischen Mechanismen. In der Frage der Herrschaftsform unterschieden sie sich somit von der korporierten Reaktion und den sogenannten „Waffenstudenten". In diesen Gruppierungen sahen sie zwar nicht gerade einen Feind der werktätigen Bevölkerung, wohl aber den Hauptfeind ihres Interesses an einer bürgerlichen „freien" Wissenschaft und der Demokratie.
Im Selbstverständnis „bürgerlich-liberale Mitte", bezichtigten die Initiatoren der Deutschen Studentenschaft die „gegenrevolutionären Kräfte" an den Hochschulen der Bürgerkriegshetze und glaubten, durch eine politisch-ideologisch amputierte Studentenschaft, die sich ausschließlich mit Fragen der Studienreform und den „sozialen Sorgen" der Studenten befaßte, die Politisierung der deutschen Hochschulen durch linke und rechte Studenten zu verhindern.

Die Ausklammerung politischer und Glaubensfragen ist expressis verbis Bestandteil der Satzung der Deutschen Studentenschaft von 1919. Subjektiv intendiert war auch damit die Gleichberechtigung kleinbürgerlicher und jüdischer Studenten in Hochschulangelegenheiten. Objektiv beraubte sich die Studentenschaft mit der „Entpolitisierung" aller Macht gegenüber der anwachsenden Reaktion an den Hochschulen. Ohne politische Grundlage ließ sich die repräsentative Organisationsstruktur gegenüber den faschistischen Herrschaftsprinzipien, nach denen der NSDStb 1932 nach dem 15. Deutschen Studententag in Königsberg die Satzung änderte, nicht verteidigen; schon zu Beginn der 20er Jahre war der Einfluß der kleinbürgerlichen Liberalen unter den Studenten zurückgegangen. Das liberale parlamentarische Modell mußte deshalb formaldemokratisch verkommen, weil die kleinbürgerlichen Studenten im Festhalten an ständisch-elitären Interessen keine von der Bourgeoisie unterschiedene gesellschaftspolitische Perspektive entwickelte – Ausdruck auch dafür die politische Selbstamputation, die Trennung von Hochschule und Gesellschaft.
Nachdem bereits 1918 liberale Demokraten und Sozialisten den Studenten einredeten, und Sozialisten den Studenten einredeten, die könnten durch „Einordnung . . . in das Volk", „Selbstbescheidung und Bewährung an den eigenen akademischen Aufgaben . . . wieder einmal Anteil an der Führung der Nation gewinnen", war damit auch von dieser Seite die Grundlage für völkische und nazistische Ideologie und Politik an den Hochschulen gelegt worden.

Ich beziehe mich in meinen Ausführungen im wesentlichen auf einen Beitrag und Zitate von Immanuel Birnbaum (Gründer der Münchener Studentenschaft 1918/19) in der Festschrift für Hermann Wandersleb (Berliner AStA-Vorsitzender 1919, Hauptinitiator der Deutschen Studentenschaft und Autor ihrer Verfassung) von 1970, wobei es mir nicht möglich war, die historischen Quellen zu überprüfen, so daß die Möglichkeit besteht, daß ich subjektive Schönfärberei im Rückblick hier verallgemeinert habe; vielleicht ist es Norbert Steinborn möglich, an Hand der ihm zur Verfügung stehenden Literatur (vor allem Studentenzeitschriften aus den Jahren 1918/19/20) diese Thesen zu überprüfen?

Mit freundlichen Grüßen
Margit Plumpe-Petzold
Bochum

Unsere Autoren:

Steffen Lehndorff, geb. 1947, Vorsitzender des MSB Spartakus, Doktorand, Köln.

Prof. Dr. Karl-Heinz Schöneburg, Berlin, DDR, Stellvertretender Direktor des Instituts für Staats- und Rechtstheorie an der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Jan Priewe, Marburg, geb. 1949, wiss. Ang., Dipl.-Volkswirt, Mitglied des Bundesvorstandes des MSB Spartakus, Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dietrich Busch, Marburg, geb. 1949, stud. Soziologie/Politik, 9. Sem., Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dr. Stepan Mokschin, Moskau.

Michael Boedecker, Frankfurt/M., geb. 1950, stud. Leibeserziehung, 8. Semester, Koautor des Buches „Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz", Köln 1973, Zeitschriftenveröffentlichungen.

Thomas Brücher, Bochum, geb. 1951, stud. Politologie und Geschichte, 10. Semester.

Günther Ludwig, Bochum, geb. 1950, stud. Politologie und Germanistik, 9. Semester, Mitglied des Bundesvorstandes des MSB Spartakus.

Michael Zimmermann, Bochum, geb. 1951, stud. Geschichte und Sozialwissenschaften, 8. Semester.

Bestellschein

..... Abonnement facit (5 Hefte) = 10,– DM + Porto ab Nr. .....

..... Expl. Facit Nr. 33, 32, 31, 29, 27, 26, 25, 24, 22/23, 21, 13/14

..... „Internationaler Klassenkampf" facit-Reihe 5; 5,– DM + Porto

..... facit-Reihe 6; 1,– DM + Porto

..... „Evolution und Revolution" facit-Reihe 7; 6,– DM + Porto

..... „Arbeiterklasse gegen Faschismus" (Dimitroff) 3,50 DM + Porto

..... „Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur", facit-Reihe 10; 2,– DM + Porto

..... „Futurologie" (Prof. D. Klein) RK extra 7; 2,50 DM + Porto

..... „SDS in Sofia . . ." facit-Reihe 3; 1,– DM + Porto

..... „Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB Spartakus Taschenbuch – 308 Seiten, 6,– DM + Porto

..... „Israels Verflechtungen mit dem Imperialismus", facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,– DM

..... Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analyse der bürgerlichen Pädagogik in der BRD, facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

..... Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik, 148 Seiten, 6,– DM

Bestellungen an:
Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

facit Lieferbare Titel

Alle Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Ab facit Nr. 25 kostet das Heft im Abonnement nur 2,– DM

Ein Abonnement = 5 Hefte kostet 10,– DM + Porto

Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik, 144 Seiten, 6,– DM

Israels Verflechtung mit dem Imperialismus, facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,– DM

Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD, mit Dokumenten, facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur von F. W. Plesken; **facit-Reihe 10,** 56 Seiten, 2,– DM

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB Spartakus, „Mit Spartakus im Spartakus", Taschenbuch mit Fotos, **facit-Reihe 9,** 308 Seiten, 6,– DM

Arbeiterklasse gegen Faschismus von Georgi Dimitroff
facit-Reihe 8, broschiert, 114 Seiten, 3,50 DM

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Mit elf Beiträgen namhafter Historiker der DDR zur Dialektik von Evolution und Revolution in den verschiedenen Epochen der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. 204 Seiten, **facit-Reihe 7,** 6,– DM

„Für die siebziger Jahre – eine Philosophie des Stückwerks? Kritische Anmerkungen zu einem Aufsatz des Mannheimer Neopositivisten Hans Albert" von Harald Wessel
facit-Reihe 6, 32 Seiten, 1,– DM

Internationaler Klassenkampf (Mit zahlreichen Beiträgen von Genossen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die dort selber mitten in den Klassenauseinandersetzungen stehen.) Neben Beiträgen über die einzelnen Erdteile insgesamt enthält der Band Artikel aus: Nigeria, Mexiko, Sudan, VAR, Libanon, Indien, Mongolei, Argentinien, Kuba, Kolumbien, Guayanas. Also: Informationen aus erster Hand!
facit-Reihe 5, broschiert, 180 Seiten, 5,– DM

facit Nr. 33: Studentenbewegung im Klassenkampf; Studentenbewegung in der BRD; Die Avantgarde des Faschismus; Die Rolle der Münchner Studenten in der Revolution 1848/49; Studentenbewegung an den FHS; Internationale Entwicklung von der Moskauer Beratung bis zum Weltkongreß der Friedenskräfte; Konrad Lorenz oder die Entwicklung der Ethologie; Von der Wissenschaft zur Utopie. 120 S., 2,50 DM.

facit Nr. 32: Kommentar: Hamburger Parteitag der DKP; Bezirkssekretariat der DKP Ruhr-Westfalen: Zur Einschätzung der Sommerstreiks 1973; Martin Berner: Bürgerinitiativen zwischen Integration und gesellschaftlicher Veränderung; Josef Schleifstein: Rosa Luxemburg und das Parteiproblem; Bernhard v. Mutius: Wider den Spontaneismus; Hans Hermsen/Klaus Prooft/Hans Dietz: Zur Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeitstheorie; Gerhard Friedrich: Berufsverbote im gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnis; Wie löst die DDR ihre Bildungsprobleme?; Dokumentation: L. I. Breshnew: Für einen gerechten, demokratischen Frieden, für die Sicherheit der Völker und internationale Zusammenarbeit. 118 S., 2,50 DM.

facit Nr. 31: KP Chile: Um die Zukunft des Landes – Thesen des ZK zum XV. Parteitag der KP Chiles; Paul Schäfer: Kapitalismus, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und staatsmonopolistische Hochschulreform; Gert Schubring: Arbeitsmarktpolitik im Kapitalismus; Stephan Voets: Demokratische Alternative in der Schule? – Zur Diskussion um die Hessischen Rahmenrichtlinien; Christiane Reymann: Erfolg der antiimperialistischen Bewegung; Dokumentation: Forderungen des DGB zur Hochschulreform. 104 S., 2,50 DM.

Futurologie — Wer plant denn da? Was? Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen — Kritisches zur bürgerlichen Futurologie von Prof. Dr. Dieter Klein (Im Anhang: Ein Gespräch während des Futurologenkongresses vom 10. bis 15. November 1969 in München mit den Tagungsteilnehmern Dr. Thomas Müller und Dipl.-Ing. Oskar Neumann), **RK extra 7,** 52 Seiten, DIN A4, 2,50 DM

SDS in Sofia — Dokumentation zum Ausschluß von fünf Kommunisten aus dem SDS — Zur Vorgeschichte der zweiten Spaltung des SDS: **facit aktuell 3,** DIN A4, 124 S., nur 1,— DM

facit Nr. 29: Ingo Hansen, Veränderungen in der gesellschaftlichen Qualifikationsstruktur und die soziale Lage der technischen Intelligenz; Günter Klimaszewsky/Eberhard Thomas, Marxistisch-leninistische Dialektik oder maoistische Pseudodialektik?; Hannelore Viehmann/Reinhard Hamel, Ostkunde im Schulunterricht — Antikommunismus in Aktion: E. Hexelschneider, Koexistenz, Kulturaustausch und Bonns „zwischenstaatliche Gesellschaftspolitik"; Wolfgang Bartels, Arbeiterjugend und Weltjugendfestspiele; u. a. 96 S., 2,50 DM

facit Nr. 27: Prof. Dr. Gerhard Riege, Über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus; Hartmut Geil, Uwe Günther, Friedhelm Hase, Zur Kritik der bürgerlichen Rechtswissenschaften; Prof. Walter Hollitscher, Marxismus — Ergänzungen und Entstellung; Dr. Günter Krause, Durch eine neue Technik zu einer neuen Klasse? — Kritisches zur Theorie der „neuen Arbeiterklasse"; Wolfgang Bartels, Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft? Zum „Berufsbildungskongreß der Deutschen Wirtschaft"; H. H. Adler, H. Wienert, „Proletarische Aufklärung" oder sozialistischer Hochschulkampf — Zur Politik des maoistischen „K"SB. 96 S., 2,50 DM

facit Nr. 26: G. Nurtsch, Arbeiterklasse und Gesetzmäßigkeit in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; M. Volbers, Internationale sozialistische Arbeitsteilung und ökonomische Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW); A. G. Jegorow, Die weitere Entwicklung der Sowjetgesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus; Th. Mies, Die negative Utopie des „sozialistischen Studiums"; J. Reusch, Kultur und Kunst bei Mao Tse-tung; P. Schäfer, „K"SG (ML) — Korrekte Massenlinie als rechts-, linksopportunistischer Zickzackkurs u. a.; 82 S., 2,50 DM

facit Nr. 25: Steffen Lehndorff: Bildungspolitik aus einem Guß — Stichpunkte zu prinzipiellen und aktuellen Fragen der Bildungspolitik des BRD-Imperialismus; Uli Bange/Jürgen Büscher: Marx an die Hochschule; G. A. Arbatow: Zur ideologischen Strategie des Imperialismus; Raimund Teismann: Der Kampf der lateinamerikanischen Völker gegen den Imperialismus ist unaufhaltsam! S. 64, DM 2,50.

Steffen Lehndorff: Grundlage der Einheit im VDS; Rechtskartell und Monopolkapital; Christof Kievenweim: Politische Reaktion und faschistische Herrschaftsformen — Anmerkung zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der Deutschen Linken; Manfred Bosch: NLA — Portrait einer kommenden Rechtspartei; Johanna Hund: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971, **facit Nr. 24,** 1,— DM

Steffen Lehndorff: Für Demokratie und sozialen Fortschritt; Christof Strawe: Perspektiven der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zum Rechtskartell in der BRD; B. Müller: Formierung der Rechtskräfte in der Universität; Jacques Nagels (KP Belgiens): Technokratische oder demokratische Strukturreform an der Universität; K. Peters: Ideologie und Methodologie in der bürgerlichen Philosophie; F. Adler: Wie kritisch ist Habermas' „kritische Theorie"?; u. a. — **facit Nr. 22/23** (Doppelheft), 2,— DM

Walter Hollitscher: Aneignung der Natur und Natur der Aneignung; F. W. Plesken: Zur Literatur über den Naturdialektik-Streit; E. J. Hobsbawm: Lenin und die „Arbeiteraristokratie"; Robert Steigerwald: Brief an einen Genossen Studenten; P. Schäfer: Hochschulrahmengesetz — Baustein staatsmonopolistischer Formierung; M. Maercks: Die Bundeswehrschule — Schule der Nation, Geistige Militarisierung in Westdeutschland; Fred Schmid: Friedensforschung als Kriegsforschung; u. a. **facit Nr. 21,** 1,— DM

Wissenschaftsliteratur — Literatur, die Wissen schafft.

Wilhelm Raimund Beyer
Die Parteinahme der Wissenschaft für die Arbeiterpartei
Verlag Marxistische Blätter.
Frankfurt/Main 1972
139 S. 7,50 DM
Reihe: Marxistische Taschenbücher

E. Altvater, M. v. Brentano, E. Frister u. a.
Protokoll des Kongresses Wissenschaft und Demokratie
Pahl-Rugenstein Verlag. Köln/Rh. 1973
142 S. 9,80 DM

Joachim Streisand
Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart
Eine marxistische Einführung
Pahl-Rugenstein Verlag. Köln/Rh. 1972
484 S. 7,80 DM

W. S. Semjenow
Kapitalismus und Klassen
Zur Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft
Pahl-Rugenstein Verlag. Köln/Rh. 1973
378 S. 19,80 DM

A. Felsko / J. Fischer, u. a.
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und USA
Ökonomische und politische Widersprüche
Pahl-Rugenstein Verlag. Köln/Rh. 1973
48 S. 3,00 DM

W. Schwettmann / U. Sander
Berufsbildung — Misere eines Systems
Weltkreis Verlag. Dortmund. 1973
Kleine Rote Reihe. 124 S. 3,00 DM

E. Weber
Imperialismus in der Anpassung
Vom „roll nack" zur „indirekten Strategie"
Verlag Marxistische Blätter.
Frankfurt/Main 1972
Reihe: Marxismus aktuell.
146 S. 6,50 DM

Fl. Hevé
Studentinnen in der BRD
Eine soziologische Untersuchung
Pahl-Rugenstein Verlag. Köln 1973
Kleine Bibliothek 33. 206 S. 12,80 DM

Imperialistische Klassenpolitik unter Anpassungszwang (Autorenkollektiv)
reformieren — manipulieren — integrieren

Verlag Marxistische Blätter.
Frankfurt/Main 1973, 334 S. 9,50 DM

...in allen collectiv-Buchhandlungen

collectiv literatur

unsere zeit

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Die Zeitung
der arbeitenden Menschen

Zeitung der DKP

TAGESZEITUNG	WOCHENZEITUNG
☐ Ich bestelle die UZ — UNSERE ZEIT — als **TAGESZEITUNG** für mindestens 3 Monate (Abonnementspreis: monatlich DM 7,—)	☐ Ich bestelle die UZ — UNSERE ZEIT — als **WOCHENZEITUNG** für mindestens 1 Jahr (Abonnementspreis: vierteljährlich DM 6,50)

BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN

Name

Vorname

PLZ Ort

Straße und Hausnummer

Beruf

Datum Unterschrift

Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH
404 Neuss, Xantener Straße 7

unerhörte Kinderlieder von „pläne“

Der Baggerführer
Willibald
Dieter Süverkrüp singt Kinderlieder
17-cm-EP, stereo
Bestell-Nr. Peng 6, DM 5,— ff
Der Baggerführer Willibald — Der Mai ist gekommen — Ein rotes Kleberlein — Traktor-Lied

Die Rübe
Lustige und listige Kinderlieder von und mit Christiane & Fredrik
30 cm LP stereo
mit Textheft
Bestell Nr. K 20 900 DM 15,— ff

pläne

Verlag „pläne“ GmbH
Abteilung 5a
46 Dortmund,
Ruhrallee 62, Tel. 12 50 93
Im Vertrieb: Deutsche Austrophon
284 Diepholz

nur

rote blätter

1 Mark

Politik des MSB·SPARTAKUS aus 1.Hand!

INFORMATION + DOKUMENTATION + ARGUMENT + DISKUSSION

in rote blätter 18:

- Befreites Afrika
- RCDS-Report
- Freiheit und Unfreiheit im Sozialismus
- Sozialistischer Realismus – Stählernes Korsett?

Bestellungen an:

MSB Spartakus

Bundesvorstand
53 Bonn 1, Postfach

MARXISTISCHER STUDENTENBUND

SPARTAKUS